

16. Sitzung

am Dienstag, dem 31. März 2009, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 1010

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Landtags**

hierzu:

**Änderungsantrag
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drs. 16/711)**

und

**Änderungsantrag
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Frakti-
on (Drs. 16/888)**

Beschlussempfehlung (Drs. 16/906)

Beschluss..... 1010

Erledigung des GRÜNEN-Änderungsantrags 16/711
1010

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-
um..... 1010

Erledigung des CSU/FDP-Änderungsantrags 16/888
1010

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Obersten Rechnungshofes**
Beschlussempfehlung (Drs. 16/417)

Präsidentin Barbara Stamm..... 1011

Beschluss..... 1011

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Ministerpräsidenten und der
Staatskanzlei**

hierzu:

**Änderungsanträge
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 16/418 und 16/420)**

und

**Änderungsanträge
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.
16/458 und 16/459)**

und

**Änderungsantrag
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Frakti-
on (Drs. 16/507)**

Beschlussempfehlung (Drs. 16/658)

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 1011 1019
1020

Franz Maget (SPD)..... 1023 1025 1026

Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 1025

Hubert Aiwanger (FW)..... 1031

Margarete Bause (GRÜNE)..... 1038

Georg Schmid (CSU)..... 1042 1043 1050

Dr. Leopold Herz (FW)..... 1050

Thomas Hacker (FDP)..... 1051

Beschluss..... 1055

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ab-
lehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. Anla-
ge 1)..... 1055

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-
um..... 1055

Erledigung des CSU/FDP-Änderungsantrags 16/507
1055

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern**

hierzu:

**Änderungsanträge
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn.
16/298 mit 16/306 und 16/694 mit 16/697)**

und

**Änderungsanträge
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 16/307 mit 16/309)**

und

**Änderungsantrag
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Frakti-
on (Drs. 16/704)**

Beschlussempfehlung (Drs. 16/886)

und

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern -
Staatsbauverwaltung -**

hierzu:

**Änderungsantrag
der Fraktion Freie Wähler (Drs. 16/296)**

und

**Änderungsanträge
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 16/310 mit 16/314)**

und

**Änderungsanträge
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Frakti-
on (Drsn. 16/704, 16/877 und 16/889)**

Beschlussempfehlung (Drs. 16/952)

Staatsminister Joachim Herrmann.....	1055	1076
	1077	1078
Harald Schneider (SPD).....		1060
Peter Winter (CSU).....		1062
Joachim Hanisch (FW).....	1064	1066
Christine Kamm (GRÜNE).....	1066	1072 1077
Dr. Andreas Fischer (FDP).....		1069
Christian Meißner (CSU).....	1070	1072
Ludwig Wörner (SPD).....	1072	1074 1078
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP).....		1074
Josef Miller (CSU).....		1075
Beschluss zum Einzelplan 03 A.....		1078

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ab-
lehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. Anla-
ge 2)..... 1078

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-
um..... 1079

Erledigung des CSU/FDP-Änderungsantrags 16/704
hinsichtlich "Einsparung bei BOS-Digitalfunk".... 1079

Beschluss zum Einzelplan 03 B..... 1079

Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ab-
lehnung empfohlenen Änderungsanträge (s. a. Anla-
ge 3)..... 1079

Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri-
um..... 1079

Erledigung der Änderungsanträge 16/310, 16/877
und 16/889..... 1079

Erledigung des CSU/FDP-Änderungsantrags 16/704
hinsichtlich "Bestandserhaltung von Staatsstraßen".
1079

**Abstimmung
über die Eingabe betreffend Beschwerde gegen
die Erweiterung eines Betriebsgebäudes mit ga-
stronomischer Einrichtung (EB.0024.16.B)**

(Aussprache siehe Plenarprotokoll 16/15 vom 26.
März 2009)

Beschluss..... 1080

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsge-
setzes (AGLPartG) (Drs. 16/744)**

- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Hochschulge-
setzes, des Bayerischen Hochschulpersonalge-
setzes, des Bayerischen Hochschulzulassungs-
gesetzes und anderer Gesetze (Drs. 16/970)**

- Erste Lesung -

Verweisung des Gesetzentwurfs 16/744 in den Ver-
fassungsausschuss..... 1080

Verweisung des Gesetzentwurfs 16/970 in den Hoch-
schulausschuss..... 1080

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes
 (Drs. 16/954)

- Erste Lesung -

Staatssekretärin Melanie Huml.....	1080
Kathrin Sonnenholzner (SPD).....	1081
Dr. Thomas Zimmermann (CSU).....	1082
Hubert Aiwanger (FW).....	1084
Dr. Christian Magerl (GRÜNE).....	1084
Dr. Andreas Fischer (FDP).....	1085 1087

Verweisung in den Umweltausschuss..... 1087

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Sepp
 Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜND-
 NIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes
(Kfz-Kennzeichenscanning) (Drs. 16/66)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung (Drs. 16/606)

Susanna Tausendfreund (GRÜNE).....	1087
Dr. Manfred Weiß (CSU).....	1088
Harald Schneider (SPD).....	1088

Florian Streibl (FW).....	1089
Jörg Rohde (FDP).....	1090
Staatsminister Joachim Herrmann.....	1091

Beschluss..... 1091

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Sepp
 Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜND-
 NIS 90/DIE GRÜNEN)

**zur Änderung des Bayerischen Datenschutzge-
 setzes (Drs. 16/69)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung (Drs. 16/600)

Susanna Tausendfreund (GRÜNE).....	1092
Petra Guttenberger (CSU).....	1092
Horst Arnold (SPD).....	1093
Florian Streibl (FW).....	1094
Dr. Andreas Fischer (FDP).....	1094
Staatsminister Joachim Herrmann.....	1095

Beschluss..... 1096

Schluss der Sitzung..... 1096

(Beginn: 14.05 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 16. Vollsitzung des Bayerischen Landtages.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung ist wie immer im Vorfeld erteilt worden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir in die Haushaltsberatungen eintreten, darf ich kurz noch einige Hinweise zum Ablauf der sehr arbeitsreichen Plenarwoche geben.

An den drei Plenartagen werden mit Ausnahme des Einzelplans 15, der bereits am 4. März beschlossen worden ist, alle Einzelpläne sowie das Finanzausgleichsänderungsgesetz und das Haushaltsgesetz in Zweiter Lesung beraten. Parlamentarischer Tradition entsprechend findet die politische Grundsatzdebatte wie bisher beim Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten und die finanzpolitische Schwerpunktdebatte am Ende beim Haushalts- und beim Finanzausgleichsänderungsgesetz statt. Hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs der Beratung der jeweiligen Einzelpläne und der dazu festgelegten Fraktionsredezeiten verweise ich auf die Tagesordnung.

Heute werden wir zunächst über die Einzelpläne 01 und 11, zu denen keine Aussprache stattfindet, abstimmen und dann den Einzelplan 02 beraten. Außerdem ist noch die Beratung der Einzelpläne 03 A und 03 B vorgesehen. Im Anschluss an die Beratung der vorgenannten Einzelpläne finden heute auch Erste Lesungen zu den drei Gesetzentwürfen der Staatsregierung und die Beratung von unerledigten Tagesordnungspunkten aus der letzten Plenarsitzung statt.

Morgen findet die Beratung der Einzelpläne 04, 05, 07, 08 und 10 statt. Am Donnerstag werden nach der Beratung der Einzelpläne 06 und 12 die Haushaltsberatungen mit der Beratung des Einzelplans 13 zusammen mit den Zweiten Lesungen zum Finanzausgleichsänderungsgesetz und zum Haushaltsgesetz 2009/2010 abgeschlossen.

Was wünsche ich mir für diese Plenarwoche, verehrte Kolleginnen und Kollegen? Die Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses und das Hohe Haus haben sich im Vorfeld auf diese Debatte gut vorbereitet. Es gab sehr viele Beratungen in den entsprechenden Ausschüssen. Nun liegt es an uns, alles in dieser Woche miteinander parlamentarisch gut zu bewältigen. Ich wünsche mir vor allen Dingen auch eine gute Präsenz und bitte, entsprechend darauf zu achten. Das

möchte ich am Beginn dieser mehrtägigen Haushaltsdebatte zum Ausdruck bringen dürfen.

Nun treten wir in die Tagesordnung ein. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Landtags**

hierzu:

**Änderungsantrag
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drs. 16/711)**

und

**Änderungsantrag
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion
(Drs. 16/888)**

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/906 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit ist der Einzelplan 01 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 1 der Geschäftsordnung gilt zugleich der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagene Änderungsantrag auf der Drucksache 16/711 als erledigt.

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und in den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/906 weise ich darauf hin, dass damit der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/888 seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen. Ich darf mich beim Hohen Haus sehr herzlich bedanken. Es geht ja auch um die guten Voraussetzungen für uns hier im Parlament, die damit geschaffen worden sind. Herzlichen Dank.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Obersten Rechnungshofes**

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir können deshalb wieder sofort zur Abstimmung kommen. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen unverändert zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit ist Einzelplan 11 angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Ministerpräsidenten und der
Staatskanzlei**

hierzu:

**Änderungsanträge
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 16/418 und 16/420)**

und

**Änderungsanträge
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/458
und 16/459)**

und

**Änderungsantrag
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion
(Drs. 16/507)**

Zu diesem Einzelplan wurde wie in den zurückliegenden Jahren keine feste Redezeitregelung getroffen. Die Gesamtredezeit und die Zahl der Redner sind nicht begrenzt. Jeder Redner bzw. jede Rednerin darf bis zu 15 Minuten sprechen. Auf Antrag einer Fraktion erhält ein Redner bzw. eine Rednerin der Fraktion bis zu

45 Minuten Redezeit. Diese Redezeit kann um bis zu 15 Minuten auf maximal 60 Minuten verlängert werden.

Ich eröffne die Aussprache und darf zunächst Herrn Ministerpräsidenten Seehofer das Wort erteilen.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Haushaltsdebatte findet unter ganz besonderen Vorzeichen statt. Wir sind konfrontiert mit der ersten wirklich globalen Krise der Wirtschaftsgeschichte. Jeder Kontinent, jede Region der Erde ist betroffen. Zugleich sind wir konfrontiert mit der tiefsten Rezession der deutschen Nachkriegsgeschichte.

In den 60 Jahren seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gab es insgesamt fünf Jahre mit Rezession. Der härteste Einbruch war mit minus 0,9 % im Jahr 1975 infolge der ersten Ölkrise. Damals eine um 0,9 % schrumpfende Wirtschaft - und in diesem Jahr wird je nach Institut mit einem Minus von 3 bis 5 % gerechnet. Ja, es gibt Institute, die liegen mit ihren Prognosen noch darüber.

Was bedeutet das für Bayern? Wir werden zum ersten Mal seit 1993 eine schrumpfende Wirtschaft haben. Die Krise des Welthandels trifft gerade das exportstarke Bayern. Bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz hat uns das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung darauf hingewiesen, dass exportstarke Länder wie Bayern jahrelang Gewinne importiert haben durch den Export von Waren, Gütern und Dienstleistungen und dass es gerade diese exportstarken Bundesländer im Süden der Republik - Baden-Württemberg und Bayern - sein werden, die nun wegen ihrer Exportabhängigkeit vor allem die Folgen dieser Krise importieren. Die Metall- und Elektroindustrie meldet 40 % Kurzarbeit, Tendenz steigend. Im Sommer und im Herbst wird die Arbeitslosigkeit also nicht fallen wie gewohnt, sondern anwachsen.

Das sind die besonderen Vorzeichen, unter denen wir diesen Doppelhaushalt 2009/2010 diskutieren.

In diesen schweren Zeiten zeigt das Hohe Haus Tatkraft und Verlässlichkeit. Wir haben den Haushalt früher eingebracht als üblich. Wir ziehen Investitionen vor. Wir geben Gelder schneller frei, weil wir uns alle miteinander in diesem Hause gegen den Abschwung stemmen. Für diese rasche, sachorientierte und auf die Herausforderungen reagierende Arbeit dieses Hohen Hauses möchte ich allen Fraktionen danken. Ich glaube, das war eine außergewöhnliche Leistung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mein besonderer Dank gilt allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses, allen voran Georg Winter als Vorsit-

zudem. Er hat diesen Haushalt zu Recht in den letzten Wochen als "Leuchtturm" bezeichnet. Ich danke den Mitgliedern der Staatsregierung, stellvertretend dem Finanzminister Georg Fahrenschon, für seine fachlich und menschlich umsichtige Verhandlungsführung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da es bei einem Haushalt naturgemäß auch kontroverse Debatten gibt, werden Sie Verständnis dafür haben, wenn ich den Regierungsfractionen besonders danke, denn sie müssen letzten Endes die Verantwortung übernehmen, sie tragen, sie schultern. Auch dort ist Vorzügliches geleistet worden. Man muss sich vorstellen: Die Regierungserklärung war im Dezember, heute schreiben wir Ende März. Da ist in einem Vierteljahr Gewaltiges vollbracht worden, und deshalb Dank an meine Fraktion, die CSU, unter ihrem Vorsitzenden Georg Schmid und Dank an unseren Koalitionspartner, die FDP, unter ihrem Fraktionsvorsitzenden Thomas Hacker.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wird gelegentlich gesagt, geschrieben, gesendet, dass es da mal eine Entscheidung gibt und dort mal einen Trippelschritt. Deshalb kommt es mir entscheidend darauf an, zunächst einmal festzuhalten: Unsere Politik verfolgt einen klaren Kurs,

(Heiterkeit bei der SPD - Franz Maget (SPD): Oh!)

sie ist eingebettet in ein Gesamtkonzept,

(Franz Maget (SPD): Darauf werden wir zu sprechen kommen!)

und sie umfasst auch mutige Visionen. Das, was wir jetzt mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 entscheiden, setzt unsere Regierungserklärung in vier wesentlichen Punkten um, nämlich

jedem Kind die beste Bildung und jeder Begabung die beste Förderung,

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit,

mehr Freiräume für die Bürger einerseits, aber einen starken Staat andererseits, wenn es darum geht, die Daseinsvorsorge und den Schutz der Bürger zu gewährleisten

und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken. Diese Ziele haben wir uns vorgenommen, sie setzen wir jetzt mit dem Doppelhaushalt um, und die Umsetzung erfolgt im Rahmen einer Gesamtkonzeption mit mutigen Visionen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich beginne mit der Bildung. Sie ist das Kernstück, die Investition in die Köpfe. Wir haben immer gesagt, es ist besser, wir investieren in die Zukunft, als die Reparatur der Versäumnisse in der Gegenwart vorzunehmen. Ich habe angekündigt: für alle Kinder die besten Chancen, unabhängig von kultureller und sozialer Herkunft. Wir wollen alle Talente fördern. Mit diesem Haushalt schaffen wir 560 neue Ganztagschulen. Erste Feststellung - im Dezember angekündigt, jetzt umgesetzt. Wir sorgen dafür, dass in diesen Ganztagschulen das Mittagessen für alle Kinder bezahlbar wird.

Das war vor Antritt dieser neuen Regierung für 14.000 Kinder nicht möglich. Ich danke sowohl dem Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle als auch der Sozialministerin Christine Haderthauer, dass es ihnen hier gelungen ist, ein Bündnis zwischen Eltern, Kommunen und Bayerischer Staatsregierung zu schmieden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Angekündigt - umgesetzt: Wir schaffen nochmals 2.700 zusätzliche Lehrerstellen. Damit wollen wir die Ganztagschulen ausbauen und kleinere Klassen erreichen. Und: Wir legen einen neuen Schwerpunkt auf die Integration. Das wurde vor wenigen Tagen hier vorgestellt, im Kabinett beschlossen, also: angekündigt - umgesetzt.

Wir setzen bei der Bildung unserer Kinder auf Qualität und Gerechtigkeit. Staatsminister Dr. Spaenle hat hier vor einer Woche zur Begabungs- und Bildungsgerechtigkeit gesagt, es sei ungerecht, Ungleiche gleich zu behandeln. Ich hätte mir in meiner Berliner Zeit nicht träumen lassen, dass daraufhin ausgerechnet die SPD moniert, die Staatsregierung würde zu häufig von Gerechtigkeit reden, ich glaube, 33- oder 34-mal. Nachdem ich damals wegen der Ministerpräsidentenkonferenz nicht da sein konnte, möchte ich mich bei der SPD für diese Blumen bedanken.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) - Harald Güller (SPD): Das ist eine sehr eingeschränkte Wahrnehmung!)

Wir haben im Übertrittsverfahren von der Grundschule an weiterführende Schulen der Verantwortung der Eltern mehr Gewicht gegeben. Wir erhöhen die Durchlässigkeit zwischen den Schularten und eröffnen vielfältige Wege zu einem höheren Abschluss und auch zum Studium. Obwohl es heute schon 15 unterschiedliche Wege gibt, erhöhen wir die Durchlässigkeit noch einmal. Künftig - das zeigt die Gleichrangigkeit der beruflichen Bildung und der Allgemeinbildung - kann jeder Meister auch studieren. Das kann man nicht oft genug sagen: versprochen - gehalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für die Kooperationsmodelle zwischen Haupt- und Realschule sind die Weichen gestellt. Ich werde bei meinen Ausflügen durchs Land pausenlos auf diese Chance des Dialogs vor Ort hingewiesen. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir die Kreativität und das Mitmachen-Wollen der Bevölkerung nutzen können. Die Leute - ob Lehrkräfte oder Eltern - kommen auf mich zu und sagen: Wir haben da Ideen, wem können wir die mitteilen?

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Und genau das haben wir mit diesem Kooperationsmodell Hauptschule - Realschule eingeleitet.

Es ist mir heute nochmals ganz wichtig festzustellen, dass ein Drittel der bayerischen Kinder die Hauptschule besucht. Ich möchte jetzt nicht unbedingt eine Diskussion über die Zukunft der Hauptschule auslösen; auch da wird viel zu leisten sein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Aber eines sollten wir feststellen: Die Hauptschulen sind so, wie sie heute dastehen, Leistungsträger für das Handwerk und den Mittelstand. Ich habe bei der Eröffnung der Internationalen Handwerksmesse erlebt, wie das Handwerk und der Mittelstand darauf setzen, dass hochqualifizierte Jugendliche aus den Hauptschulen zu ihrer beruflichen Bildung kommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von den GRÜNEN)

Frau Will, so sehr ich dafür bin, dass wir die Frage Realschule/Hauptschule weiter diskutieren, dürfen wir das aber nicht auf dem Rücken der Kinder und Eltern tun, indem wir den Eindruck erwecken, die Hauptschule sei eine Restschule, obwohl ein Drittel der bayerischen Kinder auf dieser Schule Unterricht erhält.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich lasse das, was ich zur SPD noch gerne gesagt hätte, jetzt weg.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Wir schaffen an den Hochschulen 38.000 neue Studienplätze und 3.000 neue Stellen für die Wissenschaft. Damit ermöglichen wir dem doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2011 gute Studienbedingungen; also angekündigt und hier mit diesem Doppelhaushalt umgesetzt.

Besonders stolz bin ich darauf, dass wir dem Hohen Haus den Beschluss des Ministerrates zu einem Gesetzentwurf zugeleitet haben, der den Hochschulen auch Autonomie im Berufungsverfahren einräumt. Wenn ich unterwegs bin, sagen mir die Hochschulen und Universitäten, diese Autonomie sei der richtige Weg. Das, was ich angekündigt habe, nämlich mehr Eigenverantwortung und mehr Autonomie, ist umgesetzt. Deshalb möchte ich hier dem Kollegen Dr. Wolfgang Heubisch für seinen konsequenten Weg, der nicht immer unumstritten war, sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei all diesen Zahlen und Fakten dürfen wir nie vergessen: Geld allein reicht für die Bildung nicht. Das wissen wir auch. Noch viel wichtiger ist und bleibt die Fürsorge im Gespräch, im Zeitnehmen, aber auch im Durchsetzen von klaren Grenzen, Normen und Maßstäben. Weil hier neben den Eltern unseren Lehrkräften eine herausragende Verantwortung zukommt, möchte ich allen Lehrkräften im Freistaat Bayern für diese großartige Leistung danken, die sie für unsere Jugend und unsere Kinder erbringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der schreckliche Amoklauf von Winnenden ist uns allen sehr nahe gegangen. Niemand von uns kann letzten Endes sagen, was einen jungen Menschen zum Amokläufer werden lässt. Aber eines ist klar: Wir müssen uns mit einem solch schlimmen Sachverhalt auseinandersetzen. Wir werden das als Bayerische Staatsregierung tun, und zwar besonnen und in aller Ruhe. Nach meiner Einschätzung müssen wir uns besonders um manche Jugendschutzbestimmungen und deren Vollzug in Deutschland kümmern. Ich möchte, dass der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen, wo immer es geht - darüber werden wir nach der Osterpause im Kabinett und dann auch in den Fraktionen beraten -, absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen hat. Darin sollten wir uns einig sein. Das sollte die Grundlage sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden das in der Regierungserklärung angekündigte Wertebündnis für Bayern schmieden; denn Kinder brauchen weniger Medien als heimliche Erzieher. Sie brauchen wieder mehr persönliche Unterstützung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb werden wir im Herbst das Wertebündnis schmieden. Ich glaube, es ist über den Tag hinaus das Wichtigste, dass wir den Auftrag unserer Verfassung erfüllen, nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch Herz und Charakter zu bilden; denn ohne Herz und Charakter gibt es keine Mitmenschlichkeit. Deshalb

rufe ich den Eltern zu: Die Eltern können sich auf uns verlassen!

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja, ja!)

Wir werden auch hier halten, was wir versprechen. Wir werden auch hier zur Verbesserung der Situation das Menschenmögliche tun. Aber ich halte nichts davon, eine Debatte zu führen, wie sie nach diesen schlimmen Ereignissen so häufig stattfindet, nämlich innerhalb von ein, zwei Wochen große Ankündigungen in die Welt zu setzen, um fünf Jahre später rote Ohren zu bekommen, wenn man mit diesen Ankündigungen konfrontiert wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Oh, oh!)

Der erste Teil "Bildung vermitteln und Talente fördern" ist erfüllt.

Der zweite Punkt betrifft die Nachhaltigkeit und die Generationengerechtigkeit. Das hat unmittelbar mit der Finanzpolitik zu tun. Bei uns in Bayern gilt das Prinzip des ausgeglichenen Haushalts weiter. Das gilt auch in dieser außergewöhnlichen Krise, auch wenn wir sehr hohe Finanzmittel mobilisieren müssen, um den wirtschaftlichen Absturz zu bremsen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Aber Sie, meine Damen und Herren, werden in ganz Deutschland niemanden finden, der seine politischen Ziele in der Bildung, in der inneren Sicherheit, in der Kinderbetreuung und bei den Investitionen erfüllen kann und gleichzeitig trotz der zurückgehenden Steuereinnahmen einen Haushalt ohne Neuverschuldung verabschieden kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD)

Und dabei bleiben wir. Dieser Leuchtturm "ausgeglichener Haushalt" muss bleiben. Aber ich saß auch in der Föderalismuskommission der Großen Koalition. Deshalb sage ich: Wir haben dort vereinbart, wir ändern das Grundgesetz.

(Zuruf von der SPD)

Der normale Maßstab im Grundgesetz ist künftig so, dass man - von Bayern aufgrund seiner Finanzreserven abgesehen - in schlechten wirtschaftlichen Zeiten antizyklisch Schulden aufnehmen kann, um Impulse für die Wirtschaft zu geben, aber im Gegensatz zur Vergangenheit den Staat zwingt, in wirtschaftlich guten Zeiten einen Teil des Wachstums für die Rückführung der Verschuldung zu verwenden. Das ist die richtige Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und deshalb müssten wir uns nicht einmal entschuldigen, wenn wir Schulden aufnehmen müssten. Denn das wäre antizyklisch und volkswirtschaftlich geboten. Nur, wenn wir es jetzt nicht tun müssen zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Haushalts, dann sollten wir stolz sein auf die Finanzpolitik, die in den letzten Jahren betrieben wurde und darauf, dass der Freistaat Bayern Gott sei Dank gewaltige Finanzreserven hatte, um ohne Schulden zunächst einmal auf diese Wirtschaftskrise reagieren zu können. Ich finde, das ist richtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben heute den Vorstandsvorsitzenden der Bayerischen Landesbank im Kabinett angehört. Es waren der Vorsitzende der Parlamentarischen Kontrollkommission, Kollege Ernst Weidenbusch, und Herr Kemmer anwesend. Ich möchte der Parlamentarischen Kontrollkommission danken. Ich glaube, bei allen Vorbehalten, die manche hatten, es war nicht verkehrt, in einer sehr schwierigen Situation der Bayerischen Landesbank eine parlamentarische Beratung und Kontrolle zur Seite zu stellen. Es muss ja nicht jedes Gutachten, das dort verteilt wird, in der Öffentlichkeit landen. Die Arbeit, die dort gemacht wird, ist jedenfalls gut.

Wir haben heute von der Landesbank das Geschäftsmodell vorgestellt bekommen und haben gehört, welche Gespräche sie mit der Europäischen Union führt, die sich in der Bewertung und Beurteilung gegenüber dem, was man da lesen darf, absetzen. Ich habe heute dem Vorstandsvorsitzenden gesagt, dass wir längst nicht über den Berg sind. Wir haben nach wie vor eine sehr harte Wegstrecke der Restrukturierung dieser Bank vor uns. Aber das, was bisher, auch in Rückkopplung mit dem Parlament, an Entwicklung eines Geschäftsmodells, Restrukturierung und Kontakt mit der Europäischen Kommission geleistet wurde, ist beachtlich - ich habe heute gesagt, das ist ermutigend. Ermutigend heißt aber nicht, dass ich jetzt euphorisch wäre. Ich glaube, die Grundentscheidungen, die wir getroffen haben, waren richtig. Jede andere Alternative wäre für die bayerische Wirtschaft von gewaltigem Nachteil gewesen.

Wenn ich die Verschuldung, die wir infolge der Landesbankkrise nicht für unseren allgemeinen Haushalt, sondern für die Stabilisierung der Bayerischen Landesbank aufwenden, in die Pro-Kopf-Verschuldung des Freistaates Bayern einrechne, so liegt diese jetzt bei 2.600 Euro. Ich bin nicht glücklich - niemand von uns - über diese Entwicklung der Landesbank. Aber die Pro-Kopf-Verschuldung von 2.600 Euro ist immer noch mit Abstand die geringste Pro-Kopf-Verschuldung in den

westlichen Flächenländern und auch das Ergebnis sozialer Finanzpolitik über Jahrzehnte.

(Beifall bei der CSU)

Noch mal: über die nächsten Wochen - die Karwoche - 2.600 Euro Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern. Im Vergleich dazu liegt in Rheinland-Pfalz die Pro-Kopf-Verschuldung bei über 6.000 Euro.

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Wer uns von der linken Seite kritisiert, der sollte in der Tat erst einmal vor der eigenen Haustüre kehren.

(Beifall bei der CSU)

Die Landesinvestitionen in den nächsten beiden Jahren - das ist vor dem Hintergrund der Konjunktur und Entwicklung in den nächsten Monaten ungeheuer wichtig - werden sich weiter auf dem Rekordniveau des Jahres 2008 mit 5 Milliarden Euro bewegen, und zusammen mit dem Konjunkturpaket des Bundes steigern wir die Investitionen im Jahr 2009 um fast 9 %. Das ist die richtige Antwort. Deshalb ist nicht nur die Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern die geringste aller westdeutschen Flächenländer, sondern auch bei unseren Investitionen liegen wir an der Spitze der westlichen Flächenländer, wobei wir hier die steigenden Ausgaben für Lehrer und Kinderbetreuung noch gar nicht eingerechnet haben. Ich halte sowieso den Investitionsbegriff, der offensichtlich nur oder überwiegend von der Investition in Beton ausgeht, nicht mehr für zeitgemäß. Ich habe aber die Ausgaben für Bildung, für Lehrer und Kinderbetreuung noch gar nicht eingerechnet bei der Tatsache, dass wir an der Spitze der Investitionen liegen. Obwohl ich die Bildung für die sinnvollste aller Zukunftsinvestition halte, sind wir auch in anderen Punkten vorn.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Regierungskoalition hat sehr großen Wert darauf gelegt, das Konjunkturprogramm des Bundes sehr zügig umzusetzen. Hier war der Chef der Staatskanzlei koordinierend sehr erfolgreich tätig. Wir haben eine erste Grundentscheidung getroffen, und zu der stehe ich. Wir haben nicht das Gießkannenprinzip angewandt. Das hätte bedeutet, dass wir die Bundesmittel pro Kopf aufs ganze Land verteilt hätten mit der Folge, dass wir wahre Zukunftsprojekte nicht hätten finanzieren können, aber die eine oder andere kleinere Gemeinde in der Lage gewesen wäre, in einen Fahrradständer zu investieren. Das verbinde ich nicht mit Investitionsprogramm.

Wer mit dem Investitionsprogramm verantwortlich umgehen will, der muss schon den Mut haben, politische

Prioritäten zu setzen und das, was unserer Gesellschaft und der Konjunktur am meisten dient, durchführen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb war für uns nicht das Gießkannenprinzip, sondern das Nachhaltigkeitsprinzip entscheidend. Das heißt, von den 1,96 Milliarden Euro im Rahmen des Konjunkturprogramms werden 1,3 Milliarden Euro, also 70 %, für Investitionen der Kommunen eingesetzt. Wir alle wissen, bei kommunalen Investitionsprogrammen ist die Bedürfniswelt immer etwas größer als die Güterwelt, die Finanzen. Deshalb müssen wir über die Bezirksregierungen Prioritäten setzen. Ich lege aber Wert darauf, dass bei der Setzung der Prioritäten die kommunalen Vertreter eng einbezogen werden, damit das Geld gerecht auf Regierungsbezirksebene verteilt wird.

Wir führen die energetische Sanierung von Schulen im Rahmen von Kommunalinvestitionen durch; das sind 570 Millionen Euro. Ich bin meiner Fraktion besonders dankbar, lieber Georg Schmid, dass sie noch einmal 50 Millionen Euro für kirchliche und private Schulen sozusagen erzwungen hat durch die Diskussion. Das ist in Ordnung. Wir betreiben die energetische Sanierung von Kindergärten und Weiterbildungseinrichtungen mit 179 Millionen Euro, wir fördern Behinderteneinrichtungen mit 48 Millionen Euro, Krankenhausbaumaßnahmen mit 110 Millionen Euro, energetische Sanierung kommunaler Verwaltungsgebäude mit 90 Millionen Euro, Städtebau und Dorferneuerung mit 60 Millionen Euro, den Hochwasserschutz mit 40 Millionen Euro und Lärmsanierung bei kommunalen Straßen mit 45 Millionen Euro. Das sind insgesamt 1,3 Milliarden Euro, 70 % der Gesamtsumme für kommunale Investitionen. Das ist wichtig, ich komme später noch einmal auf die Kommunalfreundlichkeit dieses Haushalts.

570 Millionen Euro, 30% der Gesamtsumme, fließen in staatliche Maßnahmen. Hier knüpfen wir an unser großes Ziel der Bildung an: Investitionen an den Hochschulen mit 240 Millionen Euro für Baumaßnahmen und Großgeräte. Für den Staatsstraßenbau sind 100 Millionen Euro eingestellt. Hinzu kommen die weitere Modernisierung der Polizeifahrzeuge, die Energiesanierung staatlicher Polizei- und Justizgebäude, die Sanierung des Deutschen Museums in München und des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg und die weitere Verstärkung der Breitbandförderung.

Meine Damen und Herren, das ist nachhaltiges Handeln für ganz Bayern, für alle Regionen, ökonomisch und ökologisch. Wir sparen Energie, verringern den CO₂-Ausstoß, wir verbinden Investition mit Klimaschutz. Die Sanierung bringt Tausende Aufträge für das bayerische Handwerk. Das ist konkrete Politik für die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Ich glaube,

man kann sagen, das ist intelligentes Wachstum, wenn wir nicht zulasten, sondern zum Nutzen der Umwelt investieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sagen Ja zu mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetrieben, liebe Kolleginnen und Kollegen, die in der Berichterstattung oft keine Resonanz in den Schlagzeilen finden, die aber trotzdem bei mir wie bei Wirtschaftsminister Martin Zeil in bester Obhut sind. Wir kümmern uns um jeden Fall, lieber Herr Wirtschaftsminister, gerade er in seinem Hause. Wir kümmern uns um jeden Fall, der an uns herangetragen wird. Weil es um die Arbeitsplätze in Bayern geht und wir als Politiker den Auftrag haben, die Ernährungsbasis für unsere Familien, für unsere Arbeitnehmer in Bayern zu erhalten. Das tun wir gerade auch bei kleineren Betrieben, nicht nur bei denen, die in den Schlagzeilen erscheinen. Ich lege größten Wert darauf, dass Handwerk und Mittelstand in Bayern wissen, sie werden nicht vergessen, sondern wenn sie sich an uns wenden, dann setzen wir uns meistens erfolgreich für ihre Belange ein. Das ist unser Grundprinzip.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir müssen eine Tatsache sehr genau im Auge haben. Es geht natürlich primär immer darum, den Abstieg in die Arbeitslosigkeit zu vermeiden - aus sozialen Gründen, im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Familien. Aber es geht auch darum, dass wir hochqualifizierte Arbeitsplätze in Bayern erhalten. Wenn wir leichtfertig solche Arbeitsplätze auf Spiel setzen, dann, liebe Freunde, wird es sehr, sehr lange dauern, bis wir diese Arbeitsplätze für Bayern wieder bekommen.

Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben, jetzt im Rahmen unserer Ordnungspolitik "Soziale Marktwirtschaft" - ich komme darauf - das Menschenmögliche zu tun, die Arbeitsplätze hier zu halten. Manches können wir bei kleineren Betrieben selbst in Bayern tun. Bei größeren Angelegenheiten brauchen wir aber die Unterstützung des Bundes. Wir haben sie bisher auch relativ gut erfahren - jedenfalls was die Dialogbereitschaft anbelangt.

Ich möchte dem Wirtschaftsminister für die frühe Implementierung des bayerischen Mittelstandsschirms danken. Wir haben im Umfang von 200 Millionen Euro, was auch mit dem Haushalt zu tun hat, einen Mittelstandsschirm aufgespannt. Bis jetzt haben wir für Start- und Investivkredite 546 Haftungsfreistellungen mit einem Risikovolumen von rund 29 Millionen Euro übernommen. Das ist nur der Anfang. Seit Jahresbeginn bis

jetzt haben wir Bürgschaften von rund 30 Millionen Euro zugesagt. Die Leute sind in einer Stresssituation, weil es um die Existenz ihrer Betriebe geht und sie von den Banken oft keine Kapitalversorgung bekommen. Deshalb freut mich ganz besonders, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit des Mittelstandsschirms im konkreten Einzelfall unter drei Wochen liegt. Ich verweise darauf, wie lange schon über Opel und anderes diskutiert wird. In Bayern liegt die durchschnittliche Bearbeitungszeit für eine Bürgschaft unter drei Wochen. Da darf man auch mal Danke sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Vieles geschieht im Interesse des Erfolges hinter verschlossenen Türen. Wir haben zum Beispiel der niederbayerischen Firma Knaus Tabbert mit einer Bürgschaft geholfen. Das tut der Region dort sehr gut. Wir tun das auf einer klaren ordnungspolitischen Grundlage. Die erste und wichtigste Voraussetzung ist und bleibt, dass hinter der Hilfe des Staates ein zukunftsfähiges Konzept steht. Wir wollen uns nicht so wie bei Holzmann auf den Holzweg begeben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen, wenn wir uns engagieren, dass hinter einem Projekt ein Zukunftskonzept steht. Sonst könnte uns leicht zweierlei passieren, nämlich dass wir uns auf der einen Seite finanziell engagieren und auf der anderen Seite der Erhalt der Arbeitsplätze nicht erreicht wird. Ein solches politisches Schauermärchen dürfen wir uns nicht erlauben, nämlich dass wir uns finanziell engagieren, Geld verbrennen, aber die Arbeitsplätze trotzdem nicht erhalten bleiben. Deshalb müssen wir uns in jedem Einzelfall der mühsamen Aufgabe unterziehen: Wie sieht das Zukunftskonzept aus? Ist es verantwortlich, dafür auch Bürgschaften und Kredite, also Steuermittel einzusetzen? - Wir sind der Anwalt der Arbeitsplätze, aber auch der Anwalt des sauer verdienten Steuergroschens der Bevölkerung. Beides gehört zusammen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In anderen Fällen kann man wegen der vielen unterschiedlichen Zahlen augenblicklich nicht helfen. Das war Qimonda. Die Firma ist schwerpunktmäßig in Sachsen und Portugal tätig. Wir in München sind aber auch betroffen. Der Wirtschaftsminister und ich als Ministerpräsident sind mit dem Insolvenzverwalter und anderen Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten im Gespräch. Wo es wegen des fehlenden Unternehmenskonzepts nicht gelungen ist, bei noch bestehender Firma zu helfen, müssen in der Insolvenz so viele Arbeitsplätze wie möglich erhalten werden. Das Ziel der Bayerischen Staatsregierung in Bezug auf die Firma

Qimonda ist, zu versuchen, die weltweit führende Technologie der Herstellung von Arbeitsspeichern zu erhalten; denn auch ein Weltmarktführer kann eine Technologie nur halten, wenn wenigstens ein Teil der Produktion weiter betrieben werden kann.

Die Arbeitnehmer sollen auch in diesem Fall wissen - die Arbeitnehmer von Schaeffler waren auch bei mir -, dass wir alles tun, um die Arbeitsplätze in dem Maße zu halten, wie wir das gegenüber der Gesamtbevölkerung verantworten können. Bei uns gibt es nicht die Hilfe nach folgendem Motto: Wer am lautesten ruft, ist als Erster dran. Der Maßstab kann nur sein: Verträgt es sich mit unserer Grundüberzeugung der sozialen Marktwirtschaft? Bleiben die Arbeitsplätze erhalten, und sind die Steuergroschen gut angelegt? - Wir wollen nicht - das sage ich für die gesamte Bayerische Staatsregierung - die wirtschaftlich schwierige Situation dazu benutzen, um auf Schleichwegen in die Staatswirtschaft zu kommen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir kämpfen für unsere bayerische Landwirtschaft, die auch ein wichtiger Wirtschaftsbereich unserer bayerischen Volkswirtschaft ist. Jeder dritte landwirtschaftliche Hof steht in Bayern. Ich möchte Landwirtschaftsminister Brunner herzlich für seinen Einsatz danken. Das ist nicht immer einfach; denn es gibt auf deutscher Ebene nicht mehr viele Anwälte einer bäuerlichen Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wer über den ländlichen Raum und seine Zukunft diskutiert, muss wissen, dass es eine Zukunft des ländlichen Raumes ohne die bäuerliche Landwirtschaft nicht gibt. Auch das gehört dazu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich kämpfe ebenso wie der Landwirtschaftsminister in Brüssel und Berlin für die Landwirtschaft und muss lesen, dass das Lobbyistenarbeit sei und auf welchen Gebieten man sich nicht durchsetze. Alles Quatsch. Wir haben von der Koalition leider nicht die Zustimmung bekommen, dass zum Beispiel im internationalen Vergleich die bayerischen Bauern und die deutschen Bauern in punkto Besteuerung des Agrardiesels genauso behandelt werden wie alle ihre Konkurrenten in Europa. Dazu müsste in Berlin das Steuergesetz verändert werden. Dazu müsste das "Ungeheuer" von Frau Künast, nämlich der Selbstbehalt unter Begrenzung nach oben, abgeschafft werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie können in den Bierzelten nicht für die Bauern eintreten, und unter der "Grünen Renate" ist die Sparmaßnahme Selbstbehalt von 350 Euro und Deckelung auf 10.000 Liter Öl eingeführt worden. Das ist unter Ihrer Regierungszeit in Berlin zulasten der bayerischen Bauern eingeführt worden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Sechsaugengespräch in Berlin mit dem Vizekanzler, der Kanzlerin und meiner Wenigkeit wurde erreicht, dass die Möglichkeit eröffnet wird. Wenn Berlin nicht will, werden wir weiter kämpfen und mit einer neuen Regierung unser Ziel erreichen. Wir sind für Wettbewerb. Aber wir sind auch für Fairness im Wettbewerb. Wir sind dagegen, dass unsere bayerischen Bauern im internationalen Wettbewerb benachteiligt werden. Wenn Berlin diese Agrardiesellösung nicht ändern will, machen wir es. Wir machen es für die nächsten zwei Jahre mit 34 Millionen Euro.

(Maria Noichl (SPD): Zwei Jahre!)

Aus Landesmitteln werden die bayerischen Bauern unterstützt, weil Berlin nicht in der Lage ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Hinzu kommen 30 Millionen Euro Milchkuhprämie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen, dass das nicht die Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Landwirte bedeutet - weder alleine für sich betrachtet der Agrardiesel noch die Milchkuhprämie. Aber die Landwirte sollen spüren, dass wir an ihrer Seite stehen und überall dort, wo wir selbst handeln können, zu ihren Gunsten handeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich hatte vor einigen Tagen die Naturschutzverbände im Haus. Wir haben über die Gentechnik gesprochen. Solange ich in Berlin dafür zuständig war, sind die Voraussetzungen für den Gentechnikanbau verschärft worden. Das kann niemand in Zweifel ziehen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von den GRÜNEN)

Ich machte das, obwohl ich in die Kabinettsdisziplin eingebunden war und die große Linie in die andere Richtung ging. Als Regierungschef in Bayern kann ich Ihnen für die Koalition sagen: Wir wollen, dass Bayern zur gentechnikanbaufreien Zone wird.

(Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Wir wollen, dass in Europa die Bayern selbst entscheiden können, was auf ihrem Grund und Boden angebaut wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich komme später auf die Erbschaftsteuer zu sprechen. Auch hier habe ich angekündigt und umgesetzt. Die Kontinuität meines Handelns zur Gentechnik besteht seit dreieinhalb Jahren.

(Franz Maget (SPD): Oh!)

Ich wünsche jedem einmal --

(Lachen bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

- Was ich, liebe Frau Bause, von Ihrer Kollegin übernommen habe, habe ich deutlich verschärft.

(Zurufe der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) und Ulrike Gote (GRÜNE))

Es gab die Abstandsflächen nicht. Es gab die Reduzierung nicht. Es gab die Auseinandersetzung mit Monsanto nicht. Ich habe sie geführt. Jetzt werden wir sie als Bayern zu einem sehr guten Ende führen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch bei der Erbschaftsteuer waren wir nicht nur für den Mittelstand und das Handwerk eigentumsfreundlich, sondern auch für die Landwirtschaft. Auch das wurde angekündigt und umgesetzt.

Was mich besonders freut, ist - das war in den anderen Bundesländern nicht so selbstverständlich -, dass wir vor einer Woche als Regierungskoalition entscheiden konnten, den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst 1 zu 1 auf die Beamten zu übertragen.

(Christa Steiger (SPD): Was denn sonst?)

Wir haben - auch wenn das dem Finanzminister gelegentlich weh tut - die Altersteilzeit verlängert,

(Zuruf von der SPD: Das ist doch eigentlich selbstverständlich!)

und wir haben eine Gruppe gebildet, die darüber nachdenken soll, wie wir das mit den 42 Stunden in Zukunft flexibler und eindeutiger im Sinne einer Angleichung an die Tarifbeschäftigten gestalten können.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen mit diesen drei Signalen - Tarifübernahme, Altersteilzeit und eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Angleichung der Arbeitszeit - den Einsatz und die gute Leistung unserer bayerischen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und insbesondere der Beamten honorieren.

(Beifall bei der CSU)

Zu unserem Konzept, dem Konzept der Bayerischen Staatsregierung, der beiden Koalitionsfraktionen, gehört nicht nur das Investitionsprogramm, so wichtig es ist - öffentliche Investitionen, Infrastrukturprogramm, Bildung und Hochschule -, sondern auch die Stärkung der Kaufkraft. Ich würde mir wünschen, in Bayern und Deutschland noch viel mehr darüber nachzudenken, wie wir insgesamt die Bevölkerung in die Lage versetzen können, mehr Investitionen und Konsum zu tätigen. Wir sollten nicht so sehr branchenspezifisch vorgehen, da bei branchenspezifischem Handeln mit dem Ablauf einer bestimmten Maßnahme das Problem wieder genauso groß ist wie vorher. Deshalb muss übergreifend etwas geschehen.

(Beifall bei der CSU)

Wir waren mit unserer Initiative bei der Einkommensteuer erfolgreich. Vielleicht verschwindet das zu schnell aus den Köpfen. Am Anfang stand die Bayerische Staatsregierung ganz allein. Aber dann durfte ich an einem Wochenende lesen - Gott sei Dank, Herr Maget, das war die Öffnung des Tores -, dass der Bundesfinanzminister erklärte, man wolle die Senkung des Einkommensteuersatzes von 15 auf 12 %, nachdem er wochenlang meinte, es sei das falsche Mittel in dieser Krise, man habe genug Nachfrage und müsse öffentliche Investitionen tätigen.

(Franz Maget (SPD): Sie wollten etwas anderes! Sie wollten die Gleichsetzung!)

Daraufhin konnte ich beruhigt nach Berlin ins Kanzleramt fahren. An diesem Abend kam der Durchbruch. Wir haben jetzt bei der Einkommensteuer in diesem und im kommenden Jahr eine Entlastung um neun Milliarden Euro für die Bevölkerung.

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Wir werden ab dem Jahre 2010 die Abzugsfähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge von der Steuer in Höhe von neun Milliarden bekommen.

(Franz Maget (SPD): Sehr gut!)

Wir haben den Arbeitslosenversicherungsbeitrag von 6,5 auf 2,8 % gesenkt und senken jetzt ab dem 1. Juli den Krankenversicherungsbeitrag um 0,6 % Punkte,

weil wir mehr Steuermittel in die Krankenversicherung geben.

(Franz Maget (SPD): Wir?)

Ich lese zwar immer, dass es sich nur um ganz kleine Beträge handle, bei denen sich die Union oder die FDP durchgesetzt habe, aber wenn ich nur einmal das nehme, was jetzt zusätzlich in Kraft tritt, dann entlasten wir Bürger und Mittelstand um insgesamt über 25 Milliarden Euro jährlich.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Sehr gut!)

Ich behaupte jetzt einmal: Ohne uns hätte es diese Steuersenkung in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Anhaltender Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Hier klatscht die CSU, und der Finanzminister schaut zu!)

Hinzu kommt die Pendlerpauschale. Es ist eine Entlastung von 2,5 Milliarden. Das Thema ist bekannt. Noch wichtiger aber ist: Die Rückzahlung der Pendlerpauschale rückwirkend in Höhe von fast 290 Millionen Euro ist von den bayerischen Finanzämtern abgewickelt. Ein paar Landtagsbedienstete haben mir vorhin gesagt: Jawohl, wir haben das bekommen. Ich prüfe gerne gegen. Vor diesem Hintergrund möchte ich allen Mitarbeitern der bayerischen Finanzämter für ihre schnelle Arbeit danken.

(Beifall bei der CSU)

Auch bei der Mehrwertsteuer bleiben wir am Ball. Wir haben heute im Kabinett beschlossen, in einem ersten Schritt die Senkung für das Hotel- und Gaststättengewerbe anzustreben.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Nach der Wahl wollen wir eine generelle Strukturreform der Mehrwertsteuer. Jetzt wäre das zu kompliziert.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Freunde, zwei Dinge können wir nicht machen. Die Struktur der Mehrwertsteuer ist seit 40 Jahren im Wesentlichen unverändert mit ungeheueren Verwerfungen für unseren bayerischen Mittelstand und gerade für das Tourismusland Bayern.

(Zurufe und Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Frau Präsidentin, das stört mich nicht.

Wir können unserem Tourismus keine weiteren Wettbewerbsnachteile zumuten gegenüber allen unseren Nachbarn. Außerdem können wir nicht akzeptieren, dass es grobe Verwerfungen für unsere Bevölkerung gibt. Die Beispiele sind bekannt. Ich nenne nur die Babyausstattung. Der Finanzminister hat mir in diesen Tagen ein noch schöneres Beispiel erzählt. Wenn ich mir eine belegte Semmel in der Wirtschaft zuführe, dann ist diese höher besteuert, als wenn ich eine Semmel kaufe und sie auf der Straße esse.

(Franz Maget (SPD): Das haben Sie bei der Handwerksmesse auch schon erzählt! - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

- Lieber Herr Maget, was gar nicht geht, ist Folgendes, dass nämlich der Bundesfinanzminister - Ihrer Partei angehörend - in Brüssel den reduzierten Mehrwertsteuersatz vereinbart und eine Prüfung, ob man ihn in Deutschland umsetzen kann, ablehnt. Das ist Ignoranz und Arroganz.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben eine so verkrustete politische Diskussionskultur, dass sie fast jeden Vorschlag unmöglich macht. Ich denke nur an die Eigenheimzulage und manche Reaktion darauf. Wir sind geistig gar nicht mehr so frei zu sagen, darüber diskutieren wir einmal und am Ende entscheiden wir. Das, was der Bundesfinanzminister hier macht, ist Arroganz und Ignoranz. Ohne seine Stimme hätte die Neuordnung der Mehrwertsteuersätze in Europa nicht in Kraft treten können. Wenn er ihr aber zustimmt, hoffe ich, dass das nicht nur im Interesse unserer Wettbewerber geschehen ist, sondern auch im Interesse Bayerns und Deutschlands.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Runge.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Wer?

(Zurufe von der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich habe den Herrn Ministerpräsidenten gefragt.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Meine Fraktion verbietet mir das.

(Heiterkeit und Zurufe)

Präsidentin Barbara Stamm: Gut, dann nicht. Sie haben zu entscheiden. Danke sehr.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Nun ein Wort zur Gesundheitsreform.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wer weiß, was Sie da wieder versprechen!)

- Darauf komme ich noch, warten Sie ab. Ich bin heute richtig freudig unterwegs.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wir haben im Koalitionsvertrag Folgendes festgelegt - und zwar nicht irgendwann, sondern im November letzten Jahres, und wir haben es dann in der Regierungserklärung gesagt -: "Meine Regierung will weg von Rationierung hin zu mehr Freiheit im Gesundheitswesen. Sollten wir den Eindruck haben, dass die medizinische Versorgung unter dem Gesundheitsfonds leidet, werden wir grundlegende Änderungen anstreben." Das haben wir gesagt, bevor über Arzthonorare und Ähnliches etwas bekannt geworden ist.

Die Partei und die CSU-Landtagsfraktion haben in der Tat dieser Reform und auch dem Gesundheitsfonds zugestimmt. Aber es wird immer gerne übersehen, dass wir gesagt haben, dass einige Voraussetzungen dafür erfüllt sein müssen.

Jetzt haben wir leider feststellen müssen, dass zwei Dinge in Bayern stattfinden.

Erstens müssen wir immer öfter - das kann niemand im Ernst bestreiten - Ansätze einer Zweiklassenmedizin registrieren. Das hohe Niveau der medizinischen Versorgung ist da und dort infrage gestellt. Das können wir nicht hinnehmen. Bei unserer Zustimmung zum Gesundheitsfonds haben wir immer gesagt, dass dieser nicht zu einer Verschlechterung der Versorgungssituation der Menschen in Bayern führen darf. Gerade die ältere Generation hat hier durchaus verständliche Ängste.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens werden die bayerischen Ärzte, und zwar insbesondere die niedergelassenen, eindeutig gegenüber den Ärzten anderer Regionen in Deutschland benachteiligt, obwohl der Gesetzesauftrag eigentlich ein anderer ist und obwohl die politischen Zusagen anders lauteten. Beim Start des Gesundheitsfonds sollte kein niedergelassener Arzt durch die Reform der Arzthonorare schlechter gestellt sein als bisher. Wir verteidigen die freien Heilberufe und die Ärzte gegen diese Gleichmacherei und partielle Planwirtschaft.

Das sind die zwei Befunde, die man sehen muss. Deshalb hat Herr Staatsminister Söder hier meine volle

Rückendeckung, wenn er dafür sorgt, dass die bekannten Mängel bei der Gesundheitsreform abgestellt werden müssen, und sie müssen abgestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Ministerpräsident, die Kollegin Sonnenholzner hat eine Zwischenfrage.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Wenn jemand aus Bayern in Berlin für die Änderung einer Situation eintritt, dann muss man lesen: Krawallpartei und Querulantentum. Mein Verständnis von Verantwortung eines jeden Abgeordneten und einer jeden Abgeordneten, die hier den Eid geschworen haben, Schaden vom bayerischen Volk abzuwenden, geht dahin, dass es dann, wenn in der Praxis Nachteile erkennbar werden, sei es in der Landwirtschaft, bei den Heilberufen oder beim Mittelstand, geradezu unsere Pflicht ist, alles gegenüber der Bundesregierung zu unternehmen, um diesen Schaden abzuwenden bzw. zu reduzieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wäre eine absolute Pflichtverletzung, wenn wir nicht versuchen würden, real stattfindende Benachteiligungen abzustellen. Wie man so etwas als Querulantentum und Handlung einer Krawallpartei einstufen kann, ist mir schleierhaft. Für mich ist das Wahrnehmung der politischen Verantwortung, die wir alle miteinander im Hause haben. Ich bitte Sie alle hier im Hause, zuallererst die bayerischen Interessen in Berlin und Brüssel zu vertreten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch wenn wir damit unter den Letzten sind, die so etwas noch tun, stelle ich doch täglich fest, dass die Bevölkerung das honoriert.

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

In meiner Regierungserklärung habe ich eine erstklassige Zusammenarbeit mit den Kommunen angekündigt. Wir haben in diesem Haushalt die Finanzausstattung für die Kommunen nochmals verbessert. Sie profitieren von einer Steigerung des kommunalen Finanzausgleichs auf einen neuen Rekord. Ein Plus von 4 %. Wir haben einen kommunalen Bildungsgipfel völlig einvernehmlich durchgeführt. Das ist eine neue Ära der Kooperation. Wir haben beim Investitionsprogramm die kommunalen Anliegen sehr stark berücksichtigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen nicht ganz vergessen, dass wir in einer Leitentscheidung des Bayerischen Landtags beschlossen haben, die Landesbank zulasten des Freistaats Bayern zu sta-

bilisieren und dabei den hälftigen Eigentümer, die Sparkassen - in Klammern: die Kommunen - nicht einzubeziehen. Auch das war eine Entscheidung im Interesse unserer bayerischen Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist und bleibt das kommunalfreundlichste Bundesland.

Wir tun in diesem Haushalt auch sehr viel für die Polizei. Es gibt 1.000 Stellen für neue Polizeibeamte und 230 zusätzliche Stellen für die Justiz. Das wurde im Dezember versprochen und mit diesem Haushalt umgesetzt. Herzlichen Dank, Innenminister Joachim Herrmann und Justizministerin Beate Merk!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftskrise ist auch eine ethisch-moralische. "Verdienst" kommt von "dienen". Deshalb wird die Staatsregierung nicht müde werden, dafür zu sorgen, dass die Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft, die auch etwas mit Leistung, Kreativität, Verantwortung und Fairness zu tun haben, wieder Einzug halten. Sie sollten Vorbildung und Ehrensache für jeden anständigen Bankier und Kaufmann sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Zu diesem Zweck werde ich gemeinsam mit meinem Stellvertreter Martin Zeil einen Beraterkreis installieren, keinen Kreis, der erst wieder über Jahre hinweg diskutiert, sondern einen relativ überschaubaren Kreis mit Vertretern aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und der christlichen Soziallehre, der ohne Bezug auf die Tagesaktualität die Grundlagen mit uns tiefgehend analysiert und der auch Vorstellungen dafür entwickelt, was wir tun müssen, um aus der schwierigen Kurve, in der wir uns befinden und in der wir ständig zwischen Gaspedal und Bremse hin und her wechseln müssen, als Erste wieder in die Gerade zu kommen. Auf diese Situation wollen wir uns vorbereiten. Spätestens bis zur Sommerpause soll das abgeschlossen sein.

Dieser enge, kleine Beraterkreis, der von uns initiiert ist, soll auch die Anforderungen an eine soziale Marktwirtschaft unter den neuen Maßstäben des 21. Jahrhunderts formulieren. Bei zunehmendem Übergang von der Kurzarbeit zur Arbeitslosigkeit möchte die Bevölkerung von den politisch Handelnden nämlich schon wissen, wie sie sie aus dieser Krise herausführt. Bei den täglichen Diskussionen stelle ich immer wieder fest, dass die Menschen auch ein geistiges Fundament für unser Tun haben wollen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von der SPD)

Sie wollen wissen, auf welchen Wertgrundlagen wir soziale Marktwirtschaft gestalten. Das ist nicht zum Lachen, sondern uns ist es bitterer Ernst damit, die soziale Marktwirtschaft wieder auf eine Wertgrundlage zu stellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte nie mehr erleben, dass begründet gesagt werden kann: Die, die wir gewählt haben, haben keine Macht, und diejenigen, die die Macht haben, haben wir nicht gewählt.

(Maria Noichl (SPD): Sie sind doch nicht gewählt worden! - Weitere Zurufe von der SPD - Georg Schmid (CSU): Das haben wir allein gemacht, wir haben euch nicht gefragt! - Unruhe)

- Schön ruhig Blut, das ist die Aufregung nicht wert.

(Anhaltende Unruhe)

Deshalb werden wir diesen Kreis installieren, der bis zur Sommerpause Ratschläge einholen wird.

(Anhaltende Unruhe)

- Schont euch vor der Osterpause, das ist gut für den Blutdruck und die Lebenserwartung!

Ich möchte noch drei Dinge sagen. Seit meiner Regierungserklärung ist ein gutes Vierteljahr vergangen. Seitdem hat die Staatsregierung wesentliche bundespolitische Initiativen gestartet. Mir liegt sehr daran, festzustellen - auch wenn man manchmal das Gegenteil glauben könnte, wenn man sich nur der Lektüre so mancher Presseorgane hingibt -: Jede Initiative war erfolgreich.

Erstens. Eine Initiative galt der Erbschaftsteuer, wo man sich noch ein besseres Ergebnis vorstellen kann; das werden wir auch anstreben. Was wir erreicht haben ist jedenfalls besser als das, was wir zu Beginn unserer Regierung in München vorgefunden haben. Wir haben die Erhöhung des Kinderfreibetrags im Steuerrecht ab 1. Januar, also eine Familienförderung. Wir haben die Steuersenkung, von der ich sprach, gegen bundesweit erbitterten Widerstand durchgesetzt.

(Widerspruch des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Wir werden auch bei der Strukturreform der Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich sein. Auch da habe ich eine Vereinbarung mit der Bundeskanzlerin getroffen.

Liebe Freunde, schaut euch einmal an, wie die Eigenumbildung in der Bundesrepublik Deutschland gestaltet ist.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wie ist sie in Bayern? - Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Schaut euch einmal besonders an, welche Chancen junge Familien mit Kindern haben, Eigentum, gerade Wohneigentum, zu bilden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können bei einem solchen gesellschaftspolitischen Befund doch nicht einfach die Hände in den Schoß legen und unseren Gestaltungsauftrag zurückgeben, weil wir auch noch andere historische Aufgaben haben. Das ist nicht unser Verständnis von Politik. Wenn man eine gesellschaftspolitische Ungerechtigkeit registriert, wie sie die Wohneigenumbildung in der Bundesrepublik Deutschland und auch im Freistaat Bayern darstellt - der Innenminister hat in der letzten Woche einmal öffentlich darauf hingewiesen, wie stark die Zahl der Bauanträge zurückgeht -, dann ist es doch das Mindeste, dass Sozialministerin Christine Hadert-hauer und Finanzminister Georg Fahrenschon dem Parlament einmal einen Vorschlag vorlegen. Ich möchte die Eigenheimzulage in der bisherigen Form zwar nicht wieder einführen, aber es ist doch das Mindeste, dass Familien mit Kindern wieder einen Anreiz zur Bildung von Wohneigentum bekommen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich stelle fest, jede dieser Initiativen hatte Erfolg.

Zweitens. Ich betrachte - das sage ich noch einmal - ein Engagement für unsere bayerische Heimat und für die bayerische Bevölkerung in Berlin und einen Streit um eine Lösung nicht als Krawall und Querulantentum, sondern ich verstehe das als die Annahme der Verantwortung, die wir Politiker für unsere Heimat haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Drittens möchte ich noch sagen - auch das wird zu kleinräumig begleitet -, dass ich während meiner fast dreißig Jahre Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, jedenfalls in meiner Heimat, viele, viele Großprojekte durchgesetzt habe. Sie haben zum Teil zehn bis zwanzig Jahre gedauert. Wenn man aber nicht den ersten Schritt auf einer langen Reise tut, wird man nie ans Ziel kommen. Es ist das Recht, ja sogar die Pflicht eines Ministerpräsidenten - übrigens auch eines jeden Kabinettsmitglieds -, sich unter bestimmten Bedingungen hinter ein Projekt zu stellen, zum Beispiel dann, wenn eine große Tangente von Paris über Stuttgart und Ulm bis in den Osten geplant ist.

Liebe Freunde, soll man da warten, bis alle anderen nachgedacht haben, geplant haben, Vorkehrungen getroffen haben? Oder kann man da vielleicht mal sagen: Ich stelle mich hinter das Projekt; wir werden das in Kürze im Kabinett behandeln und mit der Bundesregierung versuchen, eine solche Bahnlinie im Interesse ganz Deutschlands und Bayerns so voranzubringen, dass die Bayern nicht hintanstehen, wenn sie denn einmal realisiert wird. Das ist doch selbstverständlich!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Sie wollen sie ja vorfinanzieren!)

- Herr Maget, jetzt sage ich Ihnen: Zuerst müssen wir einmal mit dem Bundesminister darüber einig sein, dass das Projekt in den Bedarfsplan kommt. Dann kann man eine Planung aufstellen. Denn wenn Sie eine Planung aufstellen, ohne im Bedarfsplan zu sein, helfen Ihnen die ganzen Genehmigungen nichts. Denn die Genehmigungen sind nicht mehr rechtsgültig, bis der Bedarfsplan verabschiedet ist. Das muss man wissen, wenn man mit solchen Dingen zu tun hat.

Jetzt nenne ich Ihnen ein Beispiel. Darüber können wir mal bei einem Kaffee reden. Ich habe - das hört jetzt nicht jeder gern - einmal begonnen, mich zugunsten der ICE-Strecke München - Ingolstadt - Nürnberg mitten durchs Altmühltal einzusetzen. Das war in meinem Wahlkreis. Deshalb weiß ich, wie man mit einem solchen Projekt angesichts der vielen Ortsumgehungen und Stellungnahmen vom Güterverkehrszentrum, von der Katholischen Universität und Fachhochschulen umgeht. Aber, meine Damen und Herren, man muss einmal beginnen mit der Diskussion, mit der Umsetzung, mit den Gesprächen mit der Bundesregierung. Das dauert ohnehin. Das sind Jahrhundertaufgaben - nicht, weil es Jahrhunderte dauern soll, bis es zur Realisierung kommt, sondern weil eine solche Entscheidung für künftige Generationen maßgeblich ist. Damit muss man beginnen. Ich werde mich nicht davon abbringen lassen, wenn es um Kultureinrichtungen der höchsten Stufe geht, mich dafür einzusetzen, dass man zumindest mal den Kopf öffnet und Alternativen untersucht. Wir haben im Kabinett vereinbart, dass man die Alternativen einmal begutachten lässt. So einfach ist Politik oft. Ich werde mich auch nicht davon abhalten lassen, dafür einzutreten, dass der Regierungsbezirk Schwaben mit seinem Klinikum auch eine Chance der universitären Versorgung bekommt.

(Beifall des Abgeordneten Bernd Kränzle (CSU))

Auch das ist ein langer Weg, und auch dafür werde ich streiten.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Eisiges Schweigen bei der FDP!)

So. Das wollte ich sagen. Wer mich kennt, weiß, dass ich mit Zähnen und Klauen und mit aller Deutlichkeit dafür kämpfe.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Eines ist mir aufgefallen, lieber Herr Maget: Zu dem, was diese Koalition entwickelt hat

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

auf den Gebieten der Bildung, der Nachhaltigkeit, bei den Investitionen, bei der Kinderbetreuung, bei der Sicherheit, von den Universitäten bis hin zu den Grundlagen des Umgangs mit der Bevölkerung - -

(Franz Maget (SPD): So eine Schaumschlägerei!)

Wo immer wir bei unseren Regierungsbezirkseinsparungen auftreten, kommt die Bevölkerung in Scharen. Wir führen den Dialog am Telefon, der durch die Presse organisiert wird - das läuft hervorragend. Wir haben eine Kultur des Vertrauens, der Verantwortung und auch des Dialogs geschaffen. Diesen Dialog praktizieren wir. Wenn ich draußen sage, wir prüfen ein Gymnasium, dann wird es geprüft; ich fahre nicht zurück in die Staatskanzlei und sage: Das war ein schöner Tag - und dann wird das Projekt zu den Akten gelegt. So verstehen wir die Dinge.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wissen Sie, was mir dabei auffällt, Herr Maget? Ich wollte dieses Urteil am Anfang nicht aussprechen, aber da ist schon eine bemerkenswerte Leere - und zwar eine Leere mit zwei e - an Alternativen. Ich kenne kein Gegenkonzept, das hier zu unserer Regierungsarbeit und Regierungserklärung auf den Tisch gelegt wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wir wollen diese Kultur der Verantwortung vorantreiben.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

Da lassen wir uns von niemandem aus der Ruhe bringen.

Arbeit sichern, Chancen eröffnen, Zukunft nachhaltig und sozial gestalten - das ist der Haushalt 2009 und 2010. Wir wollen Zukunft gestalten, nicht Vergangenheit reparieren. Deshalb bitte ich das Hohe Haus, dem vorliegenden Haushaltsentwurf am Ende der Haushaltsdebatte zuzustimmen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Als nächstem Redner erteile ich für die SPD-Fraktion dem Herrn Kollegen Maget das Wort. - Bitte schön, Herr Kollege.

Franz Maget (SPD): Danke schön, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Ein halbes Jahr nach der Landtagswahl ist heute eine gute Gelegenheit für eine erste Zwischenbilanz der Regierungstätigkeit des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer und seines Kabinetts. Bevor ich zu den wichtigsten Inhalten komme, die Sie ja auch vorgetragen haben, gestatten Sie mir einige Anmerkungen zum Regierungsstil und zur Qualität der Regierungsarbeit in den zurückliegenden Monaten. Sie haben einiges davon selber angesprochen.

Es gibt nämlich eine Reihe von Grundmustern und Grundprinzipien des Regierungshandelns von Herrn Seehofer, die auffallen. Das erste und wichtigste Prinzip ist das der Schaumschlägerei.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU: He! - Harald Güller (SPD): Nur keine Aufregung!)

Die Regierungskunst besteht darin, sich zu denken: Erzähle dem jeweiligen Publikum genau das, was es von dir hören will, und versprich ihm, wofür du Beifall bekommst, auch wenn du die Versprechen anschließend nicht einhalten kannst.

(Bernd Kränzle (CSU): Du übernimmst dich!)

Erstes Beispiel: Sie haben die Hochkultur selbst angesprochen. Dieser Teil der Regierungskunst begann bei der Evangelischen Akademie in Tutzing vor einem hoch gebildeten, kulturell beeinflussten Publikum. Mariss Jansons, der hervorragende Dirigent des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks, fürwahr ein Weltstar, war anwesend. Was hört er am liebsten? - Natürlich hört er am liebsten, dass er einen neuen Konzertsaal in München bekommt. Weil er und das Publikum das hören wollen, verspricht der Ministerpräsident, dass dieser Konzertsaal für schlappe 130 Millionen Euro realisiert wird.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Der zuständige Fachminister weiß davon nichts; er ist natürlich auch anderer Meinung und hält das für gar keine gute Idee, Herr Ministerpräsident. Vor allem hat er überhaupt keine Vorstellung, woher er das Geld bekommen soll. Deswegen steht im Haushaltsplan auch nicht einmal eine Leerstelle für diesen formidablen zusätzlichen Konzertsaal in München, gar nichts.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das macht ja nichts!)

Hauptsache, es ist versprochen und man hat vor 300 Zuhörerinnen und Zuhörern, im Rundfunk und im Fernsehen eine gute Resonanz: Jawohl, endlich ein Bayerischer Ministerpräsident, der kulturbeflissen ist und der uns einen Konzertsaal schafft. - Ziel erreicht, aber nicht weiter verfolgt. Versprechen genügt, einhalten spielt keine Rolle.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Beispiel - es kommt noch eine ganze Menge.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich habe Zeit!)

Natürlich trifft sich der Herr Ministerpräsident auch mit den Trägern der Erwachsenenbildung in Bayern. Es soll ein sehr gutes, ein sehr konstruktives Gespräch gewesen sein. Herr Seehofer hat natürlich auch großes Interesse an der Erwachsenenbildung gezeigt.

Der Bayerische Volkshochschulverband schreibt deshalb Folgendes:

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass sich der Bayerische Ministerpräsident Seehofer für die Aufgaben und Ziele der Erwachsenenbildung in Bayern verstärkt einsetzen möchte. In einem sehr konstruktiven Gespräch am 2. März 2009 erhielten wir die Zusage, dass er dies auch im Hinblick auf eine Erhöhung der Mittel im Doppelhaushalt 2009/2010 tun wolle.

Jetzt sieht der Erwachsenenbildner in den Haushalt hinein und findet keine Erhöhung.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts!)

Deshalb schrieb der Präsident des Bayerischen Volkshochschulverbandes - Herr Deimer, Mitglied Ihrer Partei - an den Ministerpräsidenten Folgendes: Vor dem Hintergrund unseres Gespräches wende ich mich noch einmal mit einer dringenden Bitte an Sie. Beim ersten von mehreren Schritten sprachen Sie von einer Akutbehandlung zugunsten der Erwachsenenbildung im Doppelhaushalt 2009/2010.

Leider musste Herr Deimer jetzt feststellen, dass davon nicht die Rede sein kann. Herr Deimer sandte mir eine Kopie dieses Schreibens.

(Christa Naaß (SPD): Versprochen - gebrochen!)

Herr Deimer sagte: Ich kann sicherstellen, dass alle Fraktionen dieses Hauses einer Erhöhung der Mittel auf 20 Millionen Euro zustimmen würden. In der Tat, wir

würden zustimmen. Wir haben das sogar beantragt, aber Sie haben es abgelehnt. Es genügt Ihnen, dem Volkshochschulverband zuzusagen und zu versprechen, dass Sie die Mittel erhöhen werden. Herr Seehofer, getan haben Sie gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Besonders eindrucksvoll haben Sie dieses Vorgehen in Augsburg gestaltet. Sie haben erzählt, dass Sie im Lande unterwegs seien. Dabei wird das Füllhorn der Versprechungen ausgeschüttet. Lieber Herr Kollege Kränzle, Sie haben sich in Augsburg ganz schön blenden lassen. In Augsburg wählte der Herr Ministerpräsident gar den feierlichen Akt des Eintrags ins Goldene Buch. Er hat aber nicht hineingeschrieben, dass geprüft werde, ob eine Universitätsklinik für Augsburg eine gute Sache wäre. Nein, das wäre viel zu wenig. Er schrieb in dieses Buch: Die Uniklinik kommt - Ausrufezeichen. Das ist ein hervorragendes Versprechen.

(Georg Schmid (CSU): Die sollten sich freuen! Du bist zu ungeduldig, Franz!)

- Ich freue mich. Aber Moment: Was sagen denn die Mitglieder Ihrer formidablen Regierungskoalition zu diesem Versprechen? - Herr Kollege Prof. Dr. Barfuß sagte, das sei reiner Etikettenschwindel. Der Landrat der CSU - ein früherer Landtagskollege - sagte, der Herr Ministerpräsident hätte lieber vorher ein Gespräch mit ihm suchen sollen.

(Alexander König (CSU): Das sagen alle Landräte!)

Lieber Herr Schmid, Ihr gesundheitspolitischer Sprecher - er ist gerade nicht da -, Herr Dr. Zimmermann, sagte über dieses Versprechen wörtlich: Das ist eine Schnapsidee, die nicht zu Ende gedacht wurde.

(Lachen bei der SPD)

Herr Seehofer, das sagt der gesundheitspolitische Sprecher der CSU, der die Regierung trägt, zu Ihrem Versprechen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Medizin-Dekane und Vorstände der bayerischen Unikliniken sagen "Unsinn". Herr Dr. Heubisch sagt ebenfalls "Unsinn".

(Widerspruch des Staatsministers Dr. Wolfgang Heubisch)

- Das haben Sie nicht gesagt? - Aber gut finden Sie es auch nicht.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, ich würde sagen, dass wir hier keine Zwiegespräche führen sollten. Fahren Sie bitte mit Ihrer Rede fort.

Franz Maget (SPD): Überhaupt Augsburg: In Augsburg lösen Sie mittlerweile ohnehin nur noch ungläubiges Staunen aus. Herr Strehle sagt, dass der Ministerpräsident vor 600 Augenzeugen und 1.200 Ohren, im Landkreis Augsburg jüngst versprochen hätte, sich für eine Vorfinanzierung der Bahnstrecke zwischen Augsburg und Ulm durch den Freistaat Bayern stark zu machen. Gleichzeitig schrieb der Herr Ministerpräsident an den CSU-Verkehrspolitiker Oswald im Deutschen Bundestag Folgendes: Eine Vorfinanzierung der Planungskosten oder gar der Strecke durch den Freistaat kann ich leider nicht in Aussicht stellen. Unterzeichnet: Dein Horst.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Hört! Hört!)

Der Landrat der CSU sagte: Das widerspricht sich aber.

(Harald Güller (SPD): Und zwar deutlich! Das hat er vor 600 Leuten bei der IHK gesagt!)

- Das kann man so feststellen. Der zuständige Landtagskollege der CSU, Herr Strehle, sagte dazu: Mir ist es lieber, man verspricht weniger und hält mehr, als dass man etwas verspricht, was man nicht halten kann.

(Beifall bei der SPD)

Das meinte Herr Strehle zu dem, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat. Meine Damen und Herren, das ist eben das Grundprinzip: Immer den Leuten nach dem Mund reden. Zum Förster sagt man "Wald vor Wild" und zum Jäger "Wild vor Wald". Ist ja auch egal. Das ist keine Führung; das ist Beliebigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie wurden dann auf die Handwerksmesse eingeladen und freuten sich, vor 3.000 dem Handwerk nahestehenden Menschen ein großes Versprechen abgeben zu können. Sie versprochen, die Bayerische Staatsregierung würde sich für die Reduzierung der Mehrwertsteuer für Hotel- und Gaststättenbetriebe einsetzen. Das hören die gerne.

(Josef Miller (CSU): Das scheitert an der SPD in Berlin!)

- Lieber Herr Kollege Miller, im Gegensatz zu Ihnen kann ich mich daran erinnern, dass die SPD-Landtagsfraktion in der letzten Legislaturperiode in diesem Hause einen Antrag mit der Forderung eingebracht hat, die Bayerische Staatsregierung möge sich beim Bund

dafür einsetzen, dass die Mehrwertsteuer für Hotel- und Gaststättenbetriebe reduziert wird.

(Harald Güller (SPD): Drucksache 15/4595!)

Wer, glauben Sie, hat diesen Antrag damals abgelehnt? - Ihr habt ihn abgelehnt.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Wir haben auch zugestimmt!)

Ihr habt den Antrag in der letzten Legislaturperiode abgelehnt.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Runge?

Franz Maget (SPD): Gerne.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Geschätzter Herr Kollege Maget, Sie liefern das richtige Stichwort. Wie beurteilen Sie denn die Einlassung des Herrn Ministerpräsidenten zum reduzierten Mehrwertsteuersatz für Hotellerie und Gastronomie und die Beschimpfungen des Bundesfinanzministers diesbezüglich nicht nur vor dem Hintergrund, dass eben die CSU vor gerade einmal zwei Jahren eine entsprechende Initiative der SPD hier im Landtag abgelehnt hat, sondern auch vor dem Hintergrund der genannten Argumente, die waren beispielsweise gewesen, CSU-Argument, die Effekte, die sich die Antragsteller versprechen, würden nicht eintreten oder aber - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Runge, das ist eine Zwischenfrage und keine Zwischenbemerkung.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das zweite Argument - -

(Abstellen des Mikrofons durch die Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, ich bitte Sie.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Ich bin immer noch in einem Satz. Das zweite Argument war gewesen, die Belastung würde die Allgemeinheit zu tragen haben und Gastronomie und Hotellerie würden ja sowieso profitieren vom erhöhten Mehrwertsteuersatz durch gleichzeitige Absenkung der Lohnnebenkosten.

(Alexander König (CSU): Herr Dr. Runge, das ist eine Zumutung, was Sie sich erlauben!)

Franz Maget (SPD): Jetzt ist das leider nicht ganz verstanden worden. Ich habe aber noch - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Maget, ich habe Herrn Kollegen Dr. Runge das Mikrofon abgedreht, weil es einen Unterschied zwischen einer Zwischenfrage und einer Zwischenbemerkung gibt. Nach der Geschäftsordnung geht es hier um eine Zwischenfrage. Herr Kollege Maget, fahren Sie jetzt bitte mit Ihrer Rede fort.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das ist eine Frechheit! Das war ein Satz, nicht mehr!)

Herr Kollege Dr. Runge, ich rüge das und weise zurück, dass das eine Frechheit ist! Ich weise das zurück.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das ist völlig daneben!)

Herr Kollege Maget, fahren Sie bitte mit Ihrer Rede fort.

Franz Maget (SPD): Ich habe leider nicht alles hören und verstehen können.

(Harald Güller (SPD): Fakt ist, dass die CSU dagegengestimmt hat!)

Mir ist aber die Diskussion noch in Erinnerung. Herr Kollege Memmel hat gesprochen und dabei das Beispiel mit der Wurstsemmel gebracht. Sie haben heute dieses Beispiel unter dem Beifall Ihrer Fraktion gebracht.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- Das hat Ihnen nicht Herr Fahrenschon in den letzten Tagen erzählt; denn Sie haben das Beispiel schon auf der Handwerksmesse gebracht.

Da waren es Wiener Würstchen. Hermann Memmel hat es von diesem Platz aus genauso begründet, da wurde er von der CSU-Fraktion ausgelacht. Die CSU-Fraktion hat gesagt: Wenn man die Mehrwertsteuer senkt, dann muss das die Allgemeinheit bezahlen und deswegen lehnen wir einen solchen Vorstoß ab. Sie haben eine entsprechende Initiative der SPD abgelehnt. Haben Sie übrigens gehört, was Ihr neuer Star, der Wirtschaftsminister zu Guttenberg dazu sagt? Herr zu Guttenberg sagt zu Ihrem Vorschlag - ich habe mir das aufgeschrieben -: Das ist ordnungspolitischer Unsinn. Was Sie hier vorgetragen haben, ist ordnungspolitischer Unsinn. Das passiert, wenn man ständig Versprechungen macht und sie dann nicht einhält.

Jüngst sind Sie in der Oberpfalz gewesen und sind auf erboste Milchbauern getroffen, die hinter einer von der Polizei errichteten Barriere gestanden sind. Über die Barriere haben Sie den Milchbauern dann zugerufen: Ich helfe euch, verlasst euch auf mich! - Darauf würde ich mich, ehrlich gesagt, nicht verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Zweites zentrales Grundprinzip der Regierung von Seehofer lautet: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Erstes Beispiel: Gentechnik. Sie haben hier vorgetragen und behauptet, Sie seien immer ein Gegner der grünen Gentechnik gewesen. Das ist wirklich dreist. Ich nehme nur ein einziges Zitat von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Sie haben im Deutschen Bundestag als Bundesminister folgenden Satz gesagt: Die Entscheidung für die Gentechnik ist weltweit und in der Europäischen Union gefallen; es kommt nur noch auf das Wie an; die Entscheidung für die grüne Gentechnik ist gefallen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Schlechtes Deutsch!)

Sie haben in Berlin in Ihrer Arbeit als zuständiger Minister keinen Finger dafür gerührt, dass Bayern eine gentechnikfreie Region werden kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich verstehe die Vertretung bayerischer Interessen so, dass man diese nicht nur im Bayerischen Landtag als Ministerpräsident vertritt, sondern auch im Deutschen Bundestag und in der Bundesregierung als Minister aus Bayern. Alle Initiativen, die von uns kamen - erst in der letzten Woche im Deutschen Bundestag -, wurden von der Union dort abgelehnt. Es sind einzig und allein in diesem Haus die SPD und die GRÜNEN gewesen, die in den letzten Monaten für ein gentechnikfreies Bayern gekämpft haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man mit dem Bund Naturschutz zusammentrifft, muss man denen natürlich auch etwas versprechen und man verspricht ihnen, künftig für Gentechnikfreiheit einzutreten. Die "Süddeutsche Zeitung" schreibt: Jetzt ist er auch noch Öko-Freak.

Umweltgesetzbuch - das ist das gleiche Thema. Erst waren Sie im Bund dafür, dann haben Sie als Ministerpräsident in Bayern diesen Fortschritt torpediert. Bei der Pendlerpauschale gehörten Sie zu denjenigen, die diese nicht nur reduzieren, sondern vielmehr sogar ganz abschaffen wollten.

(Erwin Huber (CSU): Das stimmt nicht!)

- Doch, natürlich stimmt das.

Dann brauchten wir alle miteinander das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Es war nicht Ihre Leistung, Herr Huber, sondern es war die erfreuliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die ermöglicht

hat, die alte Pendlerpauschale wieder zurückzubekommen.

(Erwin Huber (CSU): Herr Steinbrück war dagegen!)

Das war von Anfang an ein Anliegen der bayerischen SPD gewesen.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Steinbrück war dagegen!)

Gleiches Beispiel für das Motto: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Wie war das mit den Vätermönaten beim Elterngeld? Herr Ramsauer und andere Vertreter Ihrer Landesgruppe haben gesagt, die Vätermönate beim Elterngeld seien ein reines Wickelvolontariat, und lehnten sie ab. Jetzt fordern sie die Verdoppelung auf vier Monate.

Ganz besonders spannend ist die Diskussion in der Gesundheitspolitik. Ich habe heute wieder gehört und in den Zeitungen gelesen, Sie seien gegen den Gesundheitsfonds. Auch heute hat er es gesagt. Das ist wirklich gut. Herr Söder hat gesagt - wörtlich -: Die Idee des Gesundheitsfonds führt ins Nirwana von Zentralismus und Umverteilung. Was hat denn Herr Seehofer vor einem halben Jahr zum Gesundheitsfonds gesagt? Man glaubt es kaum, ich zitiere wörtlich. Er hat gesagt: Der Fonds wird Wunder wirken. Er hat gesagt: Unser Fonds - er war schließlich dabei - wird ein Vorbild für die internationale Gesundheitspolitik werden. Es wäre grotesk, einen Wahlkampf über seine Veränderung führen zu wollen. - Das hat Seehofer gesagt. Dann spricht er von einem klaren Kurs der CSU und der Staatsregierung. Das soll ein klarer Kurs sein?

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich an das Jahr 2006. Wir haben damals in diesem Hause über das Thema Gesundheitsfonds diskutiert. Ich habe Sie damals darauf aufmerksam gemacht, dass der Gesundheitsfonds für Bayern erhebliche Risiken enthält, dass man da vielleicht ein wenig vorsichtiger sein sollte und dass man vielleicht gemeinsam mit Baden-Württemberg versuchen möge, das Schlimmste für Bayern abzuwehren. Die damals zuständige Sozialministerin Stewens hat mich beschimpft und gesagt, ich solle mich erst einmal sachkundig machen. Sie hat gesagt: Die Auswirkungen des Gesundheitsfonds auf Bayern seien positiv und meine Panikmache sei faktenfernes Showklagen. Damals hätten wir konstruktiv eine bessere Regelung für Bayern erreichen können, aber Sie waren vom Gesundheitsfonds so begeistert, dass Sie davon nichts hören wollten. Das ist der Fehler. Gestern so und heute so - das ist keine Führung, sondern das sind leere Versprechen, das ist

Schaumschlägerei, Herr Ministerpräsident, und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Das nächste Prinzip bayerischer Regierungskunst war allerdings schon vor Ihrer Zeit gut bekannt. Das Prinzip lautet: Lass dich für Investitionen feiern und andere dafür bezahlen. Das haben wir schon bei dem Investitionsprogramm Zukunft, Bildung und Betreuung erlebt. In dieses Programm flossen Milliarden nach Bayern. Damit haben Sie die überflüssige und übereilte Einführung des achtjährigen Gymnasiums finanziert. Aus Bundesmitteln haben Sie Mensen gebaut, Schulhäuser erweitert -alles bezahlt vom Bund ohne politische Zuständigkeit. Danach haben Sie sich feiern lassen. Genauso war das bei der Kinderbetreuung. Dafür flossen und fließen noch immer über 300 Millionen Euro für den Ausbau der Kleinkinderbetreuung vom Bund nach Bayern. Sie haben vor Jahren noch gesagt, Krippen seien sozialistisches Teufelszeug. Aber das Geld aus Berlin nehmen Sie natürlich schon. Sie lassen sich dafür feiern, dass Sie Krippen errichten.

Jetzt läuft es ähnlich. Der Bund hat das größte Konjunkturprogramm der Nachkriegsgeschichte beschlossen. Es handelt sich um ein sehr positives und wirksames Programm, das insbesondere ein kommunales Investitionsprogramm in Höhe von 13 Milliarden Euro vorsieht. Es ist ein gutes Programm, fast zwei Milliarden Euro fließen nach Bayern, davon 1,3 Milliarden Euro vom Bund. Jetzt schauen wir doch einmal auf die Homepage der Staatsregierung, was die Staatsregierung zum Investitionsprogramm des Bundes sagt. Die Staatsregierung schreibt auf ihrer Homepage zum Investitionsprogramm des Bundes Folgendes:

"Am 10. Februar gab die Bayerische Staatsregierung den Startschuss für zusätzliche Investitionen in Höhe von 1,96 Milliarden Euro in Bildung und Infrastruktur." Sie gaben den Startschuss. Zwei Absätze weiter sprechen Sie sogar von einem bayerischen Programm zur Förderung der Konjunktur.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da sagst nix mehr! Gewusst wie!)

Dann wird der zuständige Staatsminister Schneider mit den Worten zitiert: "Mit diesem Paket geben wir der Konjunktur einen kräftigen Impuls und allen Teilen unseres Landes einen zusätzlichen Modernisierungsschub." - Sie sind ein toller Hecht.

(Beifall bei der SPD)

Das Geld kommt von anderen,

(Thomas Hacker (FDP): Von den Bürgern!)

und sie geben damit einen kräftigen Investitionsschub. Wie sieht die Bilanz der CSU/FDP-Regierung nach einem halben Jahr aus?

(Thomas Hacker (FDP): Gut!)

Die Staatsverschuldung hat sich um 10 Milliarden Euro erhöht. Der ausgeglichene Staatshaushalt ist zur Makulatur geworden. Die laufenden Ausgaben können Sie längst nicht mehr mit den laufenden Einnahmen decken. Die Rücklagen sind aufgezehrt, und gewaltige Risiken stehen noch dazu in Aussicht. Allein vor der Steuerschätzung im Mai muss einem angst und bange werden. Durch die Belastungen für die Landesbank haben sich die jährlichen Ausgaben im Haushalt um 500 Millionen Euro erhöht. Geld, das für soziale Projekte, für Bildung und Infrastruktur benötigt wird, fehlt. Die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern ist äußerst bedrohlich. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Vor allem beträgt die Zahl der Kurzarbeiter in Bayern zum aktuellen Stand 395.000. Das sind schon mehr Kurzarbeiter als Arbeitslose in Bayern. Das hat es noch nie gegeben.

(Alfred Sauter (CSU): Es hat aber schon viel mehr Arbeitslose gegeben!)

- Ja, Herr Kollege Sauter, aber die Gefahr ist groß, dass die, die jetzt in Kurzarbeit sind, im Sommer - vielleicht schon im Mai oder im Juni - zu Arbeitslosen werden. Das werfe ich jetzt nicht dieser Regierung vor. Das sind die Auswirkungen einer verheerenden wirtschaftlichen Krise. Allerdings stellt sich die Frage, ob diese Regierung das Richtige tut, um mit dieser Krise fertig zu werden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Ich bin auf Ihre Vorschläge gespannt!)

Wir stellen fest, dass dies leider nicht der Fall ist, und dafür will ich Ihnen vier Argumente nennen.

Das erste Argument: Wir - Sie und ich - haben das Konjunkturprogramm angesprochen. 1,96 Milliarden sollten es für Bayern sein. Eigentlich war das Programm so gedacht, dass der Bund 10 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellt. Der von Ihnen so gescholtene Herr Steinbrück hat das gemacht. Er hat 10 Milliarden Euro Neuverschuldung aufgenommen. Man kann es so oder so sehen, aber das war die Absprache. Dazu sollten die Länder über 3 Milliarden Euro zusätzliches Geld einbringen. Das wären für Bayern 480 Millionen Euro gewesen. Das hat Bayern aber genau nicht gemacht. Bayern hat das Geld des Bundes genommen und hat es nur zum Teil an die Kommunen weitergeleitet. Der Rest blieb an den klebrigen Fingern des Finanzministers hängen. Dieser hat seinen eigenen Beitrag überhaupt nicht erbracht, sondern er hat Positionen aus dem Haushalt, die ohnehin schon vorgesehen waren,

neu verbrieft, so wie andere ABS-Papiere verbrieft haben. Er hat sie neu etikettiert und als Beitrag für das Konjunkturprogramm ausgegeben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch der Abgeordneten Bernd Kränzle (CSU) und Josef Miller (CSU) - Harald Güller (SPD): Etikettenschwindel!)

- Das ist ein Etikettenschwindel. Im Grunde genommen haben Sie die Kommunen in Bayern um den Beitrag des Freistaates betrogen.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Also hören Sie, das ist doch Wahnsinn!)

Das halte ich in dieser konjunkturellen Situation für skandalös.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Argument. Auch der Umgang mit der Bayerischen Landesbank stärkt nicht das Vertrauen, sondern das Misstrauen. Er löst nicht die Probleme, die wir haben, sondern er verschärft sie.

(Alexander König (CSU): Und Sie haben immer noch keine Lösungsvorschläge!)

Als Sie 10 Milliarden Euro brauchten, waren Sie ganz schnell. Seitdem sind Sie aber ganz langsam. Bis zum heutigen Tag gibt es nämlich kein Konzept für die Zukunft der Bayerischen Landesbank. Es gibt keines. Es gibt nur Risiken. Was ist mit der Hypo Alpe-Adria-Bank? Sie haben dazu nichts gesagt. Es ist eines der größten Risiken, die wir erkennbar in der Bayerischen Landesbank haben. Schauen Sie sich die österreichischen Banken an. In welcher Verfassung sind sie aufgrund der wirtschaftlichen Situation in Osteuropa? Da muss einem um die Hypo Alpe-Adria angst und bange werden. Was machen Sie eigentlich mit diesem Institut? Keine Auskunft!

(Christa Naaß (SPD): Keine Antwort!)

Wie weit sind die von Ihnen in Ihrer Erklärung im Dezember angesprochenen und versprochenen Fusionsgespräche mit den anderen Landesbanken gediehen? Keine Auskunft! Ich höre nur, dass Herr Fahrenschon sagt, er wolle sich die 10 Milliarden Euro wieder holen. Wie, weiß aber kein Mensch. Ich sage Ihnen, was passieren wird. Sie werden sich die 10 Milliarden Euro nicht holen, sondern Sie werden noch in diesem Jahr in diesem Hause anklopfen und um zusätzliche finanzielle Mittel für die Bayerische Landesbank bitten. Das sage ich Ihnen voraus. Wenn Sie sich trauen, widersprechen Sie mir.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Trauen Sie sich doch!)

Ich sage Ihnen, so weit wird es kommen. Deswegen sage ich Ihnen auch: Sie sind nicht in der Lage, die Krise der Bayerischen Landesbank zu bewältigen. Die Krise ist Ihnen über den Kopf gewachsen. Sie haben keine einzige Idee, wie Sie die Landesbank wieder auf einen guten Weg bringen.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir schon lange keine Landesbank mehr!)

Ein drittes Argument: In der gegenwärtigen Krise brauchen wir einen aktiven und handlungsfähigen Staat. Wir müssen nicht nur die Banken, sondern auch die Unternehmen und die Arbeitsplätze stabilisieren. Ich habe Sie heute nicht ganz verstanden. Welche Meinung vertreten Sie jetzt wirklich bei der Beteiligung des Staates an Unternehmen, die gefährdet sind?

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Bürgschaften und Kredite! Das habe ich doch gesagt!)

Bürgschaften und Kredite, aber keine Beteiligungen. Da haben wir einen großen Unterschied, denn ich bin der Meinung, dass wir uns gut überlegen müssen, welche Unternehmen, welche Arbeitsplätze, welche Technologien, welches Know-how und welche Produktionsmittel es in Bayern nach der Krise noch geben soll. Wenn ich mir diese Frage so stelle, kann es sehr wohl sein - als Stichwort nenne ich nur Schaeffler und andere -, dass auch eine bayerische, eine staatliche Beteiligung hilfreich ist, um ein solches Unternehmen durch die Krise zu führen und die Arbeitsplätze im nächsten Jahr noch zu halten.

(Harald Güller (SPD): Aber nur mit Beteiligungen!)

Einen solchen Weg gehen wir. Wir wollen vorher entscheiden, wie unsere Wirtschaftsstruktur auch nach der Krise aussehen soll. Das muss ganz klar sein.

(Beifall bei der SPD)

Die Schulden, die in der Zwischenzeit auflaufen, müssen zurückbezahlt werden. Deswegen brauchen unser Land Bayern und der Bund eine ausreichende Steuerbasis. Jeder muss wissen, dass die Steueraufkommen aller Gebietskörperschaften in den nächsten Jahren nicht abnehmen dürfen, sondern dass wir diese Steueraufkommen dringend brauchen, um eines Tages die jetzt gestiegenen Schulden vielleicht wieder zurückzahlen. Weil das so ist, sind Ihre ständigen Vorschläge, Vorstellungen und Versprechungen von Steuersenkungen da und dort reines populistisches Gewäsch.

(Beifall bei der SPD)

Was wollen Sie denn alles machen? Ihr Steuersenkungskonzept bedeutet 27 Milliarden Euro weniger an Belastungen.

(Erwin Huber (CSU): Das wird verwirklicht!)

Das ist wunderbar. Sie wollen die Mehrwertsteuer senken. Das ist wunderbar. Sie wollen die Eigenheimzulage oder etwas Ähnliches wieder einführen. Wir haben für die Eigenheimzulage über 10 Milliarden Euro ausgegeben.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Aber nicht für die Familien!)

Die Eigenheimzulage soll jetzt auch wieder kommen. Sie haben damals bei der Abschaffung der Eigenheimzulage mitgewirkt, Herr Seehofer. Darf ich Sie daran erinnern? Sie haben die Eigenheimzulage sogar als überkommene Subvention bezeichnet. Originalzitat Seehofer!

Sie haben gesagt, die Eigenheimzulage sei eine überkommene Subvention. Sie haben die Abschaffung der Eigenheimzulage als ein Beispiel dafür gelobt, dass der Staat spart und sich bei den Ausgaben zurückhält. Wer so viele Steuersenkungen verspricht, obwohl er weiß, dass er sein Versprechen nicht einhalten kann, der muss ziemlich verzweifelt sein, wenn er hofft, damit zumindest noch ein Stück politische Zustimmung zu erhalten.

Vierter Beleg: Der Haushalt des Freistaats Bayern muss natürlich ein konjunkturelles Paket sein, das in dieser Krise hilft. Das heißt, die Investitionsquote muss annähernd so groß sein, wie wir sie in guten Jahren hatten. In guten Jahren lag die Investitionsquote des Freistaates Bayern bei 17 %, 18 %, 20 %. Herr Fallthäuser hat ein Minimum von 15 % verlangt.

(Zuruf von der CSU)

Jetzt wären Sie bei einer Investitionsquote von 12,5 % in diesem Jahr, und die Quote würde im nächsten Jahr sogar noch absinken, sie läge bei 12,0 %, wenn Sie nicht die Mittel des Bundes bekämen, die Ihnen helfen, wenigstens auf 13,4 % im nächsten Jahr zu kommen. Das ist exakt der Stand des Jahres 2008.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben also 0,0 % eigenen Beitrag zur konjunkturellen Belebung geleistet.

Ein weiteres Prinzip der Regierungstätigkeit lautet: Der Inhalt ist nicht so wichtig, es kommt auf eine gute Verpackung an.

(Heiterkeit bei der SPD)

Einige Entwicklungen sind sehr positiv, das will ich nicht verschweigen, das will ich sogar loben. Es wurden sogar SPD-Initiativen und SPD-Vorschläge aus der Vergangenheit endlich von Ihnen aufgenommen. Beispielsweise die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude. Das hätten Sie aus eigener Kraft nie geschafft. Die Bundesmittel helfen Ihnen dabei. Sie hätten auch den Anschluss der ländlichen Regionen an das schnelle Internet nicht geschafft. Auch hier helfen Ihnen die Mittel des Bundes. Es ist gut, dass das Geld hierfür eingesetzt wird. Es ist gut, dass endlich ein Bekenntnis zur Ganztagschule erfolgt. Es ist gut, dass ein Bekenntnis zur Kleinkinderbetreuung erfolgt. Es ist gut, dass das Thema Migration, zumindest dem Wort nach, aufgegriffen wird. Aber, Herr Seehofer, weil Sie beklagt haben, dass die SPD Herrn Spaenle kritisiert hat, weil er, glaube ich, sogar 60-mal den Begriff "Gerechtigkeit" in den Mund genommen hat - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: So weit sind wir!)

- Wir haben beklagt, dass er in seiner Regierungserklärung 60-mal den Begriff "Gerechtigkeit" in den Mund nimmt, inhaltlich dazu aber keinen Beitrag abliefern. Das ist die Gerechtigkeit in diesem Land!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Verpackung: gut - Inhalt: leider sehr bescheiden!

Ich komme zu einigen der Themen, die Sie angesprochen haben. Das sind Themen, die im Grunde der Straßenkarte der SPD entsprechen. Es genügt aber nicht, nur auf die Landkarte der SPD zu schauen, sondern man muss auch Gas geben. Man muss das, was man verspricht, auch in die Tat umsetzen. Die Kinderbetreuung ist ein solches Beispiel. Wir haben hier auf die Qualität der Einrichtungen zu achten, auf Verbesserungen für den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher. Wir müssen endlich den Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan umsetzen und das BayKiBiG in den Müll-eimer werfen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir müssen das Thema Kostenfreiheit noch einmal ernsthaft angehen. Der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Hacker, hat das für diesen Herbst schon angekündigt. Herr Hacker hat angekündigt: Ab Herbst dieses Jahres werden wir in Bayern ein kostenloses letztes Kindergartenjahr haben. - Ich kann im Haushalt nicht sehen, wie Sie dieses kostenlose letzte Kindergartenjahr finanzieren wollen. Ich möchte gerne einen Hinweis darauf, wo das im Haushalt steht. Ich habe es nicht gefunden. Schade. Das wäre ein echter Fortschritt gewe-

sen, wieder etwas, wo Sie unseren Vorschlägen gefolgt wären.

Weiteres Thema: Bildung. Da gibt es eine gute Nachricht, und die heißt: Es wird nicht schlechter. Die schlechte Nachricht heißt: Es wird auch nicht viel besser. Bei den Ganztagschulen geht es nur im Schneckentempo voran.

(Georg Schmid (CSU): Also wirklich!)

- Herr Kollege Schmid, die Höchstgrenze bei der Klassengröße senken Sie bei den Realschulen von 34 auf 33. Das ist phänomenal! Ich finde, das ist ein echter bildungspolitischer Fortschritt!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!
- Weitere Zurufe von der SPD: Wow! Wahnsinn!)

Zur Bildungsgerechtigkeit: Sie wissen genau, wie es darum bestellt ist, wenn 75 % der Migrantenkinder auf die Hauptschule gehen. 75 %! Da ist Bildungsgerechtigkeit in Bayern nicht gegeben!

(Beifall bei der SPD)

Wir sind uns einig, dass man da etwas tun muss, dass man da etwas verbessern muss.

Wenn Sie, Herr Ministerpräsident, schon das Thema Winnenden ansprechen - ein schrecklicher Vorgang, bei dem keiner von uns wirklich genau weiß, was da passiert -, so wissen wir übereinstimmend doch eines: Mehr Aufmerksamkeit und mehr Zuwendung für die Kinder außerhalb der Familie, an den Schulen - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: In den Familien!)

- Dort sowieso, das ist unbestritten. Aber in der Schule bekommen die Kinder vor allem durch Schulsozialarbeit und durch Schulpsychologen mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung, weil diese die Zeit und die Ausbildung haben, um mit Kindern und mit Jugendlichen zu arbeiten. Wenn ich mir überlege, wie Ihre Ausbauschritte bei der Schulsozialarbeit aussehen, dann müssen wir 100 Jahre warten, bis an jeder Schule wenigstens ein Schulsozialarbeiter ist.

(Zuruf von der SPD)

Ich würde deshalb dringend bitten, dass wir an dieser Stelle mehr tun.

(Beifall bei der SPD)

Nächstes Thema: Hochschule. Die Studentenzahlen steigen. Der doppelte Abiturjahrgang kommt im Jahre 2011 an die Hochschulen. Ich glaube, Bayern ist darauf

nicht vorbereitet. Wir haben eine Überlast von 200 % an unseren Hochschulen, und die Zahl der Studienplätze, die jetzt geschaffen wird, ist an sich zwar positiv. Auch hierfür stehen 280 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm des Bundes für Bayern zur Verfügung. Aber - -

(Alfred Sauter (CSU): Sollen wir das Geld ablehnen? - Harald Güller (SPD): Nein, eigenes Geld dazugeben!)

- Nein, das ist wunderbar. Aber der Bund hilft Ihnen, die Dinge zu machen, zu denen Sie nicht in der Lage sind. Das ist es, was ich sagen will.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das wäre Aufgabe des Freistaates Bayern. Was haben die Bayern zu Recht in der Föderalismuskommission dafür gekämpft, die alleinige Zuständigkeit für Bildung und Hochschulen zu bekommen. Aber zahlen lassen Sie den Bund, oder?

(Zuruf von der CSU: Wir zahlen aber Milliarden!)

Sie wollen allein zuständig sein, aber Sie sind nicht in der Lage, die eigenen Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin dankbar, dass der Bund uns hilft.

Zur Sozialpolitik nur einige wenige Bemerkungen: Der Armutsbericht ist da, viele Jahre zu spät, aber immerhin. Es ist gut, dass er nun vorliegt, denn es ist keine Schande, wenn es in einem Land Armut gibt. Es ist aber eine Schande, wenn man Politik macht, die Armut nicht bekämpft. Das müssten wir mehr tun.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben kein Konzept zur Bekämpfung der Kinderarmut.

(Georg Schmid (CSU): Aber wir machen gute Arbeitsmarktpolitik!)

Es gibt keine Verbesserungen bei der Pflege und weiterhin keine Förderung der stationären Altenhilfe. Den Arbeitsgemeinschaften Schwierigkeiten zu machen, ist kein guter Weg. Da hätte ich mir gewünscht, dass die CSU in Berlin dem Vorschlag der CDU-Ministerpräsidenten gefolgt wäre. Das hätte den Arbeitslosen und den Arbeitssuchenden geholfen.

Eine sozial gerechte Politik ist entscheidend für die gesellschaftliche Verfassung und für den Zusammenhalt unseres Landes. Dazu gehört die Integration der Migrantinnen und der Migranten. Ich möchte anregen,

Frau Präsidentin, wenn wir hier in diesem Hause 60 Jahre Grundgesetz feiern, gezielt Organisationen der Migrantinnen und Migranten einzuladen, um sie an einer Feier für unsere Verfassung teilhaben zu lassen.

(Zuruf von der SPD: Bravo! - Beifall bei der SPD)

Das wäre gut und auch ein Zeichen des Bekenntnisses von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ausländischer Herkunft zu unserer deutschen Verfassung.

Zum sozialen Zusammenhalt und zu einer sozialen Politik gehören auch Rechtsstaatlichkeit und Liberalität. Dazu gehört auch, erfreulicherweise, dass das Bundesverfassungsgericht Ihr Versammlungsgesetz zurückgewiesen hat. Wir erwarten von Ihnen auch, dass Sie beim Thema "Online-Durchsuchungen" zu einem Weg kommen, der ebenfalls rechtsstaatlichen Prinzipien gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zusammenfassend kann ich sagen: Bei Ihnen zählt nicht das Erreichte, Ihnen reicht das Erzählte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Das ist deswegen dürftig, weil ich möchte, dass es Bayern gut geht, dass wir mehr tun können, um uns gegen die dramatischen Folgen der Wirtschaftskrise zu stemmen und den Menschen die Angst vor ihrer Zukunft zu nehmen. Denn nicht Furcht ist gefragt, sondern Tatkraft, nicht Versprechungen, sondern Investitionen und Klarheit, nicht hin und her, heute so und morgen so, sondern ein wirklich klarer Kurs. Das wäre gut für unser Land.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Maget. Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich nun Herrn Kollegen Aiwanger das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FW): Frau Präsidentin, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wo steht Bayern heute, und wo wollen wir hin, wo wollen wir auch mit diesem Doppelhaushalt hin? Es geht zunächst einmal darum, festzustellen, dass die jetzige Staatsregierung durchaus von dem abweicht, was bisher als der große, richtige Weg deklariert worden ist, dass die jetzige Staatsregierung zumindest Kritik zur Kenntnis nimmt und dass die jetzige Staatsregierung auf Vorschläge der Opposition, wenn auch nicht direkt, so aber doch in ihren Ankündi-

gungen und in ihrem Regierungshandeln - so will ich es hoffen - reagiert.

Blicken wir zurück: Kurz vor der Landtagswahl, meine Damen und Herren, war in Bayern alles in Ordnung, da ist hier Milch und Honig geflossen, zumindest in den offiziellen Darstellungen. Da war auch bis zum Wahlabend das Problem der Landesbank ein sehr kleines. Es waren vielleicht 100 Millionen Euro, über die hier öffentlich diskutiert worden ist. Aber schon kurz darauf sind einige Nullen hinzugekommen. Das Thema Landesbank beschäftigt uns weiterhin und wird uns noch über Jahre hinweg massiv beschäftigen. Es wird mit Sicherheit im nächsten Doppelhaushalt voll durchschlagen. Bisher schaffen wir es ja noch über die angehäuften Rücklagen aus den guten Jahren, diesen Betriebsunfall der bayerischen Landespolitik einigermaßen zu kaschieren. Aber dieser Betriebsunfall wird sich in den nächsten Jahren sehr massiv auswirken, und er wird uns sehr massiv zu schaffen machen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin im Zusammenhang mit der Bildungspolitik die zunehmende Dialogbereitschaft angesprochen und auch Ihre Bereitschaft, auf Bevölkerungsgruppen zuzugehen, vielleicht auch auf die Opposition zuzugehen. Das begrüßen wir. Das begrüßen wir in aller Form.

Ich muss sagen, leider Gottes passiert das erst jetzt. Wenn man gerade im Bereich der Bildungspolitik, gerade im Bereich der kommunalen Themen eher auf die Betroffenen zugegangen wäre, hätte man viele Themen schon klären können, bevor es zu diesem massiven Vertrauensverlust und zum Verlust der absoluten Mehrheit gekommen ist. Aber ich sage noch einmal: Es war gut so, dass diese Mehrheit gefallen ist, weil damit die Diskussion offener geworden ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Bildungspolitik draußen, die angekündigten Dialoge in den Landkreisen mit der Schulfamilie, mit den Kommunalpolitikern, mit den Lehrern, diese Dialogforen begrüßen wir, meine Damen und Herren. Wir begrüßen sie ausdrücklich, aber natürlich muss diese Diskussion in der Fläche und sehr schnell passieren, und sie darf sich nicht auf Pilotprojekte beschränken.

Das scheint mir auch eine Erkenntnis zu sein: Man erkennt viele Dinge als nicht richtig, man sieht Handlungsbedarf und bietet Konzepte an, erstickt aber dann in Pilotprojekten.

Noch einmal zurück: Wir begrüßen es, dass bei vielen Themen ein Umschwung erkennbar ist, dass man sagt, wir müssen umsteuern. Ich werde das an einzelnen Themen noch weiter vertiefen. Leider bleibt man häufig in den Ankündigungen stecken. Man kündigt an, man

legt vielleicht noch gewisse Grundlagen für Pilotprojekte, dann ist es aber auch schon gut so. Das ist für uns eben nicht gut so. Wir fordern Sie auf - und damit würde ich auch vielleicht mein Referat überschreiben -, die Dinge zu Ende zu bringen, die Dinge nicht nur anzudenken, die Dinge nicht nur anzukündigen, die Dinge nicht nur anzustoßen, sondern sie zu Ende zu bringen.

Auf diesem Weg und bei dieser Arbeit können Sie sich auf das verlassen, was ich damals anlässlich Ihrer Regierungserklärung gesagt habe: Wir sind bereit, vernünftige Konzepte auf den Tisch zu legen. Wir sind bereit, diese Dinge zu begleiten, wenn Sie auf unsere Hilfe angewiesen sind. Aber in diesem Zusammenhang ist es dann - ich will nicht sagen - entmutigend, aber zumindest ernüchternd, wenn man Antrag für Antrag einbringt, gut fundierte Vorschläge macht, beispielsweise mehr Verwaltungspersonal in den Schulen einzusetzen, um Lehrkräfte freisetzen zu können, um die knappen Lehrerstunden zu entlasten, und wenn all diese Dinge dann ohne eine greifbare Begründung abgelehnt werden.

Meine Damen und Herren, das ist auch eine Botschaft an Sie, vielleicht genauer hinzuschauen, vielleicht die Dinge nicht unbedingt in den Papierkorb zu werfen, selbst wenn Sie ihnen heute nicht zu einer Mehrheit verhelfen, aber zumindest in einem halben Jahr, wobei wir dann schon gar nicht mehr sagen, dass der Vorschlag von uns kam. Ich bitte Sie also, das wieder auf den Tisch zu legen, das zu Ende zu bringen, weil uns an diesen politischen Inhalten etwas liegt.

Gerade im Bereich der Bildungspolitik ist, glaube ich, der Dialog der Weg, den wir beschreiten müssen, dieses Einbeziehen der Betroffenen und die Klarheit in den Zielen. Reden Sie draußen mit den Hauptschulvertretern, mit den Kommunalpolitikern. Sie sind in vielen Dingen völlig sprachlos, sie sind ohne Information. Sie bitten uns Abgeordnete: Bitte, hört einmal genau hin, ich habe da etwas läuten gehört, aber etwas Genaues erfahre ich nicht.

Meine Damen und Herren, allein der Umstand, dass die Basis draußen verunsichert ist, dass die Menschen an der Basis nicht wissen, was morgen in der Hauptschuldebatte auf dem Tisch liegen wird, zeigt, dass der Dialog noch nicht so funktioniert, wie er funktionieren müsste. Die Leute draußen warten auf klare Botschaften, warten auf eine Beteiligung. Daher fordere ich Sie auf, endlich die Angst abzulegen, das Volk könnte sich verselbstständigen. Wir müssen das Volk einbinden, weil wir sonst scheitern werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, Dialogforen zur Bildungspolitik sind das eine, die Kenntnisnahme der Sorgen

das andere. Gerade in der Bildungspolitik brauchen wir Perspektiven. Wir als Freie Wähler haben immer gesagt: Wir fordern hier nicht eine Revolution, nicht die ganz großen Strukturdebatten, die wieder die kleinen Baustellen zuschütten, aber wir fordern jetzt ganz konkret zur Zukunft der kleinen Hauptschulen eine greifbare Aussage.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Hier geistern wieder verschiedenste Aussagen durch die Öffentlichkeit. Gibt es eine Mindestschülerzahl, damit Hauptschulen eine Zukunft haben - in Klammern: 300 ? -, oder gibt es das nicht? Wir haben hierzu vor einigen Wochen einen Antrag eingebracht mit der Stoßrichtung, flexibler an die Mindestschülerzahl herangehen zu können, um kleine Schulstandorte retten zu können. Sie haben sich dem mit einem gleichlautenden Dringlichkeitsantrag in etwa angeschlossen. Dieser Antrag hat sich dann aber wieder darin erschöpft, Konzepte zu erarbeiten.

Meine Damen und Herren, das ist wenige Wochen her. Heute heißt es in der halboffiziellen Stellungnahme: Alles unter zweizügig hat wohl keine Zukunft, alles unter zweizügig wird wegrationalisiert.

Wie ist es denn nun wirklich?

(Georg Schmid (CSU): Wer sagt denn das?)

Ich fordere Klarheit, und ich bin davon überzeugt, dass diese Klarheit dringend nötig ist. Diese Klarheit ist aber bis dato nicht gegeben. Die Betroffenen wissen bis heute nicht, wohin der Zug fährt.

Weiteres Stichwort: Lehrerversorgung. Unser Antrag, mit mehr Verwaltungspersonal die Lehrkräfte zu entlasten, wird draußen von jedem Schulleiter unterschrieben, der sagt: Diese halbe Sekretärin, diese eine Sekretärin vielleicht, die mir zugebilligt wird, ist zu wenig. Der Schullektor muss persönlich Papier kopieren, weil es sonst in vielen Fällen niemand tut. Dafür ist die Arbeitszeit zu teuer, dafür ist sie zu schade. Parallel jammert man: Bringt mir Lehrer, ich stelle die Lehrer ein, aber ich kriege keine.

Hierzu liegt ein pragmatischer, wasserdichter Lösungsansatz der Freien Wähler auf dem Tisch. Er wird abgelehnt, weil es nicht sein kann, dass wir uns durchsetzen. Meine Damen und Herren, es geht uns nicht ums Rechthaben, sondern darum, an solchen Einzelbeispielen zu beweisen, dass die Regierungskoalition noch kreativer werden muss, noch offener werden muss und mehr über den eigenen Schatten springen muss.

Zum Thema Lehrerbildung ein weiterer, wenn auch kleiner Lösungsvorschlag, aber einer, der zig Millionen an Einsparungen bringen würde, wenn Sie ihn ernst nehmen würden: Wir brauchen zu Beginn der Lehrerbildung Praxiskontakt. Reden Sie draußen mit den Lehrern und denen, die die Lehrer ausbilden. Sie studieren schön ihre fünf Jahre zu Ende, und dann merken sie, dass sie Platzangst bekommen, wenn sie vor fünf Schülern stehen. Das hätte man am Anfang feststellen können. Dann hätte man ihnen diese Ausbildungszeit erspart und viel Geld gespart. Mein Appell also: in der Lehrerbildung schnell und grundsätzlich darauf hinzuwirken, dass zu Beginn der Ausbildung Praxiskontakt hergestellt wird, damit wir nicht Lehrer produzieren, die wir am Ende nicht einsetzen können. Das ist ein weiterer vernünftiger Lösungsansatz unsererseits, um Steuergelder zu sparen und etwas zu bewegen. Ich warte auch Reaktionen, ich warte auf Lösungen.

Ein weiteres großes Problem sind die zunehmenden Schülerbeförderungskosten durch die Zentralisierung der Schulstandorte. Wir haben gefordert, dass die Kommunen von diesen Kosten wieder stärker entlastet werden. Früher waren es einmal 80 % der Beförderungskosten, heute sind es 60 %. Die Bildungspolitik der letzten Jahre hat einerseits zu immer weniger Schulstandorten und andererseits zu immer mehr zentralen Schulstandorten geführt, auch zu immer mehr Kosten für den Transport. Dieses Problem wird heute teilweise noch durch menschenunwürdige Lösungen angegangen, die da lauten: Der ganze Bus ist mit Stehplätzen vollgepfropft, sodass man nicht mehr umfallen kann. Im Reisebus können sie nur so viele Leute mitnehmen, wie es Sitzplätze gibt. Die Schüler werden hineingepfercht wie die Heringe. Das ist eine Folge des Schulsterbens im Land, eine Folge der Zentralisierung. Aber man macht es sich einfach. Man wälzt die Kosten weiterhin auf die Kommunen ab. Wenn der Freistaat in derselben Höhe wie früher für diese Kosten aufkommen müsste, käme vielleicht eher ein Einsehen, dass man sagt: lieber ein Lehrer mehr in einer kleinen Schule als einen Busfahrer mehr, um die Kinder spazieren zu fahren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch das ist ein sinnvoller Lösungsansatz.

Stichwort Studiengebühren. Auch hier haben wir ganz klar gesagt: Abschaffung der Studiengebühren. Wir begrüßen es, dass die Regierungskoalition sich jetzt, wenn auch in kleinen Schritten, in die richtige Richtung bewegt und zunächst einmal die zweiten und dritten Kinder von den Studiengebühren ausnimmt, sodass nur noch für eines bezahlt werden muss. Ich erkenne neidlos an, dass das ein Schritt in die richtige Richtung ist. Vielleicht steht am Ende dieses Weges die völlige

Studiengebührenfreiheit. Dann sind wir dort, wo wir hinmüssen.

Ich sage noch einmal: Wir geben uns mit kleinen Schritten zufrieden. Die jetzige Situation ist schon eine kleine Verbesserung gegenüber der Situation zu Beginn, nach der Einführung der Studiengebühr. Aber wir sind noch nicht ganz am Ziel.

(Christine Stahl (GRÜNE): Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Fraunhofer-Institute und Forschung: Gerade im Zusammenhang mit der Stärkung des ländlichen Raumes bitte ich Sie, bei der Vergabe von Bauplänen für Fraunhofer-Institute diese dort anzusiedeln, wo auch dem ländlichen Raum geholfen werden kann, das heißt, in Zukunft mit der Einrichtung von Forschungsinstituten den ländlichen Raum strukturell gezielt zu stützen.

Damit sind wir beim nächsten Punkt: ländlicher Raum. Auch hier nehmen wir zur Kenntnis, dass die Probleme zumindest erkannt worden sind. Wenn noch vor eineinhalb Jahren der damalige Wirtschaftsminister Erwin Huber gesagt hat, Breitbandversorgung sei nicht Aufgabe des Staates, das regelt der Markt, und heute die Erkenntnis wächst, dass das der Markt eben nicht regelt bzw. nicht so, wie wir das haben wollen, auch dann muss ich sagen: Der Schritt in die richtige Richtung ist getan. Der Verlust der absoluten Mehrheit war die Voraussetzung, das Akzeptieren von Argumenten ist der nächste Schritt,

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

und das Zustandekommen der dringend nötigen Breitbandversorgung wird am Ende stehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich begrüße, dass Herr Wirtschaftsminister Zeil in dieser Richtung tätig wird. Wir fordern aber trotzdem, sich noch einmal mit den Kommunen zusammenzusetzen, praxisgerechtere Förderanträge zu erarbeiten, damit wir wegkommen von der Situation, dass jetzt wohl eine Verdoppelung der Mittel auf 38 Millionen Euro gewährleistet ist, aber nur 1,5 Millionen Euro abgerufen werden, weil die immer noch sagen: Derweil zahle ich es selber, bevor ich diese Bürokratie über mich ergehen lasse.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wir haben vor Kurzem noch einmal mit den kommunalen Spitzenverbänden darüber gesprochen. Sie haben uns gewissermaßen in die Feder diktiert: praxisgerech-

te Lösungen. Das heißt, dass man versucht, nicht unbedingt die billigste Lösung zu fördern, sondern wirklich pragmatisch darangeht und auch die Kabelverbindungen fördert, zumindest Wege dorthin sucht. Wenn das erwünscht ist und wenn das draußen nötig ist, dann sind wir auch hier einen deutlichen Schritt weiter. Wenn wir noch vor eineinhalb Jahren gesagt haben: Brauchen wir nicht, macht der Markt, so arbeiten wir heute an Lösungskonzepten. Das kann ich begrüßen, und ich hoffe, dass wir bis zum Ende der Legislaturperiode am Ziel sind. Es muss gar nicht 2010 sein, wie ursprünglich geplant war, vielleicht sogar 2009, wie in einigen Hinterköpfen. Je eher, desto besser - also spätestens bis zum Ende der Legislaturperiode muss wirklich massiv etwas passiert sein. 2010 wäre das Ziel. Ich bin so weit, das schon zu relativieren, weil wahrscheinlich der Zeitplan auch für den Herrn Wirtschaftsminister nicht mehr einzuhalten ist, weil man in der Vorgängerregierung zu spät begonnen hat. Aber der Weg ist beschritten, man geht in diese Richtung.

Was hängt noch zusammen mit der Strukturpolitik im ländlichen Raum? Staatsstraßenausbau, Verkehrsinfrastruktur in der Fläche, ein dringend notwendiger Punkt. Auch hier hat man sich, zumindest in Teilen, unserem Antrag angeschlossen und die Mittel aufgestockt, wenngleich man bei der Staatsstraßensanierung noch nicht ganz am Ziel ist, aber auf alle Fälle schon einigermaßen kurz davor.

Was kritisiere ich in diesem Zusammenhang? - Immer noch das Festhalten der Staatsregierung an Mammutprojekten: dritte Startbahn, Donauausbau, vielleicht als Fortführung des Transrapidwahnsinns. Der Transrapid wurde beerdigt. Jetzt versucht man sich noch einmal am Thema dritte Startbahn und Donauausbau. Reden Sie auch hier mit den Betroffenen. Reden Sie zum Thema Donauausbau mit den Kommunalpolitikern dort, mit den Landwirten, mit der Bevölkerung. Sie werden kaum jemanden finden, der für mehr Staustufen eintritt. Die Leute draußen sagen: Ein sanfter Ausbau, damit ist es genug.

Das muss ein Konzept sein, das für uns eine Handlungsanweisung ist. Wir können nicht wieder sagen: Wir beweisen unsere Potenz an Mammutprojekten und scheitern dann. Wir stecken viel Geld in Machbarkeitsstudien, 30 Millionen Euro oder darüber. Sei's drum. Für uns sind das angeblich nur Peanuts. Es ist ja auch mit der EU kofinanziert. Da sagt man: Das ist eh nicht so schlimm. Wahrscheinlich sind es aber trotzdem unsere Gelder.

Aber, meine Damen und Herren, mit diesen Mammutprojekten zeigen wir der Bevölkerung vielleicht etwas Falsches.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Wir signalisieren große Macht, wir signalisieren: Wir haben es im Kreuz, wir brauchen es nur durchzuziehen. Wenn Sie mit den Leuten reden, dann sagen die: Die sollen erst mal die Straße vor meiner Haustür teeren und die Schlaglöcher auffüllen. Das ist ihr Pragmatismus, den ich aufnehmen will: vor der Haustür beginnen und dann erst in die große weite Welt hinaus. Vor der Haustür die Straßen in Ordnung halten, Stichwort Rückerstattung der Mineralölsteuer, Stichwort Finanzierung einer vernünftigen Staatsstraßenreparaturmaßnahme.

Dort müssen wir ansetzen, dann sind wir mit den Infrastrukturmaßnahmen draußen am Land schon einen Schritt weiter.

Im Zusammenhang mit der Thematik "Ländlicher Raum" zum Stichwort Landwirtschaft: Auch hier hat sich die CSU im Vergleich zu dem, was noch vor ein oder zwei Jahren gesagt wurde, massiv bewegt. Ich brauche das Thema "Grüne Gentechnik" nicht groß zu wiederholen. Aber es bleibt Ihnen trotzdem nicht erspart, dass ich Ihnen sage, wie hart man sich hier bewegt. Vorher war die große Ankündigung, das sei für den Fortschritt wichtig, ohne Gentechnik würden wir alle verhungern, besonders diejenigen in der Dritten Welt. Das sei der Lösungsansatz. Wir brauchten das am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Deutschland. Die grüne Gentechnik sei unverzichtbar.

Herr Seehofer, Sie haben selber eingeräumt, dass Sie Ihre Meinung geändert haben, und das begrüße ich. Ich hoffe aber, dass den Worten auch Taten folgen, und diese Taten sind beweisbar. In wenigen Wochen wird auf den staatlichen Versuchsgütern wieder Mais ausgesät. Es wäre ein Zeichen der Glaubwürdigkeit, hier zu sagen, wir haben hier neun Jahre ausgesät. Das zehnte Jahr wird den ganz großen Durchbruch an neuen Erkenntnissen nicht bringen. Wir verzichten auch um des politischen Signals willen im Jahr 2009 und meinetwegen dann auch im Jahr 2010 auf die Aussaat von genverändertem Mais.

(Beifall bei den Freien Wählern - Ministerpräsident Horst Seehofer: Zwei Jahre noch!)

- Er signalisiert gerade, zweimal will er noch säen. Herr Dr. Söder hat einmal gesagt, nur noch in Glashäusern. Herr Dr. Söder ist heute leider nicht da, gibt aber jeden Tag Interviews dazu, dass die Staatsregierung dafür sorgen wird, dass Bayern in der Bundesrepublik die erste gentechnikfreie Region sein wird. Ich hoffe, diesen Worten werden Taten folgen. Den Beweis könnten Sie heuer antreten, indem Sie in Berlin Ihre Parteikollegin Frau Aigner wirklich an die kurze Leine nehmen und sagen: "Frau Aigner, wir wollen das nicht. Trete bitte in Berlin dafür ein, dass wir als Bayern endlich das

tun, was wir jahrelang von Brüssel gefordert haben, nämlich diese regionale Zuständigkeit zu erklären."

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von den GRÜNEN)

Denn wir haben uns jahrelang trefflich hinter Brüssel verstecken und sagen können: "Wir wollten ja, aber die Bösen in Brüssel wollen es nicht."

Meine Damen und Herren, machen Sie auch hier klar Schiff. Nehmen Sie die Ihnen jetzt zustehende neue Entscheidungskompetenz wahr und sagen Sie, jawohl, wir stehen an der Seite der großen Mehrheit der Bevölkerung. Wir wollen diese grüne Gentechnik - in erster Linie bezogen auf den genveränderten Mais MON 810 - heute in Deutschland nicht. Was in 20 Jahren ist, wissen wir alle nicht. Wir können nicht für die gesamte Zukunft reden. Aber das zunächst Greifbare sollten wir jetzt umsetzen. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind, bringen wir diese Dinge eben nicht zu Ende, sondern diskutieren sie nur an und verstecken uns wieder. Was soll denn der Bürger davon halten? Er wird davon halten: große Klappe, nichts dahinter, unglaublich. Das wollen Sie doch nicht bestätigt haben?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich höre jetzt aus der CSU bzw. aus der Regierungskoalition die Botschaft - die neoliberale FDP wird damit vielleicht größere Probleme haben -

(Thomas Hacker (FDP): "Neoliberal" ist für uns kein Schimpfwort!)

dass man sich jetzt auch mit der Kartellsituation, mit der abnehmenden Hand beim Lebensmitteleinzelhandel auseinandersetzen wolle. Dieses Thema predigen wir seit Monaten. Ich nehme kein Urheberrecht in Anspruch, freue mich aber darüber, dass man dieses Thema jetzt angehen will, dass man im Zusammenhang mit dem verheerend niedrigen Milchpreis und dem nicht mehr nachvollziehbaren Verfall von Schlachtpreisen trotz teilweise niedriger Angebote die Probleme angeht, Ursachenforschung betreibt und vielleicht zur Kenntnis nimmt, dass hier wirklich eine kleine Hand voll Monopolisten bestimmt, was hinten bezahlt wird. Diese Äußerung aus Ihrem Munde nehme ich mit Entzücken zur Kenntnis. Ich glaube, ich habe es heute gelesen. Wir werden Sie begleiten. Machen Sie so weiter, dann bin ich ihr bester Freund. Machen Sie so weiter, nehmen Sie unsere Vorschläge wahr und setzen Sie sie um.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU)

Es könnte auch für die bayerische Landwirtschaft mehr getan werden. Trotz Vertragsnaturschutzprogrammen und Kulturlandschaftsprogrammen hat hier der Freistaat Bayern seine Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Auch auf dem Gebiet der Produktinnovation könnte noch etwas passieren. Es geht darum, sich mit Forschungsstellen und mit Organisationen, die neue Produkte kreieren und etwa Molkereiprodukte so abpacken, dass sie auch im Vorbeigehen gerne gekauft werden, noch gezielter in Verbindung zu setzen. "Produktinnovation" ist ein Schlagwort, hier passiert zu wenig. Auch was den Beratungsabbau angeht, versündigt man sich am Wissensstandort Bayern als Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik.

Sie haben in den letzten Jahren nicht nur die Ernährungsberatung massivst zusammengestrichen; jetzt ist angekündigt, sie wieder leicht zu erhöhen. Auch der gesamte Beratungsbereich in der Landwirtschaft hat zwar kurzfristig ein paar Stelleneinsparungen gebracht. Aber das Wissen, das hier weggebrochen ist - sei es in Richtung Produktivität oder in Richtung Vermarktung -, zahlen wir jetzt doppelt und dreifach. Hier beginnt man wieder aufzubauen. Auch hier ist die klare Botschaft, dort nicht zu sparen, wo die Folgekosten höher sind als das Eingesparte. Auch in die Bereiche der vorbeugenden Gesundheitspolitik - Stichwort: Ernährungsberatung - und der vorbeugenden Produktpolitik - Stichwort: Beratung für die Landwirte, Produktionsberatung - müssen wir wieder investieren, um unsere Kapazitäten zu stärken und das abzudecken, was wir abdecken können.

Auch das Thema "Agrardiesel" sei nur am Rande mit drei Worten gestreift: Auch hier ist es bezeichnend, dass wir damals parallel mit Ihnen einen entsprechenden Antrag eingebracht und uns gegenseitig zugestimmt haben, dass aber gleichzeitig in Berlin die CSU dagegengestimmt hat, die Situation beim Agrardiesel zugunsten der Bauern zu verbessern. Jetzt ist man dabei, das Problem auf regionaler, also bayerischer Ebene einer Lösung zuzuführen, wobei der Selbstbehalt allein mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung ist, aber noch nicht das Grundproblem löst, da die Besteuerung trotzdem in Deutschland noch deutlich höher als der europäische Durchschnitt ist. Ich will diese Dinge nicht kritisieren. Sie sind ein Schritt in die richtige Richtung. Es kann aber nicht der letzte Schritt sein vor dem Hintergrund, dass alle anderen europäischen Mitbewerber diesen Selbstbehalt beim Agrardiesel in Höhe von 250 oder 350 Euro akzeptieren. Das sind keine großen Summen. Das ist besser als nichts, aber damit ist das Problem nicht gelöst. Wenn dieses Problem auf Bundesebene gelöst ist, gilt es, weiterhin darauf zu drängen, hier die Vergleichbarkeit der Besteuerung mit den EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Vielleicht müssen Sie da Ihre Kanzlerin aufklären;

denn sie hatte damals das Problem, Brutto und Netto unterscheiden zu können.

(Zuruf von der CSU)

Auch in diesem Zusammenhang hat die Frau Kanzlerin scheinbar ein falsches Weltbild, da sie sagte, wir könnten in Deutschland keine Insel der Glückseligkeit erreichen. Eine solche Insel haben wir lange nicht, sondern wir haben hier eine Insel des Negativen; denn wir zahlen für diesen Agrardiesel die meisten Steuern. Eine Herabsetzung auf europäisches Durchschnittsniveau wäre noch keine Insel der Glückseligkeit, sondern erst ein Gleichklang für alle.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vielleicht erklären Sie ihr das nochmals. Vielleicht kopieren Sie es aber auch noch gar nicht. Aber so leicht will ich es Ihnen gar nicht machen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Was die Wirtschaftspolitik angeht, haben Sie vorher den Umgang mit den Bürgschaften angesprochen. Auch hier scheint sich die neue Erkenntnis Bahn gebrochen zu haben, dass man gezielt in den Mittelstand hineingehen und schnell reagieren muss, wenn es dort kriselt. Wie wurde noch vor der Landtagswahl das Biokraftstoffwerk mit dieser 20-Millionen-Bürgschaft abgefertigt, die nötig gewesen wäre, um dieses Werk in regionaler Hand zu lassen und das Ganze abzudecken. Die Aussage des damaligen Ministerpräsidenten war: "Wir investieren hier nicht, da ist das Risiko zu groß." Zur selben Zeit waren wir mit Koffern voller Milliarden in US-Amerika und haben dort diese Immobilienfonds zusammengekauft. Zu Hause aber hat man nicht investiert. Wer heute diesen Sinneswandel zur Kenntnis nimmt, muss auch hier sagen, in vielen Dingen wurde auf dem Weg zur Verbesserung ein Schritt getan, wenn auch leider Gottes noch nicht weit genug.

Da wir gerade beim Stichwort "Biokraftstoffe" sind, möchte ich auch sagen, dass man sich hier an der Steuererhöhungsschraube beteiligt hat, wenn auch natürlich immer mit einem kleinen Rückzugsgefecht aus Bayern. Aber wir müssen uns vor dem Hintergrund der Klimadebatte auch für erneuerbare Treibstoffe einsetzen und die Zukunft der bayerischen Biokraftstoffwerke absichern, bevor sie alle platt sind. Es ist drei Minuten vor zwölf.

Auch hier könnten Sie beweisen, ob Ihnen daran gelegen ist, Strukturen zu sichern durch Bürgschaften oder gezieltes Eingreifen, um zu verhindern, dass die gesamte bayerische Biokraftstoffbranche völlig wegbricht. Das wollen wir nicht, das können wir nicht gutheißen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wobei natürlich im gesamten Bereich der Energiepolitik, im gesamten Bereich des Klimaschutzes Schritte gemacht worden sind, aber wir auch hier noch nicht bei einem zufriedenstellenden Ergebnis angekommen sind. Es wird sich in den nächsten Monaten eine große Diskussion zum Thema Windenergie ergeben: Wie gehen wir damit in Bayern um? Können wir auf Dauer sagen, ich will diese Mühle nicht, weil sie das Landschaftsbild verschandelt? Oder sagen wir, wir bauen die Windenergie gezielt aus. Die Wahrheit wird in der Mitte liegen. Diese Windmühle passt nicht überall hin, da sind wir uns einig. Wir sind uns aber wohl genauso einig, dass wir noch nicht alles getan haben, um Standorte erschöpfend zu bedienen, wo eine Windkraftanlage hinpassen würde. Hier ist Nachholbedarf, hier geht noch was.

Stichwort energetische Sanierung von Gebäuden. Man muss ja nicht nur Energie erzeugen, sondern auf der anderen Seite auch sparen.

Energetische Sanierung von Polizeigebäuden. Wir haben hierzu Anträge eingebracht, die leider nicht in dieser Form unterstützt worden sind. Auch hier ist aber ein gewisser Schritt in die richtige Richtung akzeptiert worden. Auch hier bewegt man sich in diese Richtung. Auch hier sage ich: die Dinge zu Ende bringen. Wir haben noch immer sehr viele staatliche Gebäude - von den privaten reden wir noch gar nicht -, die in unserem Zugriffsrecht liegen, wo sich energiepolitisch wirklich noch Fuchs und Hase gute Nacht sagen. Meine Damen und Herren, dort müssten wir Verbesserungen einbringen, dort müssten wir noch tätig werden.

Kommunalpolitik, eines unserer großen Betätigungsfelder. Meine Damen und Herren, auch hier hat sich zumindest per Lippenbekenntnis Ihr Verhältnis gewandelt. War noch vor nicht allzu langer Zeit der Schlachtruf aus der CSU zu hören: "Keine Macht den Landräten", so besteht heute zumindest die Erkenntnis, dass man mit den Kommunalpolitikern reden muss, dass man vernünftige Konzepte erarbeiten muss.

(Georg Schmid (CSU): Das wissen wir schon!)

Beim Konjunkturpaket II ist die Erkenntnis durchgesickert, dass diese 25-prozentige Mindestfördergrenze so nicht zu halten ist, sondern dass man hier vernünftiger, pragmatischer herangehen muss. Das ist zu begrüßen. Mein Vorschlag für Sie: Diskutieren Sie einmal ganz unvoreingenommen, wie wir Steuergelder in der kommunalen Fördertopfschiene sparen könnten. Auch das sage ich heute nicht zum ersten Mal. Ich wiederhole es, um nach dem Motto "Steter Tropfen höhlt den Stein" das Thema in den Mittelpunkt zu rücken.

Meine Damen und Herren, bei vielen Fördertöpfen werden sinnlos viele Steuergelder verschwendet, weil man gewisse Mindestvoraussetzungen erfüllen muss, um in den Genuss der Fördergelder zu kommen. Da werden Objekte ganz gezielt teuer gerechnet und teuer abgewickelt, um Mindestförderschwellen zu überschreiten. Meine Damen und Herren, hier müssen Sie den Kommunen mehr Kompetenzen zubilligen. Hier müssen Sie den Kommunen wirklich zeigen: Jawohl, du hast eine gewisse Haushaltsverantwortung, arbeite mit deinem Geld etwas freier. Dann können wir mit weniger Überwachung und mit weniger Geld am Ende mehr erreichen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vor diesem Hintergrund weise ich noch einmal auf unseren Vorstoß hin, die Kommunen finanziell besser auszustatten, als in den Haushaltsansätzen geplant. Dieser Anteil am Steuerverbund, den wir bei 12,5 Prozentpunkten ansiedeln wollten, ist dann von 11,7 auf 11,93 % angehoben worden. Das ist zwar ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, er ist aber nicht dort gelandet, wo er hingehört. Die Kommunen brauchen gerade in Zeiten wie diesen eine vernünftige Finanzausstattung, weil sie gerade für die Wirtschaft vor Ort, für die kleinen Mittelständler ein vernünftiger Ansprechpartner und zuverlässiger Auftraggeber sind. Hier wären Konjunkturmittel ganz gut angelegt, auch wenn es nicht so direkt geht. Aber bevor ich von oben her mit der großen Gießkanne komme und sage, bitte Kommune, lass dir etwas einfallen, damit du obendrauf noch eine Maßnahme finanziert bekommst, wäre es sinnvoller, von unten her die Finanzierung sicherzustellen, den Kommunen eigenverantwortlich ein paar Euro mehr in die Hand zu geben. Dann würde sich vieles von dem oben Draufgesetzten erübrigen, und wir kämen schneller zu guten Ergebnissen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

Es gibt eine Vielzahl von Themen, wo wir Freie Wähler bereit sind, Sie organisatorisch und von den Ideen her zu begleiten. Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Bohren dicker Bretter nicht von heute auf morgen geht. Es wird am Ende alles ein Drei-Stufen-Plan sein: Stufe 1 war der Verlust der absoluten Mehrheit. Stufe 2 ist das Einbringen von Ideen und das Zwingen auf vernünftige politische Pfade, und Stufe 3 wird sein, die Dinge zu Ende zu bringen. Dafür haben wir jetzt noch einige Jahre Zeit.

Der vorliegende Haushalt deutet in einigen Punkten den Weg in diese Richtung an, bleibt aber leider Gottes in vielen Bereichen auf halbem Weg stecken. Es fehlt noch der Mut, in die Zukunftsbereiche gezielter reinzu-

gehen, in die Bildung gezielter reinzugehen, in die Wirtschaft gezielter reinzugehen, um dann, wenn die Landesbankpleite voll durchschlägt, zumindest etwas in der Hand zu haben, worauf wir aufbauen können. Denn ich fürchte, meine Damen und Herren, dass wir spätestens ab nächstem Jahr das große Jammern hier haben werden, dass die großen Streichungskonzerte wieder beginnen werden, dass der öffentliche Dienst wieder als Sparsbüchse herangezogen werden wird, genau wie die Bildungspolitik, um die Löcher zu stopfen, die sich heute andeuten und die sich morgen auf-tun. Wir müssen vorsorgen. Deshalb mein Appell, gerade in der Bildungspolitik wirklich alle Register zu ziehen. Die sind noch nicht alle gezogen. Wir haben hier noch Kompetenzen, wir haben hier noch Möglichkeiten, mehr zu bewegen.

Unterm Strich, meine Damen und Herren, geht es darum, Bayern zukunftsfähig zu machen. Wir sind leider noch nicht am Ziel angelangt. Erste Hinweise sind erkennbar, dass man will, aber man kann noch nicht ruhig schlafen, wenn man vorausdenkt. Ich glaube, dass das dicke Ende in den nächsten Jahren noch kommen wird, dass Bayern seine Spitzenstellung in vielen Bereichen einbüßen wird. Ich wünsche mir das nicht, aber ich fürchte es. Deshalb noch einmal: Finger weg von Großprojekten, gezieltes Einsetzen der Steuergelder durch mehr Freiraum für kommunale Investitionen, gezielte Vorgaben in der Bildungspolitik, um mit demselben Geld mehr zu erreichen, Stichwort Lehrerbildung, regionale Schulmodelle und so weiter. Hier ist noch Musik im Spiel. Dann, glaube ich, haben wir, zumindest aus unserer Sicht, das Mögliche getan. Noch ist die Zeit dazu, noch ist die Zeit, um nachzukorrigieren. Wir reichen weiterhin die Hand zur Zusammenarbeit und hoffen, dass Bayern eine gute Zukunft hat.

Meine Damen und Herren, Ich danke fürs Zuhören.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern - Beifall des Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Aiwanger. Als Nächste hat Frau Kollegin Margarete Bause das Wort. Bitte schön, Frau Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! In dem halben Jahr Regierung Seehofer, das wir jetzt hinter uns haben, haben sich leider alle unsere Befürchtungen bestätigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Seehofer, Sie sind kein Mann für die Krise. Ich muss genauer sagen, Sie sind keiner, der die Krise überwinden kann. Im Gegenteil, Sie verkörpern aus meiner Sicht geradezu die Krise.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CSU)

Ja, Herr Seehofer vertritt die gleiche Zockermentalität, wie sie die Banker und Manager an den Tag legen, die uns diese Krise beschert haben: Selbstherrlichkeit, unseriöse Versprechungen, geschönte Berechnungen, kurzfristiges Denken nur aufs Quartal ausgerichtet, in dem Fall auf den nächsten Wahltermin ausgerichtet und Leugnen der Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sieht das konkret aus? - Ich werde das alles belegen. Ihre gloriose Schwabenrundreise vor einigen Wochen wurde heute schon erwähnt. Bei jeder Station --

(Georg Schmid (CSU): Das kommt alles!)

- Wollen wir wetten? Wollen Sie schon wieder Ihre nächste Wette verlieren? Jetzt haben Sie keinen Schnurrbart mehr, den Sie abrasieren könnten.

(Georg Schmid (CSU): Ich habe noch so viel Geld, mit Ihnen kann ich längst noch wetten!)

- Ich weiß nicht, was Sie dann abschneiden wollen.

Bei jeder Station gab es teure, unausgerekte, unsinnige Versprechen. Ihre große Geste im Goldenen Buch der Stadt Augsburg wurde schon angesprochen: Das Uniklinikum kommt - mit drei Ausrufezeichen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sind Sie dagegen?)

Das Versprechen, dass es ein Uniklinikum wird, werden Sie nicht halten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wissen Sie genau.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die GRÜNEN sind dagegen!)

Sie machen unseriöse Versprechungen. Das widerspricht auch der Einschätzung des Wissenschaftsrats, der sagt, wir hätten Überkapazitäten.

(Georg Schmid (CSU): Wollen Sie zumachen?)

- Wir haben Überkapazitäten bei Unikliniken, Herr Schmid.

Ich bin dafür, dass das Klinikum Augsburg eine bessere Finanzierung erfährt, nicht aber über den Umweg einer Uniklinik. Das ist Augenauswischerei, was Sie betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin davon überzeugt, dass es keine Uniklinik Augsburg geben wird. Sie werden irgendwann Ihre großen Worte als Scherben kleinlaut zusammenkehren müssen.

(Zurufe von der CSU)

Nächster Punkt, die Vorfinanzierung des dritten Gleises Augsburg - Ulm. Der Bund will nicht oder erst spät zahlen. Nachdem die Maßnahme groß angekündigt wurde, wird sie nun vom Freistaat Bayern vorfinanziert - vielleicht auch nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Der Wirtschaftsminister hat dementiert, mit ihm ginge die Vorfinanzierung nicht. Was soll das Ganze also?

Nächste Station: Buchloe. Dort haben Sie ein neues Gymnasium versprochen. Ein paar Kilometer weiter gibt es ein Gymnasium, das freie Kapazitäten hat. Der dortige CSU-Bürgermeister hat sich sehr geärgert, dass seine Vorschläge von Ihnen offenbar nicht zur Kenntnis genommen wurden. Er hat davon gesprochen, dass Steuergelder verschleudert würden. Er hat mit Parteiaustritt gedroht. Nun wollen Sie es so aussehen lassen, als würde nur geprüft. Sie haben dort aber versprochen, dass es ein neues Gymnasium geben werde. Der Kultusminister hat geprüft, aber offenbar wollen Sie das Prüfergebnis nicht zur Kenntnis nehmen; denn das Prüfergebnis ist negativ.

(Georg Schmid (CSU): Er will sich das selbst ansehen!)

So kann man mit den Wünschen der Menschen und dem Geld der Steuerzahler nicht umgehen, Herr Seehofer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann ging es weiter nach Memmingen. Auch hier wurde weiterer Geldsegen in Aussicht gestellt. Der Flughafen Memmingerberg soll noch einmal Geld bekommen. Die Umgehungsstraße soll finanziert werden.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das steht im Haushalt!)

Eine solche Rundreise, Kolleginnen und Kollegen der CSU, macht nicht allen Freude, auch nicht allen in Ihren Reihen und auch nicht allen im Kabinett.

Die Minister in Ihrem Kabinett haben nach derartigen Rundreisen alle Hände voll zu tun, um die ganze Kuhherde wieder vom Eis zu bringen, die Sie dorthin bug-

sieren haben. Und eine solche Reise kommt teuer, kommt den Steuerzahler teuer.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie wollen also keine Veränderung! Sie wollen alles beim Alten lassen!)

Wenn ich zusammenzähle, was in den wenigen Tagen Schwabenreise soeben mal an Geld nebenbei locker gemacht wurde --

(Georg Schmid (CSU): Sie sind gegen Schwaben!
- Harald Güller (SPD): Wenn sich das auszahlen würde, wäre das gut!)

- Herr Schmid, Sie können nachher reden, dann haben Sie die ganze Bühne für sich. Wenn ich die versprochenen Ausgaben zusammenrechne, komme ich auf die hübsche Summe von mindestens 300 bis 500 Millionen Euro. Das ist mehr, als im gesamten Doppelhaushalt für den Klimaschutz eingestellt wurde. Dafür wurden 350 Millionen Euro eingestellt. Wenn Sie durchs Land reisen, verschleudern Sie in wenigen Tagen 300 bis 500 Millionen Euro. Sie betreiben eine absolut unseriöse Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Seehofer, Sie erweisen sich damit als "herumirrendes Haushaltsrisiko".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kein Wunder, dass man im Finanzministerium Ihrer nächsten Rundreise mit Grausen entgegenseht. Völlig aberwitzig --

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist gut für die Menschen! - Zurufe von der CSU)

- Ich weiß, das tut weh, was ich Ihnen vorrechne, weil es richtig ist und Sie die Gegenrechnung nicht machen, die Rechnung aber irgendwann bezahlt werden muss.

Völlig aberwitzig wird es aber, wenn Sie jeden Tag neue Steuersenkungen und zusätzliche Wohltaten ankündigen.

(Zurufe von der CSU: Sind Sie dagegen?)

Mehrwertsteuersenkungen für die Gastronomie: Auf Bayern heruntergerechnet bedeutet das Steuerminder-einnahmen von mindestens 150 Millionen Euro jährlich. Mehrwertsteuersenkungen für das Handwerk:

(Zuruf von der CSU: Sind Sie dagegen?)

- Können Sie auch etwas anderes sagen als "Sind Sie dagegen"? - Ich bin nicht gegen alles, aber ich bin

gegen diese unseriöse Politik, Herr Sauter. Das sollten Sie auch sein.

Mehrwertsteuersenkungen für das Handwerk: Für Bayern bedeutet es insgesamt 600 Millionen Euro Steuermindereinnahmen im Jahr. Abschaffung der Erbschaftsteuer: Das bedeutet eine Milliarde Mindereinnahmen jährlich. Wiedereinführung der Eigenheimzulage: Mindestens 350 bis 400 Millionen Euro jährliche Mindereinnahmen.

(Unruhe)

- Könnten Sie sich wieder etwas beruhigen?

(Glocke des Präsidenten)

- Jawohl. So.

Alleine diese Forderungen belaufen sich für den bayerischen Landeshaushalt auf Steuermindereinnahmen in Höhe von mehr als zwei Milliarden Euro pro Jahr. Dabei habe ich Ihr angekündigtes Steuerkonzept, das Sie vorlegen wollen, noch nicht erwähnt. Das ist noch gar nicht eingerechnet.

Zwei Milliarden Euro jährlich ist ungefähr ein Viertel des Bildungshaushalts im Doppelhaushalt, dessen Sie sich rühmen, weil Sie angeblich so viel tun. Ein Viertel des Bildungshaushalts würden Sie durch diese soeben nebenbei angekündigten Steuermindereinnahmen aufs Spiel setzen.

(Zuruf von der CSU: Also nichts machen!)

Das sind dringend notwendige Investitionen. Sie brauchen das Geld, wenn Sie in Bildung, in Klimaschutz und in die Zukunft investieren wollen. Sie können das nicht mit Ihrem unsäglichen und unverantwortlichen Populismus aufs Spiel setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer derart schamlos unhaltbare und unbezahlbare Versprechungen macht, ist in höchstem Maße unseriös; der ist ein finanzpolitischer Hasardeur, Herr Seehofer.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Und wer beim Schuldenmachen so aufs Gas tritt, hat die Schuldenbremse schon längst ausgebaut, der fährt den Laden an die Wand.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Da sind wir auch dagegen!)

- Da sind wir allerdings dagegen.

Ihre Forderungen, Herr Seehofer, zeichnen sich vor allem durch eines aus: All die Punkte, die Sie als Problem, als Ungerechtigkeit entdecken - "da müssen wir doch was tun" -, haben Sie in Ihrer Zeit als Bundesminister in Berlin selbst mitbeschlossen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wir waren dagegen! - Gegenruf von der CSU: Sie waren doch gar nicht dabei!)

Insofern geißeln Sie jetzt mit starken Worten und großem Krawallaufwand Ihre eigene Politik. Sie machen Front gegen sich selbst. Das ist eine besondere Form der Schizophrenie. Eines werden Sie mit diesem Vorgehen allerdings nicht gewinnen, nämlich das, was am nötigsten ist und was Sie immer weiter verspielen: Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Sie haben vorhin wieder das Märchen der Seehoferschen Gegnerschaft zur Gentechnik zum Besten gegeben.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Ich will die Fakten in Erinnerung rufen. Die erste Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen geschah im Frühjahr 1998. Damals lag die Zuständigkeit für die Grüne Gentechnik beim Gesundheitsministerium. Wer war im Frühjahr 1998 der Bundesgesundheitsminister? - Da sitzt er.

(Zurufe von der CSU)

Die erste konkrete Genehmigung für MON 810 geschah im Dezember 2005, damals nicht mehr im Gesundheitsministerium sondern im Landwirtschaftsministerium. Wer war im Dezember 2005 der Bundeslandwirtschaftsminister? - Nicht Frau Künast, sondern Herr Seehofer. Er hat die erste Genehmigung für den Genmais erteilt und niemand sonst.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Wenn Sie jetzt sagen, Sie seien schlauer geworden, dann treffen Sie doch bitte klare Entscheidungen noch vor der Aussaat dieses Maises in Bayern. Nur dann können Sie noch einen Rest Ihrer Glaubwürdigkeit bewahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe gestern ein Interview mit Ihnen im Handelsblatt gelesen, Herr Seehofer, dort fand ich ein schönes Zitat.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Schönes Interview!)

Es heißt da: Die Bevölkerung erwartet, dass man Lehren aus dem Debakel zieht und dass sich die Verursacher zu ihrer Verantwortung bekennen.

Sie haben damit die Manager gemeint, die Managervergütungen und die Manager-Boni. Sie sollten das aber vielleicht auch einmal auf sich selber beziehen, auf Ihre Politik, insbesondere auf Ihre Gesundheitspolitik. So wie Sie, Herr Seehofer, und Ihr nicht anwesender Gesundheitsminister derzeit durch die Lande ziehen, haben Sie angeblich dem Gesundheitsfonds nur unter größtem Bauchgrimmen irgendwie zugestimmt, und das auch nur, um Schlimmeres zu verhindern. Das ist eine dreiste Geschichtsklitterung, die Sie uns hier auf-tischen. Das ist versuchte Volksverdummung. Das glaubt Ihnen niemand und das lässt Ihnen auch niemand so durchgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben den vorliegenden Doppelhaushalt als klares Konzept mit mutigen Visionen bezeichnet. Wie sieht der Doppelhaushalt tatsächlich aus? - Sie haben die letzten Reserven und Rücklagen zusammengekratzt, nur um wenigstens in diesem Jahr noch ohne neue Schulden über die Runden zu kommen. Über die Nachschubliste haben Sie zusätzlich zwei Milliarden mobilisiert, aber all das wird nicht reichen. Wir sagen Ihnen voraus: Nach der Bundestagswahl, Herr Seehofer, wenn Sie dann noch Bayerischer Ministerpräsident sind

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

oder wenn Sie dann noch CSU-Vorsitzender sein sollten, werden uns die Probleme dieses nicht ausgeglichenen Haushalts auf die Füße fallen. Dann werden Sie dem Hohen Hause einen Nachtragshaushalt vorlegen müssen. Sagen Sie uns dann nicht, das konnte man alles zu Beginn des Jahres noch nicht wissen. Wir können und müssen es wissen, denn nur dann machen wir eine wirklich zuverlässige und glaubwürdige Politik. Und nicht dieses Herumgeeiere, das Sie hier täglich praktizieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme nun zu einigen Schwerpunkten des Haushalts. Zunächst zur Bildungspolitik. Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Bildungshaushalt jetzt endlich aufgestockt wird. Wir haben es lange Jahre eingefordert, nicht nur wir, sondern die Menschen im ganzen Lande haben gesagt, dass endlich mehr in die Bildung investiert werden muss. Das ist besonders wichtig nach all den Kürzungen und Sparorgien der letzten Jahre. Richtig ist allerdings auch, dass Sie mit den zusätzlichen Mitteln lediglich die Schäden reparieren, die Sie selbst in den letzten Jahren angerichtet haben.

Viele der bildungspolitischen Ankündigungen, die wir in der letzten Woche vom Kultusminister hören durften, als er vortrug, was er alles an Intensivierungsstunden sowie zusätzlicher Unterstützung und Förderung zu tun gedenke, sind mit den Personalmitteln dieses Doppelhaushaltes überhaupt nicht zu finanzieren. Der Kultusminister selbst sagt, er warte auf den nächsten Doppelhaushalt, also auf den Haushalt der Jahre 2011/2012. Ich hoffe, dass es da nicht zu einem bösen Erwachen kommt.

Nächster Schwerpunkt, Klimaschutz. Wir haben bei der Einbringung des Haushalts bereits gesagt, dass dieser Haushaltsentwurf bei dem drängendsten Problem versagt, das wir haben, nämlich beim Klimaschutz. Dieser Doppelhaushalt hat sich überhaupt nicht verändert, er enthält lediglich das, was schon Ihr Amtsvorgänger, Herr Stoiber - Sie erinnern sich vielleicht, Herr Seehofer -, in seinem Programm Bayern 2020 angekündigt hatte. Er hat damals gesagt, es muss mehr für den Klimaschutz getan werden, und er hat 350 Millionen in vier Jahren für den Klimaschutz angekündigt.

Bis heute sind wir keinen Deut weitergekommen. Sie haben nicht dazugelernt und sehen vor allen Dingen nicht, was die drängendste Aufgabe und Herausforderung ist, nämlich die Investition in den Klimaschutz gerade in der Krise.

Im Moment reden alle von Nachhaltigkeit, von Ethik in der Wirtschaft, von Qualität, von Verantwortung für die Folgen. Grüne Themen und Konzepte sind in der aktuellen Krise zum Hoffnungsträger geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Desaster der Finanzmarktkrise macht vor allem eines deutlich: Wir sind in diesen Mist hineingeraten, weil der Gedanke der Nachhaltigkeit eben keine Rolle gespielt hat, weil es nicht um die langfristigen Folgen ging, sondern um das schnelle Geld, um den kurzfristigen Vorteil für wenige.

Das zeigt auch, dass wir mit den Konzepten, die die Krise verursacht haben, diese Krise nicht werden überwinden können. Wenn wir jetzt nur wieder mit viel Geld mit vielen Steuermillionen und -milliarden die alten Strukturen aufrechterhalten, wenn wir die alte Subventionspolitik fortsetzen, wenn die alten Antworten fröhliche Urständ feiern, dann werden die zig Milliarden aus den Kulturpaketen und den Wirtschaftshilfen nur einen einzigen langfristigen Effekt haben, nämlich eine gigantische zusätzliche Staatsverschuldung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines ist auch klar: Der Boom, der nach der Krise kommt, dieser Boom wird ein grüner Boom sein: sinn-

vollere Mobilität, andere Autos, erneuerbare Energien, mehr Energieeffizienz, ökologische Innovationen. Also macht es Sinn, sofort mit diesem Doppelhaushalt anzufangen, in die Zukunft zu investieren und nicht in überkommene Strukturen und nicht immer wieder erneut Geld in den Straßenbau zu stopfen.

Die Wege aus der Krise sind grün. Das sagen mittlerweile weltweit nicht nur wir GRÜNEN. Mit Freude habe ich gestern einen Gastkommentar in der "Financial Times Deutschland" gelesen. Es war ein gemeinsamer Kommentar des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon mit Al Gore. Was diese beiden Herren schreiben, könnte nicht schöner in einem grünen Programm formuliert sein. Es heißt da:

Wir benötigen wirtschaftliche Anreize und langfristige Investitionen, um zwei Ziele gleichzeitig zu erreichen: eine Politik, die unsere dringenden ökonomischen und sozialen Bedürfnisse erfüllt, die aber auch eine neue grüne Weltwirtschaft schafft.

Wenn wir GRÜNE die das sagen, werden Sie fragen: Wovon träumen die eigentlich? Ban Ki-moon und Al Gore schreiben: Wir brauchen eine neue grüne Weltwirtschaft! Kurz gesagt: Ökologisches Wirtschaften muss zu unserem Mantra werden.

Ich finde, da kann man zu Ban Ki-moon und Al Gore klatschen, oder?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiter heißt es:

Konjunkturpakete dürfen nicht dazu genutzt werden, sterbende Industriezweige zu bewahren und das Fehlverhalten der Vergangenheit beizubehalten. Wenn weiter Billionen Dollar in Infrastrukturen fließen, die von fossilen Brennstoffen abhängen, wäre das so, als ob wir nach der Immobilienkrise erneut in wertlose Immobilien investieren.

Und ein letzter Satz aus diesem Gastkommentar zum Schluss:

Wir dürfen nicht das Grundlegende dem Dringenden opfern. In eine grüne Wirtschaft zu investieren, ist keine Wahlmöglichkeit. Es ist eine Investition in eine bessere und gerechtere Zukunft.

Von diesem Weitblick und diesem Durchblick allerdings sind Sie, meine Damen und Herren von der CSU, Lichtjahre entfernt. Das haben Sie gerade bewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verirren sich in permanente Wendemanöver, Sie verheddern sich in Klein-Klein und stellen sich selbst

ein Bein beim Hakenschlagen. Sie haben kein nachhaltiges Konzept, und Sie haben keine Orientierung. Und Sie, Herr Seehofer, sind nicht der Fels in der Brandung, als der Sie sich gerne sehen, sondern lediglich das Fähnlein im Winde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine krisenfeste und zukunftssichere Politik sieht entschieden anders aus. Wir haben das mit unseren Anträgen zum Doppelhaushalt unter Beweis gestellt. Wir haben gezeigt, wie umgesteuert werden muss im bayerischen Landeshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die Chance nicht ergriffen, einen wirklich zukunftsfesten Landeshaushalt vorzulegen, deshalb werden wir diesen Doppelhaushalt ablehnen. Dafür kriegen Sie unsere Zustimmung nicht.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Frau Kollegin Bause. Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende Georg Schmid das Wort.

(Beifall bei der CSU)

Georg Schmid (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute, morgen und am Donnerstag wird das bayerische Konjunkturprogramm für die nächsten beiden Jahre beschlossen, nämlich der bayerische Staatshaushalt. Für das Jahr 2009 geht es um 40 Milliarden.

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ein großer Teil davon dient der Investition in die Zukunft dieses Landes. Deswegen geht es in den Diskussionen der nächsten drei Tage um ein Konjunkturprogramm für dieses Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Haushalt, der heute vorgelegt wird, steht auf einem festen Fundament, weil wir in den vergangenen Jahren gut gewirtschaftet haben und unsere Politik nicht danach ausgerichtet haben, was wünschenswert ist, sondern danach, was wir uns leisten können. Die bayerische Finanzpolitik ist auch deswegen so erfolgreich, weil wir in den letzten Jahren immer wieder gesagt haben: Wir wollen nicht alles das, was wir gerne hätten, sondern das, was wir uns leisten können, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Nun darf ich zu den Ausführungen des Kollegen Maget kommen, der leider nicht da ist. Das ist ein Jammer. Wenn man eine Rede hält und die Regierungskoalition attackiert, dann gehört es zur Kultur des Hauses, dass man hinterher auch da ist, wenn diese Fragen miteinander besprochen werden.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Zurufe von der SPD: Und wo sind Ihre eigenen Leute? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich weiß schon, dass Sie sich aufregen. Ich war jedenfalls die ganze Zeit da.

(Ludwig Wörner (SPD): Ihre eigenen Leute können Sie nicht mehr hören!)

Kollege Maget hat es auch versäumt - das ist heute das Entscheidende -, Vorschläge zu machen und aufzuzeigen, wie er sich das vorstellt.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Er hat keine klare Linie für die Zukunft aufgezeigt. Das war eine rückwärts gewandte Rede, keine Rede vorwärts.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Über 100 Änderungsanträge, die Sie abgelehnt haben! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): 130 Änderungsanträge! - Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielleicht können wir uns jetzt wieder etwas beruhigen.

Georg Schmid (CSU): Herr Güller, zu Ihnen komme ich noch. - Da Ihr Blick nur rückwärts gewandt war und nicht nach vorne, kann ich Ihnen sagen, dass Sie in der Zukunft nicht das Vertrauen der Bevölkerung erhalten werden. Ich darf aus dem "Münchner Merkur" von gestern zitieren, was Frau Rupp gesagt hat: "Wir - die SPD - haben in der Landespolitik zehn erfolglose Jahre hinter uns." Wo sie recht hat, hat sie recht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Ihr Ritual kenne ich jetzt auch seit 18 Jahren. Herr Kollege Güller, Sie sprachen von 130 Anträgen.

(Harald Güller (SPD): Jawohl!)

Wir haben es addiert. Das ergibt 1,654 Milliarden oder 1.654 Millionen, die Sie zusätzlich gefordert haben.

(Harald Güller (SPD): Ein Achtel Landesbank!)

Wenn wir in den letzten Jahren eine solche Politik gemacht hätten, bräuchten wir heute nicht über Rücklagen und Reserven zu sprechen. Wenn Sie regiert hätten, wäre das Land schon lange pleite!

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): 700 Millionen Zinsen allein für die Landesbank!)

Sie machen keinen einzigen Gegenfinanzierungsvorschlag.

(Ludwig Wörner (SPD): Wie haben Sie die Landesbank gegenfinanziert?)

Die Kolleginnen und Kollegen vom Haushaltsausschuss sind heute alle da. Nachdem Sie, die Damen und Herren von der SPD, 1.654 Millionen zusätzlich fordern, hätte ich schon erwartet, dass Sie dann auch sagen, an welcher Stelle eingespart werden kann, damit wir uns neue Reserven durch Umschichtungen schaffen können. Das aber will die SPD nicht. Sie will nur zusätzliche Ausgaben, aber den Menschen nicht sagen, wo man Geld einsparen kann. Das ist keine solide Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Karl Freller (CSU): Sehr richtig!)

Das sind immer wieder die gleichen Anträge, die von der SPD in den letzten Jahren gestellt wurden, mit denen Sie mehr Geld wollen. Es ist einfach, alte Anträge herauszuholen und sie neu zu stellen, wenn man weiß, das ist nicht solide finanzierbar. Jeder weiß, in welcher finanziellen Situation wir uns momentan befinden. Es ist unverantwortlich von der SPD, dass trotzdem eine solche Summe genannt wird.

(Ludwig Wörner (SPD): Und dann wollen Sie Steuerensenkungen!)

- Zu Ihnen komme ich noch extra, Herr Wörner. Es ist nicht überaus kreativ, wenn ständig die alten Anträge wiederholt werden. Der einzige Bereich, in dem Sie sparen, ist das Nachdenken über die Zukunft dieses Landes.

(Lachen und Beifall bei der CSU)

In verschiedenen Veranstaltungen draußen vor Ort werden uns Briefe an diese oder jene Ämter oder an diese oder jene Organisationen gezeigt, in denen Sie von der SPD all Ihre Wünsche, als Anträge formuliert, präsentieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann man doch keine Politik machen. Man kann doch nicht einfach seine Wünsche formulieren und den Leuten draußen suggerieren, dass das alles machbar wäre,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da kennt sich der Ministerpräsident recht gut aus!)

obwohl man weiß, dass 1.654 Millionen nicht zusätzlich zur Verfügung stehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Volksverdummung!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Vorhin ist der Satz gefallen, Worte und Taten müssten übereinstimmen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Genau, jawohl!)

Fantastische Summen für die zusätzliche Förderung der Heimatvertriebenen stellt die SPD in den Raum. So weit, so gut. Wir haben zusätzliche Mittel bereitgestellt. Dann erwarte ich aber auch, dass Sie Frau Steinbach Unterstützung und Hilfe dann gewähren, wenn sie die braucht, und hier eine positive Stellungnahme abgeben und nicht den Steinmeier in Berlin gewähren lassen, der Frau Steinbach attackiert. Das wäre seriöse Politik: nämlich nicht nur zusätzliche Finanzen zu fordern, sondern auch inhaltlich zu den Dingen zu stehen, lieber Herr Kollege Maget.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Franz Maget (SPD): Wer war denn in dem Beirat, Sie oder ich?)

- Entschuldigung, nach Prag zu fahren, ins Vertriebenenzentrum zu gehen und mit den Leuten zu reden, ist das eine, aber ich erwarte auch, dass Sie sich mal hinstellen, wenn es eng wird und wir Ihr Wort brauchen. An dieser Stelle haben wir es nicht erhalten.

(Franz Maget (SPD): Wer war im Beirat, Sie oder ich? Von euch war keiner da!)

Was haben Sie gemacht? - Ungedechte Schecks ausgestellt und Luftschlösser aufgebaut. Das ist keine Politik für die Zukunft, Herr Kollege Maget.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dafür sind die Anträge gut! - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nun zu Ihren Attacken gegen den Ministerpräsidenten: Die Schaumschlägerei haben Sie mit Ihren Anträgen betrieben. Sie haben 130 Anträge gestellt, obwohl Sie wissen, dass das nicht zu finanzieren ist. Uns und dem Ministerpräsidenten aber machen Sie den Vorwurf der Schaumschlägerei. Das ist unverfroren, Herr Kollege Maget. Das ist keine gute Politik, glauben Sie mir das.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben mehr erreicht, als Sie sich haben vorstellen können. Ich bin dankbar dafür, dass der Ministerpräsident das heute noch einmal im Detail dargestellt hat. Verbesserungen bei der Erbschaftsteuer, der Einkommensteuer und die steuerliche Absetzbarkeit von Versicherungsbeiträgen - wer hat denn das gegen den zähen Widerstand in Berlin, auch der SPD erreicht?

(Franz Maget (SPD): So ein Quatsch!)

Das haben auch die Verhandlungskünste des Ministerpräsidenten in den Koalitionsrunden erreicht. Das ist die Wahrheit, und Sie haben die Dinge blockiert.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): So ein Schmarren!)

Jetzt gehe ich auf einige Details ein. Sie haben gesagt, es gebe keinen Leertitel für einen neuen Konzertsaal. Er ist vorgesehen; das zeige ich Ihnen. Es wäre ganz gut, wenn Sie den Haushalt gründlich lesen würden, anstatt hier einfach mit Behauptungen zu argumentieren. Vielleicht sollten Sie zum Kollegen Georg Winter gehen, der Ihnen das zeigen kann; er hat es mitgebracht. Es gibt einen Leertitel. Sie aber behaupten hier die Unwahrheit, um den Ministerpräsidenten zu attackieren. So kann man doch keine Politik machen, so kann man nicht miteinander umgehen, Herr Kollege Maget!

(Beifall bei der CSU)

Machen Sie sich keine Sorgen wegen des Zentralklinikums. Wenn der Ministerpräsident des Freistaates Bayern in das Goldene Buch der Stadt hineinschreibt, das Zentralklinikum kommt, und drei Ausrufezeichen macht, dann wird es auch kommen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer ist der Souverän?)

Darauf verlassen wir uns. - Noch ein bisschen Geduld.

(Harald Güller (SPD): "Uniklinik" hat er geschrieben, und wir hoffen, dass sie kommt!)

Das Uniklinikum kommt, und Sie brauchen ein bisschen Geduld.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Herr Kollege Güller, Sie sollten doch als Schwabe so denken wie ich.

(Harald Güller (SPD): Da sind wir wieder beieinander!)

- Also, Herr Kollege Güller, Sie sollten doch heute Lobeshymnen auf den Ministerpräsidenten dafür ausbrin-

gen, dass er das in das Goldene Buch hineingeschrieben hat.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie kritisieren ihn doch nur.

(Harald Güller (SPD): Sie haben doch den ersten Antrag schon abgelehnt! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Sie kritisieren ihn doch nur, haben Sie doch ein bisschen Geduld. Herr Kollege Güller, ich habe erwartet, dass Sie Ihre Fraktion darauf einstimmen, dass Sie heute die Schwabenanliegen mit unterstützt - bei der Bahn, beim Zentralklinikum, bei der Uniklinik. Das wäre vernünftig gewesen, lieber Kollege Max Strehle, oder?

(Harald Güller (SPD): Wir haben doch die Anträge schon gestellt! - Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben das doch abgelehnt, das muss man schon sagen!)

Was macht Kollege Güller? Er redet dagegen. Wer hat denn gegen unseren Vorschlag bei der Pendlerpauschale gearbeitet? Es war doch auch Herr Steinbrück, der gesagt hat, die kommt nicht. Und Sie beziehen sich auf das Bundesverfassungsgericht. Das ist doch die halbe Wahrheit.

Wer hat denn bei der Erwachsenenbildung etwas Zusätzliches geleistet? - Wir haben im Haushalt 300.000 Euro draufgelegt. Wir wollen die Erwachsenenbildung mit Umschichtungen noch stärker fördern, weil das Geld hier gut angelegt ist. Da sollten Sie auch keinen Zwiespalt hineintreiben.

Kommen wir zur Kindererziehung. Herr Kollege Maget, schauen Sie sich doch einmal die Zahlen im Haushalt der Jahre 2008, 2009 und 2010 an. Sie werden sehen, dass hier Erhöhungen um zweistellige Millionenbeträge enthalten sind. Heute treten Sie an dieses Rednerpult und erzählen das Gegenteil.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Anschauen!)

Deswegen sage ich Ihnen, Herr Kollege Maget: Die Kollegin Rupp hat recht. Es ist gut, dass Ihnen dieses Land in den letzten Jahrzehnten nicht anvertraut war. Frau Rupp sagt: Wir haben in der Landespolitik zehn erfolgreiche Jahre hinter uns. Demgegenüber sage ich Ihnen: Wenn Sie regieren würden, würde das Land um keinen Deut weiter kommen. Deswegen werden Sie auch weiterhin schlechte Jahre haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Adelheid Rupp (SPD))

Herr Kollege Aiwanger, eines haben Sie schon gelernt. - Wo sitzt er?

(Josef Miller (CSU): Er ist nicht da! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Keiner will Ihnen zuhören, das ist doch furchtbar, oder?)

- Wo ist er? - Das ist heute, glaube ich, Methode.

(Franz Maget (SPD): Was ist Methode, was ist da Methode?)

- Es wäre gut, wenn die Kolleginnen und Kollegen die Debatte ernsthaft führen würden. Sie waren am Anfang nicht da; jetzt fehlt der Kollege Aiwanger. Aber Sie sind jetzt ja da, Herr Kollege Maget.

(Franz Maget (SPD): Was ist da Methode? - Ingrid Heckner (CSU): Erst reden und dann einfach abhauen!)

- Ich hätte gerne mit ihm über das gesprochen, was er angeprangert hat. Kollege Aiwanger hat von einem neuen Stil im Parlament gesprochen. Da kann es nicht sein, dass er hinausgeht, nachdem er gesprochen hat, und nicht zuhört, wenn wir über seinen Beitrag reden.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Aiwanger hat jedenfalls offensichtlich von der SPD gelernt, wie die Arbeit im Parlament funktioniert: In seinem ersten Parlamentsjahr, das ja erst einige Monate alt ist, da ist er etwas bescheidener: Er hat nur zusätzliche 800 Millionen Euro gefordert. Er war bei den Haushaltsverhandlungen also noch etwas bescheidener, aber er hat 800 Millionen zusätzliche Ausgaben im Haushalt gefordert.

(Franz Maget (SPD): Also ein Zwölftel!)

Die Methode ist relativ einfach. Er übertrifft hier sogar noch die SPD. Die SPD fordert nämlich plus 30 Millionen; Kollege Aiwanger und die Freien Wähler sagen: plus 50 Millionen. Das ist die moderne Flexibilität. Ich habe bei den Sondierungsgesprächen mit den Freien Wählern auch erst lernen müssen, was Flexibilität bedeutet. Sie bedeutet, kein Programm zu haben, keine Grundsätze zu haben, aber immer dann, wenn andere etwas fordern, noch ein bisschen mehr zu verlangen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe bei der CSU: Bravo!)

Das ist die Politik der Freien Wähler. Kollege Aiwanger sagt, wir müssten darauf achten, dass die kleinen Probleme vor Ort gelöst werden. Da stimme ich uneinge-

schränkt zu. Dabei geht es um die Ärgernisse, die wir alle kennen: Breitband oder die Problematik mit den Angestellten im Grundschulbereich. Darüber haben wir viel diskutiert, und wir müssen auch schauen, wie wir diese Probleme in den kommenden Jahren finanziell und haushaltstechnisch lösen können. Das ist ein gemeinsames Anliegen.

Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass ein Land nicht nur mit Klein-klein regiert werden kann. Man braucht vielmehr auch große Projekte, große Maßnahmen, die man miteinander auch in schwieriger Zeit durchsteht. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn es in den letzten Jahrzehnten keine CSU-geführte Regierung gegeben hätte, hätten wir keinen Rhein-Main-Donau-Kanal. Wir hätten stattdessen weiterhin die Verkehrsbelastung auf unseren Straßen. Wir hätten dann auch keinen Flughafen, von dem aus wir heute alle abfliegen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich: Klein-klein reicht nicht, sondern große Politik und Verantwortung für ein ganzes Land erfordern auch, dass man schwierige Projekte miteinander anpackt und durchsetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Zehn Milliarden Schulden für die Landesbank bedeutet das! Das ist großartig, oder?)

Beliebigkeit ist kein Prinzip.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Genau!)

Deswegen sage ich noch einmal: Es kann nicht sein, dass zusätzlich immer noch mehr und mehr verlangt wird. Wir müssen stattdessen zusehen, dass wir den Haushalt miteinander schultern und vernünftig finanzieren.

Ich bin dem Kollegen Aiwanger allerdings dafür dankbar, dass in seiner heutigen Ansprache der Ausdruck "ein Schritt in die richtige Richtung" der häufigst gebrauchte war. Ein Schritt in die richtige Richtung!

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Das schaffen wir ohne Programm und ohne Konzept!)

Und deswegen sage ich Ihnen: Wo er recht hat, hat er recht. Ein Schritt in die richtige Richtung, den wir jetzt unter Führung von Horst Seehofer machen.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Ohne Konzept und ohne Programm! Das ist doch super!)

- Herr Kollege, wir kommen gut voran. Wir werden weitere Schritte folgen lassen.

Aber eines darf ich an dieser Stelle auch sagen: Es hat mich maßlos geärgert, wie wir in der letzten Plenarsitzung miteinander umgegangen sind. Kollege Aiwanger predigt seit seinem Einzug in das Parlament einen neuen Politikstil. Ich bin mit ihm darin einig, dass wir im Umgang miteinander das eine oder andere verbessern können, keine Frage. Aber das, was ich am Ende der letzten Plenardebatte mit der Frau Kollegin Jung erlebt habe, sprengt alle Grenzen. So können wir nicht miteinander umgehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Kollegin Jung hat den Sachverhalt sehr genau gekannt.

(Zuruf: Sie heißt doch Singer!)

Sie hat im Petitionsausschuss mit uns abgestimmt, auch die SPD war auf der gemeinsamen Linie. Hier im Parlament hat sie aber eine Orgie gegen die CSU veranstaltet und den Vorwurf erhoben, dass draußen vor Ort bei der Kreisverwaltungsbehörde, dem Landratsamt, etwas nicht korrekt gelaufen sei. Liebe Freunde, da stimmen Wort und Tat bei den Freien Wählern nicht überein. Das können wir im Umgang miteinander nicht akzeptieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

Zur Verlässlichkeit der Freien Wähler, liebe Kolleginnen und Kollegen, folgende Bemerkung:

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Es war vollkommen richtig, dafür zu stimmen. Man muss nur die Petition lesen! - Tobias Thalhammer (FDP): Und was hat der Bürgermeister der Freien Wähler gesagt?)

Ich bitte, das auch Herrn Aiwanger zu bestellen, weil ich ihn als stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Freien Wähler ansprechen wollte. Mir geht es um die Bundespräsidentenwahl und um die Verlässlichkeit. Vor der Wahl haben Sie gesagt: Wir unterstützen Köhler. Dann haben Sie gesagt: Wir wissen es nicht mehr so genau. Dann haben Sie gesagt: Vielleicht können wir ihn doch nicht unterstützen. Teile der Freien Wähler sind dann wieder zurückgekehrt und haben gesagt: Vielleicht können wir ihn doch unterstützen. Andere Mitglieder der Freien Wähler bleiben bei ihrem Nein und können deswegen nicht zur Wahl mitgehen. Das alles spricht nicht für einen neuen Stil und spricht nicht für die Verlässlichkeit in der Politik. Die Leute merken sich das sehr wohl, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass das eine Wahl ist!)

Lieber Kollege, ich könnte Ihnen einmal vorlesen, wie oft sich die Meinung der Freien Wähler in dieser Frage geändert hat. Die Leute draußen - darüber sollte man sich nicht täuschen - beobachten uns sehr wohl, und sie wissen genau, wie wir uns zu der einen oder anderen Frage äußern.

(Franz Maget (SPD): Und das ist gut so!)

Das Vertrauen in die Politik entscheidet sich auch an solchen Fragen.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): So kommt es dann zu 75 %, die von Filz reden, oder?)

Zuerst werden große Versprechen abgelegt, und dann kommt der Schwanengesang - liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist auch ein Zeichen von Beliebtheit. Ich bitte, das auch dem Kollegen Aiwanger zu sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

- Ich werde das dem Kollegen Aiwanger auch sagen; bitte geben auch Sie es ihm weiter.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Wie hat denn Gloria von Thurn und Taxis abgestimmt? Das habt ihr wohl vergessen!)

Auch das soll heute gesagt werden: Der Landesvorstand in Bremen besteht aus Leuten vom rechten Rand. Der Chef der Freien Wähler in Bremen, Herr Altvater, sagt: Städtische Zuschüsse für den jüdischen Friedhof sind Geldverschwendung.

(Zurufe von der CSU: Pfui!)

Auf solche antisemitischen Äußerungen muss der stellvertretende Bundesvorsitzende reagieren. Er kann es nicht hinnehmen, wenn Frau Kollegin Pauli sagt: Das ist die Meinungsvielfalt der Freien Wähler; es gibt Wichtiges zu tun, als das zu korrigieren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist nicht zu akzeptieren, auch nicht für dieses Parlament.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Kollegin Bause, eines muss man Ihnen lassen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Gott sei Dank denken Sie auch noch an mich!)

- Ich habe Sie nicht vergessen. Eines muss ich Ihnen lassen: Sie achten bei Ihren Anträgen immerhin auf die Frage der Gegenfinanzierung.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das zeichnet uns aus!)

- Hin und wieder achten Sie darauf. Das zeichnet Sie auch aus. Ich sage das ganz ausdrücklich. Allerdings sind Ihre Gegenfinanzierungen von einer Ideologie geprägt, die nicht die unsere ist.

(Margarete Bause (GRÜNE): Kann eine Gegenfinanzierung ideologiegeprägt sein?)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Die Streichung des Landeserziehungsgeldes zugunsten des Krippenausbaus stellt eine ideologische Grundausrichtung dar, die wir so nicht wollen. Frau Kollegin Bause, hier sind wir anderer Meinung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen die Wahlfreiheit. Sie wollen eine andere ideologische Ausrichtung.

(Simone Tolle (GRÜNE): Die Wahlfreiheit brauchen die Frauen, die arbeiten!)

Hier streiten wir gerne mit Ihnen. Ich glaube, dass der Ministerpräsident nach 29 Jahren im Bundestag nicht zimperlich ist und dass er einiges gewohnt ist. Aber wie Sie heute den Ministerpräsidenten angesprochen haben - -

(Margarete Bause (GRÜNE): Müssen Sie ihn jetzt schon in Schutz nehmen?)

- Nein. Wenn jedoch Grenzen überschritten werden, nehmen wir ihn in Schutz.

Sie haben dem Ministerpräsidenten den Vorwurf gemacht, dass er nicht seinen Beitrag leiste, um die Krise zu bewältigen. Sie haben ihm eine Zockermentalität bescheinigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat in den letzten Wochen für dieses Land, für die Bundesrepublik und den Freistaat Bayern, Großartiges geleistet und viele Dinge vorangebracht. Deshalb weisen wir die Terminologie, die Sie heute verwendet haben, ausdrücklich zurück.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist kein guter Umgang miteinander.

Der Haushalt, wie er heute vorliegt, steht auf einem festen Fundament, trotz der schwierigen Lage und aller Risiken. Er steht deshalb auf einem stabilen Fundament, weil wir in den vergangenen Jahren beachtet haben, dass solide Haushalts- und Finanzpolitik die Grundlage aller Politik ist.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir hätten uns in den vergangenen Jahren viele zusätzliche Investitionen vorstellen können. Wir hätten uns vorstellen können, nach dem Jahr 2003 den einen oder anderen Einschnitt nicht vorzunehmen. Bisweilen handelte es sich um schmerzliche Einschnitte. Wegen dieser Einschnitte haben wir aber heute Reserven. Wir konnten Rücklagen bilden. Mutige Politik bedeutet nicht nur, Ja zu allen Wünschen zu sagen, sondern auch Einschnitte vorzunehmen. Wir haben dies getan. Deshalb haben wir Rücklagen und Reserven. Und deswegen können wir auch in schwieriger Zeit investieren und etwas voranbringen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Ziel eines Haushalts ohne Neuverschuldung war gut und richtig. Heute stellt sich heraus, dass es richtig war, beginnend mit dem Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu implementieren. Ohne diesen ausgeglichenen Haushalt könnten wir heute keine guten, vernünftigen und von allen getragenen Investitionen tätigen. Vonseiten der SPD und anderer Oppositionsparteien habe ich in diesem Plenarsaal immer wieder den Begriff "kaputtsparen" gehört. Heute habe ich diesen Begriff nicht mehr gehört. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wären kaputt gewesen, wenn wir nicht gespart hätten. Deshalb haben wir eine richtige Entscheidung getroffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Adelheid Rupp (SPD): Das ist Quatsch!)

Was es bedeutet, auf Pump zu leben, haben wir gerade in den Vereinigten Staaten gesehen. Auch in anderen Ländern wie Bremen oder Berlin sehen wir, wohin es führt, auf Pump zu leben. Das führt zu einer massiven Verschuldung und zu einer reduzierten Investitionskraft. Gerade in diesen Tagen brauchen wir jedoch Investitionskraft. Jeder Euro der öffentlichen Hand für Investitionen bedeutet zusätzliche Aufträge. Zusätzliche Aufträge bedeuten zusätzliche Arbeitsplätze. Zusätzliche Arbeitsplätze bringen in schwieriger Zeit zusätzliches wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Prosperität.

Heute wurde noch einmal der Begriff "Gerechtigkeit" genannt. Wir haben immer gesagt, dass wir uns beim Länderfinanzausgleich zur Solidarität bekennen. Eines muss jedoch klar sein: Diese Solidarität hat auch eine Grenze. Die Schuldenbremse ist zwingend notwendig,

weil es nicht gerecht ist, wenn einer im Luxus lebt und sich alle Wünsche erfüllt und derjenige, der spart, diesen Luxus finanzieren soll. Das ist keine Gerechtigkeit und hat mit Solidarität nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Am vergangenen Donnerstag haben wir eine Regierungserklärung zum Thema Bildung gehört. Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie heute die Themen Bildung und Bildungspolitik und die dabei erzielten Erfolge noch einmal in den Mittelpunkt gestellt haben. An diesen Themen lässt sich exemplarisch darstellen, was wir in den vergangenen Wochen und Monaten geleistet haben.

Unser Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle hat die positiven Veränderungen dezidiert dargestellt. Ich möchte noch einmal einige Zahlen vortragen: Wir werden 2.700 zusätzliche Lehrerstellen und 8.250 neue Beförderungsstellen an Grund-, Haupt- und Realschulen schaffen. Das wissenschaftliche Personal an den Universitäten wird um 3.000 Stellen aufgestockt. In der Debatte vorige Woche - die ich vier Stunden lang verfolgt habe - hat sich Herr Kollege Pfaffmann gemeldet und erklärt, dass in der Bildungspolitik nichts geschehen und kein Fortschritt erzielt worden sei. Liebe Freunde, so kann man nicht argumentieren, wenn man sich ansieht, was wir gemeinsam vorangebracht haben. Wir wissen, dass wir noch nicht alles erreicht haben und noch vieles zusätzlich leisten müssen. Wir haben bereits Zusagen für die gesamte Legislaturperiode abgegeben. Dabei geht es um die Privatschulfinanzierung und die Reduzierung der Klassenstärken. Aber zu behaupten, im Bereich der Bildungspolitik sei nichts geschehen, ist keine ehrliche und wahrhaftige Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In den letzten fünf Jahren ist der Kultusetat um eine Milliarde Euro gestiegen. In den Jahren 2009 und 2010 wird er noch einmal um über eine Milliarde Euro steigen. Wenn Sie das kritisieren, glaubt das draußen kein Mensch mehr. Die Menschen spüren, dass wir diesem Thema ein besonderes Gewicht beimessen und wissen, dass wir nicht alles an einem Tag erledigen können. Die Bildungspolitik hat für uns oberste Priorität. Das hat der Ministerpräsident heute dankenswerterweise noch einmal deutlich gemacht.

Kindergärten, Schulen, Universitäten: Addieren Sie einmal die Summen, die im Haushalt für diese drei Felder zur Verfügung gestellt wurden. Sie werden feststellen, dass wir bei einem Haushaltsvolumen von 40 Milliarden Euro über 14 Milliarden Euro für die Bildung, die Ausbildung, die Fortbildung und die Erziehung unserer jungen Menschen investieren. Ist das nicht eine beeindruckende Summe? - 14 Milliarden Euro stehen dafür

zur Verfügung. Das zeigt, wo die CSU und ihr Koalitionspartner FDP ihre Prioritäten setzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie haben mit wenigen Worten deutlich gemacht, dass wir von der Jahreswende bis heute beispielhaft Akzente gesetzt haben, die es bisher im Freistaat Bayern nicht gegeben hat. Wir haben noch im vergangenen Jahr die Haushaltsausgabereste übertragen. Wir haben sofort vorzeitige Baubeginne genehmigt.

Wir haben sofort kommunale Finanzmittel aus dem Staatshaushalt für Investitionen freigegeben. Wir haben den Haushalt in Rekordzeit miteinander beraten. Wir können die Mittel aus dem Programm 2020 in Form steuerfinanzierter Mittel zur Verfügung stellen und damit deutliche Akzente setzen. Wir haben das Investitionsvolumen noch einmal erhöht, nämlich auf 5,5 Milliarden Euro. Das stellt eine Investitionsquote von 13,6 % dar.

Natürlich könnte ich das beklagen und sagen, 17, 18 oder 19 % wären besser. Wir müssen aber wissen, in welcher Situation wir uns befinden. Wir befinden uns in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, in der schwierigsten Situation seit Jahrzehnten, wie es der Ministerpräsident dargestellt hat. Trotzdem investieren wir mehr als im vergangenen Jahr, nämlich 5,5 Milliarden Euro, was einer Investitionsquote von 13,6 % entspricht. Ich glaube, das ist beispielhaft, und wir sind dankbar, dass wir in solch schwierigen Zeiten eine so hohe Summe in die Investitionen geben können.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Das ist doch Bundesgeld!)

- Herr Kollege Güller, Sie haben den Haushalt nicht gelesen. Wenn Sie sagen, es handle sich nur um Bundesgeld, dann haben Sie den Haushalt nicht gelesen.

Ich sage Ihnen eines, Herr Kollege Maget: Sie beklagen die Höhe der Investitionsquote, wir aber handeln und stellen Geld zur Verfügung. Ich sage noch einmal: Jeder Euro, der zusätzlich für Investitionen zur Verfügung steht, bedeutet zusätzliche Aufträge und zusätzliche Arbeitsplätze. Genau das brauchen wir in schwieriger Zeit.

Ich halte es für richtig, dass wir den Begriff der Investitionsquote überdenken. Das ist eine Terminologie aus alter Zeit. Zu den Investitionen zählen Ausgaben für Bildung und für Kindererziehung. Wenn wir die Ausgaben addieren - diese Gelder stehen zur Verfügung und werden in erheblichen Summen investiert -, dann schaffen wir dadurch Impulse für das Land und sichern die Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

Herr Kollege Aiwanger hat die Infrastruktur beklagt. Es wäre gut gewesen, wenn er sich die Zahlen angeschaut hätte, bevor er an das Rednerpult getreten ist. Ich will es nur an einer Zahl darstellen: Wir hatten bei der Veränderung der Haushaltsmittel durch die Regierungsfractionen FDP und CSU darauf geachtet, noch weitere Akzente setzen zu können. Für den Staatsstraßenbau wollten wir so viel ausgeben, wie das in den letzten zwanzig Jahren nicht mehr der Fall gewesen ist. Ich finde, das ist beispielhaft und zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sage ich Ihnen: Dieser Haushalt ist ein Konjunkturprogramm. Wenn Sie erklären, wir müssten die Haushaltspolitik zusammen mit den Kommunen gestalten, dann muss ich Ihnen Folgendes sagen: An dieser Stelle haben wir keinen Belehrungsbedarf. Wir haben seit Jahrzehnten in exzellenter Weise in diesem Lande Seite an Seite mit der kommunalen Familie Politik gemacht, und das wird auch in Zukunft so sein. Darauf können Sie sich verlassen. Ich erwähne die Mittel von 6,2 Milliarden für den kommunalen Finanzausgleich.

Hinsichtlich des Konjunkturpakets hat eine Absprache im Detail stattgefunden, und es hat ein Einvernehmen im Detail gegeben. Deswegen brauchen wir hier keinerlei Belehrungen. Ich sage Ihnen eines: Es gibt in Deutschland kein Bundesland, das so sehr an der Seite der kommunalen Familien steht wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Zwei Bemerkungen muss ich an dieser Stelle machen, wenn es um das Verhältnis des Freistaates Bayern zum Bund geht: Es kann doch nicht angehen, dass Aufgaben, die der Bund wahrzunehmen hat, auf die Länder delegiert werden. Ich bin da sehr vorsichtig.

(Franz Maget (SPD): Wie war das mit den Ganztagschulen?)

Wir hatten eine Föderalismusreform I. Im Rahmen dieser Reform sind die Aufgaben klar zugeordnet und definiert worden.

(Franz Maget (SPD): Bildung zum Beispiel!)

- Jetzt kommen wir dazu, zum Beispiel. Herr Kollege Maget, ich sage Ihnen eines: Wenn mir der Bund Geld anbietet, dann nehme ich es auch. Wir sind doch nicht so verrückt, darauf zu verzichten, wenn damit Gutes getan werden kann.

Es geht aber um etwas anderes. Unsere bäuerlichen Betriebe sind in einer schwierigen Situation. Sie kämpf-

fen um ihre Existenz. Alle Parteien treffen sich bei Podiumsdiskussionen. Auch die SPD tut so, als ob sie die Anliegen der Bäuerinnen und Bauern unterstützt. Wenn Sie die Anliegen unterstützen, dann hätte ich aber auch erwartet, dass Sie dem Kollegen Steinbrück in Berlin sagen: Bitte überweise die 120 Millionen für den Agrardiesel auch unseren Bäuerinnen und Bauern und entlaste unsere bäuerlichen Familien. Sie haben wegen 120 Millionen diesen Popanz aufgezogen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist ein Jammer, dass das nicht geht, aber man müsste im Parlament vielleicht einmal eine Einzelabstimmung, Herr Ministerpräsident, zu solchen Positionen durchführen. Der Freistaat Bayern muss jetzt einspringen, nachdem Steinbrück nach anfänglicher Weigerung den Bundesländern nun gnädigerweise die Möglichkeit eröffnet hat, dies überhaupt zu tun. Der Freistaat Bayern gibt für die nächsten zwei Haushaltsjahre 60 Millionen Euro aus. Ich kann Ihnen eines sagen: Die CSU redet nicht nur, wenn es draußen bei Podiumsdiskussionen um die Interessen der Landwirtschaft geht, sie handelt auch und unterstützt die bäuerlichen Familien.

(Beifall bei der CSU)

In den letzten Tagen habe ich noch etwas Schönes gelesen, Herr Kollege Maget. Das Thema Gesundheit ist heute vielfach angesprochen worden. Dazu lese ich in der "Süddeutschen Zeitung" Folgendes: Die Lösung des Problems - Herr Ministerpräsident, einen solchen Vorschlag habe ich bisher noch gar nicht gehört; keiner hat bisher im Lande einen solchen Vorschlag gemacht - sei ganz einfach. Es handelt sich zwar um ein Thema des Bundes, das wir in gemeinsamer Verantwortung auch im Bundesrat anzupacken haben, aber der Vorschlag der Kollegin Ulla Schmidt, die Ihnen allen bekannt ist, ist ganz einfach. In diesem Fall wird vorgeschlagen, Herr Ministerpräsident: Die Bundesregierung ist gar nicht mehr zuständig. Die Überschrift in der "Süddeutschen Zeitung" vor zehn Tagen lautete: Seehofer soll für Ärzte zahlen. So einfach kann man sich Politik nicht machen, dass man, nachdem man sein System an die Wand gefahren hat und sieht, dass das nicht mehr funktioniert, was man selber implementiert hat, sagt: Wir lassen es dennoch bestehen, aber du musst die Rechnung bezahlen. So einfach kann man dieses Problem nicht lösen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Herz?

Georg Schmid (CSU): Selbstverständlich, immer gerne.

Dr. Leopold Herz (FW): Herr Kollege Schmid, es ist schön, dass Sie sich wieder einmal hier zeigen. Es wirkt wie ein Zwiegespräch in diese Richtung, aber nur nebenbei:

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, Zwischenfrage ist Zwischenfrage!

Dr. Leopold Herz (FW): Herr Kollege Schmid, Sie haben gerade geäußert, dass Ihre Partei bei den Landwirten nicht nur redet, sondern auch handelt. Haben Sie dann eine Erklärung dafür, warum die Plätze, zum Beispiel in Kloster Reutberg oder in Immenstadt nicht mehr ausreichen, wenn sich dort zu Recht aufgebrachte Bauern treffen?

Georg Schmid (CSU): Es ist doch völlig unbestritten, dass die bäuerliche Landwirtschaft in der momentanen Situation in einer überaus schwierigen Lage ist. Insbesondere die Milchvieh haltenden Betriebe sind in einer besonders schwierigen Situation. Eines muss aber auch klar sein: Es ist die CSU, die bei den Bauern vor Ort ist und über deren Probleme spricht. Das heißt nicht, dass man die Lösung für solche Probleme, die nicht nur in unserem Lande bestehen, sondern auch einen europäischen Zusammenhang haben, aus dem Ärmel schüttelt. Ich kann Ihnen eines sagen: Die CSU steht an der Seite der bäuerlichen Betriebe, wenn diese in einer schwierigen Situation sind. Das lassen wir uns auch von niemandem nehmen. Wir sind die ersten Ansprechpartner für die Bäuerinnen und Bauern, und dabei wird es bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, Sie haben die Verringerung der Mehrwertsteuer angesprochen. Auch darauf will ich noch kurz eingehen. Ich weiß, welche Anträge in den Jahren 2006 und 2008 in diesem Parlament gestellt worden sind. Wir wissen, dass es nach EU-Recht vorher nicht möglich war, eine solche eigenständige Lösung zu finden. Jetzt haben wir aber die Möglichkeit, eine eigenständige Lösung für das Gaststättengewerbe und für die Hotellerie zu schaffen. Diese Chance sollten wir jetzt auch nutzen. Deshalb wäre es sinnvoll, dass der Bundesfinanzminister nicht nur in Brüssel zustimmt, dass diese Möglichkeit geschaffen wird, sondern dass er sie auch realisiert, wenn er wieder nach Hause kommt. Ich kann Ihnen nur zwei Alternativen vorschlagen, entweder wählen Sie die 01886824742 oder Sie wählen die 030186820. Das sind die Telefonnummern des Bundesfinanzministers. Erklären Sie ihm, dass wir alle gemeinsam wollen, dass das Hotel- und Gaststättengewerbe besonders behandelt wird, dass es eine Vergünstigung braucht, weil wir an der Grenze zu Österreich massive Wettbewerbsprobleme haben. Das

ist unser gemeinsames Anliegen. Wenn es auch ein Anliegen der SPD ist, dann unterstützen Sie es und sagen Sie es Ihrem Bundesfinanzminister, damit er auch hierzu seine Zustimmung gibt.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Warum haben Sie dann in der letzten Wahlperiode dagegengestimmt?)

- Weil es damals noch nicht möglich war. Sie wissen es doch, damals war es nicht möglich.

Ich glaube, dass wir heute eine solide finanzielle Grundlage für die Entwicklung des Landes in den Jahren 2009 und 2010 vorlegen können. Der Haushalt ist dank der guten Finanzpolitik der letzten Jahre auf einem stabilen und festen Fundament solide finanziert. Ich weiß, dass SPD, GRÜNE und Freie Wähler wie angekündigt dem Haushalt die Zustimmung verweigern werden. Wir haben auch nichts anderes erwartet. Ich sage Ihnen aber eines: Wir übernehmen mit diesem Haushalt auch die Verantwortung für dieses Land. Die Menschen in diesem Lande erwarten nicht Verweigerung, sondern Gestaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich darf mich beim Kollegen Georg Fahrenschon sehr herzlich bedanken. Er ist Finanzminister in einer überaus schwierigen Zeit. Er hat zusammen mit den Chefs der Ressorts in brillanter Weise eine Grundlage erarbeitet, die stabil ist und uns gut in die Jahre 2009 und 2010 hineinführt. Ich bedanke mich bei Dir, lieber Georg Winter, und beim Haushaltsausschuss sehr herzlich dafür, dass ihr in einem Rekordtempo und in einer Rekordzeit diesen Haushalt beraten und zu einem guten Abschluss gebracht habt. Ich bedanke mich auch beim Koalitionspartner, beim Kollegen Thomas Hacker und bei Karsten Klein, für die gute Beratung und für das gute Miteinander bei der Gestaltung der einzelnen Detailfragen. Wir haben eine gute Basis, wenn wir am Donnerstag diesen Haushalt für die beiden nächsten Haushaltsjahre miteinander beschlossen haben. Wir haben eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung des Landes nach vorne und in eine gute Zukunft. Deswegen verdient dieser Haushalt die Zustimmung des Hohen Hauses.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich erteile jetzt das Wort dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Kollegen Hacker.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP steht mit ihrem

Eintritt in diese Regierungskoalition für den politischen Neuanfang in Bayern.

(Margarete Bause (GRÜNE): Für welchen Neuanfang?)

Das habe ich im letzten Dezember deutlich gemacht, als Sie, Herr Ministerpräsident, an dieser Stelle Ihre Regierungserklärung abgegeben haben. Heute und in den nächsten beiden Tagen werden wir das finanzielle Fundament für diesen gemeinsamen politischen Neuanfang legen. Wir nehmen für uns als Regierungskoalition mit diesem Doppelhaushalt in Anspruch, dass wir die solide Basis für die Veränderungen schaffen, die die Wählerinnen und Wähler im letzten Herbst wünschten. Es ist die wirtschaftliche Stärkung der Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft. Es ist der Einsatz für ein zukunftsfähiges Bildungssystem mit Chancen für alle, und es ist eine vernünftige Innen- und Rechtspolitik, die auf die Anwendung bestehender Gesetze setzt und nicht auf bloßen Gesetzgebungsaktionismus.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dafür sind wir bei der Landtagswahl angetreten. Dafür haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich stark gemacht. Jetzt legen wir dafür die finanzielle Grundlage.

In den hinter uns liegenden ersten Monaten der gemeinsamen Regierung hat die FDP gezeigt, dass es ihr mit dem Neuanfang ernst ist. Herr Maget, bei der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wollten Sie noch die Geschenkpakete öffnen. Heute, gut drei Monate später, wollen Sie bereits Bilanz ziehen. Jeder plant sein Leben in unterschiedlichen Phasen. Wir, die FDP, haben zusammen mit der CSU eine Koalitionsvereinbarung getroffen, die für fünf Jahre gilt. Manche werden überrascht sein; wir als FDP planen auch für den Zeitraum danach.

(Beifall bei der FDP - Georg Schmid (CSU): Da verstehen Sie, dass wir nicht klatschen!)

Wie gesagt, in den ersten Monaten haben wir gezeigt, dass es uns mit dem Neuanfang ernst ist. Wir haben den Anstoß für neue Kooperationen zwischen Haupt- und Realschulen gegeben. Wir haben den Anstoß gegeben für ein neues Übertrittsverfahren, das mehr jungen Menschen einen höheren Bildungsabschluss ermöglicht. Wir haben Druck zur finanziellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gemacht. Wir haben mit dem bayerischen Mittelstandsschirm, dem Programm zur Beschleunigung von Investitionen und der schnellen Umsetzung des Konjunkturpakets II Arbeitsplätze gesichert. Nicht zu vergessen ist, dass wir mit neuen Stellen für die Polizei und die Justiz die innere Sicherheit gestärkt haben. Mit verschiedenen Gesetzge-

bungsprojekten haben wir den Stellenwert der Grund- und Freiheitsrechte gefestigt.

Das waren erst die ersten Schritte auf dem Weg zum Neuanfang. Das Erreichte kann sich unserer Meinung nach sehen lassen. Einiges ist bereits Gesetz geworden. Vieles befindet sich jetzt in der Phase der Verwirklichung. Manches müssen wir erst noch erkämpfen. Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts in dieser Woche haben wir eine weitere wichtige Etappe auf dem Weg zu unserem Ziel zurückgelegt. Unser Ziel ist es, den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern eine Zukunftsperspektive in Freiheit zu eröffnen, in der sich Leistung und Einsatz wieder lohnen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir alle wissen, dass das Umfeld dieses Haushalts nicht einfach ist. Gesamtwirtschaftlich wird 2009 für Bayern sicher eines der schwierigsten Jahre seit Langem sein. Die Wirtschaftsdaten und die Prognosen sind hinlänglich bekannt. Ich werde mich aber nicht am derzeit laufenden Wettbewerb um das düsterste Zukunftsszenario beteiligen. Schwarzmalerei schadet all denen, die sich auch in der Krise nicht unterkriegen lassen wollen. Schwarzmalerei schadet den Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz retten wollen, den Arbeitgebern, die versuchen, Absatzeinbrüche aufzufangen und auf Massenentlassungen zu verzichten, und all denen, die die Zähne zusammenbeißen und sich auf ihre eigenen Stärken besinnen. Mit Jammern und Wehklagen kommt keiner aus der Krise, wohl aber mit Selbstvertrauen, Willensstärke und Zuversicht.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Gerade in dieser Wirtschaftssituation bekennen wir uns zur sozialen Marktwirtschaft, zu einem Staat, der Verantwortung trägt und der den Rahmen setzt - nicht weniger, aber auch nicht mehr. Das sind die Botschaften, die dieser Haushalt aussenden muss. Wir werden es aus der Krise schaffen, aber eben nicht, wenn wir darauf hoffen, dass uns der Staat aus der Klemme hilft, sondern nur dann, wenn wir den staatlichen Rahmen so setzen, dass sich Einsatzbereitschaft wieder auszahlt. Wir werden es aus der Krise schaffen, wenn wir dort investieren, wo unsere Zukunft gesichert wird, nämlich in die Bildung und in die Erziehung unserer Kinder, damit sie für die Herausforderungen des Lebens gewappnet sind. Wir werden es aus der Krise schaffen, wenn wir die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und der Gesellschaft erhalten und steigern.

Wir werden in Deutschland und in Bayern nie billiger werden als in China oder in Indien. Deshalb müssen wir alles dafür tun, dass wir besser bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn in den gegenwärtigen Debatten der Eindruck erweckt wird: Der Staat kann eben nicht alle Probleme lösen. Die gigantische Summe, die dafür nötig wäre, kann kein Staatshaushalt bereitstellen.

Meine Damen und Herren, Krisenbewältigung erfordert beides: Verantwortung und Augenmaß. Diese Anforderungen erfüllt der vorliegende Doppelhaushalt. Die regulären Ausgaben nehmen um 4 % zu. Mit über 5 Milliarden Euro für Investitionen im Jahr 2009 legt der Freistaat ein bemerkenswertes Engagement an den Tag. Natürlich, es könnte immer noch ein bisschen mehr sein. Wünschenswert ist vieles, das haben wir bei den Haushaltsberatungen immer wieder gehört. Das Leben, und das wird auch Herr Aiwanger noch merken, ist aber kein Wunschkonzert, Haushaltsberatungen erst recht nicht.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Es ist das Recht der Opposition, mehr zu fordern und mehr Geld für Ausgaben zur Verfügung zu haben. Man kann es aber auch übertreiben. Mit über 3 Milliarden Euro zusätzlich wollte die SPD den Doppelhaushalt belasten, die Freien Wähler mit über 1,7 Milliarden Euro.

(Zurufe von der SPD)

- Ich rede von den zwei Jahren. Die GRÜNEN wollten immerhin 1,4 Milliarden Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie die Zahlen abgleichen würden, wäre es kein Widerspruch!)

Das ist unseriös und unsolide, vor allem aber täuscht es die Bürgerinnen und Bürger über die realen Möglichkeiten des Staates. Das weckt Hoffnungen, die zwangsläufig enttäuscht werden müssen.

Die FDP zeigt jedes Jahr in Berlin, dass es auch anders geht. Parallel zu den Haushaltsberatungen legen wir dort unser "Liberales Sparbuch" vor. Das "Liberales Sparbuch 2009" enthält über 400 Anträge mit einem Einsparvolumen von 10,5 Milliarden Euro. Mit dem Blick auf weite Teile der Opposition in Bayern kann ich nur sagen: Jeder, wie er eben kann.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Mit dem Gestaltungswillen für die Veränderung in Bayern haben wir den bayerischen Doppelhaushalt vorbereitet, und wir werden ihn in wenigen Tagen beschließen. Für uns sind drei Teilbereiche besonders wichtig:

Das ist die Schule, das ist die Hochschule, und das ist die innere Sicherheit. Wir wollen in Bayern ein Schulsystem, das nicht danach urteilt, was die Eltern sind, sondern danach, was die Kinder können. Wir wollen mehr Kinderbetreuung, mehr Lehrer für kleinere Klassen - gerade dort, wo viele Kinder mit Migrationshintergrund zur Schule gehen -, und wir wollen nicht zuletzt den Ausbau der Ganztageschule. Das sind die Weichenstellungen dieses Haushalts für eine bessere Förderung unserer Kinder.

Herr Maget, für uns gehört auch das letzte Kindergartenjahr dazu, das wir kostenfrei stellen wollen. Aber nicht alles, was wir uns vornehmen, können wir im ersten Doppelhaushalt unterbringen. Für uns ist das aber kein Luxusproblem, es ist vielmehr ein Problem, an dem wir, die FDP, dranhängen werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU und der SPD)

Dieser Haushalt ist eben erst der Anfang. Die nächsten Schritte sind schon vorbereitet. Mit dem Kooperationsmodell für die Haupt- und die Realschule haben wir die Tür für echte Verbesserungen im bayerischen Bildungssystem aufgestoßen. Die Durchlässigkeit steigt, mehr Hauptschüler können einen Realschulabschluss machen. Mit den Intensivierungsstunden an Haupt- und Realschulen gibt es mehr individuelle Förderung. Im ländlichen Raum können so passgenaue Bildungsangebote entstehen. So muss ein höherer Bildungsabschluss nicht automatisch - und darauf kommt es uns allen an - auch eine längere Fahrzeit bedeuten.

Wenn Sie, Herr Seehofer, bei Ihren Besuchen im Freistaat die positive Resonanz auf diese Veränderungen spüren, dann freut uns das. Es ist schön, dass liberale Ansätze Sie zu solchen Glücksgefühlen bewegen können.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Ich wünsche mir, dass wir in den nächsten fünf Jahren und darüber hinaus gemeinsam noch mehr solcher Momente erleben.

(Beifall bei der FDP)

Auch das neue Verfahren zum Übertritt von der Grundschule zur weiterführenden Schule ist ein Schritt zu mehr Chancengerechtigkeit. Jetzt bekommen alle Viertklässler eine Übertrittsempfehlung. Die Eltern werden besser beraten, die Schüler werden besser gefördert. Der Druck fällt weg. Bei diesen Bildungsreformen war die FDP der entscheidende Impulsgeber. Wir meinen es ernst mit dem Neuanfang.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In die Zukunft des Landes zu investieren heißt, in seine Innovationsfähigkeit zu investieren. Wir brauchen deshalb eine wissenschaftlich exzellente, wirtschaftlich leistungsfähige und qualitativ hochwertige Hochschullandschaft. Diese in Bayern zu erhalten und auszubauen, ist ein gewaltiges Projekt, das große politische, finanzielle und gesellschaftliche Anstrengungen erfordert. Der Doppelhaushalt liefert auch hier einen wichtigen Baustein: mehr Geld für zusätzliche Studienplätze, oberste Priorität für das "Modernisierungsprogramm Hochschulbau" oder ein deutlich aufgestocktes Fachhochschulforschungsprogramm. Wir denken aber auch in diesem Bereich schon weiter. Mit der Novelle des Hochschulgesetzes machen wir unsere Hochschulen fit für die Zukunft.

(Zuruf von den GRÜNEN: Dann macht das halt!)

Absolventen der Meisterprüfung erhalten den allgemeinen Hochschulzugang, Studienbeiträge werden sozial gerechter ausgestaltet. Das alles passiert. Vor allem aber: Die Hochschulen erhalten mehr Eigenverantwortung und haben mehr Kooperationsmöglichkeiten, um im Wettbewerb der Hochschulen bestehen zu können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Die Verlagerung des Berufungsrechtes aus dem Ministerium heraus an die Hochschulen ist ein erster Schritt, ein Einstieg in die Hochschulautonomie, die wir uns vorstellen.

Deutliche Signale setzt der Doppelhaushalt auch bei der inneren Sicherheit. Das haben wir schon gehört. In den nächsten beiden Jahren können jeweils 500 neue Polizeianwärter ihren Dienst beginnen. 230 neue Stellen werden in der Justiz geschaffen. Pro Jahr sind 75 Millionen Euro für die Einführung des Digitalfunks vorgesehen. Das sind Maßnahmen, die die innere Sicherheit ganz konkret verbessern. Wir Liberale wissen: Ohne Sicherheit ist Freiheit wenig wert. Trotzdem darf Sicherheit nicht zulasten der Freiheit gehen.

(Beifall bei der FDP - Georg Schmid (CSU): Da können wir jetzt nur halb klatschen!)

Freiheit und Sicherheit müssen sorgsam ausbalanciert werden. Das hatten leider weder die vorhergehenden Staatsregierungen fest im Blick, noch hatte es die schwarz-rote oder die rot-grüne Bundesregierung der letzten Jahre im Blick. Diese Balance von Freiheit und Sicherheit verlangt nach einer intelligenten Innenpolitik, bei der der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen strikt Rechnung getragen wird. Dazu zählt auch, dass man bestehende Gesetze konsequent anwendet. Das erfordert aber auch Sicherheitsbehörden, die personell und sachlich so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben

auch erfüllen können. Das ist die Überzeugung der Liberalen, und das spiegelt sich auch in diesem Haushalt wider.

Mit dem vorgelegten Doppelhaushalt leisten wir zudem einen weiteren Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Investitionen werden vorgezogen, ihre Wirkungen kommen schneller in der Wirtschaft an. Ich bleibe aber auch heute bei meiner Überzeugung: Steuerentlastungen sind das beste Konjunkturprogramm.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Ein Konjunkturpaket, an dem die FDP mitgewirkt hätte, hätte die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen deutlich entlastet. Wir Liberalen werden weiter für Steuerentlastungen kämpfen, denn nur, wer mehr Geld in der Tasche hat, kann auch mehr Geld ausgeben, mehr investieren und die Wirtschaft wieder auf Trab bringen. Wir haben auch deshalb darauf gedrängt, dass Bayern die Initiative für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz im Hotel- und Gaststättengewerbe ergreift.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die FDP will faire Wettbewerbsbedingungen für die bayerischen Hotels und Gaststätten. Die gibt es momentan nämlich nicht. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist alles andere als ein steuerpolitischer Nebenkriegsschauplatz. In Bayern hängen rund 560.000 Menschen mit ihrer wirtschaftlichen Existenz vom Tourismus ab. Die Tourismuswirtschaft ist außerdem weit überwiegend mittelständisch geprägt. Gerade dieser Mittelstand hat sich in Krisenzeiten immer als Jobgarant erwiesen. Lassen Sie es uns dem bürokratie- und steuergeplagten Mittelstand wenigstens etwas leichter machen, um Arbeitsplätze hier, in Bayern, zu erhalten.

(Beifall bei der FDP)

Bürokratieabbau, Abgabensenkung - das ist der richtige Weg aus der Krise.

Wir als FDP begrüßen es sehr, dass trotz dieses Szenarios das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes nicht aufgegeben wurde. Für uns Liberale ist klar: Steuerentlastungen müssen mit der Konsolidierung der Staatsfinanzen einhergehen. Beides, eine Steuerstrukturreform und ein ausgeglichener Haushalt, sind gleichwertige politische Ziele. Sie stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

(Beifall bei der FDP)

Ein sparsamer Staat kann seinen Bürgern mehr von ihrem Geld lassen, und ein Staat, der sich diese Großzügigkeit erlaubt, wird durch die wirtschaftliche Belebung auch steuerlich profitieren.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher: Trotz der Zusatzbelastungen durch die BayernLB und trotz der Risiken aufgrund des Konjunkturabschwungs wird der Freistaat die Herausforderungen meistern. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern stehen wir sehr gut da. Aber es wäre falsch, deswegen die Hände in den Schoß zu legen oder sich mit einer Politik des Kleinklein zu begnügen.

Im Augenblick ist es unmöglich, zu sagen, wie sich die Steuereinnahmen in diesem Jahr und in den nächsten Jahren entwickeln werden. Was wir deshalb brauchen, ist eine Politik für mehr Wachstum, eine Politik, die auf Steuersenkungen und Bürokratieabbau setzt.

Bei der Bewältigung der Krise können wir auf die strukturelle Stärke der bayerischen Wirtschaft bauen. Wir hatten im letzten Jahr zum 15. Mal in Folge einen Exportrekord zu vermelden. Die wettbewerbsfähigen bayerischen Produkte, die in den letzten 15 Jahren so erfolgreich verkauft wurden, gibt es immer noch, genauso wie die Märkte, auf denen sie angeboten werden. Das alles verschwindet nicht über Nacht. Diese Krise können wir überwinden, wenn wir jetzt in die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft investieren.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Der Doppelhaushalt stellt dafür die Weichen in die richtige Richtung. Zusammen mit einer wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik auf Landes- und hoffentlich bald auch auf Bundesebene gibt er die Zukunftssignale für unsere Wirtschaft, die unser Land und die Menschen darin brauchen. Lassen Sie uns diesen Haushalt in dieser Woche beschließen in dem Wissen, dass er ein wichtiger Baustein für die Zukunft unseres Landes ist, aber eben nur ein Baustein, und lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass weitere Bausteine dazukommen; denn wir alle tragen Verantwortung für Bayern und für Deutschland.

(Anhaltender Beifall bei der FDP - Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2009/2010, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen

16/418, 16/420, 16/458, 16/459 und 16/507 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/658 zugrunde.

Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/658 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Gibt es besondere Anträge auf Abstimmungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schlage ich vor: Wer dem Einzelplan 02 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die drei anderen Fraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wenn ich das richtig sehe, sind das alle Fraktionen. Bitte die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/658, weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag auf Drucksache 16/507 seine Erledigung gefunden hat.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 02 abgeschlossen.

Ich rufe jetzt gemeinsam die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auf:

Haushaltsplan 2009/2010;

Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

hierzu:

**Änderungsanträge
von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/298
mit 16/306 und 16/694 mit 16/697)**

und

**Änderungsanträge
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 16/307 mit 16/309)**

und

**Änderungsantrag
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion
(Drs. 16/704)**

und

**Haushaltsplan 2009/2010;
Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern -
Staatsbauverwaltung -**

hierzu:

**Änderungsantrag
der Fraktion Freie Wähler (Drs. 16/296)**

und

**Änderungsanträge
der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 16/310 mit 16/314)**

und

**Änderungsanträge
von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion
(Drsn. 16/704, 16/877 und 16/889)**

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden beantragt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten, auf die Fraktion der Freien Wähler 15 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 14 Minuten, auf die FDP-Fraktion 13 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das sind dann 30 Minuten.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Staatsminister. Ich erteile Ihnen das Wort, vor allem im Sinne der Sicherheit.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihnen liegt zur Beschlussfassung ein Haushalt vor, der

sowohl was die Allgemeine innere Verwaltung mit dem Schwerpunkt der inneren Sicherheit als auch was die Oberste Baubehörde, die Staatsbauverwaltung, anbetrifft, eine hervorragende Grundlage für eine engagierte und erfolgreiche Politik in diesem und im nächsten Jahr bietet.

Bayern steht, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der inneren Sicherheit an der Spitze in Deutschland. Wir sind Spitze in Sachen innere Sicherheit. Bei uns können die Menschen sicherer als anderswo leben. Und es ist auch die Richtschnur für diesen Haushalt, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass das auch 2009 und 2010 so bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesem Doppelhaushalt stärken wir unsere Polizei, wir stärken unsere Feuerwehren, wir stärken unsere Hilfsorganisationen und den Katastrophenschutz.

Ein zweiter Aspekt: Wir haben in diesem Haushalt - und das greift über die Einzelpläne 03 A und 03 B hinaus - eine hervorragende Grundlage dafür geschaffen, dass sich unsere Kommunen gut weiterentwickeln. Die Schwerpunkte dabei finden sich im Einzelplan 13, über den wir in den nächsten Tagen noch reden werden.

Zum Dritten schaffen wir die Grundlagen für starke Investitionen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist wichtig im Interesse der Zukunft unseres Landes. Aber wir setzen dabei zugleich einen wichtigen Akzent, um ein Stück weit der aktuellen Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, um Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft in Bayern zu sichern. Wir investieren massiv in den Staatsstraßenbau, in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude. Ich denke, diese Kombination, in die Zukunft unseres Landes zu investieren und gleichzeitig Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft zu sichern, ist der richtige Ansatz in dieser aktuellen Situation.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich will zu diesen drei Aspekten noch ein paar Anmerkungen machen.

Erstens zur Allgemeinen inneren Verwaltung und zur inneren Sicherheit. Der Haushalt der Allgemeinen inneren Verwaltung umfasst rund 3,4 Milliarden Euro für das Jahr 2009 und knapp 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2010. Der absolute Schwerpunkt dieser Ausgaben liegt bei unserer Polizei. 78 % der Ausgaben des gesamten Einzelplans entfallen allein auf die Polizei. Das zeigt, welch hohen Stellenwert, welch hohe Bedeutung wir der inneren Sicherheit zumessen.

Innere Sicherheit ist für uns ein soziales Grundrecht. Es geht - ich sage es noch einmal - ganz einfach darum,

dass die Menschen in Bayern auch künftig sicherer leben können als anderswo, dass Bayern das sicherste Land Deutschlands und auch eines der sichersten Länder der Welt bleibt.

Aber es geht nicht abstrakt darum, einen solchen Rankingplatz zu haben, sondern es geht darum, dass sich die einzelnen Menschen in unserem Land tatsächlich sicher fühlen können, dass sie nicht täglich Angst vor Kriminalität und Verbrechen haben müssen, dass sie angstfrei leben können. Wer einmal ein paar Jahre in anderen Ländern gelebt hat, der weiß, wie es bei einer drei-, vier- oder fünfmal so hohen Kriminalitätsrate aussieht, wie es beispielsweise in Teilen der USA in mancher Großstadt aussieht, dass das ein völlig anderes Leben ist als das, was wir in Bayern gewohnt sind. Der weiß dann vielleicht wieder richtig zu schätzen, was dieses hohe Maß an innerer Sicherheit den Menschen in unserem Land wert ist und woher auch die hohe Wertschätzung bei den allermeisten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger für die Arbeit unserer Polizei rührt.

Unser konsequentes Vorgehen gegen Kriminalität jeder Art, die professionelle Polizei- und Ermittlungsarbeit und die hervorragend funktionierende Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und der Sicherheitsbehörden bescheren uns in Bayern seit vielen Jahren eine ausgezeichnete Sicherheitslage. Auch im letzten Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen, konnten in Bayern wieder wenigstens zwei Drittel aller Straftaten aufgeklärt werden. Wir haben weiterhin die höchste Aufklärungsquote aller Bundesländer, weil wir eine erfolgreich arbeitende Polizei haben und eine gute Zusammenarbeit mit der Justiz. In dieser Kombination erreichen wir im Interesse der Sicherheit für die Menschen in unserem Land noch mehr als anderswo. Die Fallzahlen waren rückläufig, die Kriminalitätsbelastung war niedrig.

Natürlich haben wir - das habe ich auch gestern bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes betont - nach wie vor eine ganz reelle Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Niemand, liebe Kolleginnen und Kollegen - das will ich auch heute klar sagen -, kann seriös versprechen, dass es keine Verbrechen oder keine Terroranschläge in irgendeinem Land geben könnte. Auch wir müssen uns der Gefahr bewusst sein, dass schon morgen oder übermorgen auch in unserem Land ein Anschlag verübt werden könnte. Unsere Aufgabe ist, alles dafür zu tun, was technisch möglich ist und was menschenmöglich ist, um solche Anschläge zu verhindern. Das tun wir, und dazu leistet auch der aktuelle Haushalt einen wichtigen Beitrag zur Ausstattung unserer Polizei.

Aber ich sage genauso deutlich: Wir müssen auch die geistige Auseinandersetzung mit dem Extremismus

führen. Wir haben im Januar in der Staatsregierung ein überzeugendes Gesamtkonzept zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beschlossen, das sich mit den Maßnahmen der Sicherheitsbehörden genauso beschäftigt wie mit dem, was an Prävention beispielsweise in der Jugendarbeit notwendig ist.

Diese geistige Auseinandersetzung ist aber natürlich auch beim islamistischen Extremismus notwendig. Denn die langfristige Auseinandersetzung mit dem islamistischen Extremismus werden wir nicht allein durch Polizei und Justiz gewinnen. Wenn man sich die gesellschaftlichen Verhältnisse beispielsweise in Saudi-Arabien oder im Iran anschaut, reift die Erkenntnis, dass wir sie nur gewinnen werden, wenn wir deutlich machen, was uns die Freiheit in unserem Land wert ist, was Pressefreiheit, was Meinungsfreiheit, was Religionsfreiheit, was die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau wert sind und ob wir bereit sind, dafür wirklich einzustehen und sie mit Nachdruck zu verteidigen. Um diese Auseinandersetzung geht es, gerade auch beim islamistischen Extremismus. Dafür müssen wir eintreten und auch immer wieder ein deutliches Signal setzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich bedanke mich schon jetzt, im Vorgriff auf die anschließende Beschlussfassung, beim Bayerischen Landtag sehr herzlich und auch, vor allen Dingen hinsichtlich der Weichenstellung, bei unserem Ministerpräsidenten, dass es in diesem und im nächsten Jahr 1.000 neue Stellen für unsere Polizei gibt. Wir brauchen diese Stellen dringend. Jeder, der ein wenig Ahnung hat, wie die Arbeitsbelastung für viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der bayerischen Polizei heute aussieht, der weiß, wie dringend notwendig diese zusätzlichen Stellen sind. Das ist ein ganz wichtiges Signal, das wir mit diesem Doppelhaushalt setzen, und ich füge heute schon hinzu: Es ist natürlich wichtig, dass wir diesen eingeschlagenen Weg auch in künftigen Doppelhaushalten fortsetzen.

(Alexander König (CSU): Jawohl!)

1.000 neue Stellen und, wohlgemerkt, auch 2.800 Stellenhebungen für die Polizeibeamten, das schafft in der Tat eine wichtige neue Motivation für die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Ich will in den nächsten Monaten in enger Zusammenarbeit mit den Polizeigewerkschaften, mit den Personalvertretungen und in sicherlich nicht einfachen Gesprächen mit dem Finanzministerium darauf hinwirken, dass wir zumindest ab dem 1. Januar auch zu einer echten Verbesserung des finanziellen Ausgleichs für die Belastungen des Schichtdienstes gerade in der Nacharbeit kommen.

Denn diese Zuschläge für die Nacharbeit - sie ist die Regel für viele unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten - sind in den letzten Jahren schon etwas bescheiden geblieben. Da müssen wir dringend ein Stück weit nachbessern.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt verbessert die Ausrüstung unserer Polizei deutlich. Wir müssen schließlich mit der technologischen Entwicklung Schritt halten. Zusammen mit dem Konjunkturprogramm bedeutet das immerhin, dass wir 2009 allein 1.150 neue Kraftfahrzeuge für die Polizei beschaffen können. In den letzten Jahren ist - zum Teil übertrieben, zum Teil aber auch zu Recht - an dem hohen Lebensalter vieler Fahrzeuge Kritik geübt worden. Wir bekommen da einen echten Innovationsschub.

Wir können auch in diesem und im nächsten Jahr unsere Hubschrauberflotte mit acht Hubschraubern, komplett erneuern. Auch das ist im Interesse der Sicherheit unserer Bevölkerung, wenn es beispielsweise um die Suche und das Auffinden vermisster Personen geht, um die Suche nach Leuten, die sich im unwegsamen Gelände verirrt haben, und vieles andere mehr. Das ist unheimlich wichtig, genauso natürlich für die Verbrecherjagd.

Wir werden in den nächsten beiden Jahren deutlich vorankommen mit unserem digitalen Funknetz, und wir werden auch die Ausstattung für unsere Feuerwehren weiter verbessern. Wir haben die neuen Feuerwehrzweckrichtlinien in Kraft gesetzt. Dieses unbürokratische Verfahren hat sich längst überaus bewährt. Auch unsere staatlichen Feuerweherschulen wollen wir besser ausstatten. Wir investieren 14 Millionen Euro in Geretsried, Regensburg und Würzburg.

Außerdem enthält der Doppelhaushalt auch 3,7 Millionen Euro für das Investitionsprogramm Katastrophenschutz. Auch dafür, denke ich, ist das Geld richtig angelegt.

Die Feuerwehren leben aber nicht nur von den Zahlungen des Freistaats und der Kommunen. Die eigentliche Stärke unserer Feuerwehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt im ehrenamtlichen Engagement vieler Tausender Männer und Frauen. Ich denke, das, was wir bei den Freiwilligen Feuerwehren Tag für Tag erleben, das gilt in gewisser Weise auch ansonsten für die innere Sicherheit in unserem Land. Wie sicher wir uns fühlen können, hängt nicht nur davon ab, wie stark Polizei und Justiz sind. Es kommt auch ganz entscheidend darauf an, was es an Hilfsbereitschaft und Zivilcourage in unserem Land gibt, ob Anstand und Rücksichtnahme in unserem Volk etwas zählen. Wir müssen auch über diese grundlegenden Werte des Zusammenlebens wie-

der stärker sprechen und uns immer wieder bewusst machen, wie wichtig sie auch für die Sicherheit der Menschen in unserem Land sind.

Wir waren alle erschüttert von dem Amoklauf in Winnenden. Es sind zu Recht Fragen aufgeworfen worden zum Vollzug des Waffenrechtes beispielsweise. Wir werden das konsequent bearbeiten. Aber allein mit neuen Vorschriften werden wir auch da nicht weiterkommen - wenn ich daran denke, dass es seit Winnenden in Bayern bereits über 100 Fälle gab - Stand Sonntagabend -, in denen Schüler, Jugendliche, übrigens fast ausschließlich männliche Jugendliche, Amokläufe angedroht haben, manche ernste Fälle mit Festnahmen, mit Einweisungen in geschlossene psychiatrische Abteilungen und andere Maßnahmen, aber natürlich auch viele nicht ernste Fälle, in denen es nur um den Spaß am Horror anderer Menschen ging.

Wir brauchen auch in unserer Jugend wieder ein klares Bewusstsein dafür, wo der Spaß aufhört und dass es überhaupt nicht cool und lustig ist, mit der Ermordung anderer Menschen zu drohen. So etwas macht man nicht. Auch darüber müssen wir ganz deutlich reden, nicht nur über neue Vorschriften.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb werde ich auch nicht locker lassen, über die Frage von Killerspielen zu sprechen. Es gibt herrliche Computerspiele. Und es gibt überhaupt nichts dagegen zu sagen, damit einen Teil seiner Freizeit zu verbringen. Aber es gibt eben auch extreme Auswüchse und Dinge, bei denen ich sage, das ist nicht mehr lustig. Wenn jemand in einem Spiel in die Rolle eines Mafia-Killers versetzt und umso höher belohnt wird, je brutaler er ist und je mehr andere Menschen er höchstpersönlich ermordet, hat das mit einer vernünftigen Freizeitbeschäftigung nichts mehr zu tun. Da sind Grenzen erreicht und ist dieser Staat gefordert; denn da ist es in der Tat notwendig, Grenzen aufzuzeigen. Es ist schon heute im Strafgesetzbuch klar geregelt, dass Gewaltverherrlichung nicht erlaubt und strafbar ist. Das müssen wir konsequent durchsetzen. Ich kann nur unterstreichen, was heute unser Ministerpräsident in seiner Rede gesagt hat: Es gibt ganz klar Bereiche, bei denen der Jugendschutz absolut Vorrang vor der Geschäftemacherei hat. Das müssen wir gerade in diesem Bereich konsequent durchsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Nur in aller Kürze ein zweites Stichwort, die Kommunalpolitik: Die Kommunalpolitik ist - abgesehen von Teilbereichen - weniger im Haushalt von 03 A und 03 B, sondern mehr im Einzelplan 13 zu finden. Mir als Kommunalminister liegt natürlich sehr am Herzen, dass der

Freistaat seine Gemeinden, seine Landkreise und Bezirke nach Kräften unterstützt. Mit dem kommunalen Finanzausgleich, der in diesem Haushalt verankert ist, erweist sich der Freistaat einmal mehr als ein fairer und verlässlicher Partner seiner Kommunen.

Lieber Georg Fahrenschon, wir haben schon zusammen die Gespräche mit den Kommunen geführt und sind zu einem einvernehmlichen Ergebnis gekommen. Der kommunale Finanzausgleich hat ein Volumen von 6,8 Milliarden Euro erreicht, und damit liegt er noch einmal 3,4 % über dem Vorjahresniveau. Das ist ein Ergebnis, das in der Tat von den Kommunen nicht nur hingenommen wurde, wie das in dem einen oder anderen vergangenen Jahr der Fall war, sondern mit diesem Ergebnis haben sich die Kommunen aus voller Überzeugung zufrieden gezeigt.

Mit diesem kommunalen Finanzausgleich haben wir den kommunalfreundlichsten Haushalt aller Länder. Dafür bedanke ich mich beim Finanzminister ganz herzlich. Dafür danke ich auch Ihnen. Darauf dürfen wir alle gemeinsam im Interesse unserer Kommunen stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Das dritte und letzte Stichwort ist das Thema Bauen. Wir haben im Einzelplan 03 B der Staatsbauverwaltung nahezu 1,4 Milliarden Euro für das Jahr 2009 und über 1,5 Milliarden Euro für das Jahr 2010 vorgesehen. Jeweils über die Hälfte der Ausgaben sind investive Mittel.

Für den Alltag unserer Staatsbauverwaltung ist es wichtig, dass wir sozusagen nicht nur das Bauen, was Gegenstand der Bauaufträge im Innenministerium ist. Wir bauen vielmehr für alle Ressorts, zugleich auch für den Bund und für die verbündeten Streitkräfte, sowohl im Hochbau als auch im Straßenbau. Alles zusammengezählt, waren es im vergangenen Jahr allein 2,7 Milliarden Euro an Bauaufträgen für die bayerische Bauwirtschaft. In diesem Jahr werden es noch mehr Bauaufträge werden. Für die Maßnahmen, die wir durch die Wohnraumförderung, die Städtebauförderung und im kommunalen Straßenbau mit unseren Zuschüssen an Investitionen anregen, kommen noch einmal 1,5 Milliarden Euro dazu. Dann sind wir schon bei über 4,2 Milliarden Euro an Aufträgen für die Bauwirtschaft. Diese Mittel werden sich in diesem Jahr und im Jahr 2010 mit Hilfe der Konjunkturprogramme des Bundes nochmals deutlich erhöhen. Es ist also ein beachtliches Auftragsvolumen, das in die bayerische Bauwirtschaft geht. Damit ist natürlich auch die Bayerische Staatsbauverwaltung der mit Abstand größte Auftraggeber, auch für die Baufirmen in Bayern.

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich betonen, die Statistiken belegen, dass die allermeisten dieser Aufträge

tatsächlich in Bayern bleiben und bei bayerischen Bauunternehmen, Planern, Architekten und bei den Firmen, die konkrete Bauaufträge ausführen, etwa bei bayerischen Handwerksfirmen, ankommen. Das ist insgesamt ein wirklich stattliches Volumen, das gerade in diesem Jahr 2009 wichtig ist und sehr hilft, in Bayern in dieser Branche Arbeitsplätze zu sichern.

Was die weitere Schwerpunktsetzung angeht, stehen die Akzente, die die Bundesregierung gesetzt hat, und deren Umsetzung in Bayern in vollem Einklang. Der Schwerpunkt der Investitionen liegt zum einen auf der Bildung, auf der Infrastruktur von Schulen und Hochschulen. Es geht zweitens darum, dass wir energetisch sanieren und damit etwas für den Klimaschutz tun und langfristig natürlich Energie einsparen. Das heißt, das, was dort jetzt in die energetische Sanierung investiert wird, wird sowohl bei den staatlichen als auch bei den kommunalen Gebäuden dazu führen, dass langfristig bei der Energie Kosten eingespart werden.

Drittens gilt es, die Verkehrsinfrastruktur auszubauen. Der Ausbau von Autobahnen und Straßen ist von den bundesunmittelbaren Ausgaben her genauso vorgesehen, wie wir ihn planen. Das ist wichtig und hilft gerade in Bayern, in der künftigen Infrastruktur entscheidend voranzukommen, auch im Hinblick auf die Wirtschaft und auf die Ansiedlung von Arbeitsplätzen, auf die wir in den nächsten Jahren wieder setzen, wenn die Krise überwunden sein wird. Im vergangenen Jahr haben wir mit 218 Millionen Euro einen Rekordwert in den Staatsstraßenbau investiert. In der bayerischen Geschichte wurde noch nie zuvor so viel Geld in den Staatsstraßenbau investiert. Dafür war es höchste Zeit, nachdem wir beim Staatsstraßenbau einige magere Jahre hinter uns hatten. Da musste einiges nachgeholt werden.

Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen ausdrücklich dafür, dass wir es mit der Erhöhung der Haushaltsmittel von noch einmal 16,5 Millionen Euro und mit den aus dem Konjunkturpaket vorgesehenen Mitteln - wenn auch nur knapp - geschafft haben, den Rekordwert vom vergangenen Jahr auf 219 Millionen Euro anzuheben und noch einmal zu toppen. Das ist wichtig. Denn jeder von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, kennt Projekte. Fast jeder von Ihnen hat in seinem Landkreis, in seiner Stadt oder unmittelbar daneben ein Projekt, etwa den Ausbau der Staatsstraße, den Bau einer neuen Ortsumgehung und dergleichen mehr, also eine Maßnahme, auf die schon seit Jahren gewartet wird. Wir haben damit eine verlässliche finanzielle Grundlage, um in diesem Jahr zügig weiterzubauen. Wir werden hier in die Infrastruktur unseres Landes investieren. Ich will ausdrücklich sagen, diese Erhöhung der Mittel erlaubt es mir auch, entsprechend dem Wunsch vieler Kolleginnen und Kollegen auch beim Radwegbau einen besonderen Akzent zu setzen. Wir

werden in diesem Jahr allein 15 Millionen Euro in den Bau von neuen Radwegen investieren. Auch das ist ein neuer, wichtiger Akzent in unserer Baupolitik;

(Beifall bei der CSU)

denn Radfahren ist in. Das ist ein gesundes und umweltfreundliches Verkehrsmittel. Deshalb ist es richtig, auch dafür einen angemessenen Teil der Mittel zu verwenden.

Lassen Sie mich abschließend ein herzliches Dankeschön sagen. Wir können die bereitgestellten Mittel nur schnellstmöglich investieren und unseren hohen Standard an Sicherheit und Lebensqualität nur halten, weil unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit großem persönlichen Engagement weit mehr als ihre Pflicht tun und im Übrigen tausende Helferinnen und Helfer größtenteils ehrenamtlich Dienst an ihren Mitmenschen leisten.

Ich denke, dass dies auch bei der Behandlung der Einzelpläne im Haushaltsausschuss schon mit anerkennenden Worten von vielen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss honoriert worden ist. Ich möchte mich dem ausdrücklich anschließen.

Ich danke den 38.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Polizei. Ich danke den rund 470.000 überwiegend ehrenamtlich tätigen Einsatzkräften bei Feuerwehren, bei Rettungsdiensten, Zivil- und Katastrophenschutz. Ich danke unseren rund 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der staatlichen Inneren Verwaltung und den weiteren rund 190.000 Bediensteten unserer Kommunen in Bayern. Ich danke den rund 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatsbauverwaltung einschließlich der fast 3.800 Beschäftigten des Straßenbetriebsdienstes. Alles zusammen, jeder an seinem und jede an ihrem Platz, tragen dazu bei, dass das mit dem Bauen so gut funktioniert, dass wir uns in Bayern sicher fühlen können, dass wir uns auf unsere Feuerwehren verlassen können und vieles andere mehr. All diese Menschen stellen sich in den Dienst für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie alle tragen dazu bei, dass wir, so meine ich, trotz der aktuell schwierigen Lage mit Zuversicht in die Zukunft schauen können.

Mein herzlicher Dank gilt auch dem Haushaltsausschuss für die intensiven Beratungen der Einzelpläne. Mein Dank gilt natürlich ganz besonders dem Vorsitzenden Georg Winter, auch der stellvertretenden Vorsitzenden Adelheid Rupp, den Berichterstattern Peter Winter, Josef Miller, Florian Ritter, Mannfred Pointner, Markus Reichhart, Thomas Mütze und den Kollegen Karsten Klein und Prof. Georg Barfuß. Wir haben insgesamt konstruktive Beratungen im Haushaltsausschuss gehabt. Die beiden Einzelpläne, wie sie nun

vorliegen, sind, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, eine gute, vernünftige und verlässliche Grundlage für eine solide Arbeit an den genannten Themen in diesem und im nächsten Jahr.

Ich bitte Sie herzlich um Zustimmung zu diesen beiden Haushaltsplänen für das Innenministerium. Herzlichen Dank für die guten Beratungen. Herzlichen Dank noch einmal den genannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mithelfen werden, diesen Haushalt zu einem Erfolg für die Menschen in Bayern werden zu lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Zuruf von der CSU: Bravo!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Kollege Schneider, Unterfranken.

Harald Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Staatsminister, Sie haben ein Hohes Lied auf die innere Sicherheit in Bayern gesungen. Dabei denken viele Bürger und Polizeibeamte noch mit Wehmut an die Zeiten zurück, in denen die innere Sicherheit in der Prioritätenliste der Staatsregierung ziemlich weit oben stand. "Ach wäre doch der Beckstein noch da" ist immer öfter aus Polizistenmund zu hören.

In der Tat hat die innere Sicherheit in Bayern ihren hohen Stellenwert eingebüßt. Dies macht auch der neue Doppelhaushalt deutlich. Darüber kann auch die Einstellung von zweimal 500 zusätzlichen Beamten und die Beschaffung von mehr Dienst-Pkws nicht hinwegtäuschen - noch dazu, wo diese Dienst-Pkws aus Mitteln des Konjunkturpaktes II der Bundesregierung beschafft werden.

(Zuruf von der CSU: Sie fahren aber trotzdem!)

- Richtig, sie fahren trotzdem. Da hast du recht. Wir hätten uns aber ein deutlicheres Signal gewünscht, eine deutliche Abkehr vom rigiden Sparkurs der inneren Sicherheit, der seit 2003 betrieben wird.

(Beifall bei der SPD - Staatsminister Joachim Herrmann: Ich denke, es war besser vor drei Jahren?)

Schade, Herr Innenminister, diese Chance wurde vertan. Dabei keimte kurz Hoffnung auf - ich gebe es zu -, als in großer Einmütigkeit im Kommunal- und Innenausschuss unsere beiden Anträge zur Personal- und Sachausstattung einstimmig verabschiedet wurden. Die Einmütigkeit hatte jedoch sehr schnell ein Ende, und die Enttäuschung war bei uns riesengroß, als die Regierungsmehrheit die beiden Anträge im Haushaltsausschuss gnadenlos durchfallen ließ. Dabei wurde gerade in der vorletzten Sitzung des Kommunal- und

Innenausschusses am 11. März in der Bereitschaftspolizei in Nürnberg wieder sehr deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Wir konnten uns von verschraubten und zugenagelten Fenstern überzeugen, die nicht mehr geöffnet werden dürfen, weil sonst die Fenster zusammen mit dem Rahmen herausfallen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja sauber!)

Mit der Gebäudesanierung bei der Polizei wird gerade mal die höchste Not gelindert.

(Eduard Nöth (CSU): Wir leben im Entwicklungsland!)

Wie groß der Spardruck ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht auch ein nettes Beispiel deutlich in Bezug auf Sicherung von DNA-Spuren. Diese hat in der letzten Woche für größere Schlagzeilen gesorgt.

(Zuruf von der CSU: Da ist wahrscheinlich der Minister schuld!)

- Hören Sie zu, Herr Kollege. Ein Wattestäbchen im Glasröhrchen zur Sicherung von DNA-Spuren kostet zwei Euro. Diese zwei Euro belasten den Haushalt jeder einzelnen Polizeidienststelle. Werden an einem Tatort 10 Wattestäbchen verbraucht, so sind dies 20 Euro, und pro Untersuchung eines Wattestäbchens kommen 29 Euro zusätzlich hinzu. Klar, dass der Dienststellenleiter, weil es ja sein Etat ist, schon darauf achtet, dass sorgfältig mit den vorhandenen Ressourcen umgegangen wird. Da denkt sich mancher Beamte auf dem Wege des voreilenden Gehorsams: In einem Drogeriemarkt bekomme ich für 1,99 Euro 500 Wattestäbchen. Gleich 500, nicht nur eines.

Noch ein Beispiel. Wir hatten in Bayern zu Ermittlungszwecken bei den früheren Polizeidirektionen die sogenannten RBAs. Die Abkürzung steht für Regionale Beweisauswertung. Dort werden Computerfestplatten und Handys ausgewertet, die bei Verdacht auf Straftaten sichergestellt wurden, wie zum Beispiel bei Wirtschaftsdelikten, beim Besitz von und Handel mit Kinderpornografie, Rechts- und Linksextremismus im Internet, islamistischer Terrorismus usw. Dies sind Deliktsfelder, liebe Kolleginnen und Kollegen, die eine erhebliche Zunahme erfahren, wie Innenminister Herrmann sicherlich bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik bald feststellen wird. Er wird sicherlich wie jedes Jahr auch die Feststellung treffen, dass Bayern sich von niemandem in der Bekämpfung der Kriminalität überbieten lässt.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Ja!)

Tatsache ist, Herr Innenminister, dass die Zahl der RBAs reduziert werden soll, und zwar schlicht aus dem Grund, weil diese Einheiten einen hohen Bedarf an Hardware- und Softwarekosten haben. Um mit den Straftätern Schritt halten zu können, müssen diese Dienststellen gut ausgestattet sein. Schon in der Vergangenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben hier die Beamten zum Teil die Software aus eigener Tasche finanziert, um ordentlich ermitteln und Straftaten aufklären zu können. Das geht zu weit. Das Sparen darf nicht zulasten der polizeilichen Ermittlungsarbeit gehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Personalausstattung. Zum 01.03.2009 hat die bayerische Polizei 29.795 Planstellen, die besetzt sind. Dies erscheint zunächst viel und für manche Straftäter viel zu viel. Doch dieser Eindruck täuscht. Seit letztem Jahr steigen die Personalabgänge durch Ruhestandsversetzungen kontinuierlich an. Dies setzt sich bis zum Jahr 2020 fort und findet bereits im Jahr 2014 mit über 1.400 Ruhestandsversetzungen einen Höhepunkt. Herr Staatsminister, Sie haben betont, dass in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich 1.000 Ausbildungsstellen geschaffen werden. Dies ist auch richtig und lobenswert. Das erkenne ich an, Herr Minister. Aber diese Kollegen stehen dem polizeilichen Einzeldienst erst ab den Jahren 2012 und 2013 zur Verfügung.

(Christa Naaß (SPD): So ist das immer!)

Dies ist zu spät.

(Beifall bei der SPD)

Bayerns Polizei schrumpft in den nächsten beiden Jahren um rund 500 Beamte, trotz der Tatsache, dass in Bayern in den letzten 20 Jahren 1,2 Millionen Bürger hinzugekommen und die Belastungen ständig gestiegen sind. Ich wiederhole mich: Die Polizei fahndet im Netz nach Rechtsextremisten. Sie sucht im Internet nach Kinderpornographie, nimmt DNA-Proben, bekämpft islamistischen Terrorismus und schreitet gegen Fußballhooligans ein. Das sind Deliktsformen, die es vor 20 Jahren noch nicht gab. Aber Diebstahl, Betrug und Mord sind leider immer noch nicht aus der Mode gekommen.

Ich lasse auch nicht den Hinweis gelten, Bayern sei nach wie vor Spitzenreiter im Bereich der inneren Sicherheit. Es kommt darauf an, wie dieser Spitzenplatz erkaufte wird. Bis zu 15 Wochenenden am Stück sind die Beamten der Bereitschaftspolizei im Dienst, weil sie bei Fußballspielen, Sicherheitskonferenz, Castortransport,

G 8-Gipfel und jetzt diese Woche beim Nato-Gipfel mit über 1.000 Beamten in Baden-Württemberg Dienst verrichten müssen.

Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und ich haben gestern wieder drei Polizeidienststellen besucht. Die Lage ist zum Teil dramatisch. Zur Nachtzeit sind viele kleine Dienststellen nur noch mit zwei oder drei Mann besetzt. Vor der Dienststelle steht eine Notrufsäule, weil die Dienststelle manchmal geschlossen ist. Ein Schichtbetrieb kann kaum mehr aufrechterhalten werden. Auch die Heimatdienststelle von Herrn Staatssekretär Dr. Bernd Weiß ist davon betroffen. Er kann ein Lied davon singen. Von 35 Leuten der Polizeiinspektion Mellrichstadt gehen dieses Jahr sieben in den Ruhestand und können nicht ersetzt werden.

Wut und Frust sind bei vielen Polizeibeamten schon gar nicht mehr vorhanden. Sie haben einfach resigniert. Die Einführung der 42-Stunden-Woche und die damit verbundenen Stelleneinsparungen haben ihr Übriges getan und Narben hinterlassen. Ich male nicht schwarz. Mir liegt es auch fern, die Staatsregierung an den Pranger zu stellen oder vorzuführen. Ich zähle nur Fakten auf, die wir alle gemeinsam ändern müssen.

Eine große Chance wäre es gewesen, zumindest den Schichtdienst leistenden Beamten der Polizei mehr Anerkennung zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Sie bilden das Rückgrat der Polizei. Sie sind rund um die Uhr im Einsatz für die Bürger. Hier wäre eine Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten ein schönes Signal gewesen. Schade, auch diese Chance wurde vertan. Herr Innenminister, ich werde Sie an Ihr Versprechen erinnern, dass zum 01.01.2010 etwas passieren solle. Im Haushalt fehlen aber die Mittel.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was soll dann passieren?)

Ein kleines Trostpflaster - das gestehe ich gerne ein - sind die Stellenhebungen im gehobenen und höheren Dienst. Lag Bayern mit dem Anteil des höheren Dienstes in der Polizei bundesweit immer im letzten Drittel aller Bundesländer, so wird der Anteil im Doppelhaushalt zumindest auf zwei Prozent erhöht. Des Weiteren wird der Stellenanteil im Bereich A 12 und A 13 gehoben. Dies sorgt für eine gewisse Entspannung. Darin sind wir uns einig. Diese Hebungen müssen in erster Linie den Dienstgruppenleitern und qualifizierten Sachbearbeitern bei der Kripo zugutekommen. Sie sind die mittlere Führungsebene der bayerischen Polizei. Unverständlich ist für uns die Tatsache, dass die Stellenhebungen nur noch einmal jähr-

lich zum 01.09. vorgenommen werden und nicht mehr wie früher zum 01.03. des Jahres. Mit insgesamt 2803 Stellenhebungen können wir einigermaßen zufrieden sein.

Werfe ich einen Blick in den Sachhaushalt, treffen sich dort Not und Elend. Die wenigen Neubauten und Sanierungen von Polizeigebäuden lindern die Not nur an der Oberfläche. So werden von den Polizisten wieder auf eigene Kosten Farbeimer aus den Baumärkten geholt, Fenster abgedichtet und Wassereimer aufgestellt, wenn es regnet.

Was bekomme ich auf den Dienststellen zu hören? - Beckstein hat sich noch um uns gekümmert; er war auch nachts um 12 Uhr mal auf einer Dienststelle, hat geklingelt und mit uns geredet. Ich habe noch nicht gehört, dass Ministerpräsident Seehofer eine Polizeidienststelle besucht hätte. Er sollte dies nachholen. Ein solcher Besuch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist mindestens so wichtig wie der Besuch an den Stammtischen des Freistaates.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Winter.

(Peter Winter (CSU): Auch Unterfranken!)

- Aus Unterfranken

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schneider, ich fühle mich teilweise in das innere Afrika versetzt.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Die sind auch schwarz!)

Sie beklagen einerseits die Situation von vor drei Jahren und beklagen jetzt die Situation, die mit einem Haushalt entsteht, der seinesgleichen sucht und der die innere Sicherheit auf dem Stand hält, wie das die Bürger in Bayern gewohnt sind.

Ich darf trotz allem an unsere Schichtdienstleistenden erinnern, die mit zusätzlichen freien Tagen den Dienst angerechnet bekommen. Ich denke auch, dass die 2800 Stellenanhebungen zeigen, wie wichtig uns die Polizei ist.

Nun zum Haushalt. Der Haushaltsausschussvorsitzende Georg Winter hat in der letzten Woche in einem Interview mit der "Staatszeitung" den Doppelhaushalt kommentiert und gesagt: "Wir investieren dieses Mal gleichermaßen in Beton und Köpfe." Dies gilt pointiert auch für den Einzelplan 03 A, den Haushalt der Allge-

meinen inneren Verwaltung. Ich kann hinzufügen: Zu den Köpfen und dem Beton kommt viel Blech in Form von Pkw und Hubschraubern für unsere Polizei.

Der Haushaltsansatz erreicht im Jahr 2009 ein Volumen von rund 3,4 Milliarden Euro und im Jahr 2010 von rund 3,5 Milliarden Euro. Die Ansätze steigen im Jahr 2009 um rund 219 Millionen Euro - das sind 6,9 % mehr als 2008 - und 2010 um weitere 55 Millionen Euro, also noch einmal um 1,6 %. Der Einzelplan 03 A ist vor allem ein Personalhaushalt; denn 83 % der Gesamtausgaben sind Personalausgaben, 14 % sind Sachausgaben und 3 % sind Bauausgaben. Die Investitionsquote liegt bei rund 8 %. Auf unsere Polizei entfallen rund 78 % dieser Ausgaben. Mit den verbleibenden 22 % werden die Leistungen für den Brand- und Katastrophenschutz, das Rettungswesen und für die amtliche Statistik finanziert. Zu decken ist damit auch der Ausgabenbedarf des Verfassungsschutzes, der Regierungen und Landratsämter sowie der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit der Landesadvokatur Bayern. Im Stellenplan stehen für die Ausgaben der Allgemeinen inneren Verwaltung über 49.000 Stellen zur Verfügung. Rund 38.000 Stellen hiervon sind für die Polizei bestimmt. Neu geschaffen werden im Doppelhaushalt 2009/2010 1.049 Stellen, davon - wir hörten es - rund 1.000 für unsere Polizei. Vorgesehen sind außerdem über 3.500 Beförderungsmöglichkeiten, davon alleine 2.800 bei der Polizei.

In der Summe erhöhen sich die Personalausgaben insbesondere aufgrund zwangsläufiger Mehrausgaben wie Tarifsteigerungen sowie höhere Beihilfe- und Versorgungsausgaben und wegen der vorgenannten Veränderungen um 114,6 Millionen Euro im Jahr 2009 und um weitere 87,4 Millionen Euro im Jahr 2010 auf dann rund 2,9 Milliarden Euro.

Auch der Einzelplan 03 A partizipiert am Konjunkturpaket II des Bundes nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz. Auch das haben wir gehört. Die Maßnahmen haben ein Volumen von 36,4 Millionen Euro in 2009 und 9,5 Millionen Euro in 2010. Davon entfallen 27,6 Millionen Euro bzw. 8 Millionen Euro auf Bundesmittel.

Im Einzelnen sind veranschlagt 31,1 Millionen Euro in 2009 für die Modernisierung der Kfz-Ausstattung, davon 30 Millionen Euro für die Landes- und Bereitschaftspolizei; 4 Millionen Euro in 2009 und 6 Millionen in 2010, zusammen also 10 Millionen Euro für die Sanierung von Gebäuden der Landes- und Bereitschaftspolizei; 1,25 Millionen Euro pro Jahr für die Sanierung der Kommunikationsinfrastruktur in U-Bahnen und Straßentunneln für den Digitalfunk, wobei in 2011 noch einmal 1,25 Millionen Euro dazu kommen werden; 2,25 Millionen Euro in 2010 sind für die energetische

Sanierung des Bildungszentrums Holzhausen der Bayerischen Verwaltungsschule vorgesehen.

Für den laufenden Betrieb und für Sachinvestitionen der Polizei stehen 2009 einschließlich der Mittel aus dem Konjunkturpaket II rund 305 Millionen Euro zur Verfügung, also rund 62 Millionen Euro mehr als 2008. Im Jahr 2010 sind es rund 278 Millionen Euro und damit 36 Millionen Euro mehr als 2008. Der Finanzminister hat außerdem einmalig 5 Millionen Euro durch eine zusätzliche Sperrefreistellung bereitgestellt.

Mit den zusätzlichen Mitteln können acht neue Polizeihubschrauber angeschafft, die Sachausstattung der 1.000 neuen Polizeistellen finanziert werden, die technische Ausstattung unter anderem für die Verkehrsüberwachung und die LuK modernisiert sowie die Betriebsausgaben zum Ausgleich der Preissteigerungen gestärkt werden. Außerdem werden 1.150 neue Fahrzeuge beschafft, davon 700 Fahrzeuge mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II.

Für den Aufbau und Betrieb des Digitalfunks sind nach dem Beschlussvorschlag des Haushaltsausschusses 65 Millionen Euro in 2009 und 75 Millionen Euro in 2010 eingeplant, zusammen also 140 Millionen Euro.

Ein weiterer Schwerpunkt im Einzelplan 03 A ist die Modernisierung der Verwaltung. Unter anderem sind für eGovernment-Projekte rund 11 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt. Hiermit soll mittelfristig der elektronische Zugang für Bürger und Wirtschaft zur Verwaltung erleichtert und die Weiterverarbeitung der Daten innerhalb der Verwaltung effizienter werden. Für das Behördennetz in der gesamten Staatsverwaltung werden insgesamt 5 bzw. 4 Millionen Euro in 2009/10 vorgesehen. Im Rechenzentrum Süd soll neben dem Rechenzentrum Nord im Geschäftsbereich des Finanzministeriums die staatliche LuK-Infrastruktur konzentriert werden. Für den Betrieb und die laufende Migration von IT-Betriebszentren aus mehreren Ressorts sowie zur Verbesserung der Hochsicherheit, Hochverfügbarkeit und Ausfallsicherheit werden 28,7 Millionen Euro in 2009 bzw. 22,1 Millionen Euro in 2010 veranschlagt.

Für die Durchführung der Wahlen stehen 20 Millionen Euro im Jahre 2009 zur Verfügung.

Zur Vorbereitung des registergestützten Zensus im Jahr 2011 werden 6,8 Millionen Euro in 2009 und 9,8 Millionen Euro in 2010 bereitgestellt. Das zweckgebundene Feuerschutzsteueraufkommen, das zu 100 % für den Brandschutz mit Feuerweherschulen verwendet wird, ist rückläufig. Für 2009 und 2010 werden 57,5 Millionen Euro erwartet. 2008 waren noch 61 Millionen Euro veranschlagt. Für die Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen der Feuerwehren und

von Gerätehäusern stehen hiervon 2009 rund 44 Millionen Euro und 2010 rund 42 Millionen Euro zur Verfügung. Damit bleibt eine effektive Förderung des Brandschutzes gewährleistet. Wobei ich anrege, nach Abbau des Förderbauches beim Neubau von Feuerwehrehäusern über neue Förderstrukturen nachzudenken. Ich denke hier an die Erweiterungen für Umkleideräume; Gott sei Dank kommen viele Frauen in die Freiwilligen Feuerwehren, die aber auch Umkleidemöglichkeiten brauchen. Auch die Lagermöglichkeiten in den Feuerwehrehäusern sollen verbessert werden. Deshalb sollte man bei der Pauschalierung nicht nur an die Stellplätze denken, sondern auch an solche Maßnahmen.

Im Vollzug des Rettungsdienstgesetzes wird der Ansatz für Anschaffungen im Rettungsdienst unter anderem für die Berg-, Höhlen- und Wasserrettung und für die Rettungsleitstellen unverändert mit 5,2 Millionen Euro fortgeführt.

Für die Errichtung integrierter Leitstellen sind rund 2,3 Millionen Euro für 2009 und 3,9 Millionen Euro für 2010 sowie eine Verpflichtungsermächtigung im Jahre 2009 von rund 19,9 Millionen Euro vorgesehen.

Dem Katastrophenschutzfonds werden 2009/10 jeweils 3,5 Millionen Euro aus dem Staatshaushalt zugeführt. Für Baumaßnahmen und für den Bauunterhalt der Dienstgebäude werden einschließlich der Mittel aus dem Konjunkturpaket II 79 Millionen Euro in 2009 bzw. 89 Millionen Euro in 2010 und damit rund 18 bzw. 28 Millionen Euro mehr als 2008 aufgewendet.

Trotz der aktuellen finanzwirtschaftlichen Herausforderungen ist es uns gelungen, im Einzelplan 03 A Schwerpunkte zu bilden. Der vorliegende Einzelplan 03 A bietet damit ein solides Fundament für einen ordentlichen Aufgabenvollzug in den Jahren 2009 und 2010. An der einen oder anderen Stelle wäre durchaus noch eine bessere Finanzausstattung wünschenswert. So konnten wir mit dem Änderungsantrag 16/704 der Koalitionsfraktionen Digitalfunkmittel für das Haushaltsjahr 2009 in Höhe von 10 Millionen Euro zusätzlich für den Staatsstraßenausbau umschichten.

Den Änderungsanträgen der Oppositionsfraktionen, die allesamt ohne Deckungsvorschläge eingebracht wurden, konnten wir nicht zustimmen. Diesen wurde teilweise im Haushaltsentwurf 2009/2010 im Rahmen des Machbaren Rechnung getragen bzw. hätten diese zu unkalkulierbaren Kostenbelastungen für die Zukunft geführt.

Für uns sind die Zukunftsfelder Kinder, Bildung, Arbeitsplätze und Klima bei der Verteilung der Finanzmasse ebenfalls angemessen zu berücksichtigen. Im Ergebnis ist der Einzelplan 03 A ein Haushalt der Ba-

lance zwischen dem Notwendigen und Machbaren, ohne zusätzliche Verschuldung mit guten Perspektiven für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hanisch für die Freien Wähler.

Joachim Hanisch (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 03 A ist im Wesentlichen von Personalausgaben geprägt, und er ist immerhin der drittgrößte Einzelplan im Gesamthaushalt. Rund 80 % entfallen auf Personalausgaben. Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist vom Sparen geprägt, und da frage ich mich schon, was in zwei Jahren passiert. Was passiert beim nächsten Doppelhaushalt mit der Polizei, wenn schon heute nur relativ wenig bewegt werden kann?

Ich bin da ein wenig anderer Auffassung als mein Vordränger. Ich habe etwas süffisant gelächelt, als es ihm darum ging, die Kosten für die Verkehrsüberwachung - es sind immerhin rentierliche Kosten, weil man davon ausgehen kann, dass sie wieder hereinkommen - zu beschreiben. Ich glaube, der Boom der Steuereinnahmen ist vorbei und wir werden in den Jahren 2011/2012 auch mit den Zinsen für die 10 Milliarden der Landesbank zu kämpfen haben. Insofern sind die Prognosen nicht allzu günstig.

Lassen Sie mich aber nun den 80 % Personalausgaben ein Wort widmen, um die es bei diesem Einzelplan geht. Es sind die Personalkosten für die Polizei. Es wurden 1.000 neue Stellen in diesem Doppelhaushalt geschaffen, das heißt zweimal 500 Stellen in den Jahren 2009/2010.

Wenn Sie sich die vergangenen Jahre ansehen, werden Sie schnell feststellen, dass in den vergangenen Jahren mehr Leute aus der Polizei ausgeschieden sind, pensioniert worden sind oder dienstunfähig wurden, als jetzt neue Kräfte eingestellt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Da war dringender Handlungsbedarf gegeben. Man darf nicht die Illusion verbreiten, als ob es darum gehen würde, zusätzliches Personal zu schaffen. Dem war nicht so, dem ist nicht so, und - da wir jetzt zwei Jahre damit leben müssen - dem wird auch nicht so sein.

Ich war etwas schockiert wegen der Anzahl der Anträge, die hier so mir nichts, dir nichts abgelehnt wurden.

Das sind Anträge, über die sich die Oppositionsfraktionen Gedanken gemacht haben. Sie haben sich vor Ort erkundigt und versucht, die Probleme und Sorgen der Betroffenen wiederzugeben. Diese Anträge wurden hier so mir nichts, dir nichts einfach abgelehnt.

(Christine Stahl (GRÜNE): Das ist immer so!)

Das kann so nicht in Ordnung sein.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Josef Miller (CSU): Warum haben Sie das nicht in Ihrer Gemeinde gemacht?)

- Ich hatte in meiner Gemeinde nie eine Mehrheit, Herr Kollege.

Meine Damen und Herren, ich war schockiert wegen der abgelehnten Anträge. Ich bin schockiert wegen so mancher Konzeptlosigkeit und mangelnder Planungssicherheit sowohl bei den Sach- als auch bei den Personalausgaben. Diesbezüglich gestellte Anträge wurden entweder relativ schwach bearbeitet - wie der Antrag der Kollegin Wild - oder überhaupt nicht. Meine Damen und Herren, da fehlt die Basis für Ihre Arbeit; da fehlt die Weitsicht, mit der man Personal einzustellen hat oder Sachausstattung erwerben muss.

Dazu einige Details: Die Polizei ist vor allem im ländlichen Raum total überaltert. Die Folge davon sind Nachtdienstbefreiungen, und wiederum die Folge davon ist, dass im ländlichen Raum nachts relativ wenige Polizeibeamte unterwegs sind. Meine Damen und Herren, ich wollte versuchen, dieses Problem mit einer Zulagenerhöhung aus der Welt zu schaffen. Ich habe mich sofort an den SPD-Antrag angehängt; die SPD hatte auch nichts dagegen. Der Innenausschuss hat dem einstimmig zugestimmt. Wir waren der Auffassung, etwas Großes geleistet zu haben, ich zumindest. Meine Damen und Herren, selbst da war Fehlanzeige. Es gab zwar einen einstimmigen Beschluss von allen Fraktionen, aber manche von denen, die mitgestimmt haben, mussten wohl hinterher erfahren, dass sie nicht hätten mitstimmen dürfen. Deshalb wurde das in den nächsten Sitzungen wieder runtergebügelt. Vielleicht wird es zu einer Goodwill-Aktion zum Jahr 2010 kommen.

Meine Damen und Herren, ich halte das nicht für eine saubere Lösung, und der Innenausschuss hat das auch nicht verdient.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Seit Jahren scheiden mehr Polizisten aus dem Einsatzdienst aus, als neue, vor allem junge Polizisten dazukommen. Die 1.000 Leute, die eingestellt werden, müssen erst einmal drei Jahre ausgebildet werden. Sie

stehen also drei Jahre lang für den Einsatz nicht zur Verfügung. Das Problem kann also nicht durch die 1.000 Leute gelöst werden, sondern wird eher größer. Ich gebe zu, dass wir nicht einfach 1.000 Polizisten in den Straßen auflesen können, weil es sie dort nicht gibt. Dieses Problem muss man aber rechtzeitig erkennen; man muss rechtzeitig planen und rechtzeitig handeln, und dann hat man das im Griff.

Meine Damen und Herren, Dienst zu ungünstigen Zeiten und eine Arbeitszeit von 42 Stunden sind schon eine Belastung für die Polizei. Eine Lösung müsste doch relativ leicht sein. Kollegin Wild hat einen Antrag gestellt, mit dessen Hilfe sie etwas über die Anzahl der Beamten und ihr Alter erfahren wollte. Ich habe mir die Aufstellung auch angeschaut: Mit der kann man überhaupt nicht arbeiten. Es muss doch möglich sein, die vorhandenen Beamten aufzulisten und ihre Altersstruktur darzustellen. Man muss doch ungefähr sagen können, wie viele dieser Polizisten in den nächsten Jahren ausscheiden werden, und dann weiß man genau, wie groß der Bedarf ist.

Mit meinem Antrag im Innenausschuss wollte ich Näheres über die Sachausstattung der Polizei erfahren. Wir wollen wissen, was anfällt, was vorhanden ist, in welchem Zustand die Gebäude sind, wo eine Sanierung erfolgt ist, wo Neubauten bestehen und was in den nächsten Jahren geschehen muss. Das wäre doch eine relativ simple Aufstellung. Aufgrund dieser Aufstellung könnte man relativ klar sehen, welche Kosten in den nächsten Jahren auf den Staat zukommen. Dann hätte man eine Lösung dieses Problems. Man müsste dann nicht jedes Mal die Gebäude ansehen, um Entscheidungen über eine Sanierung treffen zu können.

Die Polizei hat in den letzten Jahren viele zusätzliche Aufgaben übernommen und hat sie ohne mehr Personal offensichtlich hervorragend bewältigt. Herr Innenminister, Sie haben gesagt, unsere Polizei ist Spitze, sie steht an erster Stelle. Wenn man eine so tolle, hervorragend qualifizierte und gute Polizei hat - dann gibt es zwei Möglichkeiten, eine ist die zynische, aber kommen wir zuerst zur realistischen -, dann wäre es doch sinnvoll, diese Polizei mit bester Ausstattung,

(Staatsminister Joachim Herrmann: Richtig!)

bestem Material, besten Unterkünften und guter Bezahlung inklusive Nachtschichtzulage zu versorgen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD -
Staatsminister Joachim Herrmann: Sagen Sie mir einen Polizeibeamten, der in Deutschland besser bezahlt wird!)

- Herr Staatsminister, das ist doch unter der Gürtellinie. Wenn man damit argumentiert, dass die auch in dem

miserablen Zustand so gut sind, dann bräuchte man eigentlich gar nichts zu investieren. So sollte man das aber bitte nicht sehen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Meine Damen und Herren, unsere Polizei ist wirklich gut. Sie hat selbst die zuletzt noch durchgezogene Strukturänderung, die von vielen kritisiert wird, mitgetragen, obwohl sie von vielen als nicht besonders gut betrachtet wird. Meine Damen und Herren, unsere Polizei hat eine bessere Bezahlung, mehr Personal, bessere Unterkünfte und eine optimale Sachausstattung verdient.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wie aber sieht es in der Praxis aus? - Wir waren in Nürnberg und haben uns das angeschaut. Als Erstes sind uns einige Fahrzeuge aufgefallen, die größer waren als die größte Garage, die dort zur Verfügung steht. Diese Fahrzeuge passen also in keine Garage rein, sondern müssen im Freien stehen. Sondereinsatzkräfte tun rund um die Uhr Dienst, und das mitunter bei strengster körperlicher Belastung. Wir haben uns angeschaut, was die alles anziehen müssen. Sie tragen mehrere Kilogramm auf dem Körper. Sie müssen sich zu dritt oder viert in Zimmern ohne Schallschutz und ohne Wärmedämmung aufhalten. Die EDV in den Büros ist veraltet. Bei der energetischen Sanierung ist in vielen Bereichen Fehlanzeige.

Der Antrag der Freien Wähler auf energetische Sanierung von Polizeigebäuden wurde abgelehnt. Es gibt einen Beförderungsstau von A 12 nach A 13. Heute wurde irgendwann einmal von Gerechtigkeit gesprochen. Wenn auf der einen Seite optimale Leistung erbracht und auf der anderen Seite solche Fakten festzustellen sind, frage ich mich schon, ob da Gerechtigkeit im Spiel war. Das wage ich zu bezweifeln.

In den letzten 20 Jahren ist das Personal der Polizei weder vergrößert noch verkleinert worden. Die Bevölkerung hat aber um 1,5 Millionen Menschen zugenommen. Wir hatten eine Grenzöffnung; es gibt DNA-Untersuchungen, Transitverkehr und EDV mit Killerspielen; das haben wir alles schon gehört. Mehr Personal gab es aber nicht. Womit aber müssen wir uns beschäftigen? - Da unterhalten wir uns über die Mindestkörpergröße von Polizisten, die ohnehin auf ihre Gesundheit untersucht werden. Das muss man doch dem Amtsarzt - oder wer immer diese Untersuchungen führt - überlassen können.

Der Finanzausgleich wurde angesprochen. Selbstverständlich lässt sich am Finanzausgleich bei diesem Haushalt nicht allzu viel kritisieren, weil er relativ gut ist und die kommunalen Spitzenverbände einigermaßen

einmütig mitgestimmt haben. Trotzdem sind wir der Auffassung, dass im ländlichen Raum noch viel zu verbessern wäre. Selbst die Frage von DSL ist aufgrund der in dieser Woche getroffenen Regelung noch nicht endgültig geklärt. Die Kfz-Steuer - auch unser Antrag dazu wurde abgelehnt - gehört schon längst erhöht. Sie haben den Anteil der Kommunen jetzt auf 51 % erhöht. Der war schon einmal weitaus höher. Wir fordern eine Erhöhung auf 65 %. Der Landkreistag fordert das Gleiche. Mit den kommunalen Spitzenverbänden war also nicht in allen Bereichen eine große Übereinstimmung zu erzielen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz auf den Digitalfunk zu sprechen kommen. Natürlich ist das eine schöne Sache. Der Digitalfunk soll bis zum Jahr 2021 mit Kosten von knapp unter einer Milliarde Euro eingeführt werden.

Ich weiß nicht, ob es dem Freistaat Bayern mit dem Digitalfunk nicht so geht wie vielen Landkreisen: Bis alle mit dem Digitalfunk versorgt sind, ist der Digitalfunk wahrscheinlich schon wieder veraltet. Bis zum Jahr 2021 ist ein unvorstellbar langer Zeitraum.

Was passiert mit den Feuerwehren draußen - das ist die Frage, die ich mir als nächste stelle. Sollen die Kommunen die Kosten für den Digitalfunk tragen, den sie nicht wollen und nicht brauchen? Die Landkreise sind nämlich erst seit ein paar Jahren flächendeckend mit dem normalen Funk ausgestattet. Sollen die Kommunen jetzt alle auf Digitalfunk umstellen, nur damit die Feuerwehr am Unfallort mit der Polizei kommunizieren kann? Sollen die Kommunen die Kosten dafür tragen? Das kann es wohl nicht sein. Dann wenden Sie bitte das Konnexitätsprinzip an; dann können Sie unsere Kommunen mit dem Digitalfunk ausstatten. Dann ist es in Ordnung.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich darf mich bei dieser Gelegenheit - der Herr Innenminister hat das ebenfalls getan - bei all den Ehrenamtlichen, die in unseren Rettungszweckverbänden, bei den Feuerwehren, bei der Erste-Hilfe-Leistung vor Ort unentgeltlich Dienst tun, recht herzlich bedanken. Andernfalls wären diese Dienste für den Staat überhaupt nicht bezahlbar. Diese Leute opfern ihre Freizeit für den Nächsten, für die Allgemeinheit; ihnen möchte ich im Namen unserer Fraktion ganz besonders danken.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Meine Damen und Herren, was wollen wir mit diesen Einzelplänen 03 A und 03 B? - Wir wollen letztlich das Beste für den Bürger; ich hoffe, dass wir das alle wollen.

Wir wollen das Beste für Bayern, wir wollen den Erfolg. Dabei ist Erfolg - das habe ich vorhin schon einmal aufzuzeigen versucht - nicht nur das Ergebnis guter Entscheidungen, schon gar nicht, wenn einzelne Fraktionen glauben, ihre Entscheidungen wären immer die besten und nur die Regierungsfaktionen könnten das, während alle anderen runtergebügelt werden müssen. In einem schlaun Lexikon können Sie nachlesen, dass Erfolg auf gemeinschaftlichem Handeln und gegenseitiger Unterstützung basiert. Dazu gehören auch die Anträge der anderen. Wenn einmal einer gut ist, sollte man ihm zustimmen, und wenn ihm schon einmal zugestimmt worden ist, könnte man ihn vielleicht auch durchlaufen lassen. Das wäre doch gar nicht so schlimm, meine Damen und Herren. Erfolg ist wichtig, auch für die Politik. Aber man darf Erfolg nicht um jeden Preis und nicht mit jedem Mittel anstreben. Das darf ich insbesondere an den Fraktionsvorsitzenden der CSU weitergeben, denn die Mittel waren schon ein bisschen weit unter der Gürtellinie.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich komme zum Einzelplan 03 B und zu den Staatsstraßen. Der Antrag der Freien Wähler auf Aufstockung der Mittel wurde im Prinzip abgelehnt. Aber dadurch, dass 110 Millionen aus dem Konjunkturprogramm hier hineingeflossen sind, haben wir zum einen Mittel in etwa der gleichen Höhe wie im Vorjahr, sogar geringfügig mehr, für den Staatsstraßenbau, und zum anderen ist unserem Antrag somit in etwa Rechnung getragen worden. Insofern glaube ich, dass wir den Straßen draußen einen Gefallen tun. Unsere Staatsstraßen brauchen das auch; davon kann man sich draußen überzeugen. Insofern war es wichtig, dass die Mittel in dieser Höhe, in diesem Haushalt wieder zur Verfügung gestellt wurden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, ich bitte um Entschuldigung. Könnten Sie einmal auf die Redezeit schauen?

Joachim Hanisch (FW): Ich bin beim letzten Satz. - Trotz alledem und insbesondere wegen der Missstände bei der Polizei werden wir dem Einzelplan 03 nicht zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Dass Sie so schnell zum Ende kommen würden, konnte ich denn doch nicht voraussehen. - Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kollegin Kamm von den GRÜNEN auf. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der uns hier vorliegende Haushaltsentwurf wird weder im Bereich

Inneres noch im Bereich Staatsbauverwaltung den zukünftigen Problemen gerecht. Erhebliche Probleme im Bereich der Sach- und Personalausstattung der Polizei verbleiben. Die Organisationsreform bei der Polizei hat die Probleme nicht gelöst. Die Versprechungen, Herr Kollege Herrmann, dass nach der Reform mehr Beamte vor Ort vorhanden seien als bisher, sind nicht eingelöst worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manchmal heißt es "nach der Reform ist vor der Reform", doch hier fehlt mehr. Denn es knirscht an allen Ecken und Enden; in vielen Bereichen fehlt es an Personal. Vor Ort in den Polizeidienststellen fehlt das Personal, Fachpersonal fehlt beispielsweise in den Bereichen Internet-Kriminalität oder organisierte Kriminalität; es fehlt an Personal für die gestiegenen Anforderungen und vermehrten Aufgaben der Polizei, beispielsweise bei Großveranstaltungen. Es fehlt auch an Personal für Vertretungen in Krankheitsfällen und bei Erziehungszeiten. Als wir das Problem im Innenausschuss angesprochen haben, haben wir lediglich die Antwort erhalten, man wisse nicht, wie viele Beamte Eltern würden. So kann man Personalplanung nicht betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele der Probleme sind durch die Polizeireform nicht gelöst worden. Es ist versäumt worden, vor der Reform die erforderlichen Grundlagen für eine sachgerechte Reform zu erarbeiten und die Aufgabenbedarfe und Arbeitsanforderungen zu ermitteln. Man hat den Eindruck, Organisationszuschnitte und Stellenzuteilungen sowie Personalzuteilungen folgen mehr politischen als fachlich begründeten Erwägungen. Ihr Stellenplan bedarf einer gründlichen Überarbeitung. Die Probleme mit dem Stellenstau - Herr Kollege Hanisch hat es soeben angesprochen - gerade im unteren und im mittleren Bereich sind ungelöst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Personalprobleme der Bayerischen Polizei wären geringer und nicht so schlimm, wenn die damalige Mehrheit im Bayerischen Landtag in der letzten Legislaturperiode, die CSU-Fraktion, unseren Anträgen auf eine kontinuierliche und bessere Personalpolitik zugestimmt hätte und jährlich 150 bis 200 Polizeianwärter mehr eingestellt hätte. Eine solche Verstetigung der Einstellungspolitik hätte verhindert, dass erst die Ausbildungsrichtungen drastisch heruntergefahren worden sind und jetzt wieder auf die Schnelle angehoben werden mussten. Sie hätte zudem gewährleistet, dass die Zahl der Stellen bei der Polizei nicht sinkt. Dann hätte die Einstellung der zweimal 500 Beamten, die Sie hier fordern, tatsächlich dazu geführt, dass mehr Beamte vor Ort sind; jetzt erreichen

Sie lediglich, dass das Loch in drei, vier Jahren wieder etwas aufgefüllt wird.

Es ist dringend erforderlich, nicht nur jetzt die zweimal 500 Beamten einzustellen, sondern die Einstellungspolitik insgesamt zu verstetigen.

Herr Fischer, da nicken Sie zwar, aber mir ist unverständlich, dass die Anträge, die wir dazu gestellt haben, von Ihnen abgelehnt wurden.

Beim Thema Nachtzuschläge und Zuschlag für den Dienst zu ungünstigen Zeiten möchte ich mich den Ausführungen des Herrn Kollegen Hanisch anschließen. Der Nachtzuschlag in Höhe von 1,28 Euro pro Stunde ist einfach nicht mehr nachvollziehbar. Hier bedarf es einer Erhöhung. Herr Innenminister, ich finde es schon sehr schön, wenn Sie sagen, hier müsse mehr getan werden. Aber ich frage mich, warum unsere entsprechenden Anträge abgelehnt wurden. Unsere Anträge, die im Rahmen der Haushaltsberatungen dazu gestellt wurden, wurden abgelehnt; anschließend ziehen Sie durch die Lande und sagen, man müsse die Nachtzuschläge aufstocken.

Kommen wir zur Sachausstattung und zum Fuhrpark. Die Fuhrparkprobleme haben Sie ganz geschickt mithilfe des Konjunkturpaketes gelöst. 30 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket sollen für die Beschaffung von neuen Polizeifahrzeugen ausgegeben werden.

(Peter Winter (CSU): Ist das etwa schlecht?)

In diesem Zusammenhang sei bemerkt, dass Sie hier 7,5 Millionen im Haushaltsentwurf gekürzt haben, um den Eigenanteil von 25 % zu den 30 Millionen darzustellen. Auf diese Art und Weise erfüllen Sie das Zusätzlichkeitskriterium des Konjunkturpaketes keineswegs. Sinnvoller wäre es gewesen, nicht einfach Mittel aus dem Haushaltsentwurf zu nehmen, um den erforderlichen Eigenanteil zu gewährleisten, sondern wesentlich mehr im Bereich Gebäudesanierung zu tun.

In diesem Zusammenhang haben wir kein Verständnis dafür, dass im Haushaltsausschuss die Anträge abgelehnt worden sind, die darauf abzielen, konkrete Investitionspläne zur Abarbeitung des Investitionsstaus bei der baulichen und energetischen Sanierung der Polizeigebäude zu erarbeiten und diese im Ausschuss vorzustellen. Es kann nicht sein, dass Sie nur auf Ihr Sonderprogramm zur Finanzierung energetischer Sanierungen verweisen, für das Sie im Bereich Inneres gerade einmal 4,3 Millionen bzw. 8,9 Millionen Euro vorsehen und dann noch einmal 10 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket draufsatteln wollen. Das ist auf alle Fälle unzureichend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben beispielsweise bei den Polizeigebäuden im Jahr 2007 - als die Energiekosten noch nicht so hoch waren wie in den Jahren 2008 oder 2009 - schon über 7 Millionen Euro allein für die Wärmekosten ausgegeben. Vergleichen Sie einmal diese Wärmekosten mit Ihren Investitionskosten für die Energiesanierung. Da stimmen die Verhältnisse einfach nicht.

Im Juli 2009 muss an allen öffentlichen Gebäuden ein Energiepass ausgehängt werden. Ich habe einmal überschlagen, was diese 7 Millionen Euro, die Sie für Wärmekosten ausgeben, bedeuten. Das bedeutet, dass Sie beim Energiepass im Durchschnitt nicht im gelb-grünen Bereich, sondern eher im gelb-roten Bereich liegen. Wenn man berücksichtigt, dass Sie auch viele neue Gebäude haben, gibt es sicherlich ziemlich viele Gebäude, die im roten Bereich liegen. Am 1. Juli dieses Jahres müssen an allen öffentlichen Gebäuden die Energiepässe ausgehängt werden. Wir sind darauf sehr gespannt.

Herr Innenminister, Sie sollten nicht nur davon reden, dass Sie Handwerkern und Mittelständlern Aufträge beschaffen, sondern Sie sollten Fakten schaffen und tatsächlich investieren. Das wäre gut für die Senkung der Energiekosten. Das wäre gut für unser Klima. Das wäre auch gut für den Mittelstand. Vom Reden allein hat der Mittelstand nicht viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach wie vor ist völlig ungeklärt, wie die Aufgaben beim Digitalfunk bewältigt werden. Wir haben hierzu einen Berichts Antrag gestellt und sind auf diesen Bericht sehr gespannt. In diesem Zusammenhang möchte ich eine Bemerkung zum Feuerwehrführerschein machen. Hierzu hatten wir einen zielführenden Antrag gestellt, der im Plenum von CSU und FDP abgelehnt worden ist. Herr Innenminister, immerhin reisen Sie jetzt durch die Lande und fordern das, was wir beantragt haben. Insofern hatte dieser Antrag doch einen gewissen Erfolg.

Völlig unzureichend ist Ihr Umgang mit den Möglichkeiten und Chancen der Kriminalitätsprävention. Diese Aufgabe überlassen Sie im Wesentlichen den Kommunen, gemeinnützigen Organisationen und dem Firmensponsoring. Hier sind weniger Reden und mehr Engagement gefragt. Dies gilt auch für das Thema Rechtsextremismusbekämpfung. Unverständlicherweise ist der Antrag auf Einstellung entsprechender Mittel in den Haushalt im Haushaltsausschuss abgelehnt worden. Herr Innenminister, über die Prävention in der Jugendarbeit und die geistige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus darf man nicht nur reden. Hier muss man handeln.

Noch ein paar Worte zu den Kommunen: Sie haben in der Koalitionsvereinbarung geschrieben, dass Sie die kommunale Ebene stärken wollen. Ich habe mir einmal die Personalzuweisungen bei den Landratsämtern angesehen und keine Stärkungen gefunden. Ich könnte mir aber durchaus vorstellen, dass eine solche Stärkung sinnvoll wäre, um die Aufgaben besser zu erfüllen und zu bewältigen. Es nützt nämlich nichts, vollmundig von Energieeinsparverordnungen zu reden, wenn diese nicht ansatzweise kontrolliert werden und auch nicht kontrolliert werden können, wie das derzeit der Fall ist.

Der kommunale Finanzausgleich hilft den Kommunen zwar im Großen und Ganzen über dieses Jahr hinweg, löst aber nicht die speziellen Probleme finanzschwächerer Gemeinden und insbesondere nicht die Probleme der Zukunft, die für unsere Kommunen dramatisch sind. Wir müssen uns fragen, warum insbesondere die kommunalen Gebäude, die Kindergärten und Schulen, einen energetischen Sanierungsbedarf aufweisen, der ein Mehrfaches des gesamten Konjunkturprogramms umfasst.

Sie haben sich für die 15 Millionen Euro für den Radwegebau gelobt. Sie haben aber versäumt zu erwähnen, dass diese Mittel zum großen Teil aus dem Konjunkturprogramm stammen und die Mittel für den Straßenbau um das Zehnfache höher sind. Dankenswerterweise haben Sie uns eine bunte Grafik über die Investitionen im Staatsstraßenbau ausgeteilt. Darin sind die Mittel aus dem Konjunkturprogramm, die sehr hoch sind, nicht enthalten, sondern nur die normalen Haushaltsmittel. Dem haben Sie die Mittel für die Förderung sozialen Wohnraums in Bayern gegenübergestellt. Das ist ein sehr interessantes Bild: Auf der einen Seite sehen wir einen ziemlich hohen Berg und auf der anderen Seite, beim sozialen Wohnungsbau, ein großes Loch, eine deutliche Absenkung.

Mit Interesse lese ich die wiederkehrenden Pressemitteilungen aus dem Innenministerium, in denen immer wieder dargelegt wird, wie problematisch es sei, dass zu wenige Wohnungen gebaut würden. Gerade bei Sozialwohnungen klaffen Angebot und Nachfrage immer weiter auseinander, vor allem in Ballungsräumen. Herr Innenminister, ich sage Ihnen: Mit steuerlichen Anreizen allein werden Sie die notwendige Trendwende im Wohnungsbau - vor allem in den Ballungsgebieten - nicht erreichen. Sie werden es nicht erreichen, dass gerade diejenigen, die im besonderen Maße auf die Unterstützung des Staates bei ihrer Suche nach preisgünstigem Wohnraum angewiesen sind, diese Unterstützung auch erhalten, wenn Sie lediglich denen, die mehr haben, noch mehr geben.

Sie müssen vielmehr zielgenau den Wohnungsbau fördern, damit diejenigen, die nach unserem Sozialbericht besonders unter der Wohnungsnot leiden, mit entsprechendem Wohnraum versorgt werden. Ich nenne die jungen Familien, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, ältere und wenig betuchte Menschen und Geringverdiener. Sie müssen diese Delle auf Ihrer Grafik beseitigen. Sie müssen hier mehr tun.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich empfehle eine grundlegende Überarbeitung dieses Entwurfs zum Einzelplan 03 A und 03 B. In dieser Form, wie er uns vorliegt, wird er den wesentlichen Aufgaben der Zukunft nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Fischer für die FDP.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ohne Sicherheit ist ein Leben in Freiheit nicht möglich. Bayern ist ein sicheres Land. Daher gilt es, die innere Sicherheit, für die Polizei, Feuerwehren und die Hilfsorganisationen im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz vorbildlich zusammenarbeiten, weiterhin zu bewahren und zu verbessern.

(Beifall bei der FDP)

Der Einzelplan 03 A, der zu 78 % ein Haushalt der Polizei ist, bietet die Gewähr und die Grundlage dafür, dass Bayern auch in Zukunft ein sicheres Land bleibt. Der demokratische Rechtsstaat garantiert ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den in der Verfassung garantierten Freiheitsrechten und den Maßnahmen zum Erhalt der inneren Sicherheit. Wir Liberale setzen nicht auf immer neue Alibigesetze. Wir setzen konsequent auf Prävention und die Verfolgung von Straftaten. Beides lässt sich nur durch eine gute sachliche und personelle Ausstattung der bayerischen Polizei erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Der größte Anteil des Einzelplans entfällt auf Personalausgaben. Er umfasst 49.000 Stellen für den gesetzlichen Aufgabenvollzug und für Dienstleistungen am Bürger. Ich muss aber einräumen, dass bei der Polizei Verbesserungen dringend notwendig waren. Die bayerische FDP hat dafür gesorgt, dass wir jetzt erste Verbesserungen erreicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Gegenwärtig gibt es in Bayern genauso viele Polizeibeamte wie vor 20 Jahren, während die Einwohnerzahl

in Bayern um 1,5 Millionen gestiegen ist. Hinzu kommen neue Aufgaben für die Polizei aufgrund der Grenzüffnungen, aufgrund eines geänderten Freizeitverhaltens und aufgrund neuer Formen der Kriminalität. Es liegt auf der Hand, dass diese zusätzlichen Belastungen nicht ausschließlich mit Effizienzsteigerungen und moderner Technik zu bewältigen sind, sondern dass dafür Manpower notwendig ist.

Manpower, die in den letzten Jahren immer mehr gefehlt hat, besonders im ländlichen Raum. Es ist nur dem Engagement der Beamtinnen und Beamten der Polizei zu verdanken, dass die Polizei insgesamt nach wie vor eine sehr gute Arbeit leistet.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Freistaat Bayern für ihren großartigen Einsatz ganz herzlich danken.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die bayerische FDP hat die Problematik erkannt und im Wahlprogramm die dringend nötige Verstärkung für die Polizei gefordert. Sie hat in den Koalitionsverhandlungen dafür gesorgt, dass im Koalitionsvertrag für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 jeweils 500 neue Polizeistellen aufgenommen worden sind. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf wird dieses Versprechen eingelöst und unsere Forderung umgesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Darüber hinaus fordert die bayerische FDP nach wie vor die Erstellung eines gesamtbayerischen Personalentwicklungskonzepts, denn die 1.000 Stellen können nur ein erster Schritt in die richtige Richtung sein. Trotz der zusätzlichen Stellen bleiben für die Polizei zahlreiche Belastungen. So ist der Nachtdienst zu einer immer stärker belastenden Aufgabe geworden. Die Beamten müssen ständig unterwegs sein und haben keineswegs ruhige Nächte. Diese besonderen Belastungen müssen Konsequenzen haben. Finanziell soll der Nachtdienst, der die Gesundheit der Beamten sowie deren Familien und das soziale Umfeld stark belastet, stärker honoriert werden. Auch wir hätten uns gewünscht, dass die Zuschläge zu ungünstigen Zeiten, die DuZ, schon in diesem Haushaltsentwurf erhöht worden wären. Ich bedanke mich ausdrücklich beim Innenminister, dass in den kommenden Monaten Gespräche zwischen Ministerium und Personalvertretungen stattfinden werden mit dem Ziel, möglichst zeitnah die notwendigen Verbesserungen zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sehen auch die 42-Stunden-Wochen, gerade für den Polizeidienst, als äußerst belastendes Element. Wir wissen, dass dies dazu führt, dass vielen Polizeibeamten der freie Tag fehlt. Hier müssen Angleichungen erfolgen. Ich freue mich über die Ankündigung, dass die Staatsregierung weitere Schritte unternehmen wird.

Ich möchte noch zwei weitere Aspekte über den Polizeibereich hinaus ansprechen: Der Stellenplan des Einzelplans 03 A enthält insgesamt 3.576 Stellenhebungen. Das sind 3.576 Beförderungsmöglichkeiten, das trägt dem Leistungsprinzip Rechnung - einem liberalen Grundprinzip -, und es fördert die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte auch betonen, dass elf Stellen ressortintern für den Ausbau des Landesamtes für Datenschutzaufsicht zur Verfügung gestellt werden - richtig in der Sache, sparsam in der Ausführung.

In der Summe werden sich die Personalausgaben 2009 um 114 Millionen Euro und 2010 um 87 Millionen Euro erhöhen. Die Polizei braucht aber nicht nur Personal, sondern auch die erforderliche Sachausstattung. Wir begrüßen daher die Erhöhung der Ausgaben der Sachmittel und Investitionen der Polizei im Jahr 2009 und 2010 um 39 bzw. 36 Millionen Euro. Ich möchte nur wenige Punkte herausgreifen: Die bayerische FDP fordert seit vielen Jahren die flächendeckende Einführung des digitalen Polizeifunks, damit Bayern auch im Grenzgebiet zur Tschechischen Republik mit dem dort vorhandenen Standard mithalten kann und Kommunikationsprobleme beseitigt werden. Bayern musste endlich über den lange anhaltenden Status von Modellversuchen hinauskommen.

(Beifall bei der FDP)

Mit weiteren Mitteln für Ausgaben 2009 und 2010 im Umfang von 75 Millionen Euro sehen wir uns aber auf einem guten Weg, das Ziel, bis 2011 die flächendeckende Einführung des Digitalfunks zu erreichen.

2008 wurden außerdem einmalig 5 Millionen Euro bereitgestellt und als Ausgaberesultat in das Haushaltsjahr 2009 übertragen. Mit diesen Mitteln wurden acht neue Polizeihubschrauber gekauft. Daran sind gleich zwei Dinge erfreulich: Sie haben erstens eine längere Lebensdauer, sodass Kauf günstiger ist als Leasing, und sie stammen, zweitens, aus bayerischer Produktion, sodass ihre Beschaffung Arbeitsplätze in Bayern sichert.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch kurz auf die Feuerwehren eingehen: Ohne die Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden in 7.800 freiwilligen Feuerwehren und sieben Berufsfeuerwehren in Bayern wäre die Sicherheit in diesem Lande nicht denkbar. Ihnen allen gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der FDP)

Das zweckgebundene Feuerschutzaufkommen ist rückläufig. Für 2009 und 2010 werden 57 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt. 2008 waren es immerhin noch 61 Millionen Euro. Aber nach wie vor stehen für die Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen für Feuerwehren und den Bau der Gerätehäuser 2009 und 2010 44 bzw. 42 Millionen Euro zur Verfügung. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit beim Brandschutz.

(Beifall bei der FDP)

In Abwägung der finanzwirtschaftlichen Erfordernisse bildet der Einzelplan eine solide Grundlage für den Aufgabenvollzug in den kommenden Jahren. Er ist ein klares Bekenntnis zu einem erfolgreichen Sicherheitskonzept. Die stärkere Gewaltbereitschaft, die internationale Entwicklung und die Demografie stellen uns vor immer neue Herausforderungen. Die FDP-Fraktion wird auch in Zukunft wesentlich dazu beitragen, dass innere Sicherheit ein Aufgabenschwerpunkt in Bayern bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Haushaltsentwurf bildet dafür für die nächsten beiden Jahre die Grundlage.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer. Nächster Redner: Herr Christian Meißner für die CSU.

Christian Meißner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsberatungen sind schon interessant. Manchmal wird das Gegenteil von dem gesagt, was man eigentlich ausdrücken will. Anders kann ich es mir nicht erklären, dass Kollege Harald Schneider vorhin gesagt hat, er male nicht schwarz. Herr Kollege Schneider, wenn das nicht schwarz gemalt war, dann gibt es niemanden, der das besser kann als Sie. Sie haben weiter festgehalten, die innere Sicherheit habe ihren hohen Stellenwert in Bayern verloren. Sowohl meine Ausführungen als auch die Ausführungen des Herrn Ministers machen deutlich, dass dem nicht so ist. Ich sage Ihnen nüchtern und objektiv - ich bin kein Gesundheitsbeter, das werden Sie im Rahmen meiner Ausführungen merken -: Ich glaube nicht, dass es zielführend

ist, einen Ritt durch das Jammertal zu veranstalten. Das hilft uns in der Beratung nicht weiter, und es ist auch nicht realistisch. Herr Kollege Hanisch reitet dann gleich mit.

Wenn Sie auf unseren Informationsbesuch in Nürnberg anspielen, muss ich Ihnen sagen: Was nützt eine Information in einem Ortstermin, wenn hinterher ein Zerrbild gezeichnet wird? Es hilft nicht, wenn man zunächst einen Ritt durch das Jammertal veranstaltet und hinterher wird dann gesagt - ich zitiere Sie fast wörtlich -: Im Großen und Ganzen lässt sich gegen den Haushalt nichts sagen. Dann habe ich doch die herzliche Bitte: Wenn sich gegen den Haushalt nichts sagen lässt, dann stellen Sie das auch in Ihren Haushaltsreden dar. Das gehört zur Redlichkeit, wenn man über die Lage der inneren Sicherheit und über den Haushalt des Innenministeriums spricht.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie sich die nicht einfachen Doppelhaushalte der letzten Jahre ansehen - ich glaube, das wissen Sie auch sehr genau -, sehen Sie: Im Vergleich zu den Vorjahren ist es sehr erfreulich, was umgesetzt werden konnte. Vor allem die neuen Stellen sind wichtig. Wenn Sie nach dem Motto handeln: Horrorszenarien verzweifelt gesucht, muss man doch objektiv festhalten, dass dieser Haushalt sehr vernünftig angelegt ist.

Ich bin vorhin - das ist an die Freunde der FDP gerichtet - sozusagen aus meinem parlamentarischen Halbschlaf aufgewacht. Wenn die FDP immer sagt, sie hätte es gemacht, dann nur in aller Freundschaft: Ihr wart es nicht alleine, wir waren das gemeinsam. Ich glaube, nur gemeinsam können wir diese Aufgabe vernünftig lösen. Man kann sich alle möglichen Federn ins Gefieder stecken, man muss nur schauen, wie diese Federn aussehen. Bei einem bin ich mir ganz sicher - das zeigt dieser Haushalt und das zeigt unsere Politik -: Die innere Sicherheit bleibt ein Markenzeichen der CSU. Wenn Sie das auch im Gefieder haben wollen, bitte schön.

(Tobias Thalhammer (FDP): Schön, dass Sie dank der FDP aufgewacht sind!)

- Das Aufwachen war in dem Fall sicherlich hilfreich. Ich habe dann auch genau zugehört.

Wir haben bei der Polizei eine Organisationsreform durchgeführt, die auch von kritischen Stimmen begleitet war, die sich in der Praxis aber als tauglich erweist. Sie dürfen sich alle dessen sicher sein, dass wir die Probleme, die es noch gibt, offen und ehrlich ansprechen werden. Die viel diskutierte Problematik der Präsenz in der Fläche wird durch die von mir schon angesprochenen 1.009 Stellen entschärft. Dadurch wird die Lage

besser. Natürlich kann ich es nachvollziehen, wenn jemand sagt, dass diese 1.009 Kolleginnen und Kollegen erst einmal ausgebildet werden müssen und dass einige Zeit vergeht, bis sie in ihrer Dienststelle voll einsetzbar sind. Wir sind nicht untätig geblieben.

Man mag es beweinen, wie es einige Kollegen der Opposition am Rednerpult getan haben, oder man kann, wie wir es getan haben, das Innenministerium darum bitten, jede Inspektion zu überprüfen, um genau herauszufinden, wo es Probleme gibt. Wir dürfen nicht in den Raum stellen, dass es überall schrecklich und schlimm sei. Auch wir räumen ein, dass es hier und dort Engpässe gibt. Dann besteht aber politischer Handlungsbedarf. Dort, wo wir Probleme erkennen, müssen wir eine Prüfung in Auftrag geben und für Abhilfe sorgen, bevor die neuen Kolleginnen und Kollegen an den Dienststellen erscheinen. Ich weiß, dass dieses Problem bei unserem Innenminister Joachim Herrmann in guten Händen ist. Reden ersetzen nicht politisches Handeln. Wir haben gehandelt. Ich bin mir sicher, dass wir demnächst das Ergebnis auf dem Tisch haben werden.

(Beifall bei der CSU)

Hier sind Daueraufgaben vorhanden. Wir werden weiterhin daran arbeiten, dass sich die Einstellungssituation bei der Polizei verstetigt, damit wir die durch die steigenden Pensionierungen entstehenden Engpässe beseitigen können. Sie dürfen sich sicher sein, dass wir dabei mit Ihnen gemeinsam arbeiten.

Zum viel zitierten Antrag zum Dienst zu ungünstigen Zeiten möchte ich schon jetzt etwas sagen, obwohl er nachher noch auf der Tagesordnung steht. Der Kollege Schneider hat zwei Anträge gestellt, denen man inhaltlich nur zustimmen konnte. Ich glaube, Kollege Rohde hat gesagt, in den Anträgen stehe sinngemäß: "Früh geht die Sonne auf und abends geht sie unter." So in etwa hat er sich ausgedrückt.

(Jörg Rohde (FDP): So war es!)

Solchen Anträgen stimmen wir natürlich zu, weil wir gemeinsam daran interessiert sind, dass unsere Polizei vernünftig mit Personal- und Sachmitteln ausgestattet ist. Jetzt dürfen Sie mir vorwerfen, dass ich in meinem neuen Amt als Stellvertreter etwas übersehen habe. Die Vorsitzende sehe ich jetzt nicht, sonst müsste ich sie fragen, wie das passieren konnte. Uns allen liegt es am Herzen, dass es bei der DuZ Änderungen gibt. Mir ist es aber entgangen, dass dieser Beschluss in den Antrag mit eingearbeitet worden ist. Wenn Sie mich dafür prügeln wollen, dürfen Sie es. Man soll aber auch nicht immer so tun, als würden wir unser Geschäft nicht verstehen. Wenn ich es mitbekommen hätte, hätte ich niemals zugestimmt, weil mir klar war, dass wir eine

Änderung, so wünschenswert sie ist, in diesem Doppelhaushalt nicht mehr unterbringen können. Das schließt aber nicht aus, dass der Minister den Arbeitsauftrag bekommt, eine Überprüfung zu veranlassen und Vorschläge zu unterbreiten. So wird ein Schuh daraus.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, ich will Sie nicht prügeln, ich will Sie nur fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen.

Christian Meißner (CSU): Ja!

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Meißner, Sie haben gefordert, dass ein problemorientiertes Handeln im Innenausschuss an den Tag gelegt werden soll. Wie soll das möglich sein, wenn die CSU konstruktive Anträge, wie beispielsweise für die Erarbeitung eines Investitionsprogramms für Bauten bei der Polizei ablehnt und der Haushaltsausschuss Anträge zur DuZ oder zur Prävention gegen den Rechtsextremismus ablehnt?

Christian Meißner (CSU): Dabei bin ich gerade. Sie wissen alle, wie unser parlamentarisches Geschäft funktioniert. Wir als Fachpolitiker sind darum bemüht, dies oder jenes, was man sich wünscht, in den Haushalt hineinzubekommen. Stellen Sie sich aber einmal vor, wie fad Haushaltsverhandlungen wären, wenn alle Forderungen eins zu eins erfüllt würden. Haushaltsberatungen sind immer ein Ringen zwischen Fachpolitikern aller Couleure. Frau Kollegin Kamm, Sie sind auch schon lange genug dabei, um das zu wissen.

Wir werden jedenfalls weiterhin für die Belange der Polizistinnen und Polizisten in Bayern kämpfen. Ich will nicht alles wiederholen, was schon geäußert worden ist. Ich halte die Schwerpunktsetzung für richtig. Die acht Polizeihubschrauber kosten uns eine Menge Geld. Die Ersatzbeschaffung war aber notwendig. Ich glaube auch, dass wir mit einem Betrag von 31 Millionen Euro für unseren Fuhrpark in der jetzigen Krise ein richtiges und gutes Signal setzen.

Vielfach ist auch über die Gebäude der Polizei gesprochen worden. Hier sind wir auch wieder bei dem Ringen miteinander. Ich bin froh darüber, dass es uns in den Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gelungen ist, überall dort, wo wir Dauerprobleme mit den Gebäuden der Polizei haben - in Nürnberg, in Würzburg und andernorts -, mit diesem Haushalt einen Einstieg zu schaffen, sodass die Arbeiten schnell beginnen können. Dafür bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen vom Haushaltsausschuss. Ich halte das für erfreulich und würde mir wünschen, dass es andere auch so sehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss mich jetzt ein wenig beeilen, sonst nehme ich dem Kollegen Miller die Zeit weg. Ich möchte noch ein Wort zum Feuerwehrführerschein sagen. Die Kollegin Kamm hat ihn angesprochen. Wir haben uns hierzu in der letzten Woche klar geäußert. Die Haushaltsberatungen dienen auch dazu, dass wir die Kolleginnen und Kollegen von der SPD darauf aufmerksam machen. Liebe Freunde, wir haben die EU-Richtlinie noch einmal durchgesehen. Dort steht etwas über Ausnahmen für den Katastrophenschutz. Im Bayerischen Feuerwehrgesetz ist der Katastrophenschutz erwähnt. In aller Kollegialität drücke ich mich jetzt höflich aus: Es muss doch möglich sein, dass wir unseren deutschen Bundesverkehrsminister davon überzeugen, dass ein Führerschein light, der mit Kosten und einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden ist, nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Wenn es seine Aufgabe ist, deutsche und bayerische Interessen in Brüssel durchzusetzen, muss er dort auch erklären, dass wir die Feuerwehr meinen, wenn bei der EU vom Katastrophenschutz geredet wird. Dafür muss er auch kämpfen, ganz egal, wer die Anträge stellt. Joachim Herrmann hat dieses Thema aufgegriffen. Vielen Dank dafür, du hast unsere Unterstützung auf diesem Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich lasse jetzt das weg, was nur Wiederholungen sind, weil ich damit den Parlamentariern nur die Zeit stehlen würde. Insgesamt liegt uns für das Innenministerium ein Haushalt vor, der nicht nur zustimmungsfähig ist, sondern der auch erfreulich ist und dort richtige Signale setzt, wo wir sie setzen wollten. Dort, wo ich offen und ehrlich Diskussionsbedarf eingeräumt habe, werden wir die Diskussionen mit dem Ministerium, mit dem Minister, dessen Staatssekretär und dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen. Diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich genauso wie allen denen, die in diesem Geschäftsbereich Verantwortung tragen und einen teilweise nicht ungefährlichen Dienst ausüben. Ich bitte um Zustimmung zum Haushalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner für die SPD.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich rede nur zum Einzelplan 03 B, um Ihnen deutlich zu machen, was Sie damit anrichten. Sie selber schreiben in Ihrer Statistik, die Sie dem Haushalt freundlicherweise beigelegt haben, dass wir im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung 1998 noch 12.600 Wohnungen gefördert haben. 2008 haben wir nur mehr 5.400 gefördert. Das ist etwas mehr als ein Drittel des Wohnungsbaus. Sie, zumindest die, die sich

mit Wohnungsbau ernsthaft beschäftigen, wissen genauso gut wie ich, dass uns die Sozialwohnungen und die Wohnungen mit Bindung im Laufe der nächsten fünf bis zehn Jahre völlig verloren gehen und dass wir es nicht schaffen, auch nur das zu ersetzen, was wir verlieren.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, im ländlichen Raum mag es nicht so dramatisch sein. Die Ballungsräume und die Industrie und die Wirtschaft in diesen Räumen leben aber von den Dienstleistern, die diese Städte und Ballungsräume im wahrsten Sinne des Wortes in Bewegung halten und für Sicherheit sorgen. Ich meine die Krankenhäuser, die Polizei, die Ärzte und viele andere mehr, die dafür Sorge tragen, dass diese Ballungsräume überhaupt noch funktionieren. Diesen Leuten entziehen wir systematisch preiswerten Wohnraum durch eine völlig verfehlte Bau- und Förderpolitik. Das machen wir deshalb, weil unter anderem ein Modell abgelehnt wird, welches sehr erfolgreich ist, was ich Ihnen anhand von Zahlen beweisen kann, das aber offensichtlich den falschen Namen trägt. Genossen und Genossenschaften sind für Sie immer noch des Teufels.

(Widerspruch bei der CSU und der FDP)

- Sie haben es doch nicht einmal ins Wohnungsbaugesetz geschrieben. Sie haben sich verweigert, und damit steht es nicht im Wohnungsbaugesetz.

Ich halte es für eine Unverschämtheit, Genossenschaften, die alle besser wirtschaften können als Sie und Ihre Finanzminister, mit der Neuen Heimat in einen Topf zu werfen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, im Interesse der Genossenschaften verwehre ich mich dagegen. Sie sind doch nur neidisch, weil das ein Modell ist, mit dem wir der Wirtschaft beweisen, dass es die Genossenschaften besser als viele andere können. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Wie kann es gehen, dass eine Genossenschaft mit Mieten von 5 bis 6 Euro pro Quadratmeter in München so viel Geld erwirtschaftet, dass sie alle fünf Jahre neu bauen kann? Wie kommt es, dass andere das nicht fertigbringen? Man sollte wieder einmal, ganz ohne Ideologie, darüber nachdenken, ob wir dieses alte Modell nicht etwas pfleglicher behandeln sollten, als wir das heute tun.

(Zurufe von der CSU: Oh je, Oh je!)

Wir können von mir aus auch über einen neuen Namen reden. Das ist mir gleich. Mir geht es darum: Wir brauchen für die Städte bezahlbaren Wohnraum. Meine

Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wir haben genug Wohnraum in München.

(Zuruf von der CSU: Wo?)

- Doch, wir haben genug Wohnraum, das beweise ich Ihnen. Das ist aber Wohnraum, den viele nicht zahlen können, auch viele, die hier im Bayerischen Landtag beschäftigt sind. Das ist unser Thema. Wir müssen uns deshalb neue Wege überlegen, wie wir sicherstellen können, dass wir preiswerten Wohnraum bekommen. Was wäre besser gewesen, als ein Teil des Konjunkturpakets zu nehmen und damit den preiswerten Wohnungsbau in vielfältiger Art zu bezuschussen?

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich sage ausdrücklich "bezuschussen", um sicherzustellen, dass Dienstleister dieser Stadt, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Wohnungen in diesem Raum auch leisten können. Wir würden damit auch eine ganze Reihe anderer Probleme lösen. Wenn der Wohnraum bezahlbar ist, müssen nämlich nicht unbedingt alle zwei Ehepartner zur Arbeit gehen. Man könnte sich beispielsweise wieder einmal um seine Kinder kümmern. Man bräuchte nicht auch noch einen dritten oder gar einen vierten Job, damit man die Miete zahlen kann. Wir würden viele Probleme lösen, wenn wir die Mieten in den Griff bekämen. Es hilft nur ein kleines bisschen, wenn wir für einzelne Berufszweige eine Ballungsraumzulage kreieren. Das reicht aber nicht aus, weil davon nur wenige profitieren.

Im Übrigen ist es auch verfehlt zu glauben, wir müssten alles in die Eigentumsförderung geben, wie das nun auch der Herr Ministerpräsident wieder sagt. Wir müssen Menschen nicht in die Schuldenfalle treiben, wenn wir in einer Zeit unsicherer Konjunktur sagen: Baut ruhig eure Häuser, kauft Eigentumswohnungen. Vielleicht geht es den Leuten dann so wie in Amerika.

(Eduard Nöth (CSU): Ach was!)

Offensichtlich hat man aus dem amerikanischen Immobiliendesaster nichts gelernt, denn das hat hierin seine Ursache.

Wir täten gut daran, alte Modelle zu erneuern und die bestehenden pfleglich zu behandeln. Die Bundesregierung hat das Genossenschaftsgesetz so verändert, dass man wieder handeln kann. Sie hat dieses Gesetz verändert, sodass man damit sogar "riestern" kann.

Meine Damen und Herren, das heißt, die Grundvoraussetzungen wären gegeben. Sie aber verweigern sich, im Haushalt lumpige 50 Millionen Euro mehr für den

Wohnungsbau einzustellen. Sie haben das im Haushaltsausschuss abgelehnt, daran darf ich Sie erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Doch Sie wundern sich, wenn der soziale Wohnraum wegbricht und wir nicht mehr wissen, was wir mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tun sollen, die in München leben. Die in München manchmal regelrecht kümmerlich ihr Leben fristen müssen, um überleben zu können. Ich glaube, preiswerter Wohnraum wäre ein optimaler Ansatz, um hier etwas zu verändern.

Kolleginnen und Kollegen, besonders ärgert mich, dass der Freistaat Bayern seine Bundesmittel einkassiert - 193 Millionen Euro im letzten Jahr, 215 Millionen Euro in diesem Jahr und 215 Millionen Euro im nächsten Jahr-, er selbst aber die Zuschüsse weiter wie bisher belässt, als hätte sich auf diesem Markt überhaupt nichts verändert. Der Freistaat beklagt zwar im Sozialbericht, dass wir zu wenige Wohnungen haben und dass wir bis zum Jahr 2025 auf ein riesiges Defizit von 1,1 Millionen Wohnungen zulaufen, aber was tut er? - Er macht es wie immer, er versucht, es auszusitzen nach dem Motto: Der Markt wird das schon richten. - Der Markt wird in dieser Frage aber gar nichts richten, Kolleginnen und Kollegen!

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, bitte schauen Sie auf die Uhr.

Ludwig Wörner (SPD): Der Markt wird dazu führen, dass wir verarmen, er wird uns noch weiter in die Probleme hineinführen, die wir ohnedies schon haben. Wir werden den Einzelplan 03 B deshalb ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Professor Dr. Barfuß für die FDP. Bitte sehr.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich etwas ganz anderes sagen. Da ich aber gerade gehört habe, der Markt würde nichts richten, muss ich schon sagen, ohne den Markt bekommen wir Wohnungen wie in der DDR. Die Wohnungen dort waren verdammt billig, aber damit man sie auch weiterhin bewohnen konnte, musste man viele Millionen Gelder von West nach Ost schieben. Dort hat der Staat versucht, es zu richten.

Woher kommt denn der Wohnungspreis? Ist das nur die Willkür derer, die die Wohnungen bauen? - Wir hören nur etwas über Arbeitsplätze, wir haben noch nie gehört, dass auch irgendjemand Gewinne erzielen muss, damit er bereit ist, ein Unternehmen zu betreiben. Einen Teil dieser Gewinne wird er wieder investieren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir reden hier vom genossenschaftlichen Wohnungsbau! - Beifall und Unruhe bei der SPD)

- Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, Sie sind meine Lieblingskollegin. Ich bin Vorsitzender einer Baugenossenschaft. Ich kenne das. Schauen Sie einmal nach.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann müssten Sie es doch wissen!)

- Ich kann Ihnen sagen, dass ich Herrn Kollegen Wörner durchaus zustimme, dass der Genossenschaftsgedanke wieder gefördert werden sollte, allerdings ohne Ideologie. Es ist aber taktisch unklug, die Neue Heimat hier anzuführen. Sie war nämlich die größte Vernichtung von Arbeitnehmergeld, die ich jemals erlebt habe. Ich schimpfe über die Bank für Gemeinwirtschaft.

(Ludwig Wörner (SPD): Davon hat doch die CSU gesprochen!)

Was ich aber eigentlich sagen wollte in den paar Minuten Redezeit, die ich noch habe, das ist etwas anderes: Ich möchte mich bedanken für die wirklich gute Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss. Es hat mir riesigen Spaß gemacht. Georg Winter ist nicht hier, ich bitte, ihm das auszurichten. Egal, ob das Eike war oder der Thomas, ob es die Kollegen von den Freien Wählern waren oder von der SPD: Wir haben wirklich zusammengearbeitet und etwas zustande gebracht. Deshalb hier nochmals unser Angebot: Es ist Ihr gutes Recht, hier immer mehr zu fordern, weil Sie wissen, dass Sie es nicht verantworten müssen. Es ist unsere Pflicht, hinzuhören, was Sie sagen. Manches, was Sie sagen, können wir tatsächlich verwenden. Aber, Herr Innenminister und Herr Ministerpräsident, Sie können sich darauf verlassen: Was Ihre Aussage betrifft, ein ausgeglichener Haushalt sei das Wichtigste, um Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu bewahren, so wird die FDP Sie immer unterstützen. Nichts ist so unsozial, wie uns ins schöne Licht zu stellen und unsere Kinder und Enkelkinder schon jetzt mit einem Berg von Schulden zu belasten, sodass sie nicht mehr wissen, wie sie das bezahlen sollen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Ich bewundere deshalb Ihren Mut, Herr Ministerpräsident. Man muss Dinge anpacken. Im Hinblick auf das Klinikum Augsburg haben Sie heute ein gutes Wort gewählt. Sie haben von einer "universitären Einrichtung" gesprochen. In dieser Frage haben Sie uns ganz auf Ihrer Seite. Man kann nicht von heute auf morgen eine Universitätsklinik einrichten.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: So ist es!)

Wer das fordert, erweist der Universität einen Bärendienst. Es ist aber richtig, mit dem Projekt anzufangen. Das machen wir, da machen wir auch weiter, und da können Sie sich auf unseren Minister Dr. Heubisch verlassen. Wir werden das hinbekommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte bedenken Sie, dass die Bevölkerung die Faxen dick hat, wenn wir hier herin nur streiten und nur reden, um zu reden. Die Bevölkerung hat uns alle gewählt, und sie hat uns entweder in die Regierung oder in die Opposition gesandt. Wir müssen unserer jeweiligen Aufgabe gerecht werden. Wir haben eine wunderbar fleißige Bevölkerung. Wir leben nicht irgendwo in Burundi, sondern wir leben in einem der schönsten Länder der Welt, und zwar in Deutschland, und hier wiederum auf dem Balkon.

(Zurufe von der CSU: In Bayern, in Bayern!)

- Ich habe unter anderem auch in Berlin studiert, es gibt auch außerhalb Bayerns schöne Ecken, so ist es nicht. Ich denke aber, Bayern ist sicherlich eines der schönsten Bundesländer. Noch schöner aber ist es, wenn man hier in Bayern für die FDP im Landtag sein darf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden uns Mühe geben. Herr Ministerpräsident, wir fühlen uns von Ihnen gut behandelt. Das ist keine Einbahnstraße, wir werden das zurückgeben. Sie haben in uns einen soliden, sachlichen und kritischen Begleiter.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächster Redner: für die CSU Herr Kollege Josef Miller. Bitte schön.

Josef Miller (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf kurz auf die Bemerkungen von Herrn Wörner eingehen, die etwas polemisch waren. Er hat gesagt, lumpige 50 Millionen Euro hätten zur Verbesserung der Wohnungssituation gereicht, die seien aber nicht zur Verfügung gestellt worden. Er hätte dann eigentlich sagen müssen, dass der Haushaltsansatz um 21,5 Millionen Euro erhöht worden ist. Das ist nicht der Betrag, den Sie gefordert haben, aber Sie haben gesagt, mit 50 Millionen Euro wäre alles zu regeln.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- So haben Sie es gesagt: lumpige 50 Millionen Euro. Von Ihnen war das nicht anders zu erwarten.

Sie sagen, wir würden die Leute, die selbst bauen, in den Konkurs treiben. Es ist schwierig, wenn die Bürge-

rinnen und Bürger heutzutage selbst bauen wollen. Der Herr Ministerpräsident, der wieder anwesend ist, hat heute Vormittag schon darauf verwiesen, dass die jungen Familien gerade in der Startphase eine besondere Unterstützung brauchen. Ich setze da zusätzlich auch auf den Markt. Ich glaube, künftig werden Anlagen in Immobilien wieder zunehmend an Bedeutung gewinnen. Sie werden gewinnen, weil die Sicherheit des Geldes künftig höher bewertet werden wird als die Zinsen, die zu erzielen sind.

(Jörg Rohde (FDP): In einem Haus kann man wohnen, in einem Hedgefonds nicht!)

Aber lassen Sie mich noch einmal einen Rückblick auf den Einzelplan 03 B machen.

Dieser Einzelplan ist eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Diese sind erstens die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die auch unser Land erfasst hat und bei der wir gegensteuern müssen, zweitens das Treffen von Maßnahmen für den Klimaschutz und drittens die Verbesserung der Infrastruktur und der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Genau da setzt der Einzelplan 03 an. Genau danach ist er ausgerichtet. Das Flaggschiff ist die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude, auf die der Schwerpunkt des Konjunkturprogramms ausgerichtet wurde. Wir machen also keine Gießkannenförderung, sondern gezielt werden bis 2011 hierfür 792 Millionen Euro verwendet. Im Haushalt 2009/2010 sind es 554 Millionen Euro. Diese Ausgaben sind unter umweltrelevanten und beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten genau richtig platziert. Sie treffen die Herausforderungen unserer Zeit.

Und wenn mit dem Anteil der Kommunen 570 Millionen Euro in Schulen investiert werden, fast 179 Millionen Euro in Kindertagesstätten, noch einmal 50 Millionen Euro in kirchliche Schulen und 90 Millionen Euro in sonstige Infrastruktureinrichtungen, dann werden hier, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, im wahrsten Sinne des Wortes Nägel mit Köpfen gemacht. Ganz wichtig ist dabei, dass sich die Gelder, die hier investiert werden, sehr, sehr schnell dadurch amortisieren werden, dass hier Energie und damit Geld eingespart werden kann. Es handelt sich also um eine sinnvolle Maßnahme im Sinne des Umweltschutzes, der Beschäftigungspolitik und der Hilfe für die Kommunen.

Ein zweiter Schwerpunkt im Einzelplan 03 ist der Straßenbau. Hier muss man sehen, wie sich die Zahlen verändert haben. Heuer haben wir einen Rekordbetrag von 244,5 Millionen Euro. Im letzten Jahr waren es 231 Millionen Euro, 2007 166 Millionen Euro und 2004 als Tiefststand 128 Millionen Euro. Daran sieht man,

dass es notwendig ist, das Straßennetz in einem guten Zustand zu erhalten. Aber wir müssen es auch den modernen Anforderungen anpassen. Umgehungsstraßen, Kreuzungsfreiheit, Beseitigung von Unfallhäufungspunkten, weitere Radwege dienen vordergründig dem Verkehr und der Wirtschaft, aber letzten Endes allen Menschen unseres Landes. Sie freuen sich über diese Mittelausstattung.

Diese Werte, diese Beträge sind ein großer Erfolg. Sie waren schwer zu erreichen. Dabei hat vieles zusammengespült. Ich habe nicht die Zeit, das alles aufzuzählen. Die Menschen in unserem Land werden sich freuen, weil sie diese Infrastruktureinrichtungen brauchen.

Der dritte Schwerpunkt ist die Städtebauförderung. Auch hier hat Bayern nie ganz zu fördern aufgehört, auch dann nicht, als viele Länder und der Bund ausgestiegen sind. Wir haben das immer auf einem bestimmten Niveau weitergeführt. Das trägt ganz wesentlich dazu bei, die Wohn- und Lebensqualität der urbanen Bevölkerung zu verbessern und in unseren Städten Herkunft und Hinkunft zu verbinden. Wir haben viele wunderbare alte Städte, die modernisiert werden müssen, um sie mit der Zukunft zu verbinden, wobei auch der Denkmalschutz beachtet werden muss. Hier wäre es gut, wenn der Bund nicht immer wieder mit noch mehr Vorschriften den Kommunen Vorgaben machen würde, sondern wenn er den Kommunen auch Vertrauen entgegenbringen würde.

Ein Wort noch zur Studentenwohnraumförderung. Hier ist es so, dass wir 2011 den zweifachen Abiturjahrgang haben und deshalb jetzt schon auf hohem Niveau darauf hinarbeiten müssen, dass nicht nur Studienplätze zur Verfügung stehen, sondern auch Wohnraum.

Insgesamt gesehen ist der Haushalt im Einzelplan 03 ein sehr gut gelungener Beitrag, um den Herausforderungen unserer Zeit zu entsprechen. Ich gratuliere Minister Herrmann zu diesem Haushalt. Ich bin mir ganz sicher, dass die Verwaltung das tun wird, worauf es jetzt ankommt, nämlich den Haushalt schnell und zuverlässig umzusetzen. Was mich immer fasziniert, ist, dass in dieser Verwaltung nicht gejammert wird, wenn man mit den dortigen Mitarbeitern spricht, sondern sie wollen bauen, sie wollen etwas umsetzen.

Den Einzelplan 03 zu beschließen und umzusetzen, bedeutet, liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Zukunft Bayerns mitzubauen. Vielen Dank und viel Erfolg bei diesen Maßnahmen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Miller. Zu einer abschließenden Stellungnahme hat sich Minister Herrmann gemeldet.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für diese zumindest überwiegend konstruktive Debatte. Ich will nur zu zwei Themenkomplexen noch einmal einige Anmerkungen machen.

Erstens zum Thema Wohnungsbau. Lieber Herr Kollege Wörner, ich habe überhaupt keine Probleme damit, wenn Sie eine Renaissance des genossenschaftlichen Wohnungsbaus anmahnen und dazu auffordern. Ich bin da gerne mit dabei. Aber das ändert nichts daran, dass es dringend notwendig ist, auch neue steuerliche Anreize zu schaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen, dass Familien in der Tat auch wieder Eigenheime errichten. Wir müssen einfach wahrnehmen, dass wir inzwischen in Deutschland eine weit auseinanderklaffende Entwicklung haben. In Ostdeutschland beschäftigt sich der Kollege Tiefensee mit Förderprogrammen für den Rückbau von Stadtteilen, beispielsweise in Magdeburg und in Dessau. Das will ich überhaupt nicht kritisieren. Aber bei uns ist nicht das Problem, dass wir Stadtteile rückbauen müssen, sondern wir haben eine nach wie vor wachsende Bevölkerung in Bayern, und wir haben vor allen Dingen in den Ballungsräumen einen großen Wohnungsneubaubedarf. Es ist wichtig, dass in Berlin zur Kenntnis genommen wird, dass bei uns - das gilt aber auch für den Großraum Hamburg und für andere Bereiche - der Bedarf anders ist als in Teilen Ostdeutschlands. Dafür brauchen wir auch die entsprechenden Weichenstellungen. Wir werden jetzt mit aller Energie dafür kämpfen, dass das auch in Berlin zur Kenntnis genommen wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der zweite Punkt, den ich noch einmal ansprechen will, ist die Situation unserer Polizei. Wir sind uns einig in dem Dank für das großartige Engagement.

Eine Seitenbemerkung: Ich verstehe es nicht, wenn ein Kollege quasi sagt, es interessiere ihn nicht und es helfe nicht weiter, dass wir in Bayern den Spitzenplatz in der inneren Sicherheit einnehmen. Also, meine Damen und Herren, natürlich müssen wir uns - ich sage gleich noch etwas dazu - um eine angemessene Bezahlung und um eine gute Ausstattung unserer Polizeibeamten kümmern. Aber für den normalen Bürger zählt natürlich schon das Ergebnis, nämlich: Wie viel Kriminalität gibt es in unserem Land? Wie gut ist die Polizei in ihrem Arbeitsergebnis? Was wird an Sicherheit für

die Menschen in unserem Land produziert? Ich glaube schon, dass das die Menschen in unserem Land, den Durchschnittsbürger in allererster Linie interessiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Daher sind die Menschen in diesem Land auch dankbar für das Engagement der Polizei. Polizeiarbeit ist ja kein Selbstzweck, sondern dient der Sicherheit der Menschen in unserem Land.

Liebe Frau Kollegin Kamm, jetzt will ich Ihnen schon sagen: Ja, wir setzen uns engagiert ein für eine angemessene Bezahlung und Ausstattung unserer Polizeibeamten. Eines kann ich Ihnen nach wie vor sagen: Im vergangenen Jahr sind beispielsweise in Bayern 5.800 Polizeibeamte befördert worden. 5.800 - das ist mehr als ein Sechstel aller Beamten - sind allein im vergangenen Jahr befördert worden.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Auch die langjährige Statistik besagt, dass in Bayern ein Polizeibeamter im Durchschnitt alle sechs Jahre befördert wird. Ich kann Ihnen nur sagen, dass andere Teile des öffentlichen Dienstes davon nur träumen können - und Beamte in anderen Bundesländern erst recht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Nein, weil ich nur noch eine Minute Redezeit habe.

Wir sind das Bundesland, das das Weihnachtsgeld in der bestehenden Form aufrechterhalten hat. Das gilt für alle Beamten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Davon können die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in vielen anderen Bundesländern nur träumen, in denen die Ausstattung nach wie vor viel schlechter ist.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Wir sind das einzige Bundesland, liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem die Polizeizulage nach wie vor ruhegehaltfähig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Sie können Ihren Kollegen Harald Schneider fragen: Alle Polizeigewerkschaften in Deutschland sagen nach wie vor, das ist vorbildlich, und sie würden wünschen, dass es in den anderen 15 Bundesländern auch so gemacht würde. Ich sage Ihnen, es gibt kein Bundesland in Deutschland, das seine Polizeibeamten besser bezahlt. Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, dass wir auch in Zukunft in dieser Hinsicht Spitze bleiben. Ich bitte Sie noch einmal um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Einen Moment bitte. Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch kurz am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm hat eine Zwischenbemerkung.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie haben die Wohnraumnot beklagt, aber gleichzeitig setzen Sie weiter auf Steuersenkungen für diejenigen, die investieren. Ich denke, Sie haben im Sozialbericht doch sicherlich gelesen, welche Gruppen vor allen Dingen von Wohnraumnot betroffen sind. Glauben Sie nicht, dass Sie mehr und anderes tun müssen, als nur auf Steuererleichterungen zu setzen?

(Unruhe)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Darf ich um etwas Ruhe bitten?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Frau Kollegin Kamm, wenn Sie die anderen 15 Länderhaushalte anschauen und sehen, was in anderen Ländern für die soziale Wohnraumförderung ausgegeben wird, dann werden Sie erkennen, dass wir auch in dieser Hinsicht keinen Vergleich zu scheuen brauchen.

Ich bin voll dabei, dass wir auch in dieser Hinsicht zum Beispiel im Ballungsraum München noch mehr tun. Ich würde mich freuen und bin sicher, dass ich da auch bei Ihnen offene Türen einrenne, wenn die Landeshauptstadt München, die so viel Geld an Zweitwohnungsteuer erhebt wie keine andere Stadt, von denen, von denen sie meint, sie könnte es holen, dann dieses Geld ganz gezielt für den Wohnraumbau in München einsetzt. Dann sind wir auf dem richtigen Weg. Unser Engagement in der Förderung des sozialen Wohnraumbaus ist jedenfalls richtig.

Ich bekräftige aber noch einmal: Wir haben auf Bundesebene in den letzten Jahren darauf gedrängt, dass die Riesterreute endlich auch auf den Wohnungsbau ausgedehnt wurde. Es war ein Geburtsfehler, dass er nicht von Anfang an dabei war, weil Wohneigentum auch eine vernünftige Form von Alterssicherung ist. Wir

werden auch nicht lockerlassen, dass wir außerdem steuerliche Erleichterungen brauchen.

Ein Letztes, und da knüpfe ich an das an, was vorhin in der Debatte gesagt wurde. Natürlich wünsche ich mir auch von vielen großen Banken und Versicherungen in Deutschland, dass sie wieder dazu zurückkehren, in Wohnimmobilien in Deutschland zu investieren, statt Schrottpapiere in den USA zu kaufen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn das einige in den letzten zehn Jahren gemacht hätten, stünden wir heute besser da.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, einen Moment bitte. Sie sind so gefragt, wir lassen Sie noch nicht weg.

Ich möchte nur daran erinnern, Herr Staatsminister, dass die Redezeit zur Erwidering ebenfalls auf zwei Minuten begrenzt ist. Ich bitte, das zu beachten.

Jetzt kommt noch eine Zwischenintervention des Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Staatsminister, darf ich Sie darauf aufmerksam machen: Wenn Sie als Freistaat Bayern dieselben Anstrengungen im Wohnungsbau unternehmen würden, wie sie die Landeshauptstadt München in den letzten Jahren unternommen hat, hätten wir das Defizit im sozialen Wohnungsbau mit Sicherheit nicht.

(Georg Schmid (CSU): Deswegen haben wir ja in München Probleme, sonst nirgends!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Lieber Herr Kollege Wörner, ich habe durchaus Respekt vor dem Engagement der Landeshauptstadt München. Aber Sie werden nicht behaupten wollen, dass zum Beispiel der Sozialbericht ausweisen würde, dass München allein insofern eine Insel der Seligen ist und es dort keine Probleme gibt.

(Georg Schmid (CSU): Ganz im Gegenteil!)

- Sondern ganz im Gegenteil, sich die Probleme dort in ganz besonderer Weise kristallisieren. Nach wie vor gilt beispielsweise auch, dass das größte Defizit an Kindergartenplätzen in der Landeshauptstadt München zu beklagen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Diskussion können wir also gerne noch fortführen, Herr Kollege Wörner.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zu verschiedenen "Leibesübungen". Wir sind jetzt entre nous,

(Allgemeine Heiterkeit)

zumindest, was die Besetzung der Tribüne anbelangt - Leibesübungen in Form von Abstimmungen selbstverständlich.

Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich darf Sie außerdem daran erinnern, dass sich an die Abstimmung zu diesen beiden Tagesordnungspunkten die Abstimmung zur Eingabe anschließt. Dazu findet keine Aussprache mehr statt.

Ich bitte um Konzentration. Es wäre schade, zumindest aus Ihrer Sicht, wenn der Haushalt jetzt nicht beschlossen würde.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 03 A, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/298 mit 309, 694 mit 697 und 704 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/886, zugrunde.

Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung, Drucksache 16/886, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 A mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Freien Wähler, die SPD und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 03 A mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wählern und der SPD. Gegenstimmen bitte ich ebenfalls anzuzeigen. - Stimmenthaltungen? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/886, weise ich darauf hin, dass damit der Änderungsantrag auf Drucksache 16/704 hinsichtlich "Einsparung bei BOS-Digitalfunk" seine Erledigung gefunden hat.

Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 5. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2009/2010, Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/296, 310 mit 314, 704, 877 und 889 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 16/952, zugrunde.

Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung, Drucksache 16/952, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 B mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine.

Der Einzelplan 03 B mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen ist somit angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen auch hier vor.

(siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt auch hier der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor: "Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und der SPD. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen - Drucksache 16/952 - weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/310, 16/877 und 16/889 sowie der Änderungsantrag auf der Drucksache 16/704 hinsichtlich "Bestandserhaltung von Staatsstraßen" ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 03 B ist damit abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Abstimmung
über die Eingabe betreffend Beschwerde gegen die
Erweiterung eines Betriebsgebäudes mit
gastronomischer Einrichtung (EB.0024.16.B)**

Die Aussprache hierzu hat, wie ich schon sagte, bereits in der letzten Plenarsitzung am vergangenen Donnerstag stattgefunden. Heute ist über die aufgerufene Eingabe nur noch abzustimmen.

Nach der Geschäftsordnung ist unserer Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Das ist ebenfalls bekannt. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

Wer dem Votum des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wählern und der SPD.

(Zuruf von der FDP: Teile der Fraktion!)

Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und drei Abgeordnete der Freien Wähler.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Stimmenthaltungen bitte ich auch noch anzuzeigen. - Keine. Damit wurde dem Votum des Ausschusses entsprochen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 a auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Ausführung des
Lebenspartnerschaftsgesetzes (AGLPartG)
(Drs. 16/744)
- Erste Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen
Hochschulgesetzes, des Bayerischen
Hochschulpersonalgesetzes, des Bayerischen
Hochschulzulassungsgesetzes und anderer
Gesetze (Drs. 16/970)
- Erste Lesung -**

(Unruhe)

(Unruhe)

- Ich bitte noch um kurze Konzentration. Wir sind gleich bei den Redebeiträgen, dann kann man sich wieder etwas entspannen.

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden beiden Gesetzentwürfe mit den vom Ältestenrat als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt.

Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen.

Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit war der Überweisungsbeschluss einstimmig. Die Gesetzentwürfe werden damit diesen Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 b auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes
(Drs. 16/954)
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Frau Huml, ich bitte Sie nach vorne.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium):
Liebes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kolle-

gen! Zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes Folgendes: Ich möchte direkt mit den Grundsätzen der Neuregelung einsteigen, denn wir wollen damit zum einen nachvollziehbare und praktikable Lösungen finden und zum anderen den bayerischen Grundsatz "Leben und leben lassen" weiterhin unterstützen.

(Beifall bei der CSU und FDP)

Zugleich orientiert sich die Novelle aber an dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. Wir wollen auch bundesweit vergleichbare Regelungen finden. Gleichzeitig soll natürlich das hohe Niveau des Nichtraucher-schutzes erhalten bleiben. Das ist mir als Ärztin sehr wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das heißt: Wasch mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die Regelung sieht vor: Dort, wo Menschen alternativlos zusammenkommen, bleibt das Rauchverbot erhalten. Wo man hingegen die Entscheidung selber treffen und den Aufenthaltsort in der Freizeit selbst und eigenverantwortlich bestimmen kann, ist das absolute Rauchverbot nicht zwingend notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Das heißt im Klartext: Das Rauchverbot bleibt erhalten in öffentlichen Gebäuden, in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, in Einrichtungen des Gesundheitswesens, in Heimen, an Flughäfen usw. In den Bereichen des öffentlichen Lebens gilt also weiterhin ein Rauchverbot. Wer aber zum Beispiel in seiner Freizeit in eine Gaststätte geht, geht freiwillig dorthin, das ist seine eigene Entscheidung. Dort wird das Rauchverbot entsprechend verändert.

Eckpunkte der Änderung sind: In Bier-, Wein- und Festzelten sowie Festhallen ist das Rauchen wieder generell erlaubt. Wichtig ist, dass es dabei auf die kurze Stand- und Betriebszeit ankommt. Zum anderen ist das Rauchen wieder in der getränkegeprägten Einraumgastronomie erlaubt. Aber auch da gibt es bestimmte Vorgaben. Die Gaststätte darf zum Beispiel nur aus einem Raum bestehen, welcher kleiner als 75 Quadratmeter sein muss. Der Zutritt dieser Einraumgaststätte ist Kindern und Jugendlichen nicht gestattet. Eine deutliche Kennzeichnung als Raucherlokal ist notwendig.

Sie alle haben mitbekommen, dass es gerade über den Begriff "getränkegeprägt" Diskussionen gegeben hat. Wir haben den Begriff "getränkegeprägt" gerade deshalb in den Gesetzentwurf aufgenommen, weil dieser Begriff auch im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes

steht. Wir wollen Ihnen natürlich ein Gesetz vorlegen, das verfassungsgemäß ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Weil es mehr Bürokratie schafft! - Margarete Bause (GRÜNE): Verfassungsgerichte schreiben nicht das Saufen vor!)

"Getränkegeprägt" bedeutet im Grunde genommen vor allem eines - auch das ist wichtig -: Es geht darum, im ersten Augenblick zu sehen, was dort Vorrang hat: die Getränke oder die Speisen. Was Vorrang hat, kann man zum Beispiel daran sehen, ob viele Barhocker vorhanden sind und die Speisen eine untergeordnete Nebenleistung darstellen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Barhocker, das ist gut!)

Es geht nicht darum zu sagen, wir wollen vom Wirt irgendeine Abrechnung sehen, um dann feststellen zu können, ob er mehr Getränke ausgeschenkt oder mehr Speisen ausgegeben hat. Es geht vielmehr darum, im Vollzug feststellen zu können, ob die Gaststätte getränkegeprägt ist. Dabei geht es uns vor allem um das Aussehen der Gaststätte und darum, dass die Speisen dort eine untergeordnete Rolle spielen.

Aber kommen wir nun von der Einraumgaststätte zur Gaststätte mit verschiedenen Nebenräumen, sprich zur Mehrraumgastronomie. Bei der Mehrraumgastronomie ist es so, dass dort das Rauchen wieder erlaubt sein soll, und zwar dort, wo eben ein Nebenraum ist. Nebenraum sagt ja schon, dass es eben ein Nebenraum sein muss und dass selbstverständlich zu diesem Nebenraum Minderjährige keinen Zutritt haben sollen, dass er gekennzeichnet sein muss und eine klare Abtrennung zum Hauptraum vorhanden sein muss. Es ist ganz wichtig, dass es wirklich ein echter Nebenraum ist. Diese Nebenraumlösung gilt nicht nur für die Mehrraumgaststätte, sondern auch für die Diskotheken, wo ein Nebenraum zum Raucherraum werden kann. Allerdings darf dort keine Tanzfläche sein.

Kommen wir zu den Raucherclubs. Die Raucherclubs erübrigen sich nach dem neuen Gesetz, und zwar deshalb, weil die Formulierung "soweit öffentlich zugänglich" entfällt. Das heißt aber, dass trotz alledem, wenn eine Familie ein privates Fest feiern würde, man dort weiterhin selbstverständlich rauchen könnte.

Wir haben auch noch neu die sogenannte Innovationsklausel aufgenommen. Diese Innovationsklausel besagt, dass auch dann Ausnahmen vom Rauchverbot möglich sein können, wenn durch technische Vorkehrungen ein vergleichbarer Schutz wie beim Nichtrauchen möglich wäre. Wenn dies technisch möglich sein sollte, dann können wir weitere Ausnahmen machen.

(Zuruf von der SPD: Lächerlich!)

Das heißt, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wurde eine Regelung gefunden, die sowohl der Liberalitas Bavariae als auch dem hohen Gut des Gesundheitsschutzes gerecht wird. Gerecht deshalb, weil wir sehr viel Wert darauf legen, dass Jugendliche zu allen Räumen, wo das Rauchen erlaubt ist, keinen Zutritt haben.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Änderungsgesetz.

(Beifall bei der CSU - Karl Freller (CSU): Sehr gut!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Ich bitte Sie wirklich, in den letzten eineinhalb Stunden - es ist für uns alle sehr anstrengend - die Gespräche einzustellen. Das ist gesundheitsfördernd.

Ich eröffne die Aussprache. Pro Fraktion stehen fünf Minuten zur Verfügung. Ich bitte Frau Sonnenholzner als erste Rednerin ans Pult.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Wir haben uns in diesem Hause schon sattsam über das Risiko unterhalten, das der Konsum von Tabakprodukten beinhaltet, über die zahlreichen negativen medizinischen Konsequenzen in Form von malignen Tumoren, in Form von Schlaganfällen, in Form von Schädigungen von Föten und Embryonen, wenn Schwangere rauchen, um nur einige zu nennen. Wir haben uns auch schon darüber unterhalten, dass es, obwohl insgesamt die Zahlen rückläufig sind, beunruhigende Steigerungsraten bei Jugendlichen gibt, die rauchen, insbesondere von weiblichen Jugendlichen.

Wir haben uns auch schon oft darüber unterhalten, dass es nicht nur Schäden bei denen gibt, die Tabakprodukte konsumieren, sondern auch bei denen, die vom Rauchen passiv betroffen sind.

Jetzt ist der Herr Fraktionsvorsitzende Schmid nicht mehr da.

(Simone Tolle (GRÜNE): Aha!)

Ich kann ihn verstehen. An seiner Stelle wäre ich auch gegangen.

(Beifall bei der SPD)

Das war nämlich genau der Grund, Kolleginnen und Kollegen, für das - ich zitiere - "schärfste und beste Gesundheitsschutzgesetz in Deutschland".

Wir haben als Parlament dafür zu sorgen, dass der Schutz der Nichtraucherinnen und Nichtraucher gewährleistet ist. Wir haben dafür zu sorgen, dass das Nichtrauchen in dieser Gesellschaft vorbildhaft ist und

nicht das Rauchen, und wir haben die Prävention entsprechend zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Was wir hier erleben, Kolleginnen und Kollegen, ist wahrlich keine Sternstunde des Parlamentarismus, sondern es ist eine Bankrotterklärung.

(Beifall bei der SPD)

Worum es Ihnen geht, Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktion, ist doch, dass Sie Angst haben, dass Sie bei der nächsten Wahl wieder wenig Wählerstimmen kriegen, nicht weil Sie aus sachlichen Gründen davon überzeugt sind, dass dieses Gesetz zu ändern ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss Ihnen auch sagen, dass eine Ärztin für die Staatsregierung dieses Gesetz begründet, das halte ich wirklich für einen Skandal.

(Beifall bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist ja niemand mehr da von der Staatsregierung!)

- Ja, die anderen sind nicht da. Das macht es nicht besser. Allen denen, die tatsächlich meinen, dass der Raucherschutz eine Rolle gespielt hat, sage ich: Schauen Sie sich doch die Ergebnisse des Herrn Bergmüller von den Freien Wählern an, der mit einer Riesenpropaganda oberbayernweit damit total gescheitert ist. Selbst unter diesem Aspekt wird er nicht gewinnen.

Der Herr Ministerpräsident, der leider auch nicht mehr da ist, sagt "Leben und leben lassen". Das ist ein schönes Motto. Aber bei dem, was Sie hier tun, ist eher der James-Bond-Titel "Leben und sterben lassen" das Argument. Denn Sie stellen einen mühsam erreichten Konsens wieder infrage.

(Beifall bei der SPD)

- Klatscht nicht so viel, ich habe nicht so viel Zeit.

(Heiterkeit des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Was jetzt passiert, ist, dass Anarchie in den bayerischen Gaststätten herrscht, dass ab 23 Uhr überall geraucht wird, völlig wurscht, ob "getränkegeprägt" oder "essensgeprägt" oder was auch immer. Was passiert, ist, dass Jugendliche in Discos bis 3 Uhr bleiben, weil sie sich mit Ausnahmetatbeständen in geschlossenen Gesellschaften aufhalten, was dem Jugendschutz in Bezug auf die Dauer des Aufenthalts widerspricht, und die dort auch Rauch ausgesetzt sind.

Sie wollen, dass die Nebenräume abgetrennt sind. Wie funktioniert das? Es passiert schon überall, dass in Nebenräumen geraucht wird. Da steht die Tür offen, weil die Bedienung nicht für jeden Schweinsbraten extra laufen will und weil sie es sonst nicht schafft, zu bedienen.

Frau Staatssekretärin, das Beispiel mit den Barhockern, das Sie gebracht haben, war ja wunderschön. Wenn jeder Gast mit dem Barhocker in eine Speisegaststätte geht, dann darf überall geraucht werden, oder wie stellen Sie sich das vor? Und was ist - da wird es wieder ernster - mit den Beschäftigten in den Nebenräumen oder in den Einraumgaststätten? Für die ist es auch alternativlos, sich da aufzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die können sich dem nur leider nicht entziehen. Schauen Sie sich die Studie der LMU über das ansteigende Risiko der Beschäftigten in der Gastronomie an, an Lungenkrebs zu erkranken.

Richtig zynisch wird es, Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie diese Maßnahmen mit dem Hinweis auf folgerichtige Ausnahmen als Konsequenz auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil begründen. Das Bundesverfassungsgericht hat eindeutig das Primat des Gesundheitsschutzes in den Vordergrund gestellt. Wenn Sie folgerichtig hätten handeln wollen, dann hätten Sie die Ausnahmen aus dem bestehenden Gesetz streichen, aber nicht neue Ausnahmetatbestände hineinbringen sollen, die medizinisch und hinsichtlich des Gesundheitsschutzes unsinnig sind und auch von den Verwaltungen so nicht zu kontrollieren sind.

(Beifall bei der SPD)

Das Einzige, das wir Ihnen empfehlen können: Ziehen Sie diesen unsinnigen Gesetzentwurf zurück.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Sonnenholzner. Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Dr. Zimmermann.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Noch ein Arzt!)

Dr. Thomas Zimmermann (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche anfänglich die Kolleginnen und Kollegen an, die in der vergangenen Legislaturperiode bereits diesem Hohen Haus angehört haben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wir erinnern uns gut an Ihre Rede!)

- Ja freilich, ich auch. Ich traue mich aber trotzdem, hier rauszugehen. Das ist meine große Stärke in solchen Dingen,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

dass ich versuche, Ihnen klarzumachen, Kolleginnen und Kollegen, dass die Situation etwas differenzierter zu beurteilen ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, es ist ja nett, dass Sie, nachdem es nach 20 Uhr ist, diese "Unterhaltungssitzung" heute Abend wieder in die richtige Richtung zur Ernsthaftigkeit lenken wollen. Ich muss Ihnen sagen, dieses Thema ist grundsätzlich zu ernst, um am späten Abend noch in dieser Art und Weise diskutiert zu werden.

Die Kolleginnen und Kollegen haben in der letzten Legislaturperiode mit großer Mehrheit - CSU, SPD und GRÜNE -, wie ich immer sagte, ein schneidiges, gutes Gesundheitsschutzgesetz verabschiedet.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU, der SPD und der GRÜNEN)

Allerdings, Kolleginnen und Kollegen, muss man auch die Entwicklung hin zu dem Gesetz nüchtern und ohne Schaum vor dem Mund wieder einmal Revue passieren lassen, um dann abzuwägen, was daraus abzuleiten ist. Erinnern Sie sich, dass die Ersten, die angefangen haben, an unserem Gesundheitsschutzgesetz zu nörgeln, eigenartigerweise die in München nicht ohne Respekt angesehenen Wies'n-Wirte waren.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Ja, sieben Menschen!)

- Das war so, Frau Kollegin Sonnenholzner.

Sie erinnern sich, dass die Wies'n-Wirte damals der Meinung gewesen waren, sie könnten das Nichtraucherschutzgesetz auf dem Oktoberfest nicht umsetzen, und sie stellten in den schillerndsten Farben dar, was passieren könnte. Ich hatte den Münchener Wies'n-Wirten mehr Fantasie zugetraut, nachdem ich wusste, dass Wies'n-Wirte Versuche unternommen haben, aus einem Gickerl drei halbe Hendl zu machen. Ich dachte also, sie hätten mehr Esprit, um das Gesetz auszuführen. Dann kam noch die Landeshauptstadt München als Veranstalter des Oktoberfestes. Sie hat in mehreren Schreiben an den damaligen Innenminister abgesetzt, dass die Landeshauptstadt München als Veranstalter eines der größten Volksfeste der Welt die Verantwortung für dieses Gesetz nicht übernehmen könne, und man möge speziell das Oktoberfest ausnehmen. Was geschehen ist, wissen wir alle. Damit aber nicht genug.

Dann ist diese Situation tatsächlich passiert. Ich erinnere an unseren ehemaligen Kollegen Joachim Wahn-schaffe, hochgeschätzter Sozialpolitiker, der damals in seiner Eigenschaft als langjähriger Richter uns im sozialpolitischen Ausschuss hat wissen lassen, dass der Terminus "öffentlich zugänglich" letztendlich nicht mit dieser Hintergrundsituation so interpretiert werden könne, was daraus geworden ist. Das war der nächste Pferdefuß.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Man hätte reagieren müssen!)

- Ich sage ganz offen, ich war auch dabei. Wenn Sie mich, Frau Sonnenholzner, darauf hingewiesen hätten, welche Möglichkeiten von dem Terminus "öffentlich zugänglich" abgeleitet werden können und Sie uns schon damals darauf hingewiesen hätten, wären wir sicherlich schlauer gewesen und hätten das eine oder andere von vorneherein nicht gemacht.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind heute in der Situation, feststellen zu müssen, dass die Compliance der Bevölkerung zu diesem Gesetz nicht in dem Ausmaß gegeben war, wie wir Gesundheitspolitiker das erwartet hatten. Das muss festgehalten werden.

Ich muss immer wieder sagen: Gerade die Landeshauptstadt München und deren Leiter der Kreisverwaltungsbehörde hatten einen ganz wesentlichen Anteil, dass die Umsetzung des Gesetzes in Zweifel gezogen,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

die Durchführbarkeit als nicht gegeben angesehen wurde und wir letztendlich eine Situation hatten, dass sich auch die Medien der Ablehnung des Gesetzes immer stärker zugewandt haben.

Ich glaube, die Fachdebatte führen wir nicht nach 20.00 Uhr hier, in einer etwas aufgeregten Stimmungslage, sondern ganz nüchtern und ruhig, wie wir das gewohnt sind, im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit. Wir werden die einzelnen Argumente austauschen, und Sie werden sehen, meine Damen und Herren, dass wir wegen der Reaktion der Bevölkerung eine Situation vorfinden werden, die es ermöglicht, dass in den bayerischen Gasthäusern endlich wieder Frieden einkehrt.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Darf ich davon ausgehen, dass Sie dann auch zum Gesetz reden werden?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nächste Wortmeldung: Herr Aiwanger von den Freien Wählern.

Hubert Aiwanger (FW): Herr Dr. Zimmermann, ich kann mich erinnern, dass wir in München vor den Wies'n-Wirten zu diesem Thema gesprochen und Sie mit breiter Brust Ihr Gesetz verteidigt haben. Leider ist dieses Gesetz jetzt Schall und Rauch.

Ich bedaure es sehr, dass Kollege Georg Schmid nicht mehr anwesend ist; denn er hat vorhin gesagt, es gehöre zum guten Stil, hier anwesend zu sein, wenn ein anderer spricht.

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Sei es drum, ich habe keinen Grund auf Herrn Schmid böse zu sein. Schließlich hat er mit der Einführung des Nichtraucherschutzgesetzes zum guten Wahlergebnis der Freien Wähler beigetragen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, Herr Schmid hat damals gesagt, es werde durchregiert und das Gesetz werde durchgezogen. So ist es gewesen. Die Änderung, die heute auf dem Tisch liegt, ist gut gemeint und geht in vielen Dingen in die richtige Richtung - das sage ich ganz offen. Die Freien Wähler waren immer der Meinung, dass die Entscheidungskompetenz des Wirtes gestärkt werden muss. Die Bevormundung im alten Gesetz war zu stark.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler und der FDP)

Die Praxis hat gezeigt, dass das Gesetz nicht funktioniert und zu einer unsäglichen Bürokratie geführt hat, gipfelnd in der Situation, dass sich Kommunen in der Zwangslage befanden, schlussendlich mit der Polizei kontrollieren zu müssen, ob die Leute in einem Raucherclub wirklich anwesend sein dürfen. Nicht wenige der Bürger haben am eigenen Leib erfahren, einem Raucherclub beitreten zu müssen, wenn Sie als Nichtraucher in einem Gasthaus essen gehen wollten, obwohl dort niemand geraucht hat. Das ist mir in München mehrmals passiert. Das Gesetz hat also das Ziel nicht erreicht, das erreicht werden sollte.

Am gegenwärtigen Gesetzesvorschlag ist die Passage des Ausdrucks "getränkegeprägt" zu kritisieren. Zwar wird im Vorfeld gesagt, das sei lediglich ein "Mauerblümchen-Artikel", weil das nicht so streng kontrolliert und nicht genau genommen werde. Ich frage Sie: Warum schreiben Sie das in das Gesetz?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Entscheidungskompetenz des Wirtes stärken wollen, lassen Sie

diesen Passus ersatzlos weg. Er bringt keine Neuerungen.

Worum geht es uns im Wesentlichen? - Nichtraucherschutz ist wichtig. Nichtraucherschutz ist ein elementarer Bestandteil unserer Politik. Es hat sich aber gezeigt, dass das alte Gesetz nicht greift. Der Wirt konnte sein Wirtshaus in einen Raucherclub umwidmen. Dort ist geraucht worden. Mit der neuen Situation wird meiner Meinung nach nicht mehr geraucht werden. In der ganzen Debatte kommen die technischen Möglichkeiten zu kurz, die beitragen könnten - Stichwort Mitarbeiterschutz - wirklich gute Luft in Wirtshäusern zu erreichen, auch wenn geraucht wird.

Weiterhin ist wichtig - das geht über das Gesetz hinaus -, Vorstöße zu unternehmen, die Beimengung suchtschädigender Mittel zum Tabak zu verbieten. Das war bis in die 1970er-Jahre verboten und wurde dann erlaubt. Die Tabakindustrie ist sehr erfinderisch, diverseste Mittel beizumischen, um die Leute abhängiger zu machen. Wenn wir uns politisch mehr in diese Richtung bewegen und aktiver werden, um die Abhängigkeitsverhältnisse zurückzudrängen, ist sehr viel passiert.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ansonsten muss die Aufklärung in Richtung Gesundheitserziehung, verantwortungsvoller Umgang mit dem Thema Drogen gehen. Mir scheint Nachbesserungsbedarf gegeben zu sein.

Das vorliegende Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung, enthält aber Passagen, die nicht praxisgerecht sind. Das werden Sie nach einiger Zeit feststellen müssen. Wir bitten, darüber hinaus weitere gesundheitspolitische Aktionen anzustoßen und die Beimengung suchtschädigender Stoffe einzuschränken.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nächste Wortmeldung: Herr Dr. Christian Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben am 28. Mai 2009 im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit ausführlich Zeit, das Gesetz umfassend zu beraten. Einige Punkte möchte ich heute Abend aber schon anbringen.

Die Debatte läuft nicht seit heute und gestern, sondern sie läuft in diesem Hause schon seit einigen Jahren. Die CSU hat eine halbe Ewigkeit gebraucht, bis sie in der letzten Legislaturperiode mit einem Gesetzentwurf zum "Ablaichen" gekommen ist. Er wurde mit großem Tamtam von Herrn Georg Schmid als strengstes Gesundheitsschutzgesetz in ganz Deutschland angekün-

digt. Er hat sich mitsamt der CSU-Fraktion dafür feiern lassen.

Kollege Dr. Zimmermann hat vorhin gesagt, dass ein schneidiges und gutes Gesetz verabschiedet worden sei. Diese Meinung teile ich durchaus. Jetzt knicken Sie ein. Ich finde, hier läuft ein Trauerspiel.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 30. Juli 2008 15 Landesgesetze kritisiert und im Prinzip kassiert. Das einzige Gesetz, das vom Bundesverfassungsgericht gelobt wurde, war das bayerische Gesetz. Wenn Sie nun in Ihrer Lösung schreiben "durch die Änderung des Gesundheitsschutzgesetzes orientiert am Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 2008", dann verstecken Sie sich hinter dem Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht hat das bayerische Gesetz nicht kritisiert. Das brauchten Sie überhaupt nicht in Ihren Entwurf hineinzuschreiben. Sie nehmen zwar auf, was den anderen erlaubt wurde, aber es ist nach dem Bundesverfassungsurteil überhaupt kein Grund dafür vorhanden, das bayerische Gesetz zu ändern.

Ich sehe in der jetzt vorgelegten Novellierung eine ganz deutliche Schwächung des Nichtraucherschutzes in Bayern. Das muss man klar und deutlich sagen.

Ich habe mich mit sehr vielen Wirten nicht nur bei mir zu Hause, sondern auch in anderen Landkreisen unterhalten. Der ganz überwiegende Anteil der Wirte möchte die jetzige gesetzliche Regelung beibehalten; denn sie ist klar und nachvollziehbar. Sie hat vielleicht, was die Raucherclubs anbelangt, einen kleinen Webfehler, aber im Großen und Ganzen ist diese gesetzliche Regelung in Ordnung.

Was Sie mit der Novelle vorhaben, produziert ein unüberschaubares, nicht nachvollziehbares Chaos in den Wirtschaftshäusern. Es kann also nicht in unserem Sinne sein, in diese Richtung zu gehen.

Ihr Entwurf enthält so völlig ungeklärte Begriffe wie "getränkegeprägt". Was bedeutet getränkegeprägt? Wie wollen Sie das kontrollieren? Wie wollen Sie diese Kontrolle vollziehen? Der Wirt sagt, meine Gaststätte ist getränkegeprägt, also geht das. Und die Kollegin Sonnenholzner hat auch schon gefragt, wie Sie die Nebenräume abtrennen wollen. Wenn die Türen offen sind, wie wollen Sie diese Kontrolle vollziehen? Heute haben Sie schon das Problem, zu kontrollieren, ob einer 16, 17 oder 18 Jahre alt ist. Sie wären dann als Wirt permanent am Kontrollieren, ob der Jugendliche in eine Rauchergaststätte darf oder nicht. Sie würden damit den Wirten Aufgaben auf, die die Wirte permanent in den Clinch mit den Ordnungsbehörden bringen, wenn diese dieses neue Gesetz vollziehen sollen. Ferner wollen Sie in den Oktoberfestzelten und den sonstigen

Volksfestzelten ein uneingeschränktes Rauchen erlauben. Dort gibt es dann überhaupt keinen Nichtraucherschutz mehr, weder für das Personal noch für die Kinder. Denn in gewisser Hinsicht sind solche Treffpunkte gerade auf den Dörfern, wo solche Feste stattfinden, alternativlos im Sinne des Gesetzes; denn die Leute wollen sich dort mit anderen treffen. Es ist alternativlos, da es ein fester Punkt im Leben einer Kommune ist. Der Schutz des Personals ist damit also nicht geregelt; in dem Gesetzentwurf findet sich dazu überhaupt nichts.

Wenn wir den Gesetzentwurf so beschließen, wie er heute vorliegt, gäben wir unser Recht, einzugreifen, zum großen Teil aus der Hand. Wird doch unter Nummer 2 des Entwurfs im Artikel 5 ein Absatz 2 folgenden Inhalts angefügt:

Durch Rechtsverordnung des Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit können weitere Ausnahmen zugelassen werden, wenn durch technische Vorkehrungen ein dem Rauchverbot vergleichbarer Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens geleistet werden kann.

Was das alles bedeuten kann, kann heute keiner von uns überschauen. Es wird Leute geben, die entsprechende Anträge stellen werden. Wir haben dann nicht mehr mitzureden; denn wir geben unsere Rechte aus der Hand. Das Ministerium wird für sich alleine per Rechtsverordnung die Entscheidungen treffen, und wir haben, wie gesagt, nichts mehr mitzureden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich feststellen: Wir haben ganz erhebliche Probleme mit diesem Gesetzentwurf. Wir werden ihn am 28. Mai ausführlich im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Gesundheit diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Leben und leben lassen, das ist nicht nur der Wahlspruch von uns Bayern, sondern das ist auch unsere liberale Grundüberzeugung.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Leben und leben lassen, mit diesem Grundsatz war ein überzogenes bürokratisches Rauchverbot nicht vereinbar, das staatliche Reglementierungen in Bereiche ge-

tragen hat, wo staatliche Zurückhaltung angebracht ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben es nie bestritten: In Gebäuden, die man aufsuchen muss, in Gerichten, in Rathäusern, in Ämtern und Behörden, in Krankenhäusern muss es ein absolutes Rauchverbot geben. Dort muss derjenige, der diese Gebäude aufsucht, vor dem Passivrauchen geschützt bleiben.

Wir sagen aber genauso: In Gebäuden, die man als freier Bürger freiwillig aufsucht, in der Freizeit, ist es nicht Sache des Staates, Regelungen zu treffen. Hier ist in erster Linie der Inhaber des Hausrechts in der Verantwortung, eine Entscheidung zu treffen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb haben wir Liberale unser Wahlversprechen gehalten. Wir Liberale haben das starre und bevormundende Rauchverbot zu Fall gebracht und haben jetzt für eine vernünftige Regelung mit Augenmaß gesorgt.

(Beifall bei der FDP)

Es wird wieder freier werden in Bayerns Gaststätten, und das ist gut so.

(Zurufe von der SPD)

Dieses Gesetz ist eine Absage an das Denunziantentum, das das alte Gesetz gebracht hatte; denn noch nie haben sich so viele Menschen als freiwillige Spitzel und Hilfspolizisten gemeldet wie nach diesem Gesetz.

(Beifall bei der FDP - Kathrin Sonnenholzner (SPD): So ein Schmä! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Dieses Gesetz ist aber auch eine Absage an die Scheinheiligkeit; denn wie anders als scheinheilig wollen Sie es bezeichnen, ein Rauchverbot offen zu statuieren, aber über die Hintertüre zahlreiche Raucherclubs zuzulassen,

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

wo diejenigen, die nicht rauchen, für das Qualmenlassen noch Eintritt zahlen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Gesetz ist eine Absage an den Irrglauben, jeden Lebensbereich mit staatlicher Verbotspolitik regeln zu können. Das funktioniert nicht.

Ich sage zu Ihnen, Frau Sonnenholzner: Wenn Sie meinen, die Anarchie breche in den Gaststätten aus, weil das Rauchverbot aufgehoben wird, dann haben Sie ein anderes Staatsverständnis als wir.

(Beifall bei der FDP - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Vielleicht lesen Sie mal nach, was ich dazu wirklich gesagt habe! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Dieses Gesetz ist aber auch eine Absage an eine Politik, die versucht, Gesetze gegen die Menschen und über die Köpfe der Menschen hinweg zu machen. Die Menschen in Bayern haben bei der letzten Landtagswahl klar darüber abgestimmt, was sie wollen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie das noch nicht verstanden haben, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dann schauen Sie sich doch einmal Ihre Wahlergebnisse an.

(Beifall bei der FDP - Zurufe der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

Wir haben gemeinsam mit dem Koalitionspartner für einen Gesetzentwurf gesorgt, der den Bedürfnissen der Menschen Rechnung trägt. Ich möchte aus den vielen Dingen, die schon angesprochen worden sind, zwei Aspekte noch einmal herausgreifen.

Wir haben dafür gesorgt, dass Betreiber getränkegeprägter Einraumgaststätten mit einer Fläche bis zu 75 Quadratmetern selbst entscheiden dürfen. Der Begriff "getränkegeprägt" stammt nicht aus unserer Wunschliste, sondern aus den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, die wir einhalten wollen, um ein verfassungskonformes Gesetz in Bayern zu erlassen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Wir haben noch etwas durchgesetzt, nämlich die Innovationsklausel. Gemeinsam mit dem Kollegen Tobias Thalhammer haben wir im Umweltministerium lange verhandelt. Wir haben durchgesetzt: Wenn Wirte in ihrem Betrieb durch moderne Luftreinigungsgeräte einen dem Rauchverbot vergleichbaren Nichtraucher-schutz gewährleisten, dann können ebenfalls Ausnahmen vom Rauchverbot gewährt werden, und damit gibt es keine Gruppe von Gastwirtschaften, die bei diesem Gesetz durch das Raster fällt.

(Beifall bei der FDP - Unruhe und Zurufe bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Meine Damen und Herren, seien Sie doch bitte ein bisschen

leiser und hören Sie den spannenden Ausführungen des Kollegen zu.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Wir vertrauen der Zusage des bayerischen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit, bis zum 01.08. eine praktikable Lösung zu finden, bei der diese Innovationsklausel umgesetzt wird.

(Beifall bei der FDP)

Es ist Zeit für mehr Freiheit in den Gaststätten.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Nein!)

Ich freue mich, dass wir dieses Gesetz auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Dann ist das so beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 8 und 9, das sind die beiden Initiativgesetzentwürfe der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes auf den Drucksachen 16/13 und 16/15 werden im Einvernehmen mit allen Fraktionen von der Tagesordnung abgesetzt. Sie sollen erst in der Plenarsitzung am 22. April 2009 beraten werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Kfz-Kennzeichenscanning) (Drs. 16/66) - Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Den ersten Redebeitrag wird Frau Kollegin Tausendfreund leisten.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Gesetzentwurf wollen wir die jetzige Regelung zum Kfz-Kennzeichenscanning aus dem Polizeiaufgabengesetz streichen; dies vorweg. Artikel 33 Absatz 2

Satz 5 des Polizeiaufgabengesetzes regelt, dass die Kennzeichenerfassung nicht flächendeckend eingesetzt werden darf. Allerdings ermöglicht Artikel 33 Absatz 2 genau dies. Hier wird ein Scheunentor für das automatisierte Verfahren zur Erfassung von Autokennzeichen, von Ort, Zeit und Fahrtrichtung aufgerissen; denn immer dann, wenn die Polizei eine Identitätsfeststellung vornehmen darf, ist auch das Kennzeichenscanning zulässig, also ganz allgemein zur Abwehr einer Gefahr, ohne dass die Gefahr genauer konkretisiert wird. Das kann auch eine rein abstrakte Gefahr sein. Das Kennzeichenscanning kann durchgeführt werden an sogenannten gefährlichen Orten oder an gefährdeten Objekten, an Kontrollstellen nach der Strafprozessordnung oder nach dem Versammlungsgesetz oder überall dort, wo die Schleierfahndung zulässig ist. Sie sehen, das ist ein Freibrief. Dieses Mittel kann immer und überall eingesetzt werden.

Die Datenerhebung ist flächendeckend möglich. Sie mag vielleicht allein aus Kostengründen nicht flächendeckend eingesetzt werden, aber darauf kommt es nicht an, sondern darauf, dass wir eine verfassungsgemäße Regelung wollen, welche die Rechte der Bürgerinnen und Bürger wahrt.

Davon zu unterscheiden ist die Frage, wie es dann weitergeht. Wenn die Daten erhoben sind, kommt es zum Datenabgleich. Auch der Fahndungsbestand, mit dem die Daten abgeglichen werden dürfen, ist sehr, sehr weit gefasst. Der Abgleich darf stattfinden, um gestohlene oder abhanden gekommene Fahrzeuge ausfindig zu machen, wobei mir bisher noch niemand erläutern konnte, wie ein Fahrzeug abhanden kommen kann, wenn es nicht gestohlen worden ist. Auch der Abgleich mit Daten von zur Beobachtung und Fahndung ausgeschriebenen Personen oder mit ausländerrechtlichen Fahndungsdateien darf stattfinden. Das Feld der Daten, mit denen der Abgleich stattfinden kann, ist also sehr weit.

Das Verfassungsgericht hat jedoch festgelegt, dass keine Überwachung ins Blaue hinein stattfinden darf. Wir meinen, dass hier die Grenze überschritten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Bundesverfassungsgericht hat hier sehr hohe Hürden gesetzt. Als Zweck des Datenabgleichs wird jedoch nach dem Polizeiaufgabengesetz nur eine allgemeine Gefahrenabwehr genannt. Das ist nicht ausreichend und widerspricht dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom März 2008.

Daran ändert sich auch nichts, wenn sie uns versichern, dass die Daten, sofern keine Treffer darunter sind, umgehend und nicht nachvollziehbar gelöscht werden. Es geht auch anders. So hat Brandenburg ein sehr gutes

Gesetz, an das wir uns anlehnen sollten. Dort sind bereits sehr hohe Hürden für die Datenerhebung, also für den ersten Schritt, eingezogen worden. Dafür müssen gegenwärtige Gefahren für Leib und Leben einer Person vorliegen. Sonstige Voraussetzungen sind auch noch aufgeführt. Voraussetzung ist aber immer die Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr.

Ein weiteres Problem stellt die Frage dar, ob Bayern für diese Regelung überhaupt die Gesetzgebungskompetenz hat. Wenn es sich um Strafverfolgungsmaßnahmen handelt, ist der Bund Inhaber der Gesetzgebungskompetenz. Das Verfassungsgericht hat diese Frage in seiner Entscheidung nicht mehr geklärt, weil es darauf nicht ankam. Wenn man sich aber überlegt, zu welchem Zweck das Kennzeichenscanning eingesetzt wird, nämlich zur Suche nach Personen, gegen die bereits Strafverfolgungsmaßnahmen eingeleitet worden sind, wo Haftbefehle bestehen, oder für die Suche nach einem gestohlenen Fahrzeug, wo es eben schon einen Diebstahl gegeben hat, dann zeigt sich, dass wir hier bereits im Bereich von Strafverfolgungsmaßnahmen sind. Dafür sind die Länder einfach nicht zuständig, sondern nur für die Prävention.

Wir halten die gegenwärtige Regelung für völlig überzogen und rechtlich fragwürdig. Deswegen haben wir die Streichung aus dem Polizeiaufgabengesetz beantragt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Dr. Manfred Weiß für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Manfred Weiß (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Gesetzentwurf der GRÜNEN wurde in zwei Ausschüssen des Landtags, im federführenden Innenausschuss und im mitberatenden Rechtsausschuss, eingehend debattiert. In allen Ausschüssen haben die vier anderen Fraktionen den Antrag der GRÜNEN abgelehnt. Die Tatsache, dass Sie sich damit nicht zufriedengeben und die Angelegenheit sogar ins Plenum hochziehen, zeigt, dass Sie wirklich keinem Argument zugänglich sind. Sie haben sich nun einmal festgelegt, und dann kann an Argumenten kommen, was will, Sie nehmen nichts mehr an.

Dennoch will ich kurz erläutern, worum es geht. Es geht darum, entwendete Kraftfahrzeuge sicherzustellen; es geht darum, flüchtige Straftäter, die man in einem bestimmten Fahrzeug vermutet, festzunehmen; es geht darum, Leute von schweren Straftaten abzuhalten, indem man sie vorher mit ihrem Fahrzeug stoppt. Das alles sind polizeiliche Aufgaben, sei es zur Strafverfolgung oder zur Verhinderung von Straftaten.

Dazu könnte die Polizei eine Straße sperren und jedes einzelne Fahrzeug kontrollieren. Dadurch würden sehr viele Menschen in Mitleidenschaft gezogen, die damit gar nichts zu tun haben. Hierbei ist vorgesehen, dass eine Überwachung nicht flächendeckend, sondern nur an ganz bestimmten Stellen stattfindet.

Wenn beim Kfz-Scanning ein Treffer gelandet wird, wird die Aufnahme gespeichert. Wenn also das Kennzeichen eines Fahrzeugs aufgenommen wird, das gestohlen ist oder von dem man vermutet, dass zum Beispiel ein flüchtiger Straftäter drinsitzt, wird die Aufnahme gespeichert und weitergeleitet. Wenn kein Treffer erfolgt, wird überhaupt nichts gespeichert; dann wird die Aufnahme in derselben Sekunde gelöscht. Genau darum geht es. Wir wollen der Polizei die Möglichkeit geben, ihre Aufgabe zu erledigen, ohne dass sie einen allzu großen personellen Einsatz leisten muss.

Es gibt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 11. März des vergangenen Jahres, in der zwei Polizeigesetze, nämlich eines von Schleswig-Holstein und eines von Hessen - also nicht von Bayern -, beanstandet wurden. Genau das, was in dem Urteil gerügt wurde, ist im bayerischen Gesetz nicht gegeben. In der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde gerügt, dass in diesen Landesgesetzen keine Regelung über die Speicherung von Daten enthalten ist, die keine Treffer beinhalten. Bei uns werden solche Daten gar nicht erst gespeichert, sondern sofort wieder gelöscht. Das trifft also nicht zu.

Als zweite Regelung ist enthalten, dass eine flächendeckende Überwachung nicht zulässig ist. Diese Regelung steht im bayerischen Gesetz sogar ausdrücklich. Bei uns ist ganz genau ausgewiesen, unter welchen Umständen in welchen Bereichen ein Kennzeichenscanning stattfinden darf. Die Polizei braucht dieses Mittel. Die Praktiker haben uns gesagt, dass sich das Kennzeichenscanning als nützlich erwiesen hat. Darum bitte ich Sie, den Antrag der GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Harald Schneider für die SPD-Fraktion das Wort.

Harald Schneider (SPD): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen, sehr verehrte Kollegen! Nach der Ersten Lesung vom 3. Dezember 2008 beschäftigen wir uns heute erneut mit dem Kennzeichenscanning. Seit dieser Zeit wurden in Bayern wieder Tausende von Kfz-Kennzeichen automatisch gescannt, aber auch Tausende wurden schon wieder gelöscht, genau wie es den

Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vom 11. März entspricht. Da kann ich mich den Ausführungen des Kollegen Weiß anschließen: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil nur die Regelungen von Hessen und Schleswig-Holstein kritisiert, Bayern wurde aber nicht beanstandet. Diese beiden Länder wurden kritisiert, weil die Eingriffsnorm nicht präzise genug war. Bayern hat sich streng an die Vorgaben des Verfassungsgerichts gehalten. Es ist keineswegs so, dass hier nach dem Muster verfahren wurde, wie es damals Kollegin Stahl formuliert hat: "Der Zweck heiligt die Mittel."

Ich sehe auch nicht, wie Sie, Frau Tausendschön - -

(Allgemeine Heiterkeit)

- Tausendfreund, Entschuldigung -, dass Scheunentore weit geöffnet werden. Das ist absolut nicht der Fall. Bayern muss seine Polizei vielmehr mit allen notwendigen Mitteln ausstatten, um effektiv gegen Straftäter vorgehen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Dabei geht es nicht um die Einschränkung von Bürgerrechten, sondern es geht einzig und allein darum, schnell gegen Straftäter einschreiten zu können. Dies beweisen zahlreiche Festnahmen aufgrund des Kennzeichenscannings.

Ich erinnere mich an die Diskussion, in der die Bedeutung des Kennzeichenscannings von den Freien Wählern heruntergespielt wurde. Sie haben darauf hingewiesen, dass es sich in Hessen bei 400 von 700 Fahrzeugen, die hier aufgrund eines Treffers kontrolliert wurden, nur um Versicherungsdelikte gehandelt hat. Das heißt: Die Fahrzeuge waren nicht versichert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche niemandem hier im Hohen Hause, dass er in einen Unfall verwickelt wird, bei dem der Unfallgegner sein Fahrzeug nicht versichert hat, insbesondere wenn dabei Menschen zu Schaden gekommen sind.

Wichtig ist für mich die Tatsache, dass die Kfz-Kennzeichen, die erfasst wurden, in Sekundenschnelle mit den Fahrzeugfahndungsdaten im Computer abgeglichen und dann sofort unverzüglich gelöscht werden. Dadurch ist es auch nicht möglich, wie von den GRÜNEN befürchtet wird, ein Bewegungsprofil zu erstellen. Wäre dies der Fall, hätten Sie uns bei Ihrem Antrag an Ihrer Seite.

Ich bitte aber insbesondere in der Debatte den Eindruck zu vermeiden, dass durch das Kennzeichenscanning in Bayern ein Überwachungsstaat aufgebaut wird. Die automatisierte Kennzeichenerfassung ist nichts anderes als ein Fahndungsmittel, das die Arbeit der Polizei er-

leichtert. Es ist in erster Linie die grenzüberschreitende Mobilität der Straftäter, die diese Maßnahme notwendig macht. Mit dem Kennzeichenscanning hat die Polizei ein ordentliches Handwerkszeug an die Hand bekommen, um ihre Arbeit leisten zu können. Aus diesem Grund lehnt die SPD-Fraktion den Antrag der GRÜNEN ab. Bei Artikel 33 des Polizeiaufgabengesetzes besteht momentan nach unserer Auffassung kein Nachbesserungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich dem Kollegen Florian Streibl das Wort.

Florian Streibl (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Kennzeichenscanning muss man doch etwas differenziert sehen. Wie wichtig hier ein unabhängiges Landeszentrum für den Datenschutz ist, zeigt die Tatsache, dass das unabhängige Landeszentrum für Datenschutz von Schleswig-Holstein bereits 2006 hierzu ein sehr beachtliches Papier verfasst hat.

Aber, meine Damen und Herren, die Mobilität hat zugenommen. Mit der gestiegenen Mobilität, die die Grenzen überschreitet, hat natürlich auch die grenzüberschreitende Kriminalität zugenommen. Hier sind wir als Gesellschaft auch gefordert.

Aber das Kennzeichenscanning richtet sich grundsätzlich nicht nur gegen einen Straftäter oder Störer, sondern erst einmal gegen Jedermann. Es erfolgt quasi eine Jedermannskontrolle, weil jeder, der vorbeifährt, erst einmal erfasst und abgebildet wird. Zwar mag dies ein sogenannter Minieingriff in ein Grundrecht sein, der unbescholtene Bürger trifft. Aber die Daten der Bürger werden erst einmal erfasst.

Ziel der Erfassung können drei Dinge sein: Die Identifizierung eines gesuchten Fahrzeugs, die Identifizierung eines gesuchten Kfz-Halters oder die Identifizierung eines gesuchten Kfz-Führers. Die zwei letzteren Punkte sind aber nicht unbedingt zielführend, denn man weiß nie, wer in einem Auto sitzt. Außerdem kann es nur eine annähernde Identifizierung ermöglichen. Die Fahrzeugdaten werden bei einer Erkennung mit dem Fahndungssystem, zum Beispiel von Inpol oder dem Schengener Informationssystem, abgeglichen. In diesem Fahndungssystem werden Straftäter, vermisste Personen, gestohlene Kraftfahrzeuge, aber auch Ausländer, deren Aufenthalt unbekannt ist, gesucht. Derzeit sind in Inpol ungefähr 500.000 ausländerrechtliche Ausschreibungen vorhanden.

Die Trefferquote beim Scanning liegt nach einem Rechtsgutachten des ADAC bei ungefähr 0,003 %. Hier stellt sich dann schon die Frage, ob ein solcher Eingriff überhaupt geeignet oder erforderlich ist und ob es nicht auch andere Mittel gibt. Die Erkennungsrate - wie viele Kennzeichen werden erkannt? - liegt nach Auskunft des Staatsministeriums des Innern vom 09.07.2007 bei ungefähr 96 %. 96 % der Kennzeichen werden also erkannt und erfasst. Die Fehlerquote liegt demnach bei 4 %. Durch technische Fehler, durch Fehler am Kennzeichen oder durch Verschmutzung des Kennzeichens wird das Kennzeichen also möglicherweise nicht erkannt. Die Konsequenz einer solchen Fehlerquote ist im harmlosen Fall, dass man das Kennzeichen nicht erkennt, im Extremfall kann es zu einer falschen Erkennung oder einer falschen Verdächtigung oder zu einem falschen Zugriff auf unbeteiligte, unbescholtene Bürger kommen. Diese Gefahr besteht ungefähr bei 4 %.

Was passiert im Trefferfall? Zunächst wird das Bild des Kennzeichens erfasst, wird in Text umgewandelt und gespeichert. Daraufhin erfolgt der Abgleich mit den Datenbanken. Wenn da ein Treffer angezeigt wird, gibt es wiederum drei Möglichkeiten: Entweder die Daten werden gespeichert und für eine weitere Verwendung zur Kenntnis genommen, es wird gleich ein Strafverfahren eingeleitet oder aber es erfolgt sofort ein unmittelbarer Zugriff.

Zum Erfolg des Kennzeichenscannings habe ich in Erster Lesung schon gesagt, dass sehr viele Versicherungsfälle dabei sind. Ich gebe dem Kollegen recht: Wenn man einen Unfallgegner mit einem nichtversicherten Fahrzeug hat, ist es eine schlimme Sache; das habe ich damals auch schon so angedeutet. Die Zugriffe erfolgen auch nach Auskunft des Staatsministeriums in besonders schweren Fällen von Diebstahl, bei betrügerischem Erlangen von Kraftfahrzeugen, bei Diebstahl von Kraftfahrzeugen, bei Fahren ohne Fahrerlaubnis, bei Fahren trotz Fahrverbots, bei Hehlerei von Kraftfahrzeugen, Betrug, Trunkenheit im Verkehr, Unterschlagung von Kraftfahrzeugen, Urkundenfälschung, Vergehen nach dem Betäubungsmittelgesetz, darunter auch illegaler Handel mit Heroin, bei Vergehen nach dem Pflichtversicherungsgesetz und Vergehen nach dem Waffengesetz.

Ich denke, das ist eine ansehnliche Liste von Fällen, bei denen Zugriffe erreicht werden können. Deshalb ist diese Maßnahme ein probates Mittel gegen mittlere, schwere und auch organisierte Kriminalität. Allerdings ist zu befürchten, dass sich die organisierte Kriminalität mit der Zeit auf dieses Instrument einstellen wird.

Ein durchschnittliches Scann-Gerät kann ungefähr 3.000 Fahrzeuge pro Stunde prüfen, auch bei höheren Geschwindigkeiten. Durch dieses Mittel besteht also

schon die Gefahr einer flächendeckenden Kontrolle. Die Infrastruktur für solche Kontrollen besteht bereits mit dem Toll-Collect-System. Theoretisch wäre es möglich, Temposünder zu erfassen und ihnen automatisch einen Bußgeldbescheid zuzuschicken. Solche Überlegungen gibt es schon. In der Schweiz gibt es bereits das System Selection-Control, über dessen Einführung auch in Deutschland gesprochen wird. Mit diesem System können Fahrzeuge, die in Bewegung sind, über einen längeren Zeitraum gescannt und beobachtet werden.

Wir leben heute in einer freizügigen Massengesellschaft. Wir haben die freie Fahrt durch ganz Europa. Die Mobilität nimmt permanent zu. Wir brauchen in einer mobilen Massengesellschaft auf technische Fragen und technische Probleme auch technische Antworten. Mir ist zwar unser gut ausgebildeter bayerischer Polizeibeamte lieber, aber allein im Schengenraum sind allein 780.000 Fahrzeuge zur Fahndung ausgeschrieben. Diese Aufgabe kann auch der bestausgebildete Polizeibeamte mit einem Notizblock am Straßenrand nicht bewältigen. Hier müssen wir eine technische Lösung finden.

Deshalb müssen wir diesen Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN leider ablehnen. Trotzdem sagen wir, dass wir auf dieses Problem unser Augenmerk richten und dafür sorgen müssen, dass keine Ausuferungen entstehen. Wir müssen vorsichtig sein, aber wir können das Kennzeichenscanning leider nicht ganz abschaffen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Vizepräsident Rohde das Wort.

Jörg Rohde (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach einer ausführlichen Diskussion im Ausschuss stellen wir fest, dass die GRÜNEN bei unserem heutigen Thema einsam und unbelehrbar eine Position beziehen, der sich keine andere Fraktion dieses Hauses anschließt. Man muss sich beim Kfz-Kennzeichen-Scanning fragen: Können die GRÜNEN dieses Thema nicht verstehen oder wollen sie es nicht verstehen?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nachdem bereits drei Kollegen vor mir versucht haben, Ihnen das Thema nahezubringen, muss ich es aufgeben. Ich habe keine neuen Fakten hinzuzufügen. Wir wissen doch spätestens seit unseren Beratungen, dass unsere Polizei die gesetzlichen Vorgaben einhält.

Gerade wir Liberale legen großen Wert darauf, dass die Kfz-Kennzeichen bei einer Prüfung nur kurz mit der ent-

sprechenden Datenbank abgeglichen und sofort wieder gelöscht werden, wenn kein Treffer erzielt wurde. So wird vermieden, dass Bewegungsprofile von unbescholtenen Bürgern erstellt werden. Wir sind uns im Ausschuss einig gewesen, dass wir den aktuellen Erfahrungsbericht zu der Praxis des Kfz-Kennzeichen-Scannings in Bayern hören möchten. Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist besser. Wir wünschen uns eine Erfolgskontrolle, um Aufwand und Nutzen gegenüberstellen zu können.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist wahrhaft liberal!)

Die FDP glaubt aber auch, dass wir mit dem Scanning der Polizei ein effizientes Mittel zur Verfügung stellen. Deshalb lehnen wir heute den Gesetzentwurf der GRÜNEN ab.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat sich Herr Staatsminister Herrmann noch einmal zu einem Schlusswort gemeldet.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu diesem Thema kann ich auf die umfänglichen Ausführungen vom Juni und Juli des vergangenen Jahres verweisen. Einige Kollegen waren damals noch nicht in diesem Hause. Ich möchte mich aber kurz fassen.

Unser Gesetz, das seit dem 1. August letzten Jahres in Kraft ist, entspricht voll umfänglich, in jeder Hinsicht, der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Daran gibt es nicht das Geringste zu deuteln. Ich möchte noch einmal unterstreichen, was bereits mehrere Kollegen - vor allem Herr Kollege Dr. Weiß und Herr Kollege Schneider - angesprochen haben: Kein Unverdächtiger wird gespeichert. Gespeichert werden nur die Treffer. In dem Moment, wo die Abfrage beim entsprechenden Datenbestand keinen Treffer ergibt, erfolgt überhaupt keine Speicherung. Die Abfrage wird dann automatisch gelöscht. Damit hat sich der Fall.

In der Öffentlichkeit werden Gespensterdiskussionen geführt, als ob wir Tausende Leute überwachen wollten. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Hier geht es um ein ganz einfaches technisches Hilfsmittel. Der Polizeibeamte muss nicht jedes Auto, das er überprüfen möchte, einzeln in den Computer eingeben, sondern die Abfrage erfolgt beschleunigt und automatisiert. Dadurch wird Personal eingespart. Es wäre nicht sinnvoll, wenn ein Polizeibeamter stundenlang einzelne Kennzeichen in den Computer eingeben müsste. Von dieser Arbeit wird er entlastet. Er kann sich stattdessen den Bürgern auf der Straße widmen.

Sie haben nach der Trefferquote gefragt. Gott sei Dank wird der größte Teil der Menschen, die auf unseren Straßen unterwegs sind, nicht gesucht. Die meisten Autos sind nicht gestohlen, und es sitzen keine Verbrecher darin. Es wäre schlimm, wenn es anders wäre. Allerdings werden erfreulicherweise immer wieder bemerkenswerte Treffer erzielt. Erst vor ein paar Wochen wurde einer Einsatzzentrale der Polizei ein Treffer aus der automatisierten Kennzeichenerkennung gemeldet. Es stellte sich heraus, dass das amtliche Kennzeichen eines BMW mit dem Fahndungsbestand abgeglichen und ein Treffer im Fahndungsbestand angezeigt wurde.

Das Kennzeichen war im Fahndungsbestand von INPOL ausgeschrieben. Die Person war dringend verdächtig, ein versuchtes Tötungsdelikt mit einer Schusswaffe in Thüringen begangen zu haben. Diese Person war auf Bayerns Straßen unterwegs. Da ein Treffer durch die automatische Kennzeichenerkennung angezeigt wurde, konnte sie von der Polizei schnellstmöglich auf einer Rastanlage aus dem Verkehr gezogen, festgenommen und an die Kollegen in Thüringen überstellt werden.

Das ist der praktische Alltag dieser Kennzeichenerkennung. Dieses Instrument ist sinnvoll und richtig im Interesse der Sicherheit der Menschen in unserem Land. Deshalb bitte ich Sie nachdrücklich, diesen Gesetzentwurf der GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 16/66 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit auf der Drucksache 16/606 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenprobe? - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und einer Stimme aus den Reihen der Fraktion der Freien Wähler gegen die Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Datenschutzgesetzes (Drs. 16/69)

- Zweite Lesung -

Aufgrund der vorgerückten Stunde stelle ich abweichend vom Vorschlag des Ältestenrats fest, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, pro Fraktion nur fünf Minuten Redezeit zu beanspruchen. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Tausendfreund von den GRÜNEN.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zumindest eine Stimme haben wir bei der Abstimmung über den letzten Gesetzentwurf doch gewinnen können, danke, Frau Schweiger. Ich glaube, dass bei der Abstimmung über den nächsten Gesetzentwurf die Zustimmung etwas höher sein wird, da bei den Ausschussberatungen weit mehr Kollegen zugestimmt haben.

Worum geht es? Es geht darum, die Videoüberwachung, die mit Gesetzesänderung vom August im Datenschutzgesetz eingeführt worden ist, wieder zu streichen. Wir wehren uns nicht gegen die Möglichkeit, über eine geänderte Fassung abzustimmen, das wäre jedoch der zweite Schritt.

Bei Artikel 21 a des Datenschutzgesetzes geht es nicht um die polizeiliche Videoüberwachung, sondern um die Videoüberwachung durch kommunale Stellen, öffentliche Stellen und Firmen, die in kommunaler Hand sind etc. Da haben wir eine ziemlich große Bandbreite. Der flächendeckenden Überwachung wird so Tür und Tor geöffnet. Der Eingriff ist aber nicht an eine Gefahrenprognose gebunden, vielmehr müssen nur öffentliche Einrichtungen betroffen sein. In der Gesetzesbegründung heißt es beispielhaft, auch kommunale Wertstoffhöfe könnten videoüberwacht werden. Es wären also sämtliche öffentliche Einrichtungen betroffen, auch die Schulhöfe. Wir wollen nicht, dass plötzlich auch Schulhöfe in ganz Bayern videoüberwacht werden.

Bei der Videoüberwachung haben wir einen ganz wesentlichen Effekt. Die Videoüberwachung schränkt die Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger ein, weil sie ihr Verhalten ändern. Wenn man sich beobachtet fühlt, verhält man sich in der Öffentlichkeit ganz anders, als wenn nicht die Möglichkeit besteht, auf einer Videoaufzeichnung zu sehen zu sein. Auch wenn Schilder auf die Videoüberwachung hinweisen, ändert sich daran nichts.

Dadurch, dass der Kreis derjenigen, die die Videoüberwachung einsetzen dürfen, so umfassend ist, entsteht auch eine viel höhere Gefahr des Missbrauchs der Aufnahmen. Der Personenkreis, der auf die Aufnahmen Zugriff hat, wird erweitert. Das Gesetz sieht eine lange Lösungsfrist von zwei Monaten vor. In Berlin ist eine Regelung getroffen, wonach nach 24 Stunden die Daten wieder zu löschen sind.

Die Verhältnismäßigkeit zwischen dem Grundrechtseingriff und dem Nutzen wird unseres Erachtens nicht ausreichend berücksichtigt. Über den Nutzen kann man sich ohnehin streiten. Bei der Frage der Sicherheit durch Videoüberwachung handelt es sich meistens nur um eine vorgegaukelte Sicherheit.

Wir können uns eine Konzentration auf die Brennpunkte vorstellen. Diese Fragen werden jedoch durch das Polizeiaufgabengesetz in Form der polizeilichen Videoüberwachung erfasst. Die Überwachung des Innenbereichs von Bahnhöfen wird durch das Hausrecht gedeckt. Wenn Bedarf für eine Videoüberwachung besteht, sollte die Zuständigkeit dafür besser bei der Polizei angesiedelt sein. Wir werden uns einer gesetzlichen Regelung nicht verweigern, wenn enge Grenzen gezogen werden. Wir wollen keine Regelung, die die Videoüberwachung in beliebigem Umfang zulässt, sondern eine Regelung, die dem Datenschutz und dem Persönlichkeitsrecht der Menschen das nötige Gewicht gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als Nächster erteile ich für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Petra Guttenberger das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf sieht die Streichung von Artikel 21 a des Bayerischen Datenschutzgesetzes vor. Das würde das ersatzlose Vernichten der Rechtsgrundlage bedeuten, die zwingend erforderlich ist, um in einem eng gefassten Rahmen Videoüberwachung, also Videobeobachtung und Videoaufzeichnung, durchführen zu können, um öffentliche Aufgaben zu erfüllen oder um das Hausrecht ausüben zu können.

Diese Videoüberwachung dient gerade nicht dazu - wie es uns die Verfasserinnen und Verfasser des Gesetzentwurfes glauben machen wollen -, alles und jeden zu überwachen, das Ganze flächendeckend zu tun, Bewegungsprofile zu erstellen etc. Offensichtlich ist der Blick für die Realität nicht mehr so ganz vorhanden. Es wird das Bild von einem Überwachungsstaat gezeichnet, der mit seiner Informationsgier Daten über Daten sammeln will.

Genauso abwegig und absurd ist die Behauptung, dass die Norm überflüssig sei. Richtig ist, dass diese Norm unbedingt erforderlich ist, um dem Grundsatz der Normenbestimmtheit und Normenklarheit zu genügen, den das Bundesverfassungsgericht bei Eingriffen in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ausdrücklich fordert. Richtig ist auch, dass die Einsatzmöglichkeiten dieser Videoüberwachung eng festgelegt sind, dass sie nur zum Schutz von Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger zulässig

sind bzw. zum Schutz öffentlicher Einrichtungen und dass gerade eine flächendeckende Videoüberwachung weder beabsichtigt noch aufgrund der Norm möglich ist.

Gewonnene Daten sind ebenso nur im engen Rahmen nutzbar. Innerhalb von acht Wochen müssen diese Daten ausgewertet und danach vernichtet werden. Die Datenschutzbeauftragten sind über die Videoaufnahmen zu verständigen. Richtig ist auch, dass erst durch diese Möglichkeit der Videoüberwachung Strafverfolgungen bei vielen Taten möglich werden. Denken wir nur an die Vorfälle in U-Bahnen. Erst aufgrund der Aufzeichnungen mittels Video konnten in Fürth Taten rekonstruiert werden, sodass man darauf verzichten konnte, stark traumatisierte Opfer, die keinerlei Erinnerung an die Tat mehr hatten, als Zeuge bezüglich der Verfolgung der Täter zu belasten. Vandalismus, rechtsradikale Schmierereien an Denkmälern, Friedhöfen etc. könnten durch einen Verzicht auf die Videoüberwachung nicht mehr verhindert werden. Richtig ist auch, dass über das Ob und das Wie, also die Standorte der Videoüberwachung, nicht der Landtag oder die Staatsregierung entscheiden, sondern dass die Entscheidung darüber allein bei den Kommunen liegt.

Bei einer Streichung dieses Artikels würden wir die Bürgerinnen und Bürger in vielen Bereichen schutzlos dastehen lassen, was wir gerade nicht wollen. Der Bürger oder die Bürgerin dürfen sich bei uns darauf verlassen, dass wir zum einen die abschreckende Wirkung der Videoüberwachung weiter anwenden wollen und dass wir dabei - ich habe es bereits ausgeführt, unter welchen engen Bedingungen diese Videoüberwachung nur möglich ist -, die Eingriffe in geschützte Rechtsgüter so gering wie möglich halten. Den Gesetzentwurf lehnen wir aus Gründen der inneren Sicherheit eindeutig ab.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich darf Sie zu dieser späten Stunde noch um die notwendige Aufmerksamkeit bitten. Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Horst Arnold von der SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unbestritten, dass ein Bedürfnis besteht, bestimmte öffentliche Orte zu überwachen, weil dort möglicherweise Dinge vor sich gehen, die einer Strafverfolgung bedürfen. Wir haben seit langer Zeit ein Instrument, nämlich das Polizeiaufgabengesetz, das zur Gefahrenabwehr eingesetzt wird. Das ist in sogenannten kriminellen Schwerpunkten einsetzbar.

Es gibt allerdings auch Situationen, die es erforderlich machen, eine gewisse Videoüberwachung zu ermöglichen. Wie man mit einem Generalverdacht umgeht, hat

uns das Bundesverfassungsgericht anlässlich einer Entscheidung zum Bayerischen Versammlungsgesetz gezeigt. Eine generelle Aufnahme und ein generelles Sammeln von Daten aufgrund dieser Situation ist unzulässig und insoweit Gegenstand der Entscheidung gewesen. Allerdings wehren wir uns nicht dagegen, gewisse Probleme auch unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes zu sehen. Aber sehen wir es einmal so: Sie haben, Frau Guttenberger, mit der Normenbestimmtheit und Normenklarheit und mit einem - was Sie so angedeutet haben - Werkzeug operiert. Normalerweise ist im Spannungsverhältnis zwischen persönlichem Datenschutz und der Berücksichtigung öffentlicher Belange wie der Verhinderung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten eine Prüfung der Verhältnismäßigkeit notwendig.

Hierzu bedarf es, um es in der Werkzeugsprache auszudrücken, eines Präzisionsbohrers. Mit diesem Artikel 21 a haben Sie dagegen einen Schlagbohrer eingesetzt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir sind nicht bereit, solche Eingriffe, die unsere zum großen Teil rechtschaffene bayerische Bevölkerung veranlassen, sich vor Ort überwacht zu fühlen, unter dem Gesichtspunkt zu dulden, dass damit ein Schutz für diese Personen bezweckt wird. Im Gegenteil, es ist eine Verunsicherung.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Schlagbohrer ermöglichen Sie in Ihrer gesetzlichen Bestimmung die Aufklärung und Verhinderung von Ordnungswidrigkeiten. Wie soll man sich das vorstellen? Werden nun vor einem Wertstoffhof oder gar vor Recyclingbehältern Videokameras aufgestellt, um die ordentliche Mülltrennung durch die bayerische Bevölkerung zu überwachen? Eine gesetzliche Grundlage dafür kann ich mir nicht vorstellen. Ich weise auch darauf hin, dass eine für diesen Zweck in Regensburg errichtete Anlage wieder abgebaut worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben im August das Datenschutzgesetz in diese Richtung geändert. Sie preisen es als einen Vorzug, dass die für die Videoüberwachung entstehenden Kosten bei den Städten, den Gemeinden und den Landkreisen anfallen. Bei den Haushaltsberatungen haben wir uns heute aber darüber unterhalten, mit welchen Einbrüchen bei der Einkommensteuer und bei der Gewerbesteuer die Landkreise und die Städte zu rechnen haben. Glauben Sie denn im Ernst, dass Sie mit diesem Gesetz reelle Möglichkeiten schaffen, dass solche Anlagen aufgebaut werden?

Ich erinnere auch an große Denkmäler, wie zum Beispiel an die Straße der Menschenrechte in Nürnberg. Dort wird nichts mit Videokameras überwacht. In dieser Zeit ist weder durch Rechtslastige noch durch Linkslastige irgendetwas geschehen, was man als Schmierelei oder dergleichen hätte geißeln können.

Sie haben hier einen Schlagbohrer ausgepackt, um Probleme zu lösen, die man letztlich nur mit einem Präzisionsbohrer und mit Geschick und Gefühl für die Verfassung in Bezug auf die Würde des Menschen lösen sollte. Aus meiner Sicht ist der Artikel 21 a viel zu streng gefasst. Wenn man diesen Artikel richtig bewertet, muss man dafür sein, dass er wieder verschwindet. Ich weise auch darauf hin, dass bei den Beratungen im Rechts- und Verfassungsausschuss nicht nur der Kollege von der FDP dieses Mittel im Verhältnis zum angestrebten Zweck als sehr überzogen empfunden hat. Auch die Kollegin Guttenberger hat gesagt, dass es in diesem Artikel Passagen gibt, die man nachbessern könnte. Bevor man sie nachbessert, macht man am besten gleich etwas Neues, statt immer wieder an einem untauglichen Mittel herumzupfuschen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich das Wort dem Kollegen Florian Streibl.

Florian Streibl (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, dass einer sein Verhalten ändert bzw. anpasst, wenn er nicht weiß oder wenn er es nicht beeinflussen kann, welche Informationen oder Bilder von ihm aufgenommen und gespeichert werden. Ein solches angepasstes Verhalten ist ein Eingriff in unsere individuelle Handlungsfreiheit und auch ein Eingriff in das Gemeinwohl, denn in einem demokratischen Gemeinwesen ist die selbstbestimmte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger notwendig. Bei der Videoüberwachung geht es aber auch darum, dass ich das Verhalten bestimmter Personengruppen, nämlich krimineller Personen, ändern möchte. Die sollen eben ihr Verhalten ändern und von der Tat, die sie vorhaben, absehen. Deswegen ist die Videoüberwachung auch ein probates Mittel. Es ist bekannt, dass ein Täter vor der Tat zurückschreckt, wenn er Angst hat, entdeckt zu werden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist doch nicht wahr!)

Dieses Mittel ist sowohl in der Prävention als auch in der Strafverfolgung einsetzbar, weil ich damit auch einen Täter identifizieren kann. Deswegen würde nach unserer Meinung die Abschaffung des gesamten Artikel 21 a zu weit gehen.

Allerdings haben wir jetzt auch das Bild vom Präzisionsbohrer und vom Schlagbohrer gesehen. Der jetzige Artikel 21 a ist sicher auch für unseren Geschmack viel zu weit gefasst. Er ist vielleicht sogar noch eher ein Vorschlaghammer als ein Schlagbohrer. Wir wollen allerdings daran mitarbeiten, dass wir ein Präzisionsinstrument schaffen, und dazu sollten wir den Artikel 21 a ändern. Eine radikale Abschaffung können wir leider nicht mittragen, weil wir für die Bürgerinnen und Bürger mit dem Artikel 21 a eine gewisse Rechtsklarheit und Rechtssicherheit schaffen wollen. Dort, wo ich Freiräume einschränke, schaffe ich zugleich neue Freiräume. Wo ich einen Freiraum für Verbrecher einschränke, schaffe ich einen Freiraum für den unbescholtenen Bürger. Der muss in diesem Fall vorgehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächstem Redner erteile ich für die FDP-Fraktion Herrn Dr. Andreas Fischer das Wort.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Videoüberwachung ist kein Ersatz für einen Polizeibeamten, denn eine Videokamera kann dem Opfer eines Verbrechens nicht helfen. Die Videoüberwachung ist auch kein Patentrezept gegen Kriminalität, denn sie führt vielfach nur zu einer Verlagerung der Kriminalität. Eine flächendeckende Videoüberwachung ist mit unseren Vorstellungen von einer freiheitlichen Gesellschaft nicht vereinbar, weil sie das Verhalten der Bürger in der Öffentlichkeit beeinflussen würde.

(Beifall bei der FDP)

Die Videoüberwachung kann aber auch sinnvoll sein, um Kriminalität zu verhindern. Das gilt vor allem dort, wo es wie zum Beispiel an Flughäfen, in U-Bahnhöfen oder an ähnlich neuralgischen Punkten einerseits ein erhöhtes Kriminalitätsrisiko, andererseits aber auch keine Möglichkeit der Verlagerung der Kriminalität gibt.

Nun kann man darüber streiten, ob der Artikel 21 a des Bayerischen Datenschutzgesetzes zu weit geht oder nicht. Ich sage es ganz offen: Mir gehen manche der Regelungen in Artikel 21 a persönlich zu weit.

(Beifall und Zurufe bei der SPD: Aha! - Horst Arnold (SPD): Respekt!)

Ich sage aber genauso deutlich: Die ersatzlose Streichung dieser Vorschrift ist keine Lösung. Ich möchte auf Ihr Bild vom Präzisionsbohrer und vom Schlagbohrer zurückkommen. Sie schmeißen den Schlagbohrer, der Ihnen nicht passt, einfach weg und versuchen dann, das Loch mit den Fingern zu bohren. Das funktioniert auch nicht.

(Beifall bei der FDP - Horst Arnold (SPD): Ein richtiges Werkzeug besorgen, Meister!)

Ich sage es ganz deutlich: Wir Liberale wollen Änderungen am Artikel 21 a und wir werden gemeinsam mit dem Koalitionspartner an diesen Änderungen arbeiten. Ich nenne nur ein Stichwort. Wir haben eine Verkürzung der Lösungsfristen von zwei Monaten auf drei Wochen für das Polizeiaufgabengesetz vereinbart. Wir halten es für sinnvoll, im Bayerischen Datenschutzgesetz hierzu einen Gleichklang herzustellen. Über die eine oder andere Ausgestaltung des Artikel 21 a muss man sich unterhalten können. Ich halte es aber für verantwortungslos, jede Videoüberwachung mit Ausnahme der Videoüberwachung durch die Polizei auszuschließen. Ich halte es für verantwortungslos, für die Videoüberwachung eine Rechtsgrundlage wie das Hausrecht, welche höchst umstritten ist, heranzuziehen, denn damit würde die Rechtssicherheit aufgegeben, die wir mühsam gewonnen haben. Artikel 21 a ist auch ein Beitrag zu mehr Rechtssicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen wird die FDP-Fraktion dem zu weit gehenden Vorschlag nicht zustimmen. Wir möchten in aller Ruhe an einer vernünftigen Verbesserung arbeiten. Wir möchten nicht ein Mittel, das zur Kriminalitätsbekämpfung einen wichtigen Beitrag leistet, völlig aus der Hand geben.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächstem Redner erteile ich dem Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich geht es bei einigen Kolleginnen und Kollegen bei der Diskussion dieses Themas etwas durcheinander. Man muss schon aufpassen, dass man, wenn man die falschen Bohrer verwendet, nicht irgendwelche Tatsachen schafft, die da oder dort gar nicht beabsichtigt sind, was ich jedenfalls hoffe und unterstelle. Klar ist jedenfalls, für die polizeiliche Videoüberwachung gibt es eine Sondernorm im Polizeiaufgabengesetz. Wir reden hier also über eine andere Videoüberwachung.

Jetzt sage ich einmal, welche praktischen Folgen es hätte, wenn Sie dieses Gesetz hier und heute beschließen würden. Dafür gibt es wohl Gott sei Dank keine Mehrheit im Haus. Aber wenn Sie es beschließen würden, dann müssten heute Nacht beispielsweise alle Videokameras, die die Landeshauptstadt München - mit einem Beschluss des Stadtrats der Landeshauptstadt München, wohlgemerkt: mit rot-grüner Mehrheit - beispielsweise am Marienplatz aufgestellt hat, noch

abgeschaltet werden. Sie müssen schon einmal überlegen, was für einen Unsinn Sie hier im Hinblick auf die innere Sicherheit in unserem Land diskutieren!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben vor einem Jahr über die notwendigen Konsequenzen aus den Überfällen in der Münchner U-Bahn diskutiert. Nach reiflicher Diskussion hat sich damals auch im Stadtrat der Landeshauptstadt München die Erkenntnis durchgesetzt, dass es richtig ist, die Überwachung mit Videokameras auszubauen. Sie sollten nicht nur auf den Bahnsteigen, sondern auch in den U-Bahnzügen eingebaut werden, und zwar zur Sicherheit der Fahrgäste. Wir haben das vertreten, und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München hat sich dieser Betrachtung angeschlossen. Es dient der Sicherheit der Menschen, wenn die Kameras an den richtigen Stellen installiert werden.

(Horst Arnold (SPD): Das war schon vorher!)

Sie würden mit diesem Gesetz diesen Videokameras die Rechtsgrundlage entziehen, meine Damen und Herren. Das ist die Realität.

(Unruhe bei der SPD)

- Doch! Das ist nämlich genau die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Öffentliche Stellen dürfen nicht ohne rechtliche Grundlage eine derartige Videoüberwachung betreiben. Das ist der Kern der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Deshalb ist dieses Gesetz die notwendige Rechtsgrundlage dafür, dass die Kommunen Videoüberwachung einsetzen dürfen. Wo die Kameras stehen, das entscheidet hier in München nach wie vor allein die Landeshauptstadt München. Das sind keine Kameras des bayerischen Innenministeriums oder von sonst irgendwem. Das sind Videokameras, über deren Installation die Landeshauptstadt München entschieden hat.

Wenn Sie über dieses Thema vernünftig diskutieren wollen, dann sagen Sie ganz konkret, welche Kamera nach Ihrer Auffassung von welcher Kommune an welcher Stelle überflüssiger Weise aufgestellt wurde. Die einfachste Vorgehensweise ist die, mit dem jeweiligen Stadtrat zu reden und zu sagen: Da ist die Kamera überflüssig, der Stadtrat soll sie abbauen. Es hilft aber nicht weiter, hier im Landtag eine derartige Gespensterdiskussion zu führen.

Ich sage es einmal klipp und klar: Kein einziger Polizeibeamter wird durch eine solche Videokamera ersetzt. Aber, meine Damen und Herren, in der Art, wie die GRÜNEN über dieses Thema diskutieren, stellt sich die Frage: Soll ich tatsächlich, an jede Stelle, an der eine solche Kamera ist, einen Polizeibeamten hinstellen? -

Das kann doch nicht ernsthaft Ihre Vorstellung sein! Es kann doch nicht sein, dass ich an jeden öffentlichen Platz in Bayern fünf Polizeibeamte zur Beobachtung aufstelle. Das ist glatter Unfug!

Ich sage Ihnen deshalb, meine Damen und Herren, wir halten es für richtig, dass eine Kommune in Ruhe überlegen kann, wo sie aufgrund ihrer Beurteilung der Sicherheitslage eine Kamera aufstellen will. Die Kommunen sind auch Sicherheitsbehörden in diesem, unserem Land. Eine Kommune kann entscheiden, wo sie es für sinnvoll erachtet, eine Kamera zu installieren. Das kann auch vor einer Schule der Fall sein oder vor einer gefährdeten Einrichtung, wo auch immer. Hierfür ist das die richtige Rechtsgrundlage. Dazu stehen wir. Das trägt zur Sicherheit in Bayern bei.

Ich bitte deshalb noch einmal nachdrücklich, diesen wirklich schädlichen Gesetzentwurf abzulehnen, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe: Bravo, bravo!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 16/69 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz auf Drucksache 16/600 zugrunde.

Der federführende und endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs.

Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Der Gesetzentwurf ist abgelehnt bei Zustimmung von den GRÜNEN, der SPD und einigen Abgeordneten der Freien Wähler und bei Ablehnung der Fraktion der CSU, der FDP und einigen Abgeordneten der Freien Wähler, wenn ich das richtig gesehen habe.

(Unruhe bei den Freien Wählern)

Ich habe die Fraktion der Freien Wähler jetzt nicht gezählt,

(Zuruf: Das sollte man tun!)

aber es waren bei beiden Fragen Hände oben. Der Gesetzentwurf ist abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 12 bis 14 werden für heute abgesetzt und morgen im Anschluss an die Beratung zum Einzelplan 10 aufgerufen. Ich wünsche Ihnen noch angenehme Gespräche und einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 21.55 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 3**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Keine Finanzierung von EU-Gremien aus dem Etat der Staatskanzlei - Gleichbehandlung von Dr. Beckstein und Dr. Stoiber
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 16/418
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kontinuierliche Filmförderung statt glamouröser Preisvergaben
(Kap. 02 03 TG 70-72 und TG 80-86; Kap. 15 05)
Drs. 16/420
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 bis 72)
Drs. 16/458
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Markus Rinderspacher, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Bayerische Medienförderung
(Kap. 02 03 TG 80 bis 86)
Drs. 16/459

Zu Tagesordnungspunkt 4**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03A:**

- | | |
|---|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 5 der vier Polizeihäushalte für gestiegene laufende Betriebskosten
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/298)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 7 der vier Polizeihäushalte für energetische Sanierungsmaßnahmen
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/299)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 8 der vier Polizeihäushalte für dringend notwendige Sachinvestitionen
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/300)</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstärkungsmittel für die sächlichen Verwaltungsausgaben des Landeskriminalamts, der Landespolizei, der Bereitschaftspolizei und des Polizeiverwaltungsamts
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/301)</p> | <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Mittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus - Umsetzung des bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus
(Kap. 03 03 neue TG)
(Drs. 16/302)</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen im gehobenen Dienst der Polizei
(Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01)
(Drs. 16/303)</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 16/304)</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Vorsorgekuren
(Kap. 03 17 bis 03 20 neue Titel)
(Drs. 16/305)</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sprachkurse
(Kap. 03 17 bis 03 20 neuer Titel)
(Drs. 16/306)</p> |
|---|--|

- | | |
|---|--|
| <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Landratsämter: Aufgabenvollzug im übertragenen Wirkungskreis sicherstellen
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
(Drs. 16/307)</p> <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Landespolizei: Erschwereniszulage aufstocken
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
(Drs. 16/308)</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Verstetigung der Einstellungszahlen bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
(Drs. 16/309)</p> <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: 30 neue Stellen bei den unteren Naturschutzbehörden
(Kap. 03 09 Stellenplan)
(Drs. 16/694)</p> | <p>14. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Stellenplan)
(Drs. 16/695)</p> <p>15. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: 30 Stellen für Lebensmittelkontrolleure bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Stellenplan)
(Drs. 16/696)</p> <p>16. Änderungsantrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Sonderkommission für Lebensmittelsicherheit beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Stellenplan)
(Drs. 16/697)</p> |
|---|--|

Zu Tagesordnungspunkt 5**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03B:**

- | | |
|--|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für den Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung von Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 16/296)</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Energiewirtschaftliche Untersuchungen und Maßnahmen bei staatseigenen Gebäuden
(Kap. 03 63 Tit. 547 51)
(Drs. 16/311)</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 883 56)
(Drs. 16/312)</p> | <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Aufstockung der sozialen Wohnbauförderung
(Kap. 03 64 Tit. 863 69-4)
(Drs. 16/313)</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2009/2010;
hier: Kosten langfristig senken - Infrastruktur zeitnah instand halten
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
(Drs. 16/314)</p> |
|--|--|